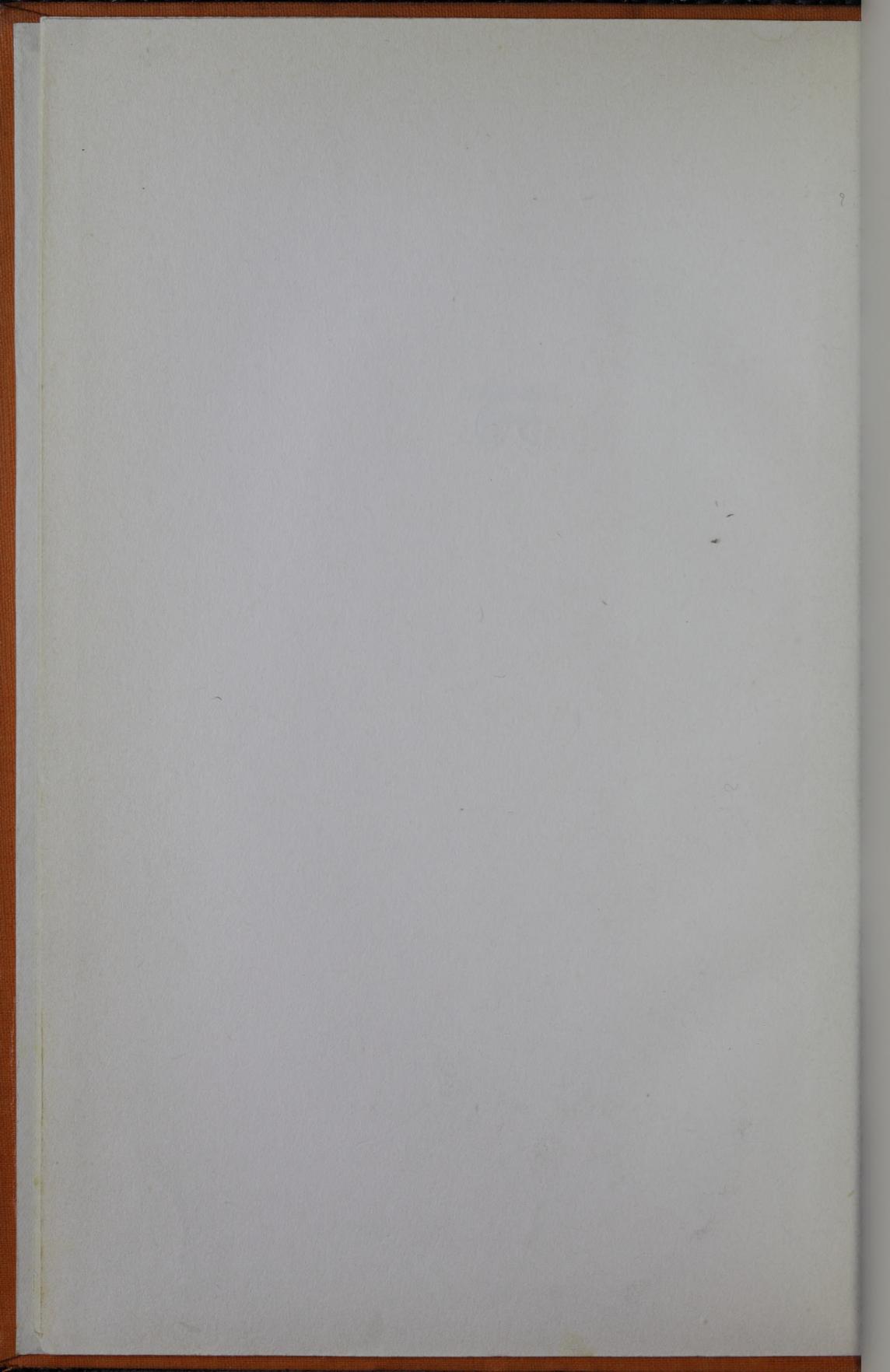


B
90
Walter S.



Steiniger





B
9

E . W A L T E R

ESTLAND
LETTLAND
LITAUEN

*Das Gesicht
der baltischen Staaten*

STEINIGER-VERLAGE BERLIN

Verlagsabteilung Reimar Hobbing

~~St 48.480~~



L. V. D.
№ In. 370.792 ✓

8 Bildtafeln mit 16 Abbildungen

Fotos: 4 Verfasser, 3 Pommeranz-Liedtke, 9 Scherls Bilderdienst

Schutzumschlag und Einbanddecke:

Kurt Tillessen

Copyright 1939 by Verlag Reimar Hobbing Berlin

Druck der Ernst Steiniger Druck- und Verlagsanstalt Berlin

Alle Rechte vorbehalten



VORWORT

Weit über die Zahl ihrer Bevölkerung und die Größe ihres geographischen Raumes hinaus haben die baltischen Staaten in den verflossenen Jahrhunderten immer wieder das Interesse auf sich gelenkt, und auch heute stehen sie wieder im Brennpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Dieses nicht etwa deshalb, weil sie reich an Bodenschätzen wären oder große Siedlungsmöglichkeiten böten, sondern ausschließlich deshalb, weil sie geographisch mitten zwischen zwei Welten gestellt sind als Bollwerk der westeuropäischen Kultur gegen Osteuropa und als Brücke für die wirtschaftlichen Beziehungen von hüben nach drüben. In diesem Sinne kommt ihnen besondere Beachtung zu und nur in diesem Sinne sind sie immer wieder Mittelpunkt härtester Auseinandersetzungen gewesen. Indessen schien die Lage im Laufe der Jahrhunderte gewandelt — während Peter der Große auf dem Wege über die baltischen Staaten sein Land der westeuropäischen Kultur erschließen wollte, hatte sich Sowjetrußland heute von der gesamten Umwelt vollständig abgekapselt. Während die baltischen Staaten früher als Ausfalltor Rußlands in die Welt betrachtet werden durften, war geraume Zeit durch die Abschließung Rußlands die Ostsee zu einem Binnenmeer geworden, so daß die baltischen Länder nicht mehr als Ausgang zur Welt bezeichnet werden konnten. Fast schien das Interesse Rußlands an den baltischen Staaten erloschen. Aber die jüngste Zeit erlebte, mit

der Neuordnung der polnischen Frage, Rußlands wiedererwachtes Streben nach der Ostsee. Damit übernimmt dieser Raum wieder seine alte Mission. Er ist heute ebensosehr ein Fenster nach dem Westen, wie ein Vorposten für die kulturelle und wirtschaftliche Erschließung des Ostens. — Von diesem Gesichtspunkt aus scheint es gerade im heutigen Augenblick gerechtfertigt, sich den baltischen Fragen eingehend zu widmen und der Öffentlichkeit diese Arbeit zugänglich zu machen. Sie soll über die Fragen des baltischen Raumes aufklären und damit das Verständnis für sie zu wecken helfen.

An dieser Stelle ist es mir ein Bedürfnis, meinen Kameraden Artur Domin für die Bearbeitung des Litauen-Teiles und Konstantin Zitzmann für die Kartenentwürfe zu danken.

Königsberg i. Pr., im Oktober 1939

Der Verfasser

GEGENWART UND ZUKUNFT

Im Laufe ihrer wechselvollen Geschichte haben die baltischen Staaten immer wieder bald die Rolle der Brücke für die Wirtschaftsbeziehungen vom Osten nach dem Westen, bald die Rolle eines Vorpostens der westeuropäischen Kultur im äußersten Nordosten Europas gespielt. Zu einer Entscheidung ist es aber nicht gekommen. Immer wieder sind sie bald als Interessengebiet Rußlands, bald als Interessengebiet Westeuropas in härteste Konflikte verwickelt worden. Es gibt kaum einen Boden, der so sehr von Kriegen überzogen wurde und so sehr blutgetränkt ist wie der baltische Boden — und es gibt kaum ein Land, in dem die verschiedenen Kultureinflüsse so stark ausgeprägt sind wie gerade hier. Die Stadt Narwa mit ihren beiden Festungen, die einander gegenüber an der Narwe liegen, ist sichtbarer Ausdruck für dieses dauernde Ringen zwischen West und Ost, sie ist aber auch steinerner Zeuge für die Mission des baltischen Raumes. Ganz abgesehen davon, wie die baltische Lage jeweils ausgesehen hat, ob die baltischen Staaten als Ordensland, ob sie als schwedisches, polnisches, russisches, deutsches oder eigenstaatliches Gebiet bestanden haben, ist ihre Aufgabe zwischen Ost und West doch immer wesentlich über ihre räumliche Größe und die Zahl ihrer Bevölkerung hinausgegangen.

Wenn die baltischen Staaten im Jahre 1918 auf den Trümmern des russischen Zarenreiches ihre Eigenstaatlichkeit erlangen konnten, so mußten sie damit zunächst in noch stärkerem Maße als bisher Puffer zwischen Ost und West werden. Deutlicher noch zeichnete sich ihre Aufgabe und Kulturmission in Osteuropa, und ihre Stellung als Wirtschaftsbrücke nach Westeuropa ab. Jedoch ist soviel klar, daß diese Aufgabe nur unter der Voraussetzung einer entsprechend starken Kulturfundierung in ihrem eigenen Innern gelöst werden konnte. Diese aber war ihnen durch

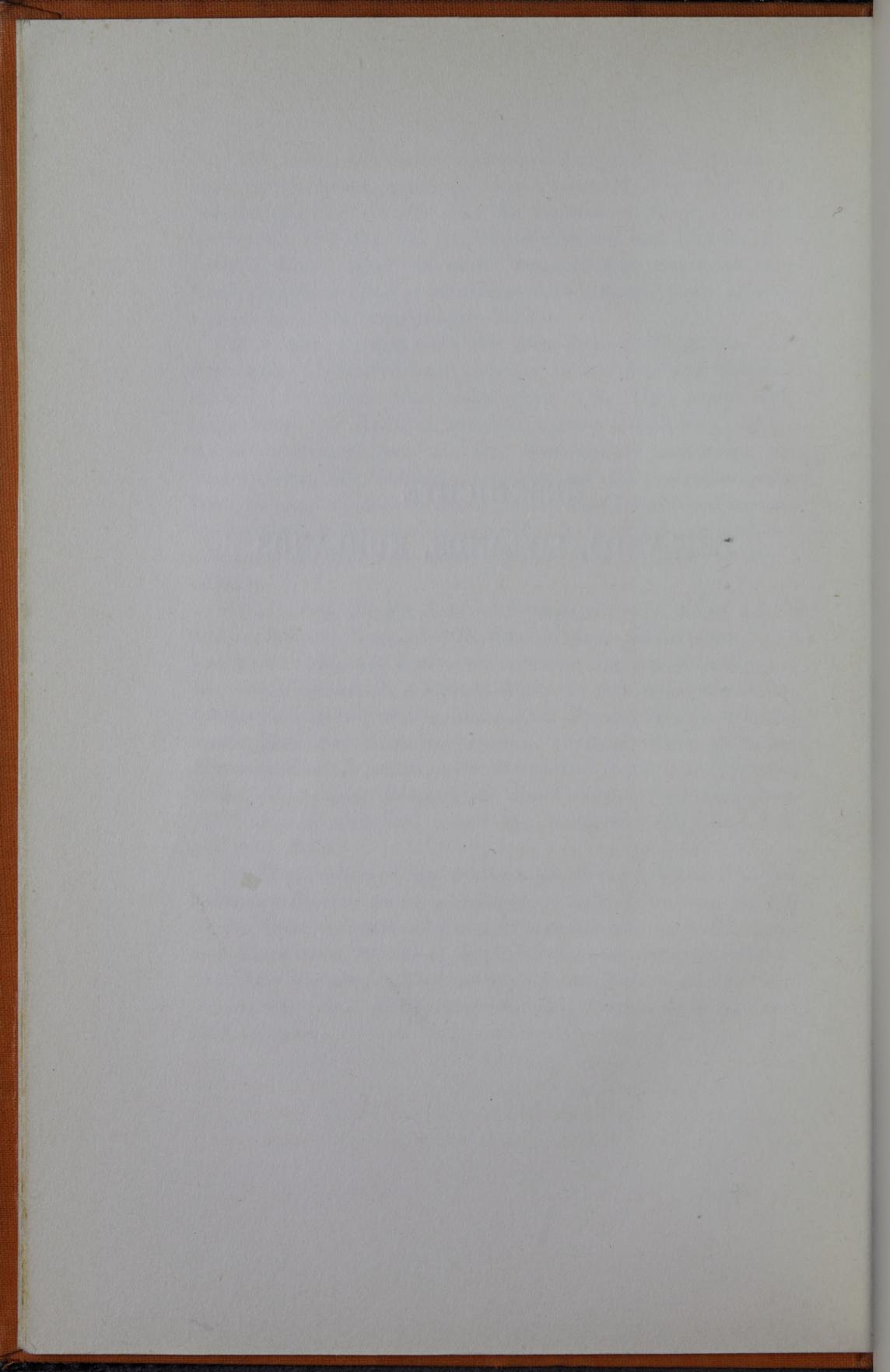
den 700 Jahre währenden deutschen Kultureinfluß, der auch unter schwedischer, polnischer und russischer Herrschaft fortbestand, gegeben. In der Zeit der Eigenstaatlichkeit, während der letzten 20 Jahre, haben Estland, Lettland und Litauen sich bemüht, dieses Kulturerbe weiter auszugestalten und damit ihre Kraft auszubauen, wobei allerdings auch mitunter nicht gelinde mit ererbtem Gut umgegangen wurde.

Heute nun, da sich nach der Zerschlagung Polens und der Befestigung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland auch in Osteuropa eine vollkommen neue Lage ergibt und Deutschland und Rußland beide nicht mehr gewillt sind, sich in die Fragen Osteuropas von den Westmächten dreinreden zu lassen, stehen die baltischen Staaten vor der entscheidenden Frage, ob und wie weit es ihnen gelingt, ihre Mission aus innerer Kraft heraus weiter auszufüllen, oder ob sie gezwungen sind, im Rahmen eines größeren Staatsverbandes neue Aufgaben zu übernehmen.

Ganz gleich, wie die Entscheidung auch immer fallen möge, und unabhängig davon, daß Rußland beginnt, militärische Stützpunkte im baltischen Raume zu errichten und das baltische Gebiet wirtschaftlich in erhöhtem Maße in den russischen Wirtschaftsraum einzubeziehen, bleibt doch die alte Mission des baltischen Raums nach wie vor bestehen. Vielleicht ist sie heute bedeutungsvoller als jemals zuvor, denn wenn es schon in früheren Zeiten darum ging, Brücken für die Wirtschaft und Vorposten der Kultur darzustellen, so gilt das heute in noch wesentlich größerem Maße.

Die entscheidende Frage ist nunmehr, ob die Kraft der kleinen baltischen Staaten dieser gewaltigen Aufgabe gewachsen ist, ob sie das ihnen aufgebene Kulturerbe weiter zu tragen vermögen und damit noch einmal in der Geschichte an verantwortlicher Stelle ihre Aufgabe erfüllen werden. An der Beantwortung dieser Lebensfrage hängt die Zukunft der drei Staaten Estland, Lettland, Litauen.

GESCHICHTE
ESTLANDS, LIVLANDS, KURLANDS



Kapitel 1

Die Aufsegelung und Begründung der Herrschaft

Die Geschichte des ostbaltischen Raumes, der durch die drei Staaten Estland, Lettland und Litauen gebildet wird, ist heute ebenso wie einst ausgesprochenermaßen durch die geopolitische Lage dieses Raumes bestimmt. Es ist ein Raum, in dem sich die Auseinandersetzungen zwischen den Slawen und den Germanen abgepielt haben, ein Raum der Auseinandersetzung zwischen Christentum und Heidentum, zwischen ost- und westeuropäischer Kultur; es ist aber gleichzeitig auch ein Raum, in dem sich politische Machtansprüche mannigfachster Art in verschiedenster Weise kenntlich gemacht haben. Als solcher Raum ist er mehr als manche anderen Gebiete Europas blutgetränkt und wohl auch vielseitiger in den Möglichkeiten seiner geschichtlichen und gegenwärtigen Betrachtung. Es ist verständlich, daß sich gleichzeitig damit alle Probleme in erhöhtem Maße von den verschiedensten nationalpolitischen Gesichtspunkten betrachten lassen und wohl auch betrachtet werden müssen.

Wenn die meisten Geschichtsschreiber die Geschichte mit der Zeit der Aufsegelung beginnen, so liegt das nicht etwa daran, daß uns der ostbaltische Raum erst seit dem 11. oder 12. Jahrhundert bekannt ist, sondern daran, daß die Quellen für die frühere Zeit außerordentlich dürftig sind. Wohl sind uns die Einflüsse des Germanentums im Reich der Ostgoten und dem Rußland der Warjagen bekannt, auch sind uns sonstige germanische Einflüsse im ostbaltischen Raum überliefert in den verschiedensten Gräberfunden; dennoch aber besteht auch heute noch über die Tragweite dieser Einflüsse weitgehende Unklarheit. Der Stand der neuesten Geschichtsforschung läßt uns vermuten, daß das ursprüngliche Siedlungsgebiet der baltischen Völker, unter

denen wir die ostbaltischen und die westbaltischen Völkerschaften unterscheiden, sich etwa auf das heutige Weißrußland einschließlich des Wilnagebietes und eines großen Teiles des heutigen Litauen erstreckt haben dürfte, wobei die Westbalten größtenteils auf dem Gebiet des heutigen Ostpreußen als ansässig anzunehmen sind. Zu den Ostbalten zählen wir die verschiedenen lettischen und litauischen Stämme, während wir zu den Westbalten die alten Preussen und Kuren rechnen. Das Vordringen der ostbaltischen Völker nach der Meeresküste aus dem Inneren Rußlands dürfte die hier ansässigen ugrofinnischen Völker nach und nach verdrängt haben. Insbesondere ist anzunehmen, daß durch das Vordringen der litauischen Schemaiten und Augstaiten (Niederländer und Oberländer) die im heutigen Litauen ansässigen ugrofinnischen Liven verdrängt worden sind. Diese schoben sich über das heutige Kurland längs der Ostseeküste am Riga'schen Meeresbusen immer weiter über die dorthin eingewanderten lettischen Stämme als eine Art herrschende Oberschicht, so daß in der Zeit der Aufsegelung der baltischen Länder durch die Deutschen die Liven das ganze Livland und die größten Teile Kurlands bewohnten. Weiter nach Osten zu aber befanden sich die verschiedensten lettischen Stämme wie die Lettgaller, die Selen, die Sengaller und andere Völkerschaften. Anschließend nach Norden lebten die Esten, die ugrofinnischer Herkunft sind.

Alle diese Völkerschaften haben, wie die Forschungen ergeben haben, in verhältnismäßig kleinen Dorfgemeinschaften gewohnt, nachdem sie längs den Flußläufen aus dem Inneren Rußlands nach der Ostseeküste vorgedrungen waren. Das Land zwischen ihren Siedlungen aber war Niemandland oder Wildnis. Sie waren gegeneinander meist in Fehden verstrickt. Von einer einheitlichen Staatsbildung oder Staatslenkung konnte keine Rede sein. Erst im Laufe der Jahrhunderte verschmolzen diese verschiedenen Stämme unter dem Einfluß der politischen Raumgestaltung in immer stärkerem Maße zu mehr oder weniger einheitlichen Völkern, obschon auch heute noch sowohl in sprachlicher als auch kultureller und sonstiger Hinsicht mancherlei Unterschiede zwischen den Bewohnern der einzelnen Landesteile festgestellt werden können.

Es wäre gewiß unrecht, das neuerliche Vordringen des Germanentums im 11. und 12. Jahrhundert im ostbaltischen Raum lediglich als Expansionsbestreben oder Machtgier hinzustellen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Enge des heimatlichen Bodens, daß Unternehmer- und Abenteurergeist, gleichzeitig aber auch tiefste Verantwortung der Religion gegenüber Veranlassung zu weiterem Vordringen gewesen sind. So ist es wohl kein Zufall, daß es zunächst Lübecker Kaufleute waren, die im Zuge der Ausweitung ihrer Handelsbeziehungen über Wisby auf Gotland kommend, gleichzeitig die Mündungen der Memel und Düna aufsegelten und auf dem Wasserwege und den Flußverbindungen bis tief nach Rußland hinein vordrangen. Sie mögen dann heimgekehrt sein und von den großen Möglichkeiten im Osten berichtet haben, wodurch sie ständig neue Unternehmungslustige für die Sache warben. Allein der damaligen Zeit entsprechend wäre es unmöglich gewesen, daß nur der Kaufmann seinem Geschäft nachging. Die günstigen Aussichten mußten auch die katholische Kirche über lang oder kurz interessieren. Der Verkehrsbereich des deutschen Kaufmanns, der die bereits von den Wikingern benutzten Handelsstraßen aufsuchte, wurde damit auch Interessengebiet der Kirche. Im Jahre 1180 schloß sich den Kaufleuten, die die Mündung zu ihren Handelszwecken aufsuchten, der Augustiner Meinhard an, um an der Düna unter den heidnischen Liven seine Missionstätigkeit zu beginnen. Zu diesem Zweck gründete er etwa 20 km oberhalb der Mündung im Jahre 1184 die Kirche Uexküll und wurde bereits 1186 vom Erzbischof von Bremen zum Bischof von Uexküll geweiht. Allerdings war Bischof Meinhard's Position nicht einfach. Kaum hatten ihn im ersten Jahre die Kaufleute verlassen, als die benachbarten Litauer in das Livendorf einbrachen und die Kirche zerstörten. Meinhard selbst flüchtete in die schützenden Wälder, um dann nach seiner Rückkehr eine neue Kirche aus Stein statt wie die zerstörte aus Holz zu bauen. Aber auch mit den Liven hatte Meinhard zahlreiche Schwierigkeiten, da sie trotz Versprechens immer wieder zu ihrem alten Götterglauben zurückkehrten. So wurde es denn für den Bischof eine Notwendigkeit, sich einen Schutz gegen jegliche Überfälle zu schaffen. Zu diesem Zweck bewaffnete er eine Reihe von Männern, die er in seiner neuen

Befestigung um sich scharte. 1196 starb Meinhard und wurde in der Kirche zu Uexküll bestattet. Bereits im darauffolgenden Jahre traf sein Nachfolger Berthold, ein Cisterzienser, als Bischof von Livland in Uexküll ein. Er war ein energischer Mann, und da ihm seine Absichten von den Liven durchkreuzt wurden, ließ er das Schwert entscheiden. 1198 brachte er sich aus dem Reich eine Schar von Kämpfern mit und lieferte den Liven eine Schlacht, die diese verloren. Berthold selbst fiel in der Schlacht. Damit aber war die Position der Kirche neben der Kaufmannschaft im ostbaltischen Raum festgelegt. Nachfolger wurde Bischof Albert. Ihm gelang es, vom Papst Innocenz III. eine Bulle zu erwirken, die den Gläubigen zur Vergebung ihrer Sünden den Kampf gegen die Heiden in Livland auftrug. So konnte Bischof Albert bald ein stattliches Heer sammeln, mit dem er im Jahre 1200 die Düna hinauffuhr. Er gründete 1201 am Zusammenfluß der Düna mit dem Rigebach die heutige Stadt Riga, die sich bald als wichtigstes Zentrum der konfessionellen, politischen und wirtschaftlichen Macht in Livenland auswirken sollte. Seine Kriegsmannschaft benannte Bischof Albert als Orden der Ritter-schaft Christi. Dieser Orden verpflichtete sich zum Kampf gegen die Ungläubigen; er erhielt die Regeln der Templer. Wegen ihres Abzeichens, des weißen Mantels mit dem roten Schwert und roten Kreuz, wurden sie Schwertritter genannt. Erster Ordensmeister wurde Wenno. — Von Riga aus hat Bischof Albert dann nach und nach immer größere Teile Livlands erobert, bis er im Jahre 1207 das eroberte Livland von König Philipp als Lehen erhielt und damit Reichsfürst wurde. So kam denn das neue Gebiet seit dieser Zeit nicht nur in wirtschaftliche Abhängigkeit von der deutschen Kaufmannschaft und in konfessionelle Abhängigkeit von der römischen Kirche, sondern auch in politische Abhängigkeit vom Deutschen Reich. Das war von besonderer Bedeutung, weil gerade in dieser Zeit auch die Slawen ihre Ansprüche auf die Küste in immer stärkerem Maße geltend machten und die Bewohner des ostbaltischen Gebietes immer wieder von den Slawen mit Krieg überzogen wurden. Durch die Festlegung der deutschen Herrschaft im Küstengebiet wurde das Slawentum noch einmal von der Küste zurückgedrängt und damit der Zusammenhang des Gebietes und seiner Bevölkerung mit

Westeuropa noch einmal gegen den Vormarsch aus dem Osten verteidigt und festgelegt.

Die Begründung der Macht im Lande hatte aber noch eine zweite Bedeutung, nämlich daß durch sie nach und nach die zahlreichen Kämpfe all der verschiedenen hier siedelnden Völkerstämme gegeneinander ausgeschaltet wurden. Freilich, die Esten und Letten bekämpften sich ebenso oft wie die lettischen und litauischen Stämme. Ja, alle die verschiedenen Stämme übten immer wieder Überfälle auf die neue Macht. Aber hierbei war offensichtlich nicht entscheidend, daß es sich um die Macht eines fremden Volkes handelte, sondern es war ausschließlich der Umstand maßgebend, daß man einerseits bei den Raubzügen auf reiche Beute hoffte, andererseits wohl auch die eigene Selbständigkeit bedroht sah und daß schließlich reine Glaubenskämpfe dem Geist der Zeit entsprechend gewiß nicht unwesentlich gewesen sein mögen.

In den folgenden Jahren weitete sich die Macht sowohl nach Norden als auch nach Süden aus. Das bezieht sich ebenso auf die politische Herrschaft wie auch auf die religiöse Bekehrung, die nunmehr auch die verschiedenen lettischen, litauischen und estnischen Stämme zu erfassen begann. Allein im Streit gegen die Esten ergaben sich zahlreiche Schwierigkeiten, zumal diese bereit waren, sich mit Nowgorod zu verbünden. Um mit den Esten fertig zu werden, wandte sich Bischof Albert um Hilfe an Dänemark, welches der Aufforderung Folge leistete. Die Dänen landeten im nördlichen Estland und gründeten hier im Jahre 1219 die Burg Reval. Auch daraus ist ersichtlich, daß Orden und Bischof keineswegs nationalpolitische Tendenzen verfolgt haben, sondern daß es ihnen lediglich auf die Bekehrung des Heidentums ankam und wohl auch auf den Ausbau und die Befestigung der Handelsstraßen.

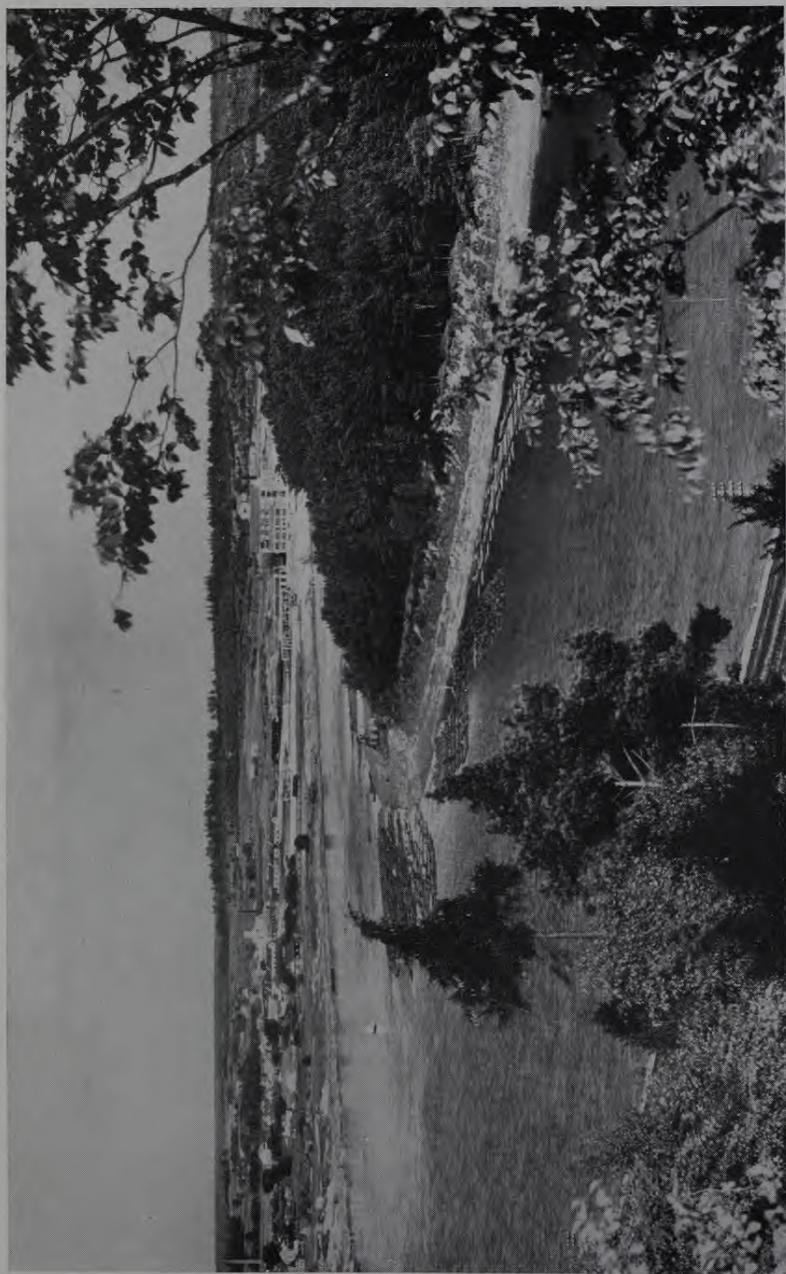
Es kann nicht Aufgabe einer kurzen geschichtlichen Schilderung sein, die zahlreichen Auseinandersetzungen und Kämpfe innerhalb des Raumes zu schildern. Nur einige ganz wesentliche Etappen müssen herausgestellt werden. — Nachdem die Litauer wiederholt ins Land eingefallen waren, zog der Orden unter Beteiligung von Pleskau gegen die Litauer, wobei den Litauern große Verluste beigebracht wurden. Jedoch hatten die Litauer

sich darauf vorbereitet, den Orden auf dem Heimwege unerwartet zu überfallen. In der Schlacht bei Saule (wohl in Nordlitauen) wurde 1236 das Ordensheer völlig geschlagen und verband sich anschließend mit dem Deutschen Orden, der gerade in dieser Zeit seinen Kolonisationszug in Ostpreußen begann. Das Expansionsstreben des Ordens war so groß, daß unter anderem Mitte des 13. Jahrhunderts von Riga aus die Eroberung des heutigen Memelgebietes einsetzte und hier die Mummelburg, das heutige Memel, als älteste Stadt Ostpreußens begründet wurde. Tiefster Sinn dieser Gründung war, eine Landbrücke vom Deutschen Reich nach dem ostbaltischen Raum herzustellen und damit auch rein räumlich das Baltikum ins Reichsgebiet stärker einzubeziehen, nachdem man zu wiederholten Malen eingesehen hatte, daß die seewärtige Verbindung zu lange Zeit beanspruchte und das Gebiet in allzu hohem Maße von der Gutwilligkeit der deutschen Hafencstädte abhängig machte. So ist denn diese erste Kolonisation ein großartiger Versuch der Befestigung der germanischen Position am Gestade der Ostsee und damit ein Beitrag zur kulturellen Einbeziehung des Gebiets in den westeuropäischen Kulturkreis. Eine Tat, die vor allem durch Bischof Albert, der 1229 in Riga starb, untermauert worden ist und durch seine Nachfolger weiter ausgebaut wurde.

Kapitel 2

Der Streit um die Macht

Kaum war die Herrschaft in Livland errichtet, so setzte innerhalb des neuen Kolonialstaates selbst der Kampf um die Macht ein. Nicht ganz zu unrecht verlangte der Orden vom Bischof eine Vergütung für seine Arbeit. Nach langen Verhandlungen konnte der Bischof dem Orden seine Forderungen nicht abschlagen und bewilligte ihm zwei Drittel des eroberten Landes. Indessen konnten die Ansprüche des Ordens auf Abtretung des neu zu erobernden Landes keine Einigung bringen; es wurde der päpstliche Stuhl als Richter angerufen. Der Papst erkannte sehr wohl, welche große Einflußmöglichkeit ihm durch den Streit zwischen Orden und Bischof gegeben war und suchte diese Möglichkeit zur Stärkung



Landschaft bei Kaunas (Kowno, Litauen)



Schloß Groß-Roop (Lettland)

der eigenen Macht und Position in den Livlanden auszunutzen. Befürchtend, daß die Macht des Bischofs zu sehr wachsen könnte, verließ er ihm nicht den Titel eines Erzbischofs und erkannte die Forderungen des Ordens als zu recht bestehend an. Später setzte er neben den Bischof von Riga als gleichberechtigt die Bischöfe von Leal und Ösel ein. Solcherart versuchte der Papst, seine eigene Macht durch das Prinzip des *divide et impera* zu festigen, übersah wohl aber, daß damit gleichzeitig der Keim für den Zerfall des neuen Staatsgebildes gelegt war. Denn es dauerte nicht lange, bis sich in die Auseinandersetzung zwischen Bischof und Orden auch die Stadt einmengte, die ihrerseits ihre Sonderinteressen auf handelspolitischem Gebiet besonders gewahrt zu wissen wünschte.

Alle diese Konflikte spielten sich in einer Zeit ab, da das Land noch nicht vollständig der deutschen Macht unterworfen war. Estland einschließlich Ösel gehörten nach wie vor zu Dänemark und die Kämpfe mit den Litauern bereiteten mancherlei Schwierigkeiten, die das junge Staatsgefüge des öfteren ernsthaft bedrohten. In dieser Zeit versuchten auch die Schweden, ihren Einfluß auf den ostbaltischen Raum geltend zu machen, um mit Hilfe der Waffen ihre Handelsbeziehungen nach Nowgorod auszubauen, denn Nowgorod galt damals als das entscheidende Handelszentrum im Osten, von wo aus eine große handelspolitische Beeinflussung der näheren und fernerer Umgebung möglich war. Indessen wurden die Schweden von Alexander Newski an der Newa geschlagen und ihr Vordringen damit zunächst unmöglich gemacht. Das wollte der Orden sich zunutze machen und seinerseits eine entsprechende Position nach dem Osten ausbauen. Jedoch wurde auch er von den Russen geschlagen und mußte sich an die Peipuslinie zurückziehen.

Im Jahre 1343 brach in ganz Estland der große Estenaufstand aus und die Dänen, die damals die Souveränität über Estland hatten, sahen sehr bald ein, daß sie allein nicht in der Lage waren, die Esten zu unterdrücken. Sie riefen infolgedessen den Orden zu Hilfe, dem sie für seine Hilfeleistung die Feste Reval und Wesenberg abtraten. Für ganz Estland wurde ein Ordensstatthalter ernannt. Damit gelang es dem Orden, nach Unterwerfung der Esten auch die Dänen zu verdrängen, die Mitte des

14. Jahrhunderts schließlich auch die Insel Ösel räumten, womit die Macht des Ordens vom Finnländischen Meerbusen bis an die litauische Grenze begründet war. Seine Ostgrenze verlief längs der Peipuslinie in verhältnismäßig gerader Linie nach Süden. Der Orden wurde damit immer mehr weltliche Macht und verlor seine ursprüngliche Aufgabe als Ritterschaft Christi, deren ausschließliche Aufgabe die Bekehrung der Heiden im Auftrage der Kirche war. Die Begründung des Ordensstaates als erster deutscher Kolonie hatte die große Bedeutung, einen militärisch festgefühten Wall gegen den Osten, der durch den Tatareneinfall im höchsten Grade bedroht war, zu bilden, wodurch dieses Gebiet von der Schreckensherrschaft der Tataren verschont blieb. So beginnt denn in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Zeit der deutschen Ordensherrschaft im ostbaltischen Raum, in Est-, Liv- und Kurland sowohl wie in Ostpreußen. Damit setzt zum erstenmal gleichzeitig ein großzügiges Kolonisationswerk ein. Allerdings muß auch hier unter Kolonisation nicht etwa eine nationalpolitische Aufgabe verstanden werden, sondern als Kolonisation ist lediglich das Bevölkern des Gebiets unter geregelten staatlichen Verhältnissen zu verstehen; denn der Orden bedurfte der dort ansässigen Bauernschaft zur Bearbeitung des Landes und zu sonstigen Diensten und dachte gar nicht an eine Vernichtung oder Austreibung fremdvölkischer Elemente oder die Stärkung einer nationalen Position.

Wie erwähnt, begannen die inneren Auseinandersetzungen in einer Zeit größter Bedrohung von auswärts; die Auseinandersetzungen waren so groß, daß die deutsche Stadt Riga mehrere Male die benachbarten Litauer gegen den Orden zu Hilfe rief, welche dem Orden in zahlreichen Kämpfen große Schwierigkeiten bereiteten. Das zog sich solange Zeit hin, bis nach mannigfachen inneren Auseinandersetzungen der Orden die Stadt Riga kurzerhand belagerte, obschon die Position nach außen hin noch keineswegs befestigt war. Nach mannhaftem Widerstande mußte sich die Stadt ergeben, womit eine ganz wesentliche Befestigung der Ordensmacht vollzogen war. Indessen haben die Auseinandersetzungen zwischen Bischof, Orden und Stadt nicht unbedingt zur Stärkung eines der ringenden Teile geführt, sondern es darf wohl angenommen werden, daß die Stände den größten Nutzen aus

diesen inneren Kämpfen gezogen haben. Als solche sind vor allem die Vasallen zu nennen. Diese waren mit Gütern belehnte Kämpfer für die Sache des Ordens bzw. des Bischofs. Ihr Streben ging dahin, das Lehen erblich zu machen und die eigene politische Macht möglichst weitgehend auszubauen. Bereits König Erich von Dänemark verlieh im Jahre 1350 den Provinzen Harrien und Wierland das sog. Waldemar-Erichsche Lehnrecht, welches die Grundlage der rechtlichen Ständebildung der Vasallenschaft nicht nur in Estland, sondern nachher auch in Livland wurde. Daß die politische Macht der Lehnsleute immer stärker wuchs, war dadurch bedingt, daß der Lehnsherr zu allen Zeiten, besonders aber während des Krieges, in höchstem Maße von der Dienstleistung der Vasallen abhängig war. Mit dem Aufstieg der Vasallen und der Ausbreitung ihrer Macht hing aber gleichzeitig die immer größer werdende Abhängigkeit der ortsansässigen Bauern zusammen. Dies ist eine Erscheinung, die nicht für die baltischen Gebiete allein charakteristisch und entscheidend gewesen ist, sondern es ist eine Erscheinung, die genau ebenso in Westeuropa, vor allem in Deutschland an der Tagesordnung war. So kann denn wohl auch die wachsende Abhängigkeit der Bauernschaft kaum mit nationalpolitischen Erwägungen begründet werden, sondern muß als Ausdruck des allgemeinen Zeitgeistes und der sozialen Gegebenheiten gewertet werden.

Wir sahen schon, wie gleichzeitig im Kampfe um die Macht im Inneren des Staates auch die Städte immer mehr an Einfluß gewannen, vor allem aber die Stadt Riga. Sie hatte gleich nach ihrer Begründung das Stadtrecht Wisbys, ging erst im 13. Jahrhundert auf das Hamburgische Stadtrecht über, das dann in den späteren Jahren eine weitere Ausgestaltung erfuhr. Dieses Recht nahmen die meisten Städte im Baltikum an. Der Rat der Stadt Riga galt als oberste Gerichtsinstanz, auch für alle kleineren Städte, die dasselbe Recht hatten. Reval nahm Mitte des 13. Jahrhunderts Lübecker Stadtrecht an; die meisten Städte Estlands folgten dem Beispiel Revals, wodurch Reval mitsamt den Städten des nördlichen Baltikums weitgehend von Lübeck abhängig wurde. In den Städten selbst nun gliederte sich die Bürgerschaft nach verschiedenen Ständen — die sog. Gilden oder Bruderschaften. Es sei vor allem an die Kompagnie der Schwarzen Häupter,

die St. Marien- und die Johannes-Gilde erinnert, welche die Kaufmannschaft und das Handwerk erfaßten. Die Aufgliederung der Städte, die entscheidende Kulturträger im Lande waren, nach ständischem Prinzip hatte selbstverständlich ihre ganz außerordentliche Bedeutung, denn damit war nicht nur eine äußere Organisationsform, sondern auch ein tieferer Inhalt in Anlehnung an das deutsche Mutterland gegeben. Sitten und Gebräuche, Handelsusancen, ja, sogar Gebräuche, die in das Privatleben des einzelnen hineingriffen wie z. B. Hochzeitsbräuche u. a. m. fanden durch sie Verbreitung und damit lebendige Gestaltung auch im Baltikum.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Städte in ihren Mauern ausschließlich Deutsche beherbergten. Wir haben eine ganze Reihe von Beweisen dafür, daß auch die Esten und Letten sowie die Liven in den Städten wohnhaft waren und hier verschiedene Dienste leisteten. Sie wurden im Transportwesen und im Verkehr zu Dienstleistungen herangezogen, ja gelegentlich hören wir auch von estnischen und lettischen Handwerkern. Allein soviel steht fest, die Deutschen nahmen eine ausgesprochene Herrschaftstellung ein und waren in den Städten in überwiegender Mehrzahl. Allerdings war zeitweilig die Aufnahme von lettischen und estnischen Handwerkern in die verschiedenen Schragen zum Teil verboten; zeitweise war den Letten auch der Erwerb von Grundbesitz in der Stadt Riga untersagt. Allein der Überseehandel dürfte ausschließlich in deutscher Hand gelegen haben.

Verständlicherweise lagen die Interessen der Städte auf einem vollkommen anderen Gebiet als die des Ordens bzw. des Bischofs. Sie hatten vor allem Interesse an einem möglichst günstigen und weitgehenden Ausbau der Handelsbeziehungen nach dem Osten, und ihrer Tatkraft allein ist es zu verdanken, daß sich in den späteren Jahrhunderten Riga und Reval neben mancher kleineren Stadt zu wichtigen Handelsumschlagplätzen und Gewerbezentren entfalteten; denn soviel steht fest, die großzügige Anlage sowohl Rigas als auch Revals war weit über den engen Rahmen des verhältnismäßig kleinen baltischen Raumes hinaus zugeschnitten. Die Bauanlagen, Speicher und gewaltigen Befestigungen sowie die großen Kirchen entsprachen keineswegs der an sich zahlenmäßig nicht großen Bevölkerung. So sehen wir

denn das ganze Land und an seiner Spitze die beiden großen Städte in immer stärkerem Maße zu Brücken von West- nach Osteuropa wachsen und gleichzeitig zu einem imposanten Vorposten westeuropäischer Kultur gegen den Osten werden. Das Baltikum tritt damit auch als Kulturscheide zwischen Ost- und Westeuropa.

Kaum war der Orden auf der Höhe seiner Macht angelangt und hatte sich der Geist der Hanse weit nach Nordosten vorgeschoben, der wesentlich zur Begründung der Herrschaft in den Livlanden beigetragen hatte, als sich auch außenpolitisch so wesentliche Änderungen ergaben, daß die Existenz der deutschen Herrschaft im Baltikum schwerstens gefährdet erscheinen mußte. Der erste Zar Iwan III. von Moskau hatte es verstanden, im Laufe des 15. Jahrhunderts die Macht Moskaus immer weiter auszu dehnen. Es gelang ihm, Pleskau und Nowgorod zu unterwerfen und damit seine Herrschaft bis an die Grenze des Ordensstaates vorzuschieben. Gegenüber Narwa als nordöstlichster Festung der deutschen Macht wurde die Russenburg Iwangorod errichtet. Gleichzeitig mit der Befestigung der russischen Macht wurde der Orden aber auch durch das Wachsen des Großfürstentums Litauen in immer stärkerem Maße bedroht. Ja, Litauen gewann in dieser Zeit nicht nur an politischer Bedeutung, sondern durch die Annahme des katholischen Glaubens hatte Großfürst Witold die Möglichkeit, auch in immer stärkerem Maße auf den päpstlichen Stuhl einzuwirken und damit dem Orden eine wesentliche Position aus der Hand zu nehmen. Wollte der Orden ursprünglich gegen das Heidentum kämpfen, so war durch das Bekenntnis Witolds zum christlichen Glauben in Litauen eine neue christliche Macht erwachsen, die in Wettbewerb zum Orden trat. Das ferne Rom konnte die tatsächlichen Verhältnisse nicht übersehen und war aus machtpolitischen Gesichtspunkten heraus leicht geneigt, gelegentlich die Litauer gegen den Orden zu unterstützen. So stand denn der Ordensstaat in der Übergangszeit vom 14. zum 15. Jahrhundert vor ganz entscheidenden und tief greifenden Wandlungen. Er sah sich vor einer ernsthaften Bedrohung aus dem Osten, wobei ihm die nötige Hilfe von Kirche und Mutterland nur allzu oft versagt blieb.

Der Zusammenbruch

Noch einmal sollte es dem Orden gelingen, mit letzter Kraftanstrengung einen kurzen Aufstieg zu erleben. Das verdankte er seinem neuen Ordensmeister Wolter von Plettenberg, der am 7. Juli 1494 auf der Burg Wenden zum Meister gewählt wurde. Plettenberg sah sich vor eine ungeheure schwierige Lage gestellt: Auf der einen Seite drohte das mächtig gewordene Rußland in die Livlande einzufallen, auf der anderen Seite war der Orden durch den litauisch-polnischen Staat auf das ernsthafteste bedroht. Eine nennenswerte Machtstärkung aus dem Mutterlande war kaum zu erwarten. Der innere Zerfall im Ordensgebiet war soweit fortgeschritten, daß der Orden mehr oder weniger isoliert dastand oder zum mindesten von allen Ständen sehr mißtrauisch betrachtet wurde. Unter diesen Voraussetzungen mußte Plettenberg eine neuerliche Rettungsaktion der Livlande und damit der europäischen Kultur vor dem Osten unternehmen. Er erkannte so manche Gegensätzlichkeit zwischen dem litauisch-polnischen Staat und dem neuen Rußland und die Notwendigkeit, diese Gegensätzlichkeit für sich auszunutzen. Und so schloß er mit dem Fürsten Alexander ein Bündnis, das ihm zunächst freie Hand gegen Rußland ließ.

Die Russen hatten mittlerweile das Hansekontor in Nowgorod geschlossen, zahlreiche Kaufleute verhaftet und ihre Waren beschlagnahmt. Nicht nur die Hanse, sondern auch der Orden und die Geistlichkeit waren an ihrer Befreiung und der Auslieferung der Waren interessiert, und so spitzten sich denn die Verhältnisse in immer stärkerem Maße zu. Da machte Plettenberg eine große Kraftanstrengung und zog mit einem kleinen Heer, in dem nachweislich auch zahlreiche Letten und Esten waren, gegen die Russen. Er begann 1501 einen Krieg gegen Pleskau, dem jedoch der entscheidende Erfolg versagt blieb. Zahlreiche Russeneinfälle verwüsteten immer wieder das Land. 1502 zog Plettenberg erneut gegen Pleskau. Am Smolinasee, südlich von Pleskau, kam es zur Entscheidungsschlacht, in deren Verlauf ein weit überlegenes russisches Heer vernichtend geschlagen wurde und damit die Position der Livlande im äußersten Nordosten

Westeuropas noch einmal für einige Jahrzehnte sichergestellt wurde. Der Sieg hatte um so größere Bedeutung, als Plettenberg von den verbündeten Litauern auch dieses Mal im Stich gelassen worden war. Daraus ging hervor, daß es Litauen mit dem Bündnis gegen Rußland nicht allzu ernst war und daß Litauen-Polen nur auf den geeigneten Augenblick wartete, um seinerseits seine Machtansprüche über die Livlande geltend zu machen. Allein auch darin erwies sich Plettenberg als ungeheuer geschickt. Er sah die Vernichtung des Deutschen Ordens in Ostpreußen herannahen und wußte sich in Anbetracht dieser Lage von ihm zu trennen. Als Ostpreußen polnisches Lehen wurde, behielt Livland seine absolute Selbständigkeit, die es ausschließlich der überragenden Persönlichkeit Plettenbergs verdankte. 1531 bewilligten die Russen Plettenberg noch einen erneuten Frieden auf 20 Jahre, womit dieser livländische Staatsmann seinen Nachkommen eine verhältnismäßig lange Zeit des Friedens als Erbe hinterließ.

Allein die Zersetzung machte sich nicht nur auf außenpolitischem und organisatorischem Gebiet bemerkbar, sondern auch auf geistigem Gebiet; denn in die letzten Lebensjahre Plettenbergs fällt die Zeit der Reformation, eine Zeit der Umwertung überlieferter Begriffe. Ein deutliches Beispiel für die Wucht der Reformation in den Livlanden geben die Bilderstürme in den meisten Städten des Baltikums. Die Schwarzen Häupter vernichteten in ihrer Kirche, dem St. Peter zu Riga, zahlreiche Kunstwerte aus der katholischen Zeit; die Namen der Pfarrer Knopken und Tegetmeyer lassen sich aus der Reformation in den Livlanden gar nicht fortdenken. Martin Luther selbst hat wiederholt auf Bitten der Livländer Briefe und Denkschriften an sie gerichtet, die sie zur Vernunft und Einsicht mahnten. Damit aber wurde der Reformationsbewegung eine nur noch größere Intensität verliehen, und so kam es denn, daß sich das ganze Land in kürzester Frist vom Katholizismus abwandte. Selbstverständlich ist nicht anzunehmen, daß diese Reformation spontan von einem Tag zum anderen erfolgte, sondern die allgemeine Unzufriedenheit mit den Verhältnissen im Lande, zu denen auch die Kirche ihren wesentlichen Beitrag geliefert hatte, mag sehr entscheidend mitgewirkt haben. 1525 verbriefte Plettenberg der Stadt Riga ihr Luthertum, womit sich nun die Stadt erstmalig dem Ordensmeister allein

unterstellte. Die Mönche aus den verschiedensten Klöstern wurden vertrieben und Kirchenschändungen waren an der Tagesordnung. Daß mit dieser Reformation nicht nur eine geistige, sondern auch politische grundsätzliche Neuordnung einzog, liegt auf der Hand. Die Stellung des politischen Katholizismus wurde damit weitgehend zunichte gemacht. Selbstverständlich versuchte die katholische Kirche sehr energisch, sich diesem Ansturm zu erwehren. Indessen halfen Widersetzungsversuche nicht, sondern es brach trotzdem eine neue Zeit an, eine Zeit, die nicht nur das alte niederriß, sondern anschließend daran auch selbst neu aufbaute. Die bekannten Reformationsdichtungen eines Burkard Waldis entstanden in dieser Zeit sowie das von Knopken zusammengestellte älteste lutherische Gesangbuch in Livland neben zahlreichen Werken der Kunst und Literatur. — 1535 starb Wolter von Plettenberg, dem im Amte weit weniger bedeutende Persönlichkeiten folgten, womit der Niedergang der Macht nicht mehr aufzuhalten war.

Der Nachfolger Plettenbergs, Wilhelm von Fürstenberg, sah die polnische Macht immer größer werden, und die Konflikte mit dem polnischen Staat wuchsen ständig. So nahm der König von Polen denn einen geringen Zwischenfall zum Anlaß, um gegen den Orden zu marschieren. Man wird wohl auch hier richtig tun, neben dem reinen Machtstreben des Polenreiches die konfessionellen Konflikte mit zu berücksichtigen, war doch das Papsttum stark daran interessiert, den Katholizismus wieder in die Livlande zu tragen und damit den Polen seine Hilfe angedeihen zu lassen. Der mittlerweile zum größten Teil protestantisch gewordene Orden sah sich überall von Hilfeleistungen verlassen, und dennoch wagte Fürstenberg es, den Polen entgegenzuziehen. Als aber gleichzeitig auch die Russen mit einem größeren Heer Livland bedrohten, fand Fürstenberg in seiner Verzweiflung keinen anderen Ausweg, als sich dem Polenkönig zu unterwerfen. Im Frieden von Pasewalk mußte Fürstenberg nicht nur die Ansprüche des Erzbischofs in Livland anerkennen, sondern auch ein Bündnis mit Polen gegen Moskau abschließen. Damit aber war eine von Plettenberg klug und geschickt beseitigte Gefahr wieder akut geworden und ein neuer ernsthafter Konflikt mit Rußland unvermeidlich. Der Friede von Pasewalk bot Zar Iwan dem Grau-

samen einen entscheidenden Anlaß zu erneuter kriegerischer Auseinandersetzung. Die Polen erkannten sehr wohl, daß die Lage des Ordens in einem Krieg mit Rußland verzweifelt werden mußte und warteten in der richtigen Erkenntnis ab, daß der Orden desto eher zu Zugeständnissen an Polen bereit sein würde, je schlimmer die Lage wurde. Und so kam es auch. 1558 drangen die Russen über Narwa kommend in das Ordensgebiet ein. Da Fürstenberg mittlerweile nicht mehr jung war, wurde ihm Gotthard Kettler als Ordenskoadjutor zur Seite gestellt, der in geschickter Weise zahlreiche Intrigen begann, denn Kettler war einer der Hauptfreunde einer Allianz mit Polen. Er setzte es bald durch, daß Fürstenberg alle Geschäfte an ihn abtrat. Am 31. August 1559 wurde in Wilna der erste Vertrag zwischen König Sigismund August von Polen und Gotthard Kettler unterzeichnet. In dem der König das Land vor den Einfällen der Russen zu schützen versprach; der Orden aber räumte ihm dafür eine Anzahl von Befestigungen ein.

Die Chronisten berichten, daß Kettler ein eitler, eigensüchtiger und ränkespinnender Mann gewesen sei, der gern Herzog von ganz Livland werden wollte. — Mit dem Eingreifen der Polen beginnt für die Livlande ein ganz neuer Abschnitt in ihrer Geschichte. Trotz des Vertrages leisteten die Polen zunächst nicht den nötigen Beistand, und der Orden war wiederholt gezwungen, sich ohne Hilfe den Russen zu stellen. 1560 erlitt er eine vernichtende Niederlage; zum letzten Male wehte in dieser Schlacht die alte livländische Ordensfahne. Die Russen drangen in das Gebiet Estlands ein. Erst jetzt versuchte König Sigismund, seine Position im Baltenlande auszubauen. In einem Krieg zwischen Polen und Rußland erlitt Iwan der Grausame eine Niederlage. Die Livlande mußten sich endgültig und absolut den Polen unterwerfen. Kettler mußte das Ordensgewand ablegen und wurde Vasall des Polenkönigs in Kurland. Der Polenkönig übernahm selbst die Herrschaft über Livland, d. h. das Land nördlich der Düna. Mitau wurde die Hauptstadt des neuen Herzogtums Kurland. Der Polenkönig gestand im sog. Privilegium Sigismundi Augusti dem Land alle alten Privilegien sowie das lutherische Bekenntnis zu.

Die polnische und schwedische Herrschaft

Der Zusammenbruch des Ordens und die Errichtung der polnischen Macht brachte im 16. Jahrhundert zahlreiche Wirrnisse ins Land. Schweden, das von den Russen gegen den Orden zu Hilfe gerufen war, hielt einen Teil Estlands besetzt; Dänemark setzte sich auf Ösel fest; die Russen beherrschten den Nordosten des Landes; das eigentliche Livland und Lettgallen gehörten zu Polen, während Kurland polnisches Lehen war. Damit war das ganze Gebiet weitgehend zersplittert und die alte staatliche Einheit aufgelöst. Jede Entwicklung kultureller oder wirtschaftlicher Art wurde durch die neuen politischen Verhältnisse bedingt. Die Macht der Hanse war im Absinken. Zahlreiche Kämpfe und Rivalitäten der verschiedenen Beherrscher des Landes wurden auf seinem Boden ausgetragen. Die polnische Hoheit wußte bald, das Privilegium Sigismundi Augusti zu durchbrechen, dies geschah sowohl auf verwaltungstechnischem Gebiet, als auch insbesondere auf dem Gebiet der Religionsfreiheit. Die Gegenreformation setzte ein, nachdem Polen selbst zeitweilig schwankend geworden war. Damit begann aber gleichzeitig für das Land eine Zeit der härtesten geistigen Unterdrückung. Die planmäßige Beleihung von Litauern und Polen mit Gütern brachte auch diese immer mehr ins Land und gab ihnen in steigendem Maße Einfluß auf die Gestaltung der Landespolitik. Die Gestaltung des Landtages gewann nationalpolitisch ein neues Gesicht, und damit begannen die ersten ernstesten inneren Auseinandersetzungen auf nationalpolitischem Gebiet. In der Gegenreformation waren es vor allem die Jesuiten, die erstmalig in den Livlanden eine größere Bedeutung erlangten und nicht nur ins kirchliche, sondern auch ins politische Leben eingriffen. Der päpstliche Stuhl schien bereit, die äußersten Mittel für die Wiedergewinnung des Landes einzusetzen. Es wurden zahlreiche Schulkollegien, Bischofssitze u. a. m. begründet. Der katholische Katechismus wurde ins Lettische übersetzt. Auch wirtschaftliche Momente wurden der Gegenreformation dienstbar gemacht. Bei der Besiedlung des Landes wurden vorwiegend konfessionelle Gesichtspunkte maßgebend. Die

St. Jakobi-Kirche, deren Gemeinde protestantisch geworden war, wurden den Katholiken zurückgegeben. Indessen wuchs im Lande selbst auch gleichzeitig die Opposition, eine Opposition, die sich nicht nur gegen die Gegenreformation, sondern auch gegen deren Träger, das Polentum wandte. Es läßt sich schwer abschätzen, welche eine Bedeutung es gehabt hat, daß es trotz allem nicht gelang, der Gegenreformation zum Siege zu verhelfen. Eins ist dabei klar: Eine starke Position des Papsttums im Nordosten Europas, von der aus als geistiger Zentrale und als Zentrale der Kultur und Wirtschaft eine weitgehende Beeinflussung ganz Nordost-Europas möglich gewesen wäre, ist damit zunichte geworden.

Verschiedene kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Polen und Schweden wurden schließlich durch das Eingreifen König Gustaf Adolfs von Schweden entschieden. 1611 folgte er seinem Vater auf den schwedischen Königsthron und verstand es bald, die Großmacht Schweden im Ostseeraum zu errichten, eine Großmacht des Nordens in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, die gegenüber Polen und Rußland protestantisch war und damit auch hierin den Livlanden besonders nahe stand. Gustav Adolf beendete durch den Frieden von Stolbowa im Jahre 1617 die zahlreichen Streitigkeiten mit Rußland; durch diesen Frieden trennte er Rußland gänzlich von der Ostsee und erwarb Ingermanland und Ostkarelien zu seinen Besitzungen hinzu. Dann eroberte er Livland mit der Hauptstadt Riga, wobei allerdings Lettgallen weiterhin bei Polen verblieb, desgleichen Kurland. Wiederum war es gelungen, die Slawen aus dem ostbaltischen Raum zu verdrängen und damit noch einmal die germanische Kultur zu festigen. Auch hat die schwedische Eroberung ganz ohne Zweifel die Reformation im Baltikum wesentlich gestärkt und Gustav Adolf konnte sich bei Ausbruch des 30jährigen Krieges auf Schweden, Finnland, Estland und Livland sowie auf Teile Preußens stützen. Diese schwedische Herrschaftsperiode ist für das Land von ungeheurer Bedeutung gewesen; denn es wurde nicht nur kulturell und politisch einem neuen Kreis erschlossen und mit vom Osten abgedrängt, sondern auch wirtschaftlich mußte es sich vollkommen umstellen, galt es doch zunächst, die schwedischen Kriege weitgehend zu finanzieren. Des weiteren hat König Gustaf Adolf von Schweden vor allem die

erste Hochschule im Lande begründet, indem er im Jahre 1632 die Universität Dorpat stiftete. Damit wurde der Grundstein für das geistige Zentrum des Baltikums gelegt. Aus dieser Universität sind nachher auf allen Gebieten des Geisteslebens Persönlichkeiten hervorgegangen, die nicht nur im Lande selbst, sondern weit darüber hinaus Namen und Bedeutung erlangten. Vorbild für diese Universität war die Universität Upsala. Dank dem Umstande, daß unter den Dozenten vorwiegend Deutsche tätig waren, gewann auch die deutsche Wissenschaft absolute Vorherrschaft und damit entfaltete sich die Universität im Wandel der politischen Ereignisse nach und nach zu einem Zentrum deutschen Geisteslebens im äußersten Nordosten, dessen Bedeutung in wenigen Worten zusammenzufassen unmöglich ist, aber wer die verantwortungsvolle Lage des baltischen Raumes geopolitisch wie auch kultur- und wirtschaftspolitisch kennengelernt hat, mag es andeutungsweise abschätzen können.

Allerdings brachte die schwedische Herrschaft auch wieder eine vollständige Verschiebung in den Güterbesitzverhältnissen. Die Schweden überprüften den Besitz und enteigneten zahlreiche Ländereien, mit denen schwedische Würdenträger beliehen wurden. Auch nahm die schwedische Krone viele neue Adelsbeleihungen vor, wodurch die Position des alteingessenen Adels stark aufgelockert wurde. Desgleichen wurde für die Bauernschaft manche Neuerung durchgeführt. Es wurde eine neue steuerliche Belastung festgesetzt, unter die auch die Fronleistung fiel. — Von besonderer Bedeutung aber ist die Übersetzung der Bibel ins estnische und lettische in dieser Zeit gewesen, war doch dadurch erst die Grundlage für das Eindringen der Reformation auch in die bäuerlichen Kreise gegeben. Gleichzeitig damit wurden die Pastoren (meist deutscher Herkunft) auf dem Lande aus Rücksichten der Seelsorge zu den ersten Begründern der lettischen und estnischen Schriftsprache. Brachte die Zeit der Zugehörigkeit zu Schweden für das Land auch manche neue Belastung mit sich, so war es doch gleichzeitig auch eine Zeit des neuerlichen Aufbaues und neuer Gestaltung, eine Zeit der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur, die aber durch die erneute Erstarkung der Großmacht Rußland unter Peter dem Großen nun wieder auf das ernsthafteste in Frage gestellt wurde, zumal Schweden nach

dem Tode Gustaf Adolfs bereits den Keim des Zerfalls in sich trug.

In den achtziger Jahren wurde dann schließlich in rigoroser Weise in Livland und Estland die sog. Güterreduktion durchgeführt, durch die alle einst von der Krone verliehenen Güter eingezogen wurden. Diese Maßnahme der schwedischen Regierung brachte sie sehr bald in heftigen Gegensatz zum Adel. Wichtigster Vertreter der Ritterschaft war Johann Reinhold Patkul. Ihm war daran gelegen, nunmehr die schwedische Herrschaft, die über die livländischen Privilegien hinwegging, unbedingt zu brechen, und er versuchte auf alle erdenkliche Art, eine Koalition gegen die Schweden zustande zu bringen. Nachdem zahlreiche Versuche, das schwedische Joch abzuschütteln, mißlungen waren, setzte sich Patkul auf das wärmste für die Politik Peter des Großen ein, Rußland europäisch zu machen. Bald brachen in den Livlanden die Russen ein, die das Land nach ihrer bewährten Methode verwüsteten, um dem Feind bei einem etwaigen Rückzuge keine Güter zu hinterlassen. Peters des Großen Politik der Schaffung eines Fensters nach dem Westen fand lebhafteste Zustimmung Patkuls. 1709 fiel in der Schlacht von Poltava die Entscheidung zugunsten Rußlands. Peter der Große marschierte anschließend in Livland ein. Am 4. Juli 1710 ergab sich nach langer Belagerung Riga. Zum erstenmal in der Geschichte unterwarf sich das Land dem bis dahin als größtem Feinde angesprochenen östlichen Nachbarn. Zum erstenmale hatte das Russentum einen entscheidenden Sieg errungen, der die Gestaltung des Landes für die kommenden zwei Jahrhunderte bestimmen sollte. Zum erstenmal gewann Osteuropa die äußerste Position Westeuropas. — Wiederum wußten sich die Livländer zahlreiche Privilegien zu sichern, wobei das ehemalige Privilegium Sigismundi Augusti zur Grundlage gemacht wurde. Es war für die Livländer und damit für das Deutschtum eine der weitgehendsten Entscheidungen, die überhaupt in der Geschichte dieses Gebietes gefällt wurde. Denn nun ging es um die Entscheidung, ob es möglich war, dem Ziel Peters des Großen entsprechend, Rußland durch die westeuropäische Kultur zu befruchten oder aber, ob das Land durch die Angliederung der Vernichtung preisgegeben war.

Das Herzogtum Kurland

Während so der Ordensstaat nach Begründung der russischen Herrschaft vor vollkommen neue Aufgaben gestellt war, hatte als einziges Gebiet, das eine Sonderstellung einnahm, Kurland wesentlich andere Aufgaben. Seitdem es im Jahre 1561 vom letzten Ordensmeister Gotthard Kettler in ein polnisches Lehns-herzogtum umgewandelt worden war, besaß es unter polnischer Lehnshoheit doch noch eine weitgehend selbständige Entfaltung. Freilich, diese Selbständigkeit war nicht so weitgehend, wie Kettler es sich vielleicht wünschte. Kettler hatte nämlich nicht nur nach außen hin und den Polen gegenüber mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen, sondern auch der Aufbau des Herzogtums im Inneren war nicht leicht. Zwar gelang es ihm, die Welle der Gegenreformation von Kurland teilweise abzuwenden, indem er eine großzügige Kirchenreform durchführte, die bis ins 19. Jahrhundert hinein ihre Auswirkung in Kurland zeigte, dennoch aber konnte er nicht verhindern, daß Kurland verwaltungstechnisch Litauen angegliedert wurde. Damit wurden die alten Grenzstreitigkeiten, die zwischen Litauen und dem Orden bestanden hatten, zunächst beigelegt und weitgehend zugunsten Kurlands entschieden. Das Vordringen des Polentums nach Kurland wurde immer offensichtlicher und stärker, ja, zahlreiche polnische Adlige wurden mit kurländischen Gütern beliehen, wodurch das Polentum politisch und sozial in immer stärkerem Maße an Bedeutung gewann. Während sich so in der Abgrenzung der Machtbefugnisse dem polnischen König gegenüber zahlreiche Schwierigkeiten ergaben, obschon das Privilegium Sigismundi Augusti auch auf Kurland ausgedehnt wurde, hatten der erste kurländische Herzog und seine Nachfolger auch mit dem Adel im Inneren reichlich viel zu schaffen; dennoch aber bewies sich Gotthard Kettler als ein guter Politiker und Organisator.

Einer der wesentlichsten Schritte, die Gotthard Kettler unternahm, bestand in der Begründung der Dynastie Kettler. Im Jahre 1561 ging er die Ehe mit der Prinzessin Anna von Mecklenburg ein und schuf sich damit eine eines Reichsfürsten standesgemäße Position. Aus dieser Ehe stammten zwei Söhne, die späteren Her-

zöge Friedrich und Wilhelm, die sich nach dem Tode des Vaters in die Herrschaft Kurlands teilten. Friedrich übernahm das sog. Semgallen mit Mitau als Hauptstadt, während Wilhelm das eigentliche Kurland mit Goldingen als Hauptstadt übernahm. Nach dieser Erbteilung zeigte sich in immer stärkerem Maße, wie machtvoll die Position des Adels in Kurland war und so kann man sagen, daß die Regelung der Beziehungen zwischen Adel und Herzog eines der wichtigsten Probleme der ganzen herzoglichen Zeit gewesen ist, denn die Privilegien des Adels fußten außer auf dem Privilegium Sigismundi Augusti auf weitgehenden Zugeständnissen, die Herzog Gotthard dem Adel hatte einräumen müssen. Die Lehnsgüter wurden danach erblicher Besitz mit freiem und unbegrenztem Verfügungsrecht, und der Adel erhielt die Gerichtsbarkeit über die Bauern seiner Güter. Streitigkeiten zwischen Adel und Herzog konnten vor den König von Polen als Schiedsrichter gebracht werden; allein damit schon war der polnischen Krone die Möglichkeit der dauernden Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Herzogtums gegeben. Das zeigte sich denn auch bei der Übernahme der Herrschaft durch die Söhne Herzog Gotthards: Herzog Wilhelm geriet in harten Konflikt mit dem Adel und wurde nach Anrufung der Krone durch den Adel seines Amtes entsetzt, Herzog Friedrich wurde alleiniger Herrscher über Kurland. Gleichzeitig damit aber sank das Ansehen und die Macht des Herzogtums.

1642 starb Herzog Friedrich. Es folgte ihm im Amte sein Neffe Jacob, ein Sohn Herzog Wilhelms. Seine Regierungszeit gilt als die Blütezeit des kurländischen Herzogtums, denn Herzog Jacob besaß viel politisches Geschick und reichliche Initiative. Unter seiner Herrschaft nahm das Land einen großen Aufstieg in kultureller, politischer und vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Herzog Jacob verstand als erster Unternehmer des Landes das Gewerbe zu fördern, die Schiffahrt auszubauen und den Handel auf das eifrigste zu pflegen. Ja, es gelang ihm sogar, dem kleinen Herzogtum Kurland zwei Kolonien zu verschaffen; es handelte sich um Tobago und eine kleine Kolonie am Gambia, Mittelpunkt dieser Kolonie war die St. Andreasinsel; über diese Kolonie hoffte Herzog Jacob seinen Handel bis nach Ostindien auszubauen. Unter seiner Herrschaft wurden zahlreiche Fracht-

schiffe gebaut, um auf den Güterverkehr mit fremden Frachtschiffen verzichten zu können. Er unterließ es aber auch nicht, seine großzügige Handelspolitik durch den Bau einer unverhältnismäßig großen Kriegsflotte zu bestärken. Die Zeit der kurländischen Selbständigkeit hat sich im Gesicht Kurlands tief eingepägt — insofern, als nicht nur das Land gegenüber den Nachbargebieten einen Vorsprung gewann, sondern als auch das Selbstbewußtsein seiner Bevölkerung gestärkt wurde. Neben dem Gewerbe, das für den Verbrauch produzierte, waren es zum größten Teil Unternehmungen der Rüstungsindustrie, die dem ganzen Wirtschaftsleben einen starken Impuls gaben. Nicht nur die Hauptstadt Mitau, sondern auch die kleineren Städte und das Land wurden durch diesen Wirtschaftsimpuls mitgerissen. Mit seiner großzügigen Wirtschaftspolitik verfolgte Herzog Jacob das Ziel, sich Unabhängigkeit nach außen hin zu ermöglichen, denn aus der Wirtschaft sollten die Mittel zum Unterhalt des Heeres fließen. Allein, Herzog Jacob konnte sein Ziel nicht erreichen, weil das Herzogtum zu klein war und seine Nachbarn zu mächtig. Auch der Versuch, eine dauernde Neutralität zu bewahren und sich in die polnisch-schwedischen Auseinandersetzungen nicht einzumischen, mußte über lang oder kurz scheitern. Im Jahre 1658 fielen die Schweden in Kurland ein und nahmen den Herzog gefangen. In der Folge zerfiel das von Herzog Jacob geschaffene Werk. Die Kolonien gingen verloren, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft gingen zurück.

Als Herzog Jacob 1660 wieder heimkehrte, schritt er zwar mit größter Energie an den Wiederaufbau, jedoch gelang es nicht, die Riesenverluste des Landes wettzumachen. 1681 starb dieser größte Repräsentant des Herzogtums Kurland, dem es gelungen war, den Reichsfürstentitel zu erlangen. Die Regierungszeit Herzog Jacobs wird auch auf lettischer Seite als Epoche eines lettischen Kurland gefeiert, hatte doch das Lettentum im Zuge des allgemeinen Aufstiegs zahlreiche Möglichkeiten, zu Wohlstand zu gelangen, in Handel und Gewerbe waren Letten beschäftigt; desgleichen nahm die lettische Literatur einen Aufstieg. Die ältere lettische Orthographie, die Sammlung von Liedern und die Übersetzung des Katechismus gehören in diese



Ivangorod und Hermannsforte bei Narwa (Estland)



*Frühmittelalterliche Dorfbefestigung
(Freilichtmuseum am Juglasee – Lettland)*

Zeit, wenn auch dieser Beitrag zu lettischer Kulturgeschichte im wesentlichen von Deutschen geliefert wurde.

Friedrich Kasimir folgte seinem Vater in der Regierung. Er versuchte wohl, dessen Wirtschaftspolitik fortzusetzen; seinen Ansprüchen in bezug auf Pracht, Kunst und Luxus war aber das kleine Herzogtum nicht gewachsen und es begann zu zerfallen. Als Herzog Friedrich Kasimir im Jahre 1698 starb, folgte ihm sein Sohn Friedrich Wilhelm, der jedoch seiner Aufgabe als Regent keineswegs gewachsen war. Er entfloh, als der Schwedenkönig Karl XII. an den Grenzen Kurlands stand, Kurland blieb jahrelang ohne Regenten und hatte eine harte Zeit durchzumachen. Erst, als Herzog Friedrich Wilhelm eine Ehe mit einer Nichte Peters des Großen einging, hoffte das Land auf einen neuen Aufstieg. Jedoch auf der Heimfahrt von der Trauung in St. Petersburg starb der Herzog. Seine Witwe nahm darauf auf Veranlassung Peters des Großen ihren Wohnsitz in Mitau. Durch den plötzlichen Tod des letzten Herzogs starb die Linie der Kettlers aus, und es begann nun ein unendlich langes Ränkespiel zwischen den verschiedensten Mächten um die Neubesetzung der Herrschaft in Kurland. Sowohl Polen als auch Rußland und Kurland hatten sehr verschiedene Interessen. Schließlich wurde im Jahre 1737 Graf Ernst Johann Biron, Oberkammerherr und Günstling der Kaiserin Anna von Rußland, vom kurländischen Adel einstimmig zum Herzog gewählt. Er glaubte, Kurland könnte nur in engster Verbundenheit mit Rußland seine Selbständigkeit bewahren und einen neuen Aufstieg erleben. Als jedoch kurz nach dem Tode der Kaiserin Anna Biron in Ungnade fiel und nach Sibirien verbannt wurde, entstanden in Kurland wieder zahlreiche innere Fehden, nachdem es unter Biron, dem große Geldmittel zur Verfügung standen, einen imposanten Aufstieg kultureller Art erlebt hatte, von dem auch heute noch die namhaftesten Bauten in Kurland zeugen, wie z. B. Schloß Mitau. Nach manchem Zwischenspiel konnte Biron erst im Jahre 1763 mit russischer Unterstützung wieder Herzog von Kurland werden, bis er schließlich im Jahre 1769 zugunsten seines Sohnes Peter abdankte, unter dessen Herrschaft das Herzogtum endgültig aufhörte zu bestehen. Die russische Krone wußte sich die inneren Gegensätzlichkeiten zwischen Herzoghaus und Adel sehr wohl

nutzbar zu machen und diese Konflikte noch reichlich zu schüren. Aber auch unter dem Einfluß westeuropäischen Gedankenguts wurde Kurland in immer stärkerem Maße politisch aufgelockert. Und so kam es denn, daß bei der dritten Teilung Polens im Jahre 1795 der kurländische Landtag die Unterwerfung unter die russische Herrschaft beschloß. Herzog Peter dankte ab. Wieder wurde den Kurländern volle Religionsfreiheit sowie eine Reihe von Privilegien zugesichert. Damit wurde allerdings Kurland nach längerer Trennungszeit wieder mit Livland und Estland zusammen einem Staatsverband eingegliedert, und für Kurland ergaben sich die gleichen Probleme in seiner Stellung innerhalb des russischen Reiches wie für die beiden anderen Länder. Auch hier ging es um die Frage: wird es dem russischen Einfluß unterliegen oder wird dieses Grenzgebiet in der Lage sein, Rußland zu befruchten?

Kapitel 6

Die Russenherrschaft

Nachdem auch Kurland dem russischen Staatsverband eingliedert war, wurden die sog. Livlande als die drei Ostseeprovinzen des russischen Reiches bezeichnet; es waren dieses: die Provinzen Estland, Kurland und Livland. Sie alle zusammen wurden zu einem Generalgouvernement zusammengefaßt, dem als Bevollmächtigter der russischen Krone ein Generalgouverneur vorstand. Das Generalgouvernement unterteilte sich seinerseits in drei Gouvernements den Provinzen entsprechend mit je einem Gouverneur an der Spitze. Den Ostseeprovinzen oder wie sie auch genannt wurden, den baltischen Provinzen waren zunächst zahlreiche Zugeständnisse auf Selbstverwaltung, kulturelle und geistliche Freiheit u. a. m. gemacht worden; und zwar geschah dieses aus einer klaren Erkenntnis und Überlegung heraus. Schon Peter der Große verfolgte das Ziel, Rußland zu europäisieren. Die baltischen Provinzen als äußerster Vorposten westeuropäischer Kultur sollten in diesem Sinne die wesentlichsten Träger seiner Europäisierungspolitik werden. Und damit schien zunächst dem baltischen Deutschtum eine sehr große verantwortungsvolle Aufgabe für die

kommende Gestaltung Rußlands zuzufallen. Es gelang diesem, im russischen Heer und in der Beamtenschaft, in der Wissenschaft sowie auf zahlreichen anderen Gebieten eine namhafte Stellung zu erobern. Der deutsch-baltische Kaufmann war in Rußland bald ebenso angesehen wie der Handwerker, der Techniker, der Arzt, Jurist und Offizier. Unter dieser Voraussetzung schien tatsächlich eine noch größere und bedeutendere Ära für das Baltikum angebrochen, als sie bisher bestanden hatte; denn während man bisher darum kämpfte, den äußersten Vorposten westeuropäischer Kultur zu behaupten, so ging es nun darum, den großen russischen Raum dieser Kultur zu erschließen. Hierfür hatten zahlreiche russische Herrscher größtes Verständnis und nahmen zum Teil für die Reformen in Rußland das Baltikum zum Vorbild. Auch den Letten und Esten, die in immer größerem Maße in die sog. gelehrten Berufe gingen, und damit in die gehobeneren Schichten aufstiegen, boten sich im Rahmen der Europäisierung Rußlands neue Chancen, denn auch sie hatten durch Jahrhunderte hindurch den Segen westeuropäischer Kultur in ihrem Lande erfahren und konnten nunmehr selbst Träger dieser Kultur werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in dieser Zeit auf dem sanitären und technischen Gebiet, gleichzeitig aber auch auf dem Gebiet der Kultur wie z. B. dem Schul- und Hochschulwesen sehr Beachtliches geleistet worden ist, wenn es allerdings auch noch lange nicht ausreichte, um im ganzen russischen Raum die Schäden der Tatarenherrschaft wettzumachen.

In nicht geringerem Maße als Peter der Große hatte auch Katharina die Große immer wieder die baltischen Provinzen zum Vorbild für ihre Reformen herangezogen; daher kommt es, daß dieses Gebiet einen weit über seine Größe und seine Bevölkerungszahl hinausgehenden Einfluß auf Rußland gewinnen konnte. Freilich, es mögen auch manche Nachteile durch die Übertragung des baltischen Beispiels auf Rußland entstanden sein, da dieses keineswegs auf den russischen Raum zugeschnitten war. Während der Regierungszeit Katharinas wurden auch von der estländischen Ritterschaft die ersten Vorschläge zu einer Verbesserung der Lage der Bauern gemacht. Denn tatsächlich waren die Bauern nach und nach im Zuge des allgemeinen Zeitgeistes

in eine recht unerträgliche Lage geraten. Diese Lage war aber im übrigen Westeuropa keineswegs besser und kann infolgedessen wohl kaum als nationalpolitisches Kampfmittel gegen das herrschende baltische Deutschtum angeführt werden — auch in Deutschland selbst war der Bauer genau so leibeigen wie es der lettische oder estnische Bauer im Baltikum war. Jedoch hatten diese ersten Reformversuche, die von der estnischen Ritterschaft ausgingen, keinen Erfolg, da Katharina II., der diese Vorschläge unterbreitet werden sollten, vorzeitig starb.

Die Kaiserin Katharina übernahm aus den Ostseeprovinzen nicht nur viel Anregungen für die Fortsetzung des Reformwerkes in Rußland; sie hielt ihrerseits auch die bis dahin beachteten, von Peter dem Großen dem Baltikum zugestandenen Privilegien nicht immer ein und versuchte, von sich aus eine Reihe von Reformen verwaltungstechnischer Art im Baltikum einzuführen, wobei sie allerdings auf größten Widerstand und auf größtes Mißtrauen in den drei Provinzen stieß. Russische Gesetze und Verwaltungseinrichtungen ließen sich nicht ohne weiteres auf ein in Jahrhunderten gewachsenen Staatsgebilde übertragen.

Nach der Ermordung Kaiser Pauls, der Katharina auf den Thron gefolgt war, kam Alexander I. zur Regierung, der ein recht liberaler und fortschrittlicher Herrscher zu werden versprach. Unter seiner Herrschaft wurde vor allem wiederum die Frage der Bauernbefreiung in den baltischen Provinzen aufgegriffen. Es wurde erreicht, daß die Leibeigenen nicht mehr frei verkauft wurden oder nach Belieben von ihrer Scholle entfernt werden konnten; ebenso wurde aber auch das Höchstmaß der von ihnen zu verlangenden Leistung festgesetzt. Jedoch hatten auch diese Reformen noch nicht den Zug, sich vollständig von hergebrachter Überlieferung zu befreien und erreichten infolgedessen nicht das, was — vom heutigen Standpunkt gesehen — eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre.

Erst im Jahre 1816 wurde die wirkliche Bauernbefreiung in den drei baltischen Provinzen durchgeführt, und zwar zu gleicher Zeit mit der Bauernbefreiung in Deutschland. Es ist charakteristisch und typisch, daß die Bauernbefreiung im übrigen Rußland erst fast 50 Jahre später erreicht wurde. Wenn auch diese Bauernbefreiung keine Ideallösung darstellt, weil sie den Bauern von

seiner Scholle und von seinem Besitz frei und damit obdach- und heimatlos machte, so war es doch ein nennenswerter Anfang für eine vollständige Neugestaltung der bäuerlichen Lage. Die Ritterschaft erkannte sehr bald, daß diese Reform auch weiterhin ausbaubedürftig blieb; daher wurden nach und nach immer mehr Bauern seßhaft gemacht, und ihnen in immer größerem Maße die Möglichkeit zum Erwerb von Land und Inventar gegeben.

Mit dem Regierungsantritt des Zaren Nikolaus I. gestaltete sich auch die Lage der Ostseeprovinzen vollkommen neu. Unter dem Einfluß aus Westeuropa nach Rußland gelangter Ideen begann von russischer Seite eine mehr oder weniger planmäßige Russifizierung des baltischen Gebietes, das seit mehr als sechs Jahrhunderten deutsche Kultur genossen hatte. Eines der wesentlichsten Gesetze im Zuge der Russifizierung ist das Kirchengesetz vom Jahre 1832. Durch dieses Gesetz wurde an Stelle der evangelisch-lutherischen die russische Kirche zur Landeskirche erhoben und das rein protestantische Land damit erneut einer konfessionellen Auseinandersetzung gegenübergestellt; es handelte sich hierbei nicht nur um eine Frage der Form oder der Organisation, sondern um eine Frage, die das tiefste menschliche Erleben schlechthin anging. Die russischen Popen begannen durch das Land zu ziehen, die Bevölkerung gegen die evangelische Kirche aufzurufen und mit großen Versprechungen auf Landzuteilung, Steuernachlässe, Dienstbeförderung u. ä. m. für die russische Kirche zu werben. Dieses Werben für die russische Kirche war aber nicht bestimmt durch einen religiösen Missionsgedanken, sondern galt ausschließlich dem nationalpolitischen Machtgedanken, d. h. die russische Kirche, deren oberster Schirmherr der Zar war, versuchte, durch den Seelenfang gleichzeitig eine planmäßige Russifizierungspolitik zu betreiben. Es gelang ihr, hunderttausende in ihre Arme zu treiben, die sich dann allerdings sehr bald enttäuscht wieder abzuwenden suchten, da die Erfüllung der zahlreichen Versprechungen ausblieb. Der Austritt aus der russischen Kirche war aber gesetzlich verboten. So beginnt sich denn in dieser Zeit zum erstenmal die russische Herrschaft nach dem Prinzip des „divide et impera“ im Lande festzusetzen. Der lettische und estnische Bauer wurde gegen die evangelische Kirche der Deutschen bzw. der Besitzenden auf-

gewiegelt, und ihm wurde die russische Unterstützung zugesagt. Durch Schaffung dieser Gegensätze kirchlicher und politischer Art versuchten die Russen, ihre eigene Stellung zu festigen.

Selbstverständlich stieß diese Russifizierungsaktion auf den härtesten Widerstand der evangelisch-lutherischen Geistlichkeit und darüber hinaus auf den des ganzen Landes, zumal die zahlreichen betrogenen Bauern sich sehr bald wieder von ihrem Glauben abzuwenden begannen. Damit setzt bei den Letten und Esten — uns erstmalig geschichtlich überliefert — ein nationales Erwachen ein. Auf deutscher Seite aber begann der Kampf um die Erhaltung und Selbstbehauptung des deutschen Volkstums innerhalb des russischen Reiches, ein Kampf, der diesmal im Gegensatz zur bisherigen Stellung nicht um die staatliche Eigenständigkeit, sondern um die völkische Selbstbehauptung geführt wurde. Somit kann es als Frucht der russischen Wühlarbeit im Baltenlande bezeichnet werden, wenn hier um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die nationalpolitischen Gegensätze in immer stärkerem Maße hervortraten. Der starke Abwehrkampf des Baltikums führte sehr bald zu einer vorübergehenden Milderung der staatlichen Eingriffe, so daß noch einmal für kurze Zeit eine Blüte auf allen Gebieten des täglichen Lebens einsetzte. Die deutsche Pastorenschaft, die in lettischen und estnischen Kreisen tätig war, beschäftigte sich eifrig mit der Pflege dieser beiden Schriftsprachen, zahlreiche estnische und lettische Schulen wurden gegründet, um die ortsansässige Bevölkerung an der Kultur in der eigenen Sprache teilnehmen zu lassen; damit wurde ihr gleichzeitig ein Weg zum sozialen Aufstieg gegeben. Die deutsche Universität Dorpat war nicht nur Deutschen, sondern auch Russen, Letten und Esten zugänglich, die alle gemeinsam am deutschen Kulturgut teilnahmen. In Riga entstand ein Polytechnikum, das dem Land die akademisch geschulten technischen Kräfte gab. Unter der Regierungszeit Alexanders II. brach dann eine neue Welle der Russifizierung herein.

In dieser Zeit begann sich die Idee des Panславismus gewaltig auszubreiten; unter dem Einfluß dieser Idee setzte sich die Meinung immer stärker durch, daß auch die Randgebiete rein russisch werden müßten. Der Polenaufstand von 1863 hat stark zur Festigung dieses Gedankens beigetragen, denn es wurde nun

vielfach mit dem Argument operiert, daß auf die Randgebiete kein Verlaß sei, solange nicht die letzten Reste ihrer Selbständigkeit ausgemerzt würden. So setzt denn in Rußland eine große nationalistische Welle ein, unter deren Einfluß in den baltischen Gebieten eine starke Deutschtumshetze beginnt. Selbst nach dem Tode Kaiser Alexanders II. gewinnt diese Russifizierungsidee immer mehr an Boden. In den achtziger Jahren wurde in allen Schulen, an der Univerität Dorpat und am Rigaer Polytechnikum die russische Sprache als allein gültige Unterrichtssprache eingeführt, das Gericht wurde russisch und Anklage und Verteidigung durften hinfort nur in russischer Sprache geführt werden. An Stelle der eingessenen Richterschaft wurden zahlreiche Russen zu Richtern in die Ostseeprovinzen berufen. Was das bedeutete, wird allein daraus ersichtlich, daß die Bewohner in Est-, Liv- und Kurland um diese Zeit die russische Sprache weder in Schrift noch in Wort beherrschten. Dadurch entstand naturgegebenermaßen Unzufriedenheit und Erbitterung in allen Teilen der Bevölkerung.

Freilich, zur gleichen Zeit blühten die Randgebiete wirtschaftlich auf; denn durch den Bau von Eisenbahnen, die das weite russische Hinterland dem Handel über die Ostseehäfen erschlossen, wurden dem Wirtschaftsleben neue Aufstiegsmöglichkeiten gegeben. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus dem Inneren Rußlands konnten nun sowohl auf den Binnenwasserstraßen als auch auf dem Eisenbahnwege ausgeführt werden, und der große Bedarf Rußlands wurde größtenteils durch den baltischen Zwischenhandel gedeckt. Aus dem Auslande wurden zahlreiche industrielle Rohstoffe eingeführt und in den baltischen Häfen verarbeitet, um von hier als Fertigware auf den russischen Markt zu gelangen. Auf dieser Basis entstand bei Narwa die bedeutende Textilindustrie, ferner die metallverarbeitende Industrie in Riga und Reval sowie die wichtige Gummiindustrie neben zahlreichen anderen Industriebetrieben. Somit blühten Handel und Industrie gleichzeitig und brachten dem Lande größten Wohlstand.

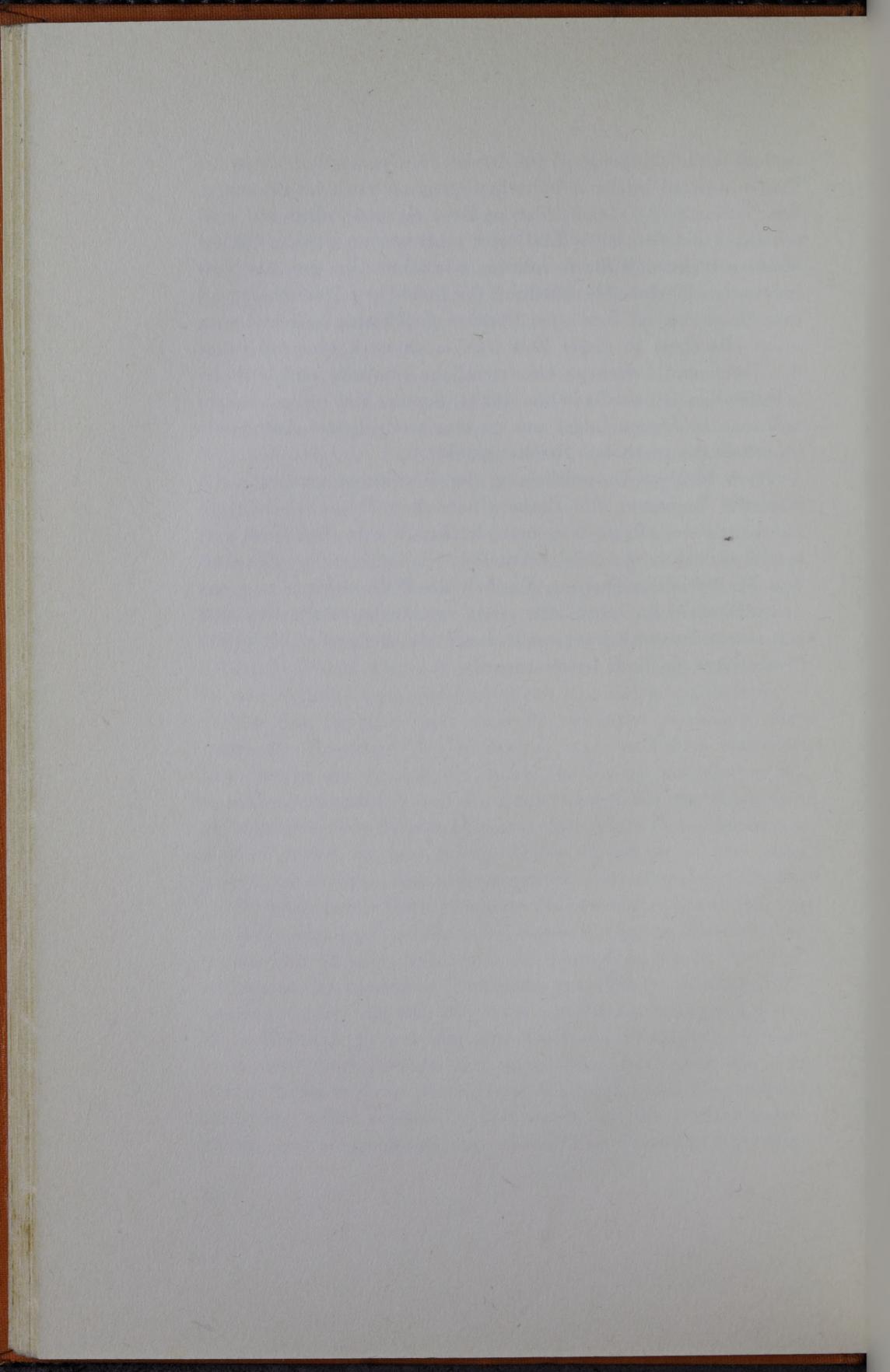
Mit der Entstehung der Industrie zog aber auch der Teil der ländlichen Bevölkerung, dem es noch nicht gelungen war, nach den zahlreichen Landreformgesetzen bodenständig zu werden und

ein eigenes Anwesen zu erwerben, in die Städte und in die Fabriken. Während Riga als wichtigste Industriestadt noch im Jahre 1874 nur 142 gewerbliche Unternehmungen zählte mit knapp 12 000 Arbeitern, stieg diese Zahl bis 1900 auf 332 gewerbliche Unternehmungen; die Einwohnerzahl der Stadt stieg von 73 000 im Jahr 1860 auf 315 000 im Jahr 1900. Allein daran schon läßt sich das imposante Wachsen der Städte und die Bedeutung der Industrialisierung ermessen.

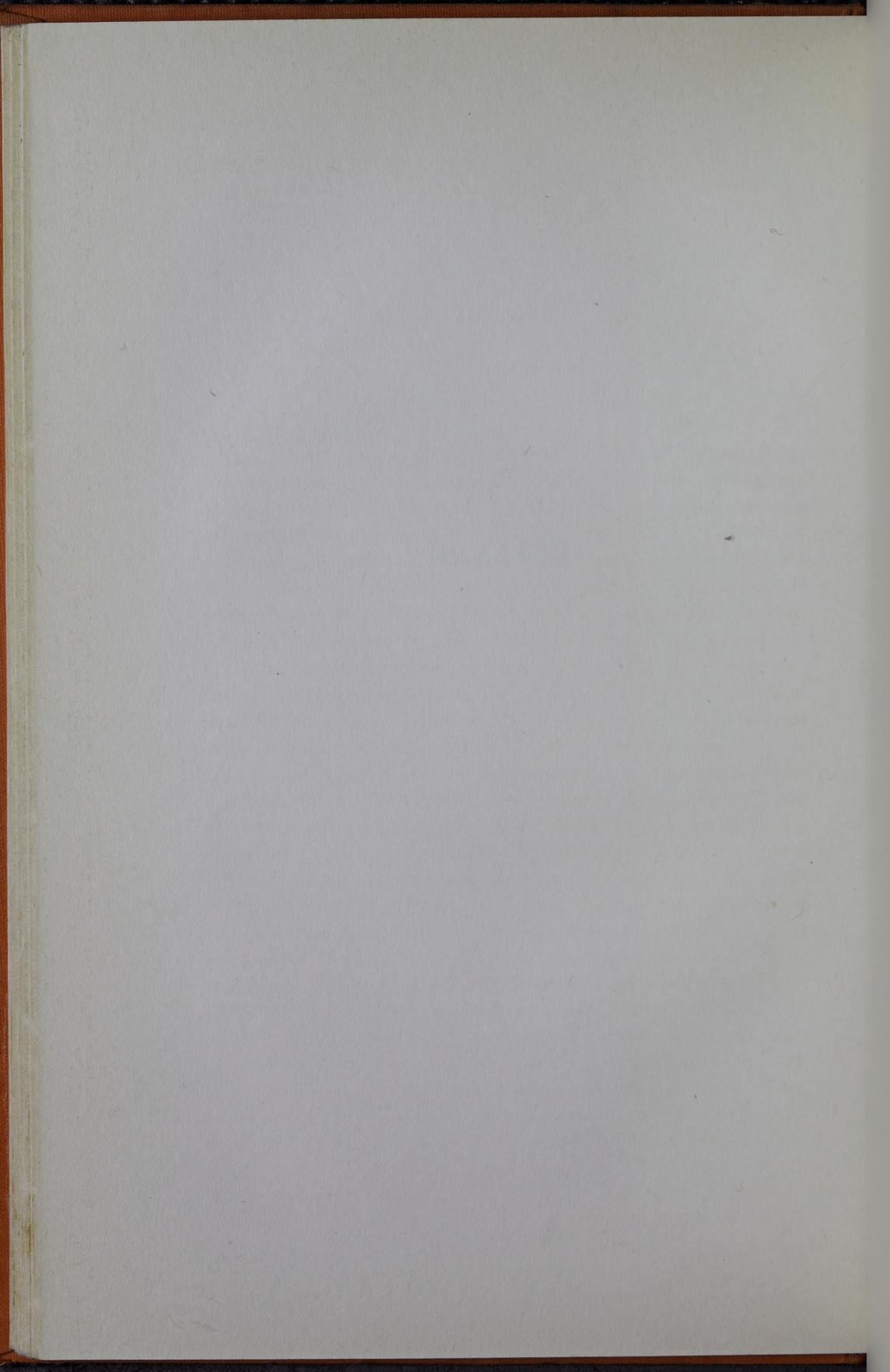
Die in die Städte zugezogene Arbeiterschaft bildete hier bald einen neuen Stand im ständischen Aufbau der Ostseeprovinzen. Dieser Stand mußte — dem Geist der Zeit entsprechend — unter den schwierigsten Verhältnissen lebend, dem Ideengut marxistisch-liberalistischer Propaganda besonders zugänglich sein, allerdings mit einem Unterschied gegenüber Westeuropa. Während sich in Westeuropa der Klassenkampf innerhalb des eigenen Volkstums abspielte, war im Baltikum eine ganz andere Situation gegeben. Die Besitzenden in Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft waren vor allem die Deutschen. Der Klassenkampf mußte sich infolgedessen naturgegebenmaßen auf eine nationalpolitische Ebene übertragen. Dieses im Auge zu behalten, ist sehr wichtig; denn gleichzeitig mit den ersten sozialdemokratischen Bestrebungen setzt auch das bewußte planmäßig ausgerichtete Erwachen des estnischen und lettischen Nationalbewußtseins ein, so daß die durch die Russen geförderten nationalen Bestrebungen und die Bestrebungen der Marxisten sich auf sehr ähnlichen Bahnen bewegten und sich in ihrer Zielsetzung vielfach trafen. Es kam beiden Teilen darauf an — den einen primär aus sozialen, den anderen primär aus nationalen Gründen —, die herrschende fremdvölkische Oberschicht zu beseitigen, um ein nationales und sozialistisches neues Gefüge an die Stelle zu setzen. Nur so kann wohl auch die besondere Wucht der Auswirkungen der russischen Revolution von 1905 im Baltikum verstanden werden, die sich hier ganz entschieden heftiger äußerte als in Rußland. Es war hier eine durch das Prinzip des „divide et impera“ wachgerufene und unterstützte Bewegung, die sich letzten Endes in ihrem destruktiven Teil auch gegen die russische Herrschaft selbst richtete. — Das wurde von der russischen Regierung erst sehr spät erkannt, obwohl von deutscher Seite wie-

derholt darauf hingewiesen worden ist. Im Gegenteil glaubten die Russen, sowohl in der Arbeiterbewegung als auch im erwachenden Nationalismus eine Förderung ihrer eigenen Politik auf Ausschaltung des deutschen Einflusses erblicken zu dürfen. Sie erkannten nicht, daß die Revolution wie schon ihre gesamte Vorbereitung auf eine Abschüttlung der russischen Herrschaft und eine Brechung der deutschen Position gleichzeitig gerichtet war, wenn allerdings in dieser Zeit wohl auch noch niemand unter den Esten und Letten an eine staatliche estnische und lettische Selbständigkeit gedacht haben dürfte, denn es war offensichtlich, daß man in diesem Lager nur an eine weitgehende Autonomie innerhalb des russischen Reiches glaubte.

Nach blutiger Unterdrückung der Revolution versprach die russische Regierung die Einberufung einer Duma (Reichstag) auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts; auch versprach sie zahlreiche Erleichterungen, wie insbesondere den Ausbau der Sozialversicherung, Freiheit des Bekenntnisses u. a. m. Jedoch bereits im Jahre 1906 setzte anstatt dessen die Reaktion mit neuen Unterdrückungsmaßnahmen ein, der erst während des Weltkrieges ein Ende bereitet wurde.



ESTLAND



1. Teil

DER NATIONALSTAAT

Kapitel 1

Das Werden des Staates

Mancherlei verschiedene Strömungen trafen sich im estnischen wie im deutschen Lager in der Zeit des nationalen Erwachens des Estentums. Während von deutscher Seite bis dahin fast immer die Belange der Gesamtbevölkerung des Landes vertreten wurden, begann nun in der Abwehrstellung, die dem Deutschtum im vorigen Jahrhundert aufgedrängt wurde, eine straffere Organisation zur Wahrung der reinen Volkstumsbelange. Aber in genau demselben Maße — wenn nicht noch mehr — spielte sich die Entwicklung auf der estnischen Seite ab. Es ist hier vor allem das junge Akademikertum an der Universität Dorpat zu nennen, von dem die nationale Bewegung getragen wurde. Und wenn sie in ihrem Anfangsstadium auch vor allem sozialen Charakter trug, so gewann sie doch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts in immer stärkerem Maße politischen Charakter. Während noch Jannsen an die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit aller Bevölkerungsschichten und aller Nationalitäten im Lande glaubte, so hat in den 70er Jahren Jakobson in einem der ersten estnischen Presseorgane, der „Sakala“, eine entschieden deutschfeindliche Stellung eingenommen und versucht, auf der Basis der Zusammenarbeit mit den russischen Kreisen estnisch-nationalistische Selbständigkeitsbestrebungen zu fördern und diese in die Tat umzusetzen. Allein, die heftige Russifizierung Ende des vorigen Jahrhunderts, die das Estentum ebenso wie das Deutschtum traf, mußte auch ihn enttäuschen. Allerdings gehört es zu seinem „Verdienst“, die Kluft zwischen Esten und Deutschen weiter aufgerissen und die Feindschaft gegen die lutherische Kirche weiter vertieft zu haben, indem er den lutherischen

Glauben als Mittel des Deutschtums zur Beherrschung der Esten verpönte. In diesem Punkte war er sich mit den marxistischen Kreisen, deren Anhang Ende des vorigen Jahrhunderts zusehends wuchs, vollkommen einig.

Demgegenüber bildeten sich in den 90er Jahren zwei wichtige Kreise nationalpolitischen Charakters. Es war der Kreis, der sich um den nachherigen estnischen Staatsältesten Jaan Tõnisson scharte, dem die Zeitung „Postimees“ zur Verfügung stand, und der Kreis um den heutigen Staatsältesten Konstantin Päts mit der Zeitschrift „Teataja“. Während der Kreis um Päts zum großen Teil marxistische Elemente enthielt, darf Päts selbst wohl nicht als Marxist angesprochen werden. Er und sein Kreis aber verstanden sich sehr wohl zu einer engen Zusammenarbeit mit der russisch-revolutionären Bewegung; er hatte bereits bei der Stadtwahl im Jahre 1904 insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als Reval damals zum erstenmal eine estnische Stadtverwaltung erhielt. Es hat den Anschein, daß die politische Gruppierung um Päts nicht so sehr aus klassenkämpferischen als vielmehr aus sozialen und nationalpolitischen Gedankengängen heraus sich mit den Revolutionsbestrebungen in Rußland fand, während der Kreis um Tõnisson unter Ablehnung der Zusammenarbeit mit den russischen Revolutionären eine mehr volkskulturpflegende und alte estnische Bräuche fördernde Organisation war, die gleichzeitig mit dem Bestreben, das Estentum zu fördern, eine Schwächung des Deutschtums als herrschender Schicht verlangen mußte. So beginnt denn die Zeit der nationalpolitischen Auseinandersetzungen mit einer Reihe von Gründungen verschiedenster politischer Organisationen. Vor allen Dingen aber wurden dem Geiste der damaligen Zeit entsprechend zahlreiche Vereine und Genossenschaften ins Leben gerufen, die als Träger des nationalen Gedankens wichtige politische Aufgaben zu erfüllen hatten. Gleichzeitig damit beginnt auch die Zersplitterung der Volksgruppen in den verschiedenen politischen Parteien, womit der Keim für den Zerfall des bisherigen organisch gewachsenen ständischen Aufbaues gelegt war.

Wenn man auf estnischer Seite keineswegs mit einer Eigenstaatlichkeit rechnen konnte, so waren doch Gedanken an eine Autonomie kräftige Zugmittel. Erst der Weltkrieg und der Sturz

des Zarentums eröffnete vollständig neue Perspektiven. Die russische Macht zerbrach. Deutschland, welches während des Weltkrieges die baltischen Provinzen erobert hatte, konnte seine Stellung im Nordosten nach dem Zusammenbruch nicht mehr halten. Während sich aber die deutsche Macht erst 1918 aus dem estnischen Raum zurückzog, war doch praktisch die Stellung des baltischen Deutschtums bereits vorher verloren gegangen. So konnten denn die estnischen Führer bereits nach der russischen Revolution von 1917 mit aller Energie an die Vorbereitung der Idee einer estnischen Eigenstaatlichkeit schreiten. Bereits 1917 wurde die erste temporäre estnische Regierung gebildet, wobei Estland damals noch als Teilstaat innerhalb eines demokratischen russischen Staatenbundes erschien.

Die Machtergreifung in Rußland durch die Bolschewisten brachte auch für Estland einige Neuerungen. Denn dem russischen Beispiel folgend wurden nun auch in Estland zahlreiche Komitees der Bauern, Arbeiter und Soldaten gegründet. Diese Räte und Komitees fanden aber keineswegs die Zustimmung der estnischen Bevölkerung und des estnischen Landtages, der bereits kurz nach Begründung der bolschewistischen Komitees sich selbst zum Träger der ausübenden Gewalt in Estland proklamierte, bis eine konstituierende Nationalversammlung zusammentrat. Es war klar, daß die Bolschewisten auf die Ausrufung einer autonomen Republik Estland nicht ohne weiteres eingehen würden; infolgedessen suchten die Esten die Unterstützung der Entente. Es gelang auch, die Garantie Englands für den Bestand eines unabhängigen Estland zu erwirken. Am 24. Februar 1918 wurde die selbständige estnische Republik ausgerufen, an deren Spitze der heutige Staatsälteste Konstantin Päts trat. Im März 1918 erfolgte die Anerkennung der estnischen Regierung durch England, Frankreich und Italien.

Als die deutschen Truppen sich aus dem besetzten estnischen Gebiet zurückzogen, rückten die Bolschewisten nach, und das junge Staatswesen befand sich in höchster Gefahr. In dieser Stunde fanden sich baltische Deutsche und Esten zu gemeinsamer Abwehr gegen den Bolschewismus Schulter an Schulter im Kampf zusammen. Nach dem Rückzug der Landeswehr und der Begründung der Republik Lettland wurde dann auf dem Wege der Ver-

einbarung auch die Grenze zwischen Estland und Lettland festgelegt. Mit Rußland fand Estland einen günstigen Friedensabschluß im Dorpater Frieden vom Februar 1920. Anschließend daran wurde Estland in den Völkerbund aufgenommen und somit in die Politik der Westmächte eingespannt. 1923 gab es vor dem Völkerbundrat die bekannte Minderheitenschutzklärung ab, auf Grund deren eine Regelung des Verhältnisses zu den Volksgruppen in der Republik Estland geschaffen werden sollte.

In der ersten konstituierenden Versammlung, die ihre gesetzgeberische Tätigkeit im April 1919 begann, herrschte die Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den linksgerichteten Parteien; infolgedessen konnte auch die erste Verfassung der Republik weitgehend von den Sozialdemokraten bestimmt werden.

Kapitel 2

Die Verfassung

Grundlage für die estnische Verfassung war das von der provisorischen russischen Regierung am 12. April 1917 gleich nach der Revolution herausgegebene Dekret über die vorläufige Organisation und Verwaltung des Gouvernements Estland. In diesem Dekret wurde Nordlivland, etwa der Teil, der nördlich der Stadt Walk liegt, mit dem Gouvernement Estland vereinigt. Dem neu geschaffenen Gouvernement wurde eine weitgehende Selbständigkeit innerhalb der neuen russischen Republik gewährt. Oberstes Organ des neuen Gouvernements wurde der Landrat, der sich aus Vertretern der Städte und Kreise zusammensetzte. Bereits am 28. November 1917 erklärte sich der Landrat zum höchsten Organ Estlands, und am 19. Februar 1918 wurde vom Landrat die Ausübung der Staatsgewalt zeitweilig in die Hände eines dreigliedrigen Komitees gelegt. Das Komitee bestand aus Konstantin Päts, Dr. Wilms und Prof. Konik. Es proklamierte am 24. Februar 1918 — zu einem Zeitpunkt, da die deutschen Truppen in Reval noch nicht eingerückt, die Russen aber bereits abgezogen waren, die Selbständigkeit der Republik Estland.

Das erste Grundgesetz des neuen Staates wurde am 15. Juni

1920 verabschiedet und trat am 21. Dezember desselben Jahres in Kraft.

Auf Grund der Verfassung befand sich die gesamte Staatsgewalt in Händen des Parlaments, das nach dem proportionalen Wahlsystem gewählt, aus 100 Vertretern bestand. Ein besonderes Merkmal dieser Verfassung war es, daß in ihr das Staatsoberhaupt — oder der Staatspräsident, wie er sonst allgemein in den republikanischen Verfassungen vorgesehen ist — fehlte; denn nach der estnischen Verfassung wurde das Staatsoberhaupt gleichzeitig Ministerpräsident und mußte das Vertrauen des Parlaments genießen, d. h. bei einem etwaigen Regierungswechsel mußte damit auch das Staatsoberhaupt zurücktreten. Das war zwar durchaus sehr liberalistisch-demokratisch gedacht, konnte aber auf die Dauer den Anforderungen des souveränen Staates nicht genügen. Denn das Parlament war ja immer von der Zusammensetzung der verschiedenen politischen Fraktionen abhängig, und somit konnte jederzeit die Opposition von heute Regierung von morgen werden. Es gab also nach der neuen Verfassung im estnischen Staatsgefüge keinen bleibenden Faktor in der Regierung. Sowohl die Mitglieder der Regierung als auch der sog. Staatsälteste wurden nämlich unmittelbar durch die Volksvertretung gewählt, sie konnten jederzeit durch ein Mißtrauensvotum abberufen werden. Daraus ergab sich sehr bald ein ausgesprochenes Übergewicht der Legislative gegenüber der Exekutive. Eine Auflösung der Volksvertretung vor Ablauf ihrer Auftragsfrist durch die vollziehende Gewalt war dieser Verfassung unbekannt; in Zeiten der inneren Krise mußte sich dieser Umstand als besonders ungünstig geltend machen. Und so wurden denn nach wenigen Jahren bereits die ersten neuen Verfassungsentwürfe vorgelegt, die auf eine Abänderung bzw. Neugestaltung der alten Verfassung abzielten. In ihnen allen aber war als wesentlichstes Merkmal das Amt des Staatspräsidenten als ruhender Pol in der Gewaltausübung vorgesehen. Da jedoch eine Verfassungsänderung nicht ohne weiteres durchzuführen sondern an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist, konnten die ersten Abänderungsentwürfe nicht durchdringen; so ging es einem Entwurf der Fraktion des Bundes der Landwirte vom Jahre 1926 und einem weiteren Entwurf vom Jahre 1932. Mehrere Male wurde die Bevölkerung Estlands zur

Abstimmung über die verschiedenen Verfassungsabänderungsentwürfe an die Wahlurnen geführt und lehnte sie immer wieder ab. Darin zeigte sich, wie wenig Vertrauen das Volk zu den verschiedenen Maßnahmen der politischen Gruppierungen und der Regierung besaß. Die innerstaatlichen parteipolitischen Auseinandersetzungen nahmen in dieser Zeit ständig zu, so daß die Lage des gesamten Staatsgefüges sehr bald gefährdet erscheinen mußte. Auch der Einbruch der Wirtschaftskrise trug wesentlich zur Mißstimmung der Bevölkerung bei. In dieser Zeit gelang es den sog. „Freiheitskämpfern“, die eine Art faschistischer Organisation in Estland darstellten, immer mehr an Boden zu gewinnen. Sie brachten einen neuen Abänderungsentwurf ein, der im Jahre 1933 von der Bevölkerung mit großer Majorität angenommen wurde. Auf Grund dieses Entwurfes sollte die vollziehende Gewalt einem mit sehr weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Staatspräsidenten übertragen werden. Auch sollte dem neu zu wählenden Staatspräsidenten das Recht zuerkannt werden, das Parlament jederzeit aufzulösen und sein Veto gegen ihm unliebsame, vom Parlament angenommene Gesetze einzulegen. Während in diesem Entwurf auf der einen Seite die Befugnisse des Staatspräsidenten erweitert wurden, wurden die des Parlaments stark eingeschränkt. Die Zahl der Abgeordneten sollte von 100 auf 50 herabgesetzt werden. Am 24. Januar 1934 trat die neue Verfassung in Kraft. Im Zusammenhang mit der Annahme dieser Verfassung trat die bisherige Regierung Tõnisson zurück, und wieder trat Päts, der schon so manche Regierung gebildet hatte, an die Spitze des Staates.

Päts mußte nunmehr mit den Vorbereitungen für die Wahl des Staatspräsidenten und des neuen Parlaments beginnen. Die politische Agitation innerhalb des Staates stieg ins Unermeßliche. Die Freiheitskämpfer hatten durch den Sieg ihres Verfassungsentwurfes einen ungeheuren Auftrieb erhalten. Es war ganz offensichtlich, daß Estland in immer stärkerem Maße von den Prinzipien des Liberalismus und der Demokratie abging, um einer neuen vielleicht faschistischen Herrschaftsform Platz zu machen. Da griff Konstantin Päts ein; der Oberbefehlshaber des estnischen Heeres trat ihm zur Seite. Und wieder waren es die beiden Männer, die schon bei der Begründung des estnischen Staates

den Hauptanteil hatten, die durch Verhängung des Ausnahmezustandes am 12. März 1934 über das gesamte Staatsgebiet eine Wendung in der innerpolitischen Lage herbeiführten. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurden für die Dauer des Ausnahmezustandes verschoben. Das Parlament wurde auf unbefristete Zeit vertagt. In der Zwischenzeit wurde die Gesetzgebung einzig und allein durch Dekrete des stellvertretenden Staatspräsidenten Päts erledigt. Durch sein Eingreifen gelang es Päts, Estland von dem neu eingeschlagenen Kurs zurückzuhalten und damit noch einmal „der Demokratie zu erhalten“. Die Partei der „Freiheitskämpfer“ wurde liquidiert mit der Begründung, daß sie eine der demokratischen Staatsordnung gefährliche Organisation sei.

Am 17. Januar 1935 erklärte Päts, daß die Durchführung der Verfassung von 1933 unmöglich sei, da dieselbe der Diktatur Vorschub leiste, und daß er zur Durchführung einer neuen Verfassungsreform die nötigen Maßnahmen ergreifen werde. Während die Verfassung von 1920 der Legislative die Vorherrschaft gegeben hätte, wolle die Verfassung von 1933 der Exekutive das Übergewicht erteilen. Aufgabe eines neuen Verfassungsentwurfes würde der Ausgleich zwischen Legislative und Exekutive sein. Am 8. Dezember 1935 versuchten die Freiheitskämpfer noch einmal, durch einen bewaffneten Aufstand in Estland ihr Ziel zu erreichen; er wurde jedoch niedergeschlagen. Nunmehr ließ Päts durch Volksabstimmung eine Nationalversammlung zusammenrufen, die eine Verfassung annehmen sollte. Am 18. Februar 1937 tagte die Nationalversammlung, die den neuen Entwurf mit entsprechenden Ausführungsgesetzen annahm. Die jüngste Verfassung Estlands ist im estnischen Staatsanzeiger Nr. 71 vom 3. September 1937 veröffentlicht. Sie trat am 1. Januar 1938 in Kraft.

Die bisherige Verfassung ist durch die neue Verfassung in vollem Umfange ersetzt worden. Wodurch unterscheidet sie sich nun von der alten? Es sind dieses eine ganze Reihe von Merkmalen. Während die vorherige Verfassung viel von den Rechten der Bürger sprach, spricht die heutige Verfassung vornehmlich von ihren Pflichten, aus denen allein die Rechte erwachsen. Das Wahlalter ist vom 20. auf das 22. Lebensjahr heraufgesetzt. Das Volksbegehren, das bei den früheren Verfassungsentwürfen eine

so große Rolle gespielt hatte, ist abgeschafft, um der Agitation keinen Spielraum mehr zu geben; anstatt dessen steht es wohl dem Staatspräsidenten zu, bei entscheidenden Fragen eine sog. Volksbefragung durchzuführen. Der Staatspräsident wird jetzt auf sechs Jahre gewählt, statt wie bisher auf fünf Jahre, er darf nicht jünger als 45 Jahre sein, statt wie bisher 40 Jahre. Seine Kandidatur wird auch nicht mehr direkt von der Bevölkerung aufgestellt, sondern vom Abgeordnetenhaus, dem Staatsrat und den Kommunalvertretern. Er hat im Gegensatz zum Verfassungsentwurf von 1933 keine allzu großen Vollmachten; seine Akte bedürfen der Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten. Auch hat die neue Verfassung versucht, einen möglichst weitgehenden Ausgleich in den Befugnissen der Regierung und des Parlaments herbeizuführen. Besonders wichtig erscheint die Einführung des Zwei-Kammer-Systems an Stelle des bisherigen Ein-Kammer-Systems. Die erste Kammer, der sog. Staatsrat, besteht aus 40 Mitgliedern, während die zweite Kammer oder das Abgeordnetenhaus aus 80 Mitgliedern besteht. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden nicht wie bisher von den politischen Gruppierungen als Kandidaten aufgestellt, sondern von den Gemeinden. Danach zerfällt das gesamte Staatsgebiet in 80 Wahlkreise, aus denen je ein Abgeordneter gewählt wird.

Die Zusammensetzung des Staatsrates ist allerdings ganz anders. Es gehören ihm an ex officio: Der Oberbefehlshaber des Heeres, die Oberhäupter der beiden bedeutendsten Kirchen Estlands, Direktoren zweier autonomer höherer wissenschaftlicher Lehranstalten, der Leiter der Emissionsbank; dazu kommen noch eine Reihe von Mitgliedern, die hinzugewählt werden: drei Mitglieder der Landselbstverwaltungen, ein Mitglied der Stadtselbstverwaltungen, 16 Mitglieder der Berufsstände, ein Mitglied des Schutzkorps, ein Mitglied des Bildungs- und Kulturwesens, ein Mitglied der nicht-estnischen Volksgruppen und ein Mitglied des Volksgesundheitsdienstes. Zu all diesen werden vom Staatspräsidenten zehn weitere Mitglieder ernannt.

Ferner zeichnet sich die neue Verfassung dadurch aus, daß die normale Wahlperiode des Parlaments von vier auf fünf Jahre verlängert wurde und daß sie das berufsständische Prinzip stark hervorhebt. Durch diese Verfassung ist der gegenwärtigen Re-

gierung eine weitgehende Sicherheit verliehen, denn die Wahl der Vertreter ins Parlament und in den Staatsrat findet in einer Weise statt, die der Regierungspartei immer die Möglichkeit gibt, sich durchzusetzen. Dazu ermöglichen die zahlreichen Ernennungen eine Gewähr für eine Majorität zugunsten der Regierung. Es hat also den Anschein, daß die neue Verfassung von dem Entwurf der Freiheitskämpfer stark beeinflußt worden ist, obwohl das Ziel der Freiheitskämpfer nicht erreicht wurde, sondern Estland nach mancherlei Verfassungskämpfen und innerpolitischen Auseinandersetzungen dennoch das demokratische Prinzip beibehalten hat.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Volksgruppen sind einige Bestimmungen in der neuen Verfassung, die ihre rechtliche Lage schmälern. Während nämlich in der früheren Verfassung jedem Staatsbürger die Bestimmung seiner Nationalität freistand, ist nach der neuen Verfassung nur jeder Bürger berechtigt, seine völkische Zugehörigkeit aufrecht zu erhalten, wobei die näheren Grundlagen für die Bestimmung der völkischen Zugehörigkeit durch besonderes Gesetz geregelt werden. Damit ist der Regierung die Möglichkeit gegeben, die freie Nationalitätenbestimmung durch Gesetzgebung beachtlich einzuschränken. Während bisher den Volksgruppen der muttersprachliche Unterricht in den Schulen uneingeschränkt zugestanden wurde, lautet der entsprechende Paragraph der neuen Verfassung: „Der Unterricht ist staatssprachlich. In den für die völkischen Minderheiten eröffneten Schulen und Lehranstalten erfolgt der Unterricht in der Nationalsprache und in der Staatssprache auf den Grundlagen und innerhalb der Grenzen, die im Gesetz bezeichnet sind.“ Damit ist die Möglichkeit gegeben, durch Gesetz den Unterricht in einer Reihe von Fächern auch für die Volksgruppen in der Staatssprache festzulegen. Auch ist beachtlich, daß im Staatsrat alle Volksgruppen zusammen nur durch ein Mitglied vertreten sind. Es ergibt sich dadurch die eigenartige Situation, daß Deutsche gemeinsam mit Juden einen Vertreter haben, was auf die Dauer für die Volksgruppen unhaltbar sein muß und sinnwidrig erscheint.

Auf Grund der neuen Verfassung hat Estland folgende Ministerien: Das Innenministerium, das Außenministerium, das

Kriegsministerium, das Finanzministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Handelsministerium, das Verkehrsministerium, das Bildungsministerium, das Justizministerium und das Sozialministerium.

Kapitel 3

Die politischen Gruppierungen

Es ist eine nur aus dem geschichtlichen Werdegang heraus verständliche Erscheinung, daß sich der estnische Nationalismus mit dem estnischen Marxismus, die beide in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entstanden, weitgehend fand; und zwar war das durch die Besitzverhältnisse und die soziale Struktur im Lande bedingt. Beide politische Gruppierungen strebten nach einer Neugestaltung der sozialen Verhältnisse im Lande; die einen primär durch den Klassenkampfgedanken bestimmt, die anderen durch nationalpolitische Erwägungen beeinflußt. Im gemeinsamen Ziele fanden sie sich in den verschiedenen politischen Auseinandersetzungen mit ihrer Umwelt, so z. B. in den Revolutionen von 1905 und 1917; dadurch ergab es sich, daß die estnische Sozialdemokratie sehr stark durch Gedankengänge des estnischen Nationalismus beeinflußt wurde. Bei der Begründung der estnischen Eigenstaatlichkeit hatte die sog. Sozialistische Arbeiterpartei eine der wesentlichsten Aufgaben für die Staatserhaltung übernehmen müssen, denn sie war von vornherein die zweitgrößte Partei Estlands. Sie mußte infolgedessen am Aufbau des Staates sowohl durch ihre Führer als auch ideologisch Anteil nehmen. Dadurch gewann die estländische Sozialdemokratie trotz ihrer Internationalität und ihrer Zugehörigkeit zur zweiten Internationale ein spezifisches Gepräge, das nicht allen europäischen sozialdemokratischen Parteien eigen ist. Gleichzeitig war sie aber durch ihre Zugehörigkeit zur Internationale auch in der Lage, die internationalen Beziehungen des kleinen und noch sehr jungen Staates leichter pflegen zu können, als es irgendeine andere Partei vermocht hätte, da den anderen jegliche internationalen Verbindungen fehlten. Auch war die Sozialdemokratie zu Beginn wohl die einzige größere Partei Estlands, die die Interessen der

städtischen Bevölkerung wahrnahm; das galt vor allem, als im Jahre 1923 die Kommunistische Partei nach dem Putsch verboten wurde und die Sozialdemokratie einen beachtlichen Aufstieg erfuhr. Es ist eine eigenartige Zwiespältigkeit in dieser Partei, daß sie auf der einen Seite stark internationale Bindungen pflegte und auch vom fremdvölkischen Element, d. h. vom Nicht-Esten unterstützt wurde, während sie auf der anderen Seite eine der wichtigsten Trägerinnen der Staatsgewalt war. Da die Partei die demokratische Verfassung anerkennt und Koalitionen mit verschiedenen bürgerlichen Parteien eingegangen ist, verlor sie in immer stärkerem Maße den Charakter einer reinen Arbeiterpartei, die sie ursprünglich sein wollte. Ja, man kann wohl sagen, daß sie sich aus einer berufsständischen Interessenvertretung nach und nach herauslöste, um eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen. Während sie in der ersten Zeit noch große Teile der besitzenden Landbewohner erfaßte, so mußte nach der Agrarreform und der fortschreitenden Eigentumsübertragung von Boden an die Landlosen ihr Einfluß auf dem Lande immer mehr zurückgehen, so daß sie sich in der letzten Zeit ausschließlich auf die städtische Bevölkerung beschränken mußte.

Ihr wichtigster Gegner auf dem rechten Flügel der Parteienbildung war der sog. Bund der Landwirte; er bildete die größte Fraktion im estländischen Parlament. Während die Sozialdemokraten nur 25 Sitze im Parlament hatten, hatte der Bund der Landwirte gegen 40 und war damit absolut ausschlaggebend. Auch er war zunächst eine berufsständische Interessenvertretung, die jedoch als größte Fraktion immer mehr in allgemeine staatliche Aufgaben eingespannt wurde. Während der Bund der Landwirte zunächst davon ausging, die Landwirtschaft zu fördern und auch vorwiegend Bauern in seinen Reihen zählte, die bereits in der Zeit vor der staatlichen Selbständigkeit besitzend waren, gewann er nach und nach auch eine Reihe von Ansiedlern, d. h. Leuten, die erst nach der Agrarreform Landbesitzer wurden. Sein politischer Einfluß führte dem Bund schließlich auch einen Teil der städtischen Bevölkerung zu. Es ist eigentlich überraschend, daß der Bund der Landwirte nicht von Anbeginn an die größte Partei war, sondern daß in der allerersten Zeit die Sozialdemokratie einen beachtlichen Vorsprung hatte; aber das mag wohl

damit zusammenhängen, daß in der ersten Zeit der staatlichen Selbständigkeit die Fragen der Industrialisierung des Landes sowie der Zug zur Stadt von überragender Bedeutung waren und daß damit der Sozialdemokratie eine unverhältnismäßig große Wählerschaft zugeführt wurde, während agrarische Fragen in dieser Zeit weniger aktuell schienen. Der Bund der Landwirte erkannte jedoch sehr wohl, daß eine Intensivierung der Wahlpropaganda auch ihm zur Festigung seiner Position verhelfen mußte, denn zum größten Teil war seine geringe Durchschlagskraft auch auf die Lethargie der bäuerlichen Wählerschaft zurückzuführen. So baute er denn sehr bald eine große Parteiorganisation auf, die in der Art berufsständischer Zellen einen Apparat schuf, der nach Kreisen zusammengefaßt, schließlich zur Landesvertretung der Landwirte und darüber hinaus zum Kongreß aller Landwirte führte. Dieser Parteiapparat, in dem eine sehr rege Propaganda entfaltet wurde, verschaffte dem Bund denn auch bald den nötigen Erfolg, so daß er zur stärksten Partei wurde. Außer der Organisation parteilicher Art hat der Bund der Landwirte es auch verstanden, sich einen großen Wirtschaftsanschaffungsapparat nutzbar zu machen, indem er zahlreiche Genossenschaften, wie vor allem Einkaufs-, Verkaufs- und Kreditgenossenschaften schuf; dadurch gelang es ihm, seine Mitglieder auch wirtschaftlich an der Partei zu interessieren. Auch der heutige Staatspräsident Konstantin Päts sowie der Oberbefehlshaber des Heeres General Laidoner gehören dem Bund der Landwirte an.

Eine entscheidende Wendung in der Geschichte des Bundes der Landwirte brachte die Gründung der Partei der Neusiedler, die früher zum Teil für die bürgerlichen Mittelparteien, zum Teil aber auch für den Bund der Landwirte gestimmt hatten. Es war ein nahe liegender Gedanke, mit dem Anwachsen der Zahl der Ansiedler nach der Agrarreform diese zu einer besonderen Interessenvertretung zusammenzuschließen, obschon ein eigentlicher politischer Ideengehalt fehlte. Der Grund, weshalb sie nicht im Bund der Landwirte aufgingen, bestand wohl darin, daß die Ansiedler vom Staat mit besonderen Privilegien ausgestattet und Besitzer kleinerer Landparzellen wurden. Die Vertretung

ihrer Sonderinteressen im Staate schien wichtig genug, eine eigene Partei zu gründen. Damit wurde die Position des Bundes der Landwirte auf dem flachen Lande beträchtlich erschüttert, und er mußte alle seine Kräfte zur Erhaltung seiner Stellung auf dem Lande konzentrieren. Um das zu ermöglichen, nahm er von der Agitation in der Stadt Abstand und überließ diese den anderen Parteien; dadurch gelang es ihm, sich auf seiner erreichten Höhe zu halten und seine Stellung als der großen staatserhaltenden Partei zu bewahren.

Die Ansiedlerpartei, die erst nach der Agrarreform entstehen konnte, hat verständlicherweise nur die neuen Siedler in ihren Reihen vereinigt, ohne auf die Altbauernschaft hinübergreifen zu können. Sie ist die typische Partei eines Standes geworden, dem das Land geschenkt und der dazu durch große Kredite und Privilegien gegenüber anderen Ständen ausgestattet wurde. Indessen ist es nicht gut möglich, eine Partei ausschließlich auf der Grundlage der Interessenvertretung zu gründen, sondern es gehört dazu wohl auch ein politisches Programm, d. h. die mehr oder weniger vorhandene ideologische Voraussetzung für eine aktive Beteiligung in der Staatsverwaltung. Diese Idee — wenn überhaupt von einer solchen gesprochen werden kann — wurde den bürgerlichen Parteien entlehnt und unterschied sich nicht wesentlich von diesen.

Damit kommen wir zur dritten politischen Gruppierung, nämlich den zahlreichen bürgerlichen Parteien, die zwischen der linken Sozialdemokratie und der rechten Parteienbildung der Bauernschaft stehen. Es wird kaum behauptet werden können, daß diese zahlreichen bürgerlichen Parteien irgendwelche eigenen Ideen in die politische Tat umzusetzen versucht haben, denn eine solche Idee fehlte ihnen. Sie alle fußten in der Gedankenwelt des Liberalismus und sahen in der Demokratie das Idealbild ihrer politischen Meinung, obschon das, was hier als Demokratie serviert wurde, eher als Pseudodemokratie bezeichnet werden müßte. Es brauchen nur einige Namen dieser Mittelparteien genannt zu werden, um zu zeigen, wie wenig eigenständiges sie hatten. Da gab es die Partei der Hausbesitzer, der Industriellen, der Kaufleute und anderer Anhänger des Privat-

eigentums; ferner die estnische Volkspartei, die christliche Volkspartei, es folgte die sog. Arbeitspartei, die Mieterpartei, die national-liberale Partei und wie sie sonst geheißen haben mögen. Im ganzen gab es in Estland 12 bis 14 Parteien, von denen allerdings ein großer Teil bei den Wahlen ohne Mandate ausging. Alle diese parteipolitischen Gruppierungen hatten ideenmäßig keine Aufgabe mehr, nachdem der estnische Staat gegründet war, denn die Grundidee, die sie vertraten, bestand bei den meisten in der Gründung eines autonomen Staates mit demokratischer Verfassung. Freilich, die christliche Volkspartei, die die Interessen der evangelisch-lutherischen Landeskirche vertrat, hatte vielleicht eine darüber hinausgehende Aufgabe, die allerdings nicht in erster Linie auf politischem oder, wie bei den anderen Mittelparteien, auf wirtschaftlichem Gebiet lag. So wird man denn von allen estnischen Parteien sagen können, daß sie mehr oder weniger Interessenvertretungen privatkapitalistischer Art waren. Die Methode, mit der sie ihre Wünsche durchzusetzen pflegten, war die Rolle des Züngleins an der Waage, indem sie bald nach rechts, bald nach links paktierten, um ihre wirtschaftlichen Vorteile zu erreichen.

Als besonders interessante politische Organisation ist noch die Partei der Freiheitskämpfer zu nennen, die ursprünglich im Jahre 1926 gegründet wurde. Damals trug sie den Namen „Revaler Verband der estnischen Freiheitskämpfer“ und war zunächst keine politische Partei. Aufgabe des Verbandes war die Ehrung der gefallenen Helden und die Befestigung der Republik; ähnliche Organisationen wurden auch in anderen estländischen Städten gegründet, die sich alle im Jahre 1929 zum all-estländischen Zentralverband der Freiheitskämpfer zusammenschlossen. Der Verband hatte u. a. die individuelle Betreuung der Freiheitskämpfer und ihre Unterstützung zur Aufgabe. Bereits auf dem zweiten Kongreß des Verbandes im Jahre 1931 wurden Fragen der Verfassungsreform besprochen, und wir sahen schon im früheren, daß der Verfassungsentwurf der Freiheitskämpfer in einer Volksabstimmung mit überwiegender Mehrheit angenommen wurde. Damit bildete diese Organisation sich immer mehr zu einer Partei um, die das politische Ziel verfolgte, Estland in einen

autoritär geleiteten Staat umzuwandeln, um ihm damit größere Kraft und größeres Ansehen zu verleihen und um dem Parteienhader ein Ende zu bereiten. Die Freiheitskämpferorganisation war nach militärischem Muster aufgebaut und hatte das Führerprinzip eingeführt. Da der Staat in diesem Verbannde eine umstürzlerische Organisation witterte, verbot er ihn am 2. August 1933; jedoch bereits am 28. Oktober 1933 begründeten die Führer des Zentralverbandes eine neue Vereinigung namens „Verband der estnischen Freiheitskämpfer“, der sich bald eine große Organisation über das ganze Land schuf und wieder nach militärischem Muster aufgezogen wurde. Die starke innerpolitische Spannung zwischen der Sozialdemokratie und den Freiheitskämpfern, die zu zahlreichen blutigen Auseinandersetzungen führte, sowie das machtvolle Anwachsen der Bewegung veranlaßte schließlich am 22. März 1934 die Schließung des Verbandes und die Verhaftung der Führer, womit dieser Bewegung, die zweifellos von den besten Absichten getragen war, ein Ende bereitet wurde, „um das demokratische Prinzip zu retten“.

Schließlich waren in den verschiedenen Landtagen auch die Volksgruppen vertreten. Jedoch dürfen wir diese kaum unter die politischen Parteien rechnen, handelte es sich bei ihnen doch vorwiegend um die Vertretung der Volkstumsinteressen neben der Beachtung allgemein staatlicher Aufgaben. Die Russen, die größtenteils im östlichen Estland ansässig sind, konnten beispielsweise den vierten Landtag durch zwei Abgeordnete und den fünften Landtag durch fünf Abgeordnete beschicken, während die Deutschen, die sich mit den Schweden zusammengetan hatten, in den beiden genannten Landtagen durch je drei Abgeordnete vertreten waren.

Die Tätigkeit der politischen Parteien wurde durch Verordnung des Innenministers vom 5. März 1935 unterbunden und die Parteien liquidiert. Damit ist die öffentliche Parteientätigkeit eingestellt worden. Die politische Interessengruppierung sucht jetzt auf dem Wege der neuen Verfassung über die Gemeinden zu Einfluß zu gelangen, jedoch ist der Regierung durch das Wahlsystem die absolute Vorherrschaft verbürgt, so daß alle anderen Gruppierungen kaum mehr zur Geltung kommen dürften.

Innenpolitik

Die estnische Innenpolitik war gleich zu Beginn der Begründung des estnischen Staates vor eine ganze Reihe wichtiger Aufgaben gestellt. Die Einflüsse des Weltkrieges auf das Land und die Bevölkerung machten sich in starkem Maße bemerkbar. Das Land war zum großen Teil verwüstet, die Gebäude zerstört, die Felder lagen weithin brach, die Fabriken waren teils ausgeräubert, teils liquidiert, Handel und Gewerbe waren lahm gelegt, neue Grenzen mit hohen Zollmauern brachten die Notwendigkeit einer stärkeren Beschränkung auf sich selbst. Mittel für den Aufbau des Staates fehlten gänzlich. Die Esten hatten keine Tradition im Regieren; die einzige Überlieferung in der eigenen Organisation war die Gemeinde und das Genossenschaftswesen. So ist es verständlich, daß der junge Staat zunächst weitgehend in mehr oder weniger wirtschaftlich bestimmte Interessentengruppen zerfiel, die das Staatsgefüge lediglich als Dachorganisation für ihre Interessen betrachteten (vgl. Klau). Eine Anlehnung an den alten Staatsaufbau der Vorkriegszeit, der — vorwiegend durch deutsche Körperschaften getragen — dem russischen Reich eingegliedert gewesen war, erschien unzweckmäßig und nicht erwünscht; anstatt dessen wurden die westeuropäischen Demokratien als Vorbild für den Staatsaufbau herangezogen. Der deutsche Einfluß in Estland war durch den Zusammenbruch des Reiches nach dem Kriege zunichte gemacht, die Gefahr der Bolschewisierung durch das benachbarte Rußland schien sehr groß.

In dieser Situation entschloß sich die estnische Regierung zunächst zu einer Abgrenzung des eigenen Staatsgebietes nach außen hin durch Schutzzölle, um damit ein Wiederaufleben der innerstaatlichen Wirtschaft zu ermöglichen, allerdings mußte diese so geleitet werden, daß sie auf den Durchgangsverkehr von Westen nach Osten verzichtete und in Anbetracht der geringen estländischen Bevölkerung von nur 1,2 Mill. Einwohnern kleinbetrieblich aufgebaut war. Es kam bei diesem Aufbau sehr weitgehend darauf an, auch fremdländisches Kapital in das Land zu ziehen, da keine genügenden Kapitalreserven vorhanden waren. Sehr viel wichtiger und entscheidender aber war die estländische Agrar-

reform, durch die der vorwiegend deutsche Großgrundbesitz enteignet und unter estnische Siedler aufgeteilt wurde. Durch diese Maßnahme hat der estnische Staat ein Mehrfaches erreicht: 1. Die deutsche wirtschaftliche Vorherrschaft im Lande wurde gebrochen, das Deutschtum entwurzelt und in die Städte abgedrängt; gleichzeitig damit wurde auch die politische Machtstellung der deutschen Volksgruppe für dauernd unterbunden. 2. Die revolutionären estnischen Elemente, die zu einem großen Teil bolschewistisch eingestellt waren, wurden im Lande sesshaft gemacht und zu staaterhaltenden Bürgern erzogen. 3. Erhielt der Staat durch die entschädigungslose Enteignung der Güter 90 % der gesamten Wälder Estlands in seine Hand, die in der ersten Zeit des Aufbaues wichtigste Einnahmequelle für den Staat waren. So sind denn die Agrarreform und die ersten Maßnahmen zum Wiederaufbau von Handel und Industrie nicht nur in ihren wirtschaftlichen, sondern vor allem in ihren sozialen Folgeerscheinungen wichtigste Mittel des innenpolitischen Aufbaues geworden.

In der Zeit dieses innenpolitischen Aufbaues mußten sich aber die Folgen der Übernahme westeuropäischen demokratisch-liberalistischen Ideengutes durchaus störend bemerkbar machen, denn wie dort, so tauchten auch hier jene zahlreichen politischen Parteien und Interessentengruppen auf, denen — wie wir sahen — der Staat Mittel zum Zweck war. Alle innerpolitischen Auseinandersetzungen, die es in den folgenden Jahren in Estland gegeben hat, haben dem Staat zweifellos großen Schaden gebracht und ihn nach außen hin wie im inneren stark geschwächt. Es braucht nur an die Höhepunkte dieser innenpolitischen Auseinandersetzungen — den Bolschewistenputsch und den Freiheitskämpferputsch — erinnert zu werden, um zu zeigen, wie wichtig eine Neugestaltung bzw. Erziehung der Bevölkerung war. In diesem Sinne ist die Staatsumwälzung von 1934 zu werten, allerdings brachte auch sie nur die Vorherrschaft der stärksten Interessentenpartei. Wenn der gegenwärtige Staatspräsident Konstantin Päts und mit ihm General Laidoner, die beide gleichzeitig Begründer der estnischen Republik sind, in jüngster Zeit zum Eintritt in den Vaterländischen Verband aufgerufen hat, so geschah dieses in der klaren Erkenntnis, daß auf die Dauer eine Parteienherrschaft in Estland zu einer ernsthaften Gefährdung

des gesamten Staatsgefüges führen muß. Indessen ist es heute noch eine Frage, wie weit es — auf weite Sicht gesehen — gelingen wird, die gesamte Bevölkerung unter eine Idee zu stellen, deren Ziel die Erhaltung des Staates ist; vielmehr scheint auch in Estland die Vaterländische Vereinigung als eine Kompromißlösung empfunden zu werden, der eine starke weltanschauliche Fundierung fehlt. Soweit zu dieser Aktion Vertrauen vorhanden ist, ist es ein Vertrauen zu den Persönlichkeiten des Präsidenten Päts und des Generals Laidoner.

Gleichzeitig mit der wirtschaftlichen und damit sozialen Neugliederung der Bevölkerung Estlands wurden aber nicht nur die Esten sondern vor allem die Volksgruppen auf das stärkste berührt. Die erste estnische Verfassung sieht ein Recht aller Bürger des Staates ohne Unterschied der Nationalität vor und gibt den Volksgruppen die Möglichkeit, einer kulturellen Selbstverwaltung innerhalb des Staates. Damit ist Estland kulturpolitisch in der Behandlung der Volksgruppenfragen führend in Europa; indessen sind die wirtschaftlichen und politischen Belange der Volksgruppen nicht autonom, sondern im staatlichen Gesamtrahmen geregelt, was insbesondere für die deutsche Volksgruppe eine Reihe von Schwierigkeiten ergeben hat. Die fast entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitz nebst Inventar, das Wurzellosmachen der Volksgruppe und Verdrängen in die Städte hat auch innerhalb des estländischen Deutschtums eine soziale Umschichtung hervorgerufen und gleichzeitig mit der Verarmung eine Gefährdung der kulturellen Selbständigkeit nach sich gezogen. Zumal Schule und Universität, Presse und Rundfunk ebenso das Theater, die Sprachverordnungen und die Namensänderungen auf eine Estisierung abzielen. Vor allem aber hat das Propagandaamt, das im Jahre 1929 beim Innenministerium begründet wurde, wichtige Funktionen auf diesem Gebiet. So besteht schon seit etlichen Jahren ein Gesetz, nach dem Orts- und Familiennamen ohne Schwierigkeiten estnisiert werden können; diese Verordnung trifft in erster Linie die zahlreichen, im Osten Estlands wohnhaften Russen sowie die vielen deutschen und russischen Ortsnamen Estlands. In der estnischen Presse werden von Zeit zu Zeit die Fortschritte der Estnisierung von Namen bekanntgegeben.

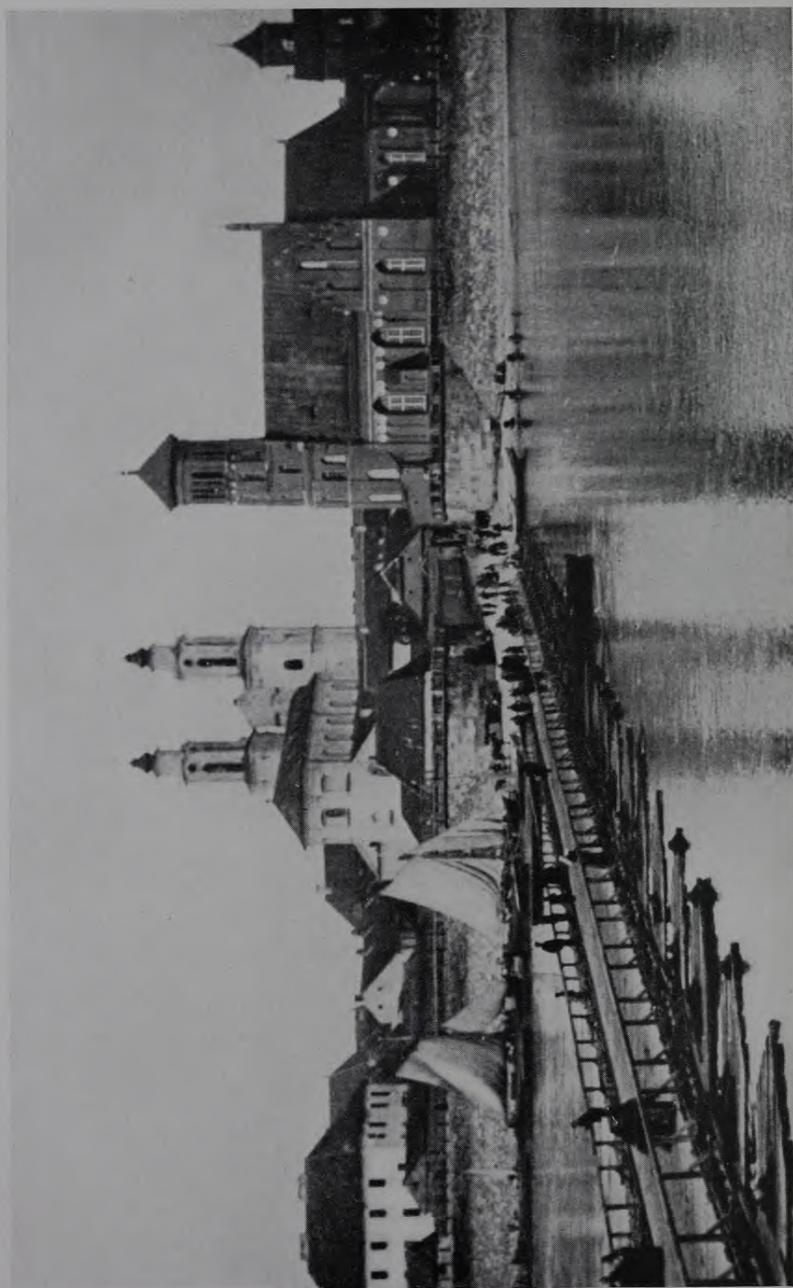
Außenpolitik

Der estnische Staat wurde im Jahre 1918 proklamiert. Die Proklamierung erfolgte in einem Augenblick, da die russischen Truppen aus Reval abzogen und die Deutschen noch nicht eingerückt waren, sie erfolgte im Einvernehmen mit England, Frankreich und Italien, die die Zusicherung für die Selbständigkeit der Republik Estland gewährten. Damit war zunächst auch die Außenpolitik Estlands zwangsläufig festgelegt, es war eine Außenpolitik in enger Anlehnung an die Entente, denn diese hatte nicht nur Garantien für die selbständige Republik übernommen, sondern auch die Esten in ihrem Kampf gegen die Deutschen wie gegen die Bolschewisten weitgehend mit Waffen ausgerüstet und mit Lebensmitteln versorgt; so erfolgte denn auch der Aufbau des jungen Heeres zu einem großen Teil nach französischem und englischem Muster. Die Machtlosigkeit des Deutschen Reiches ließ die politischen Beziehungen zu ihm nicht als wichtigen Faktor erscheinen, sondern es wurden vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen dem Reich gegenüber als dem Hauptabnehmer estländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse gepflegt, während man Sowjetrußland stark ablehnend gegenüberstand, zumal der Putsch im Jahre 1924 hauptsächlich von Moskau aus organisiert war und durch einen zu starken Ausbau der politischen Beziehungen mit der Sowjet-Union die staatliche Selbständigkeit gefährdet erschien. So sind es denn vor allen Dingen psychische Momente und praktische Erwägungen, die die estnische Außenpolitik mit der Entente und damit mit dem Völkerbund verbanden. Gleichzeitig aber versuchte man, zum Teil wohl unter englischer Einflußnahme, auch die Beziehungen zu den skandinavischen Ländern auszubauen, denn den skandinavischen Staaten fühlte Estland sich kulturell und — Finnland gegenüber — blutsmäßig verbunden. Eine zum Teil gemeinsame Geschichte Schwedens und Estlands bzw. Dänemarks und Estlands wurde als Zeit der Blüte in Estland hingestellt und gab Anlaß zu weiteren Anknüpfungspunkten. Auf dieser Basis wurde in Dorpat ein Lehrstuhl für die schwedische Sprache eingerichtet und die kulturellen wie wirtschaftlichen Beziehungen von hüten

nach drüben besonders fleißig gepflegt, ohne daß man sich dabei allerdings der illusorischen Hoffnung auf eine dauernde gemeinsame Politik hingegen hätte. Das Verhältnis zum skandinavischen Block hatte aber noch eine andere Bedeutung. Während nämlich das polnische Machtstreben dahinging, einen Staatenblock von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer unter polnischer Führung zu schaffen, wogegen man estnischerseits nichts einzuwenden gehabt hätte, erkannten die Esten doch deutlich, daß die Verwirklichung eines solchen Blockes gegen Rußland oder gegen Deutschland am litauischen Widerstande gegen Polen scheitern mußte; denn zwischen Litauen und Polen bestand seit der Besetzung des Wilnagebietes unversöhnliche Feindschaft. So konnte denn eine Blockbildung als politischer Machtfaktor im Norden Europas in der Zeit des Daniederliegens des Deutschen Reiches nur unter schwedischer Vorherrschaft zustande kommen. So sehr auch Frankreich und England am Bestande der baltischen Staaten interessiert sein mochten, so sehr war es doch klar, daß die baltischen Staaten die Lebensinteressen beider Länder nicht tangierten. Jedoch haben die Beziehungen zu den nordischen Staaten über das kulturelle hinaus wenig Fortschritte gezeigt, da Schweden sich am ostbaltischen Raum verhältnismäßig desinteressiert zeigte und Finnland lediglich am ugrofinnischen Estentum, nicht aber an den Letten und Litauern Interesse hat. Unter diesen Voraussetzungen konnte eine baltische Blockbildung größeren Maßstabes im Nordosten nicht zustande kommen und so schlossen sich denn die baltischen Staaten im Jahre 1934 zur sog. baltischen Union zusammen. Aufgabe dieser baltischen Union war es, jedem der baltischen Staaten im Rahmen einer gemeinsamen Aktion außenpolitisch ein größeres Gewicht zu verleihen. Ausgenommen aus den Bestimmungen der Union waren die Fragen des Wilna- und Memelgebietes, die als besondere, rein litauische Fragengebiete betrachtet wurden. Die Zusammenarbeit der baltischen Staaten auf Grund dieses Vertrages geht aber über das politische weit hinaus und hat zu einer weitgehenden kulturellen, rechtlichen und sozialpolitischen Zusammenarbeit geführt. Vor allem aber ist auch eine militärische Zusammenarbeit vorgesehen. Der Erfolg dieser gemeinschaftlichen Aktion blieb nicht aus. Bald gelang es den Staaten, in der Person des lettischen



Litauscher Bauer



Blick vom Njemen auf Kaunas (Litauen)

Außenministers Munters einen gemeinsamen Vertreter in den Völkerbundrat zu entsenden, der u. a. auch die 101. Ratssitzung in Genf leitete, die sich mit den Fragen der Schlichtung des chinesisch-japanischen Konfliktes und des Abessinienkonfliktes zu befassen hatte. Damit schien das Gewicht der baltischen Staaten international gestiegen zu sein, wenn nicht gleichzeitig durch die politische Neuordnung in Europa das Ansehen des Völkerbundes so beträchtlich gesunken wäre.

Die Neuordnung der politischen Lage in Europa durch das Wiedererstarken des Deutschen Reiches hat selbstverständlich auch auf die baltischen Staaten großen Einfluß gehabt. Das Versagen des Völkerbundes im chinesisch-japanischen Konflikt sowie im abessinischen Kriege und im spanischen Bürgerkriege hat das Vertrauen der baltischen Staaten in diese Institution stark geschwächt. Die entscheidenden Münchener Verhandlungen mit der darauffolgenden Wiedervereinigung des Sudetengebietes mit Deutschland, die Rückgliederung Böhmens und Mährens in das neue Großdeutschland und schließlich die des Memelgebietes haben das Vertrauen in die Politik der kollektiven Sicherheit auf das schwerste erschüttert und die Notwendigkeit für eine Neuregelung der außenpolitischen Beziehungen offen zutage treten lassen.

Während Estland in der ersten Zeit seiner staatlichen Selbständigkeit sich noch weitgehend im Fahrwasser der englisch-französischen Bündnispolitik bewegte, hat es nachher versucht, eine absolute Neutralität allen Staaten gegenüber einzuhalten und vor allem mit den Großmächten an der Ostsee in ein möglichst gutes Einvernehmen zu kommen, denn nur darin sieht man heute in Estland die Möglichkeit, die Eigenstaatlichkeit auch künftighin zu wahren.

2. Teil

LAND UND LEUTE

Kapitel 1

Das Land

Estland ist der nördlichste der drei baltischen Staaten und wird im Norden vom Finnischen Meerbusen und im Westen von der Ostsee gespült. Im Osten hat Estland gegen die Sowjetunion eine natürliche Grenze durch den Pleskauer- und Peipussee sowie die Narwe. Im Friedensvertrage mit Rußland nach Ausgang des Weltkrieges wurden dem estnischen Staat einige Teile des ehemaligen Gouvernements Narwa sowie des Gouvernements Pleskau zugeteilt. Hier siedelt eine vorwiegend russische Bevölkerung. Die Südgrenze Estlands gegen Lettland ist eine Sprachgrenze, sie läuft mitten durch das ehemalige Livland, so daß dem heutigen Staat Estland der nördliche Teil des alten Livland zugerechnet wird.

Die Gesamtfläche Estlands beträgt 47 549 qkm; davon entfallen 59,3 % auf die Landwirtschaft, 18,9 % auf Wälder und der Rest von 21,8 % auf alles übrige. Die Gesamtlänge der estländischen Grenze beträgt 4036 km, davon entfallen auf die Seegrenze allein 3403 km. Allein daraus schon ist ersichtlich, daß Estland zu einem großen Teil Inselland ist, denn die Länge der Inselküste allein beträgt 2444 km und die Landgrenze 633 km; davon wiederum entfallen 277 km auf die Grenze mit Rußland, die größtenteils durch den Peipus- und Pleskauersee gebildet wird. Seine längste Landgrenze hat Estland mit seinem südlichen Nachbarn Lettland, sie beträgt 356 km.

Die Klima- und Bodenbedingungen im Lande sind nicht als besonders günstig anzusprechen. Die verhältnismäßig schwachen Böden herrschen vor, vor allem im Norden und Nordwesten. Im Nordwesten kommen große Steinlager vor, und der Brenn-

schiefer. So ist dementsprechend der Norden und Nordwesten auch verhältnismäßig waldarm und hat schlechten Ackerboden, dafür aber verhältnismäßig viel Weide, so daß hier Schafzucht neben Kartoffel- und Roggenbau betrieben werden können. Etwas besser sind Vegetation und Bodenbeschaffenheit im Süden. In diesen Gegenden sind Viehzucht und Ackerbau verhältnismäßig intensiv. Im ganzen sind die Böden in Estland recht verschieden — Moore, Fels, Sand und sandiger Lehm sowie Mergelböden wechseln häufig miteinander ab. Indessen gestatten auch die klimatischen Voraussetzungen keine allzu intensive Ausnutzung des Bodens nach westeuropäischem Vorbild; denn die Vegetationsperiode in Estland ist kürzer als etwa die Ostpreußens oder gar des Rheinlandes, dafür allerdings ist die Intensität der Sonnenstrahlen in den kurzen Sommermonaten größer als im Süden, dadurch wird ein gewisser Ausgleich in der Vegetation geschaffen. Die durchschnittlichen Niederschlagsmengen betragen im Zehnjahresdurchschnitt im Januar um $-5,1^{\circ}$ und im Juli $+18,2^{\circ}$, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Februar der kälteste Monat in Estland ist und in dieser Zeit die Temperaturen noch um einiges niedriger als im Januar liegen.

Wer Estland bereist, stellt im Landschaftsbild und in der Besiedlungsart sehr krasse Unterschiede fest. Auf dem Lande, vorwiegend im Süden und Südwesten findet man viele schmutzige und saubere Bauten, je mehr man jedoch nach dem Norden und Nordosten kommt, desto ärmlicher wird das Bild. Das hängt zum Teil von den Gegebenheiten des Bodens ab, zum Teil aber auch — wie vor allem im Petschur'schen Gebiet — von kulturellen Einflüssen. Denn während das ehemalige Estland und Livland durch Jahrhunderte von westeuropäischer Kultur beeinflußt wurden, sind die östlichen Teile des Landes ausgesprochen Kultureinflußgebiete Rußlands. Am markantesten zeigt sich diese Unterschiedlichkeit der Kultureinflüsse im Städtebau. Klassische Beispiele für den russischen Einfluß sind Petschur, Isborsk und die Stadt Narwa auf dem rechten Ufer der Narwe, wogegen der westeuropäische Kultureinfluß (deutscher und zum Teil schwedischer Einfluß) sich vor allem in den Städten Reval, Dorpat und Narwa (auf dem linken Ufer der Narwe) bemerkbar machen. Die alten Häuser und Burgen, die winkligen, an mitteldeutsche Städte

erinnernden Gassen, der viereckige Rathausplatz, der für die koloniale Städtegründung des Mittelalters typisch ist, dies alles sind steinerne Zeugen für den westeuropäischen Kultureinfluß. Am charakteristischsten zeigt sich die Doppelseitigkeit dieser Beeinflussung von Westen und Osten an der Stadt Narwa. Auf dem linken Ufer des Flusses befindet sich die mittelalterliche Ordensstadt mit ihren ausgezeichnet erhaltenen Bauten und Befestigungsanlagen; auf den Trümmern der alten Ordensburg errichteten die Schweden während ihrer Herrschaft die Herrmannsfeste, die noch heute gut erhalten ist. Gegenüber dieser mittelalterlichen deutschen Gründung auf dem anderen Ufer der Narwe liegt ein russisches Dorf mit der von Iwan dem Grausamen errichteten Burg Iwangorod. Die Herrmannsfeste ist eckig und hochstrebend gebaut, während die Russenburg flache, abgerundete Formen aufweist. Während auf der russischen Seite meist primitive Holzhäuser stehen, befinden sich auf der anderen Seite größtenteils Steingebäude mit vielen alten schönen Portalen mit Türklopfern. Es gibt wohl in ganz Europa kein krasserer Beispiel für das Aufeinanderprallen zweier Kulturen als diese Grenzstadt Narwa.

Kapitel 2

Die Bevölkerung

Die Bevölkerung Estlands ist der politischen Vergangenheit des Landes gemäß national, konfessionell und kulturell sehr verschieden. Nach der letzten Bevölkerungszählung vom 1. März 1934 überwiegen die Esten mit 88,2 % der Gesamtbevölkerung; an zweiter Stelle stehen die Russen mit 8,2 % der Gesamtbevölkerung, sie wohnen vorwiegend in den östlichen Gebieten des Landes, d. h. im sog. Narwa'schen und Petschur'schen Gebiet. Einen nur sehr geringen Teil der Gesamtbevölkerung machen die Deutschen und Schweden aus, erstere mit 1,5 %, letztere mit 0,7 %. Das Judentum in Estland ist ganz unverhältnismäßig gering und beträgt nur 0,4 % der Gesamtbevölkerung. Hierin unterscheidet sich Estland von den übrigen Staaten Ostmitteleuropas ganz wesentlich, haben doch vor allem Polen und Litauen einen sehr

beachtlichen Hundertsatz jüdischer Bevölkerung. In dieser Verteilung der Bevölkerung des Landes nach Nationalitäten tritt allerdings die Bedeutung der einzelnen Volksgruppen nicht hervor, denn obschon die Esten in der absoluten Mehrheit sind und unter Abzug der hinzu gezählten östlichen Gebiete sogar einen Anteil von mehr als 92 % haben, so sind sie doch vorwiegend auf dem Land als bäuerliche Bevölkerung ansässig. Ihr Einfluß in den Städten ist erst seit Ende des vorigen Jahrhunderts in immer stärkerem Maße gestiegen, insbesondere hat die Zeit nach der staatlichen Verselbständigung eine große Abwanderung vom Lande nach sich gezogen. Das junge Beamtentum des neuen Staates setzte sich bald fast ausschließlich aus Esten zusammen, gleichwie der Zug zur Universität Dorpat sehr stark war. Während in der Vorkriegszeit viele Esten außerhalb der engeren Heimat, teils in Rußland, teils im fernerem Ausland lebten, zogen die meisten von ihnen nach der staatlichen Verselbständigung wieder in die Heimat zurück. So zeigt sich denn sehr bald ein Ansteigen der Zahl der estnischen Beamtenschaft, des Militärs, des Akademikertums und des Handels. Die in Estland lebenden Schweden siedeln größtenteils als Bauern und Fischer an der Nord- und Westküste des Landes sowie auf den zahlreichen Inseln, wo sich noch schwedisches Brauchtum und schwedische Trachten erhalten haben. Lediglich das Deutschtum, das durch die Agrarreform enteignet und in die Städte abgedrängt wurde, hat auf dem Lande seine Bedeutung fast gänzlich verloren, wenn man von den wenigen deutschen Bauern, Restgutbesitzern, Ärzten und Pastoren absieht. Dafür sammelten sich die Deutschen in den Städten, wo sie in immer stärkerem Maße in Industrie, Handel, in freien Berufen und im Handwerk beschäftigt sind. Von insgesamt etwa 35 000 Deutschen in der Vorkriegszeit waren 1934 nur noch etwa 16 000 Deutsche in Estland, auch diese Zahl ist in den darauffolgenden Jahren beträchtlich zurückgegangen, so daß im deutschen Nationalregister heute, nur noch wenig mehr als 13 000 Deutsche verzeichnet sind. Die starke Abnahme der deutschen Bevölkerung ist vor allem auf zwei Momente zurückzuführen: 1. die große Überalterung durch die Verluste, die der Weltkrieg brachte, 2. die darauf folgende Abwanderung aus Estland, denn nach dem Kriege wanderten vorwiegend fortplan-

zungsfähige junge Menschen ab, so daß sich in der Folgezeit ein starker Geburtenausfall bemerkbar machte. In Anbetracht der ungünstigen Struktur der deutschen Volksgruppe ist auch in Zukunft mit einem weiteren Rückgang ihres Bestandes zu rechnen.

Wesentlich anders liegen die Verhältnisse bei den Russen und Setukesen, die im Osten des Landes siedeln (Setukesen sind orthodoxe russifizierte Esten, die zu einem großen Teil auch russisches Brauchtum angenommen haben). Diese Bevölkerung vermehrt sich unverhältnismäßig stark, und zwar soweit, daß sie fast ausschließlich den Geburtenüberschuß deckt, wogegen die estnische Bevölkerung selbst, vor allem in den Städten teils einen Geburtenunterschub, teils einen nur ganz verschwindend geringen Geburtenüberschuß hat, so daß unter gleichbleibenden Voraussetzungen ein langsames Aussterben des Esten- und Deutschtums unausbleiblich ist. Allerdings bedeutet der Geburtenüberschuß der östlichen Bevölkerung Estlands noch nicht die Gefahr einer kulturellen Unterwanderung, wie das etwa für das Verhältnis Lettland—Lettgallen zutrifft. Die im Osten siedelnde Bevölkerung Estlands lebt größtenteils von der Landwirtschaft und zum kleineren Teil auch vom Fischfang. Ein Akademikerstand fehlt ihr fast vollkommen, und man rechnet im Petschurgebiet auch heute noch mit 35 % Analphabeten unter der Landbevölkerung, während im Durchschnitt in ganz Estland nur 6 % Analphabeten vorhanden sind. Unter Abzug der russisch-setukesischen Bevölkerung dürfte die Zahl der Analphabeten sich auf nur etwa 5 % belaufen.

Insgesamt rechnet man in Estland 25 Einwohner auf den Quadratkilometer, was eine unverhältnismäßig dünne Besiedlung gegenüber Lettland und Litauen oder den westlichen Staaten bedeutet. Indessen sind die Lebensbedingungen in Estland auch wesentlich härter (Klima und Böden), so daß allein schon daraus die dünne Besiedlung verständlich erscheint. Als Folge des Weltkrieges hat sich innerhalb der Bevölkerung ein wenig gesundes Verhältnis von Männern und Frauen entwickelt. Man zählt auf 100 Männer 113 Frauen; erst bei den jüngeren Jahrgängen macht sich wieder ein Ausgleich bzw. ein Überwiegen an Männern bemerkbar. 77,59 % der Gesamtbevölkerung sind evangelisch-lutherisch, 18,89 % orthodox, 0,21 % römisch-katholisch,

0,38 % mosaisch und 2,93 % gehören zu anderen Konfessionen bzw. sind konfessionslos. Auch darin zeigt sich die Bedeutung der Kultureinflüsse von russischer bzw. deutscher und schwedischer Seite, wobei zu bemerken ist, daß die orthodoxe Bevölkerung fast ausschließlich im Osten des Landes wohnt und sich weitgehend mit den Russen und Setukesen deckt.

Auch heute noch wohnen 68 % der Gesamtbevölkerung auf dem Lande und nur 32 % wohnen in den Städten und Flecken, denn die estländischen Städte sind unverhältnismäßig selten und meistens klein. Reval hatte nach der Bevölkerungszählung von 1934 nur 138 000 Einwohner, Dorpat 59 000 und Narwa 24 000 Einwohner. Insgesamt gab es nur acht Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern und nur die Hauptstadt Reval hat als Handels- und Wirtschaftszentrum eine größere Bedeutung im Lande erlangen können, die zum Teil auf seine günstige Lage, zum Teil auf seinen geschichtlichen Werdegang, schließlich aber auch auf seine Eigenschaft als Hauptstadt des Landes zurückzuführen ist.

58,8 % der Gesamtbevölkerung leben von der Landwirtschaft, 17,4 % von der Industrie, 8,3 % von Handel und Verkehr und der Rest von den übrigen Erwerbszweigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß Industrie, Handel und Verkehr sowie die übrigen Erwerbszweige in der Zeit seit der staatlichen Verselbständigung stetig auf Kosten der Landwirtschaft zugenommen haben, denn in dieser Zeit fand gleichzeitig ein dauernder Abzug vom Lande in die Städte statt.

3. Teil

DIE WIRTSCHAFT

Kapitel 1

Land- und Forstwirtschaft

28 209 qkm Fläche (59,3 %) werden in Estland landwirtschaftlich genutzt, davon entfallen 38 % auf Ackerland, 0,85 % auf Gartenland, 34,35 % auf Wiesen und 26,8 % auf Weide. Allein aus dieser Gegenüberstellung schon ist ersichtlich, in wie hohem Maße Viehwirtschaft betrieben wird. Denn sowohl die zahlreichen Wiesen als auch Weiden sind in Flußniederungen und an den Seen sowie im Südwesten des Landes gelegen und bieten der Viehhaltung günstige Möglichkeiten, obwohl die klimatischen Voraussetzungen nicht die besten sind. Im Gegensatz zu den westlichen Staaten gibt es in Estland meist nur einen Grasschnitt im Jahr (gegen drei), daher aber ist auch eine Beanspruchung größerer Flächen für die Überwinterung des Viehes erforderlich. Wenn Estland noch in der Vorkriegszeit zum größten Teil Fleisch, Kartoffeln und Getreide produzierte und erst in der Nachkriegszeit in stärkerem Maße auf die Milchwirtschaft überging, so lag das u. a. an der Preisgestaltung für tierische Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und an den Folgen der Agrarreform, die das Land parzellerte und die alte Wirtschaftsform in großem Maße wenig rentabel erscheinen ließ, anstatt dessen aber der Viehhaltung neue Möglichkeiten eröffnete. Die Viehhaltung wurde insbesondere auch durch die Landwirtschaftspolitik der Regierung gefördert. Denn die Agrarreform enteignete insgesamt 2,3 Mill. ha Landes, die unter Neusiedler aufgeteilt wurden. Dem Gutsbesitz wurden 1,9 Mill. ha enteignet und der Rest setzte sich aus ehemaligen Staatsländereien, Kirchenländereien und Ländereien sonstiger Institutionen zusammen. So entfielen 82 % aller Landenteignungen auf den Gutsbesitz. Man verpachtete den ehe-

maligen Gutsbesitzern von Fall zu Fall verschieden große Restgüter und entschädigte den Gutsbesitz nur teilweise durch enteigneten Wald; später wurde den Gutsbesitzern gestattet, enteignete Ländereien teilweise käuflich zu erwerben. Bis zum 1. April 1936 waren aus dem Fonds der enteigneten Ländereien rund 60 500 Ansiedlerstellen an Landarbeiter, „Freiheitskämpfer“ und sonstige Ansiedleranwärter verteilt worden. Durch diese neue Besitzverteilung des gesamten Landes entstand zunächst eine Atomisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, gleichzeitig waren diese Betriebe weitgehend an den Staat verschuldet, da die Agrarreform nur unter Einsatz staatlicher Mittel möglich war. Dennoch konnte die durchschnittliche Gesamtverschuldung je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche mit 24 Eestikronen verhältnismäßig niedrig gehalten werden. Nach der Agrarreform war die Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 10 und 50 ha absolut vorherrschend. Solche Betriebe erscheinen — mit westeuropäischen Verhältnissen verglichen — recht groß, sind jedoch in Anbetracht der klimatischen und Bodenverhältnisse Estlands keineswegs als besonders groß anzusprechen, im Gegenteil kann man sogar vom Vorherrschen kleiner und mittlerer Betriebe sprechen.

Der Anbau hat sich auf Grund dieser Atomisierung der landwirtschaftlichen Betriebe seit der Vorkriegszeit grundlegend gewandelt. Mit Brotgetreide sind nur noch 16 % des Ackerlandes bestellt, dagegen entfallen 33 % auf Futtergetreide, 7 % auf Hackfrüchte und 22 % auf Klee und Feldfutter; der Rest verteilt sich auf Flachs, Brache und Sonstiges. Daraus geht hervor, daß nicht nur der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, sondern auch etwa zwei Drittel des gesamten Ackerlandes für die Viehfütterung bestimmt sind. Damit tritt Estland nach der Agrarreform in eine Reihe mit den ausgesprochenen Viehhaltungsländern, wie es die Schweiz, Holland, Dänemark und die beiden anderen baltischen Staaten sind. Allerdings ist Estland in den Hektarerträgen den westeuropäischen Staaten nicht gleichzustellen. Auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entfallen in Estland 8 Pferde, 22 Kühe, 10 Schweine, 17 Schafe und 34 Stück Geflügel, was trotz der Umstellung und größerer Neuinvestitionen immer noch als unverhältnismäßig geringer Bestand bezeichnet

werden muß. Auch in der Nutzung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten steht Estland noch weit hinter Lettland, Dänemark und Holland zurück. Die Bearbeitung des Ackers mit dem Pfluge herrscht immer noch vor, besonders im Norden, wo das steinige Gelände eine mechanische Bearbeitung nicht zuläßt.

Zur Neugestaltung und Intensivierung der Landwirtschaft haben neben den staatlichen Schutzzöllen und den staatlichen Kreditierungen sowie den garantierten Festpreisen für diverse landwirtschaftliche Erzeugnisse auch die Genossenschaften einen wesentlichen Beitrag geliefert. Sind sie doch die älteste Organisationsform der Esten, die dem ländlichen Siedlungscharakter des Estentums am meisten entspricht. So gab es im Jahr 1926 noch 277 verschiedene Ein- und Verkaufsgenossenschaften, die durch Zusammenlegung und Liquidation bis 1936 auf 177 zusammenschumpften. Die durchschnittliche Anzahl der Mitglieder betrug 200 bis 300, das Eigenkapital etwa $2\frac{1}{2}$ Mill. Kronen. Daneben gab es 1936 261 Genossenschaftsmolkereien, die die Verarbeitung und den Vertrieb der Molkereierzeugnisse im ganzen Lande monopolartig in ihrer Hand hatten. Es ist verständlich, daß besonders auf dem Wege über diese Genossenschaften eine stärkere Intensivierung der Landwirtschaft durch Propagierung des Verbrauches von künstlichen Düngemitteln, Kreditierungen, Preisnormierungen u. a. m. möglich wurde.

Wenn die estnische Landwirtschaft heute dennoch wahrscheinlich nicht den Höhepunkt an Intensität erreicht hat, so liegt das u. a. 1. am Mangel eines dem Lande entsprechenden Rasseviehes (es herrscht immer noch das übliche Landvieh vor) und 2. am Mangel von Krediten und guten Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Zur Sicherung guter Preise könnte vor allem auch eine stärkere Ausnutzung des deutschen Absatzmarktes ein wesentliches beitragen. Aber auch die mangelhafte Erschließung des Binnenmarktes durch ein entsprechendes Verkehrsnetz steht einem weiteren Aufschwung noch hinderlich im Wege; ferner ist als eines der wichtigsten Probleme der große Landarbeitermangel zu erwähnen, der seit dem Aufschwung der Industrie in Estland, vor allem seit der Intensivierung der Brennschiefergewinnung, sehr fühlbar geworden ist. Es ist in erster Linie der Brennschie-

fer und seine Nebenerzeugnisse, die auf dem estnischen und ausländischen Markt einen guten Absatz finden und infolgedessen auch unverhältnismäßig gute Löhne ermöglichen, mit denen die Landwirtschaft in Anbetracht der schlechten Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht Schritt halten kann. Daher ist ein starkes Abströmen der Landarbeiter in die Industrie zu verzeichnen, was eine Belastung der Landwirtschaft hervorruft.

Die Wälder Estlands machen etwa 19 % der Gesamtfläche des Staatsgebietes aus. Sie waren in der Vorkriegszeit um einiges größer und sind in Anbetracht der starken Ausholungen in der Nachkriegszeit nach Durchführung der Agrarreform zusammengeschrumpft. Der Staat mußte in den ersten Jahren seiner Selbständigkeit sowohl die Unkosten der Agrarreform als auch das Defizit im Staatsbudget weitgehend durch Abholzung und Verkauf der enteigneten Wälder ausgleichen; die Ansprüche der Neusiedler auf Holzmaterialien zur Errichtung ihrer Holzbauten waren ebenfalls erheblich. Gegenwärtig beträgt die Waldfläche Estlands etwa 8982 qkm, wovon mehr als 90 % auf Staatsforsten entfallen. Außer dieser Waldfläche gibt es in Estland noch etwa 6000 qkm teils mit niedrigem Wald, teils mit Gestrüpp bewachsene Wiesen und Weiden. Man schätzt, daß etwa 70 % der gesamten Waldfläche mit Nadelwald und der Rest mit Laubwald bestanden sind, wobei allerdings meist nicht der eine oder andere Wald vorherrscht, sondern der Typus des Mischwaldes. Der gesamte Zuwachs des Waldes wird mit knapp 2 Mill. fm pro Jahr berechnet, wenn man von den mit Gestrüpp bestandenen Wiesen und Weiden absieht. Dagegen betrug in den vergangenen Jahren der Aushieb meist mehr als 2 Mill. fm jährlich, so daß die jährliche Norm um ein Beträchtliches überstiegen wurde.

Auch die Fischerei- und Jagdverhältnisse gehören zu einem wichtigen Erwerbszweig der Bevölkerung, wenn hier allerdings auch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung beschäftigt ist. Die Jagdverhältnisse, die im Laufe des Krieges sehr gelitten hatten, da das Wild stark ausgeräubert worden war, haben sich unter planmäßiger Fürsorge ganz allmählich wieder erholen können. Zwar ist der Elch vollkommen ausgerottet, aber Rehe, Hasen, Füchse haben sich wieder beträcht-

lich vermehrt; auch Birkwild und vor allem Enten sind wieder in großer Zahl vorhanden. Die Jagd ist nur mit besonderer Genehmigung der Forstverwaltung und unter strengster Innehaltung der jagdlichen Vorschriften gestattet. Sie wird daher mehr als Sport angesehen und ist Vorzug einiger weniger Ausgewählter, nicht aber Allgemeingut der Bevölkerung. Anders steht es mit der Fischerei. Die lange Seegrenze Estlands sowie die zahlreichen Binnengewässer (vor allem der Peipus- und Wirzjaerw-See) geben der Fischerei ein weites Betätigungsfeld; erschwert wird sie an der Nordwestküste, in den Gebieten des steil ins Meer abfallenden Glints, dafür aber ist sie auf den Inseln und an den großen Seen Haupterwerbszweig der dortigen Bevölkerung. An der Westküste und auf den Inseln sind es vorwiegend die im Mittelalter angesiedelten Schweden, die hier dem Fischergewerbe nachgehen. Insgesamt sind in der estnischen Fischerei etwa 9000 Familien tätig, wovon der größte Teil der Seefischerei nachgeht. Jährlich ergibt die Seefischerei 15 000 bis 20 000 t, davon entfällt etwa die Hälfte auf Strömlinge und ein Viertel auf Sprotten. Die Binnenfischerei ist wesentlich weniger ergiebig und vorwiegend auf den Binnenmarkt angewiesen, wogegen die Fänge der Küstenfischerei größtenteils exportiert werden, Hauptabnehmer sind Deutschland und Polen. Die Binnenfischerei erzielt jährlich Fänge von etwa 2000 t, sie wird vorwiegend von Russen an den großen Binnenseen im Osten des Landes betrieben. Unter einem großen Übelstand allerdings leidet die Fischerei in ganz Estland. Das ist einerseits ein zu geringer Absatz und andererseits sind es die allzu niedrigen Preise, die in Anbetracht der geringen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht hoch sein können, da das Gros der estländischen Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt. So sind denn die estländischen Fischer darauf angewiesen, neben der Fischerei von der Landwirtschaft zu leben. Auf kleinen Parzellen in einer Größe bis zu 5 ha treiben sie Gartenbau und daneben Roggen- und Kartoffelbau für den eigenen Bedarf. Die meisten Fischer besitzen eine Kuh, ein Pferd und einiges Geflügel. Die ungeheuer großen Ausgaben, die mit der Anschaffung des Fanggerätes wie Booten, Netzen usw. verbunden sind, können aus dem Erlös der Fischerei nur selten bestritten werden, so daß dieser

Erwerbszweig, der schon vor dem Weltkriege einer staatlichen Unterstützung bedurfte, auch heute mit größten Existenzschwierigkeiten zu kämpfen hat.

Kapitel 2

Industrie und Gewerbe

Das estländische Gewerbe hatte schon vor dem Kriege einen beachtlichen Aufstieg genommen. Bekannt war der Portland-Zement der Zementwerke Kunda sowie die Papier- und Zellulosefabrikation in Reval und schließlich die großen Webereien an den Wasserfällen der Narwe, die für den russischen Markt in erster Linie produzierten. Grundlage dieser Produktion war teils das Vorkommen einheimischer Rohstoffe, mehr aber noch die Möglichkeit, auf dem billigen Wasserwege Rohstoffe ins Land einzuführen, sie hier zu verarbeiten und erst in veredeltem Zustand auf dem Eisenbahnweg ins Innere Rußlands weiterzubefördern. In Anbetracht dessen, daß aber die Eisenbahn erst Ende des vorigen Jahrhunderts erbaut wurde, nahm auch die gewerbliche Produktion für den russischen Binnenmarkt erst zu dieser Zeit einen großen Aufstieg. In der einheimischen Industrie verarbeitete Rohstoffe bildeten die verschiedenen Erden, Steine u. a., die teils in der Zementindustrie, teils in den Ziegeleien sowie in der holzverarbeitenden Industrie Verwertung fanden.

Schon in der Kriegezeit hatten die Russen mit der Erforschung des wichtigsten estländischen Rohstoffes, des Brennschiefers begonnen. Allerdings fehlte diesem Abbau und der industriellen Verwertung noch die nötige Planmäßigkeit, da seine Auswertbarkeit noch zu wenig erforscht war. Es blieb den Ingenieuren und Chemikern der deutschen Okkupationsbehörde vorbehalten, auf diesem Gebiet einen wesentlichen Vorstoß zu machen, so daß der estnische Staat nach seiner Verselbständigung bereits mit einer Reihe von Erfahrungen an den Abbau des Brennschiefers schreiten konnte. Heute sind in der Brennschieferindustrie verschiedene ausländische größere Unternehmungen neben den staatlichen Werken tätig. Der Abbau erfolgt vorwiegend in Nordost-Estland, d. h. in dem Gebiet zwischen Wesenberg und Narwa, da

der Brennschiefer hier besonders günstig gelagert ist. Indessen zieht sich das Brennschiefervorkommen etwa von Baltischport in west-östlicher Richtung bis südlich von Narwa hin, wobei die Flöze von Nordwesten nach Südosten zu immer dicker werden. Die Brennschieferschichten erreichen eine Stärke von wenigen Zentimetern bis zu 3 m und können teils im Tagebau, teils im Untertagebau abgebaut werden. Das gesamte Brennschiefervorkommen erstreckt sich über eine Fläche von annähernd 2500 qkm, die Gesamtvorräte an Brennschiefer werden auf etwa 5 Milliarden t geschätzt, ihr Ölgehalt dürfte sich auf annähernd 1 Milliarde t belaufen. Damit ist dem Abbau des Brennschiefers auf viele Jahre hinaus ein weites Betätigungsfeld gegeben, insbesondere deshalb, weil er im In- und auch im Ausland immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Brennschieferproduktion ist infolgedessen von Jahr zu Jahr erheblich gestiegen. Während sie noch im Jahre 1936 nur 770 000 t betrug, stieg sie im Jahre 1937 auf über 1,1 Mill. t, wovon der größte Teil in den estländischen Ölfabriken verarbeitet wurde. Die Verarbeitung des Rohöls ergibt verschiedene Treibstoffe wie Petroleum, Heizöl, Benzin und zahlreiche andere Abfallprodukte. Der Stein selbst, der bereits mit einem Streichholz angezündet werden kann, wird heute in Estland zur Feuerung der Lokomotiven und Fabriken weitgehend verwendet. Schätzungsweise 70 % der gesamten Produktion verbleiben im Lande, womit der Brennholzmarkt stark entlastet und der Kohleimport ersetzt wird. Das bedeutet für den Staat sowohl eine ungeheure Entlastung an Devisen als auch die Möglichkeit, den deviseneintragenden Waldbestand zu schonen. — In den sechs wichtigsten Betrieben der Brennschieferindustrie arbeiteten insgesamt etwa 4000 Arbeiter. Damit ist die Brennschieferindustrie von einem ganz nebengeordneten Industriezweig Estlands in der Vorkriegszeit zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige geworden, der ausschließlich auf einheimischen Rohstoffen aufbaut.

Neben der Brennschieferindustrie ist die Holzindustrie von Bedeutung. Hier ist vor allem ein großes Sperrholzwerk in Reval, das noch aus der Vorkriegszeit stammt, zu nennen. Daneben bestehen zahlreiche kleinere Sägereien und holzverarbeitende Unternehmungen. Noch im Jahre 1935 wurden insgesamt 57 holzverarbeitende Unternehmungen gezählt mit 4500 beschäftigten

Personen und einem Bruttoproduktionswert von 9 Mill. Ekr. Allerdings ist zu beachten, daß die estnische Industriegewerbezählung nicht nur Mittel- und Großbetriebe, sondern auch Klein- und Kleinstbetriebe erfaßt, soweit in ihnen mehr als fünf Personen beschäftigt sind, oder sie mit mechanischer Kraft arbeiten. Dadurch ergibt sich für die Bewertung des Zahlenergebnisses in der Statistik ein leicht irreführendes Bild. Die estnische Sperrholzindustrie produziert fast ausschließlich, d. h. zu mehr als 90 %, für den Export, der vorwiegend nach England und den englischen Kolonien geht. Die holzverarbeitende Industrie ist weitgehend an den deutschen und englischen Markt gebunden.

Desgleichen baut die Papierindustrie Estlands vorwiegend auf einheimischen Rohstoffen auf. Hier sind vor allem eine private Zellulosefabrik in Reval aus der Vorkriegszeit neben einer neu gegründeten staatlichen Fabrik zu nennen. Insgesamt erfaßt die Statistik 11 Betriebe mit 2000 beschäftigten Personen und einem Produktionswert von 15 Mill. Ekr. Dieser Industriezweig beliefert sowohl ganz Estland mit seinen Erzeugnissen als auch das Ausland, wobei der größte Teil der Erzeugnisse für den Export bestimmt ist. — Wesentlich anders ist die Lage der Textilindustrie. Sie befindet sich teils in Reval und größtenteils an den Wasserfällen der Narwe. Sie ist weitgehend auf den Import von Rohmaterialien aus dem Ausland angewiesen. Seit der Abtrennung des russischen Marktes hat diese Industrie ihren Produktionsumfang beträchtlich einschränken müssen. Dafür beliefert sie heute den estländischen Binnenmarkt und kann zum Teil ihre Erzeugnisse auf westeuropäischen Märkten absetzen. Vor allem ist es die Leinenindustrie, die für den Binnenmarkt arbeitet, während für die Textilien auch heute noch zu einem großen Teil australische Wolle eingeführt und verarbeitet wird, da die Wolle des einheimischen Schafes verhältnismäßig rauh und kurzhaarig ist, infolgedessen ist sie für eine Verarbeitung ungeeignet und wird meist mit australischer Wolle versponnen. Die estländische Textilindustrie beschäftigt heute als größter Industriezweig des Landes unter dem Schutz von Zöllen mehr als 10 000 Personen und hat einen Produktionswert von 35 bis 40 Mill. Ekr.

Weniger bedeutend neben den genannten Industriezweigen war die metallverarbeitende Industrie, die neu geschaffene che-

mische Industrie, sowie die Industrie der Häute und Felle und die Nahrungsmittelindustrie, obschon letztere mit ihrem Produktionswert von 17 Mill. Ekr. an zweiter Stelle steht. Wichtig erscheint allerdings der Ausbau der Kraftstationen und Wasserwerke, denn Estland besitzt immerhin sehr große Torflager — sie umfassen fast 14 % der Gesamtfläche des Landes. Diese Torfvorkommen, die bis zu 10 m dick sind, werden insgesamt auf 1500 Mill. t lufttrockenen Torfes geschätzt und ergeben damit einen günstigen Triebstoff für die Anlage von Kraftstationen. So ist von estnischer Seite bereits ein Projekt ausgearbeitet worden, das die Verwertung des Torfes für inländische Brenn- und Treibzwecke in hohem Maße vorsieht, wobei die Kraftwerke direkt an die Treibquelle gesetzt werden sollen, soweit dieses nicht heute schon der Fall ist. Gleichzeitig gewinnt der Torf auch für Streuzwecke immer mehr und mehr an Bedeutung, so daß seine bisher noch vollständig ungenügende Auswertung in Zukunft von größter Bedeutung werden kann. Setzt man für das Jahr 1920 einen Index von 100 für den Nettoproduktionswert der estländischen Großindustrie (das sind Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern), so ergibt sich nach einem zeitweiligen Rückgang für das Jahr 1930 wieder ein Index von 100, der dann in der Zeit der Krisis bis auf 81 sank, um nach der Abwertung der Estikrone im Jahre 1934 auf 104, dann auf 119, 135 und 155 zu steigen.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Abwertung der estländischen Währung im Zuge der Abwertung der meisten europäischen Währungen nach den Jahren der Weltwirtschaftskrise besonders der estländischen Industrie wieder einen Aufschwung gebracht hat. Im Jahre 1937 erreichte die Zahl der insgesamt beschäftigten Personen mit mehr als 52 000 ihren Höhepunkt.

Kapitel 3

Handel und Verkehr

Der estländische Handel in der Vorkriegszeit läßt sich im einzelnen nicht genau übersehen, da nicht feststeht, in wie hohem Maße estländische Erzeugnisse auf den russischen Markt



Blick auf Riga (Lettland)



Das Schwarzhäupterhaus in Riga

geliefert wurden, und wie weit andererseits innerrussische Erzeugnisse auf dem estländischen Markt verbraucht wurden. Es gibt infolgedessen nur Anhaltspunkte, soweit die Großindustrie einerseits erzeugte und die estländischen Häfen andererseits als Umschlaghäfen in Frage kamen. Auf alle Fälle darf man annehmen, daß Estland als Durchgangsland für den russischen Transithandel keine allzugroße Bedeutung gehabt haben dürfte, da Nordrußland durch den Hafen von Petersburg, die südlicher gelegenen Landesteile aber durch die Häfen Riga und Libau bedient werden konnten. Während Narwa als Hafenstadt eigentlich — wenn man von der Textilindustrie absieht — überhaupt keine größere Bedeutung gehabt hat, dürfte Reval allerdings den Güterumschlag über den Hafen von Petersburg einesteils entlastet haben, andernteils aber auch in der Zeit der Vereisung des Petersburger Hafens in größerem Maße als Umschlagsplatz in Frage gekommen sein. So läßt sich denn auch nicht ohne weiteres sagen, in wie hohem Maße die neue Grenzziehung durch die staatliche Verselbständigung Estlands für den Handel bestimmend geworden ist. Eines steht fest: Zu Beginn der Eigenstaatlichkeit wurden weniger wirtschaftspolitische als nationalpolitische Momente für die Gestaltung des Binnen- und Außenhandels maßgebend.

Das Estentum, das seine ersten Organisationen auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens hatte, d. h. also, sich zunächst wirtschaftlich organisiert hatte, konnte nach der Begründung der Eigenstaatlichkeit diese Position immer weiter ausbauen, zumal ihm nunmehr auch die Mittel des Staates verfügbar waren. Die Staatsbank (Eesti Pank), die Kreditbank, die Handels- und Industriekammer und der weitere Ausbau des Genossenschaftsapparates wurden neben der staatlichen Wirtschaftspolitik wichtigste Faktoren für den Aufbau des national-estnischen Handels. Anders lag es für die Volksgruppen. Der Großhandel und das Bankwesen, die vorwiegend in deutscher Hand gelegen hatten, sowie das Börsenkomitee und die Kaufmannsorganisationen hatten nach der neuen Grenzziehung ihre Rolle als Mittler für den Durchgangshandel ausgespielt und wurden teils durch Neubesetzung der Ämter, teils durch Liquidation und Schaffung anderer Organisationen ausgeschaltet. Verständlicherweise hatten

die Esten insbesondere auf dem Gebiet des Außenhandels zunächst noch wenig Erfahrung. Die internationalen Usancen mußten auch im estländischen Außenhandel und bei der Schifffahrt Geltung erlangen. Alle diese Momente hemmten zunächst den Fortschritt des Handels. Ein weiterer Umstand kam erschwerend dazu: Das Land war durch den Krieg verarmt und die eigene Produktion sehr stark ins Hintertreffen geraten, und erst mit dem planmäßigen Aufbau der einheimischen Landwirtschaft und der Neuschöpfung der gewerblichen Erzeugung konnte auch der Handel nach Eroberung der wichtigsten Absatzmärkte aufblühen. So konnte sich denn die estländische Handelsbilanz, die zwischen 80 und 120 Mill. Ekr. balanciert, im großen und ganzen dank der großen Holzexportmöglichkeiten und später dank der größeren Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie des Brennschiefers aktiv gestalten. Es waren nur wenige Jahre, die mit einem Passivsaldo abschließen mußten — deshalb, weil in dieser Zeit Maschinen zur Rationalisierung und zum Aufbau von Industrie und Landwirtschaft in höchstem Maße eingeführt werden mußten. Nur die Krisenjahre 1932—1933 brachten ein starkes Absinken der Handelsbilanz auf 36 bis 45 Mill. Ekr.

In der estländischen Ausfuhr hat ständig Großbritannien an erster Stelle gestanden, und zwar mit 35—40 % der Gesamtausfuhr. An zweiter Stelle stand Deutschland mit mehr als 20 % der Gesamtausfuhr, so daß diese beiden Länder zusammen mit 50 bis 60 % der Gesamtausfuhr für den estländischen Außenhandel absolut maßgebend wurden. Rechnet man noch die übrigen Anliegerstaaten der Ostsee hinzu, so ergibt sich ein Satz von etwa 80 %. Damit ist Estlands Abhängigkeit als Ostseestaat auch handelsmäßig einwandfrei festgelegt und es spielt keine Rolle, ob auch nach den Vereinigten Staaten, Belgien, Holland oder Frankreich Handelsbeziehungen bestehen, denn letztere haben weniger wirtschaftliche, als vor allem politische und kulturpolitische Bedeutung, ist Estland doch daran interessiert, seine kulturpolitischen Beziehungen auch nach dem Westen hin auszubauen. Bei den Hauptabnehmern, Großbritannien und Deutschland, liegen die Verhältnisse allerdings verschieden. Während Großbritannien an Estland vorwiegend politisches Interesse hat und infolgedessen ungeachtet des Ausgleichs der Handelsbilanz wesentlich mehr

estnische Waren aufnimmt, als es nach Estland Waren ausführt, scheint das deutsche Interesse primär wirtschaftlicher Natur zu sein. Auch das Angewiesensein Estlands auf den deutschen Markt ist in erster Linie wirtschaftlich bedingt. Denn der deutsche Markt kann den estnischen Markt teils mit Rohstoffen, vor allem aber mit industriellen Fertigwaren vollauf befriedigen, wobei er gute Qualitäten zu niedrigen Preisen liefert, im Austausch dafür aber die estnischen Erzeugnisse ohne Schwierigkeiten zu besseren Preisen aufnimmt als der englische Markt. In diesem Zusammenhang ist interessant festzustellen, daß die Einfuhr Estlands aus Deutschland alljährlich 20—30 % ausmacht, während die Einfuhr aus Großbritannien zwischen 10—20 % der Gesamteinfuhr schwankt. An dritter Stelle stehen die Vereinigten Staaten und an vierter Stelle Sowjetrußland.

Wenn man berücksichtigt, daß Rußland in der Vorkriegszeit immerhin einen beachtlichen Faktor im Handel Estlands abgegeben hat, so hat sich dieses Verhältnis in der Nachkriegszeit vollkommen geändert. Zwar ist Sowjetrußland das einzige Land, das für einen Transithandel durch Estland in Frage kommen könnte. Aber Rußland ist nicht mehr wirtschaftlicher Faktor, sondern die russische Wirtschaftspolitik ist heute ausschließlich Mittel der Politik, daher wäre eine engere Bindung der estnischen Wirtschaft an die russische gleichzeitig eine Bindung an die russische Politik. Nach dem Bolschewistenputsch hat Estland aber an einer politischen Bindung an die Sowjetunion absolut kein Interesse und damit ist auch eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen trotz mancher materieller Anreize sehr fraglich.

Während Estland in der ersten Zeit seiner staatlichen Selbstständigkeit noch weitgehend genötigt war, Nahrungs- und Genußmittel einzuführen (1926 = 33 % der Gesamteinfuhr), da die Folgen der Agrarreform und des Krieges noch nicht überwunden waren und die Umstellung der Landwirtschaft auf neue Wirtschaftsmethoden noch nicht gelungen war, konnte es die Einfuhr bereits 1934 unter 10 % der Gesamteinfuhr senken, so daß man heute wohl von einer Unabhängigkeit in bezug auf Nahrungsmittel sprechen kann, im Gegenteil, ist Estland sogar in der Lage, einen sehr beachtlichen Teil Nahrungs- und Genußmittel aus-

zuführen. Die Ausfuhr dieser Warengruppe hat stark geschwankt und macht 30—50 % der Gesamtausfuhr Estlands aus, wobei Butter und Schweine an erster Stelle stehen, beide finden sowohl auf dem deutschen als auch auf dem englischen Markt Absatz. Umgekehrt ist die Ausfuhr von Fertigwaren aus Estland, besonders nach der Zeit der Krisis, als zahlreiche fragwürdige industrielle Unternehmen bankrottierten, dauernd zurückgegangen. Sie ist von 27 % der Gesamtausfuhr im Jahre 1926 auf 22 % im Jahre 1936 gesunken. Gleichzeitig ist die Einfuhr von Fertigwaren dauernd gestiegen (von 36 auf 60 %), wobei Textilien, chemische Erzeugnisse und Maschinen aller Art die Hauptrolle spielen, die für den Aufbau der estnischen Wirtschaft erforderlich erscheinen. Die Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten hält sich im großen und ganzen mit 25—30 % des Gesamtumsatzes die Waage; in der Einfuhr sind allerdings auch lebende Tiere zu berücksichtigen, die von nur 1 % der Gesamtausfuhr auf 6 % gestiegen sind.

Wichtigste Verbindung für die Warenbeförderung ist der Revaler Hafen, der mehr als 70 % des Gesamtumschlags zu bewältigen hat, dabei aber noch keineswegs vollauf ausgenutzt ist; die übrigen Verkehrsverbindungen Estlands sind für den Güterumschlag verhältnismäßig ungeeignet. Die Häfen Pernau, Narwa, Arensburg und Hapsal haben keine großen Städte als Hinterland und sind auch nicht so günstig durch das Eisenbahn- und Wegebnetz erschlossen. An zweiter Stelle steht die Grenzstation Walk, die allerdings nur für die Waren in Frage kommt, die auf dem Binnenwege über Lettland und Litauen transportiert werden. Der Binnenweg ist jedoch unvorteilhaft, weil er 1. mehrere Länder und Zollgrenzen zu passieren hat und 2. wesentlich teurer ist als der Wasserweg. Vollkommen untergeordneter Natur endlich ist die Eisenbahnverbindung Reval—Narwa—Petersburg, die für den Güterverkehr kaum ausgenutzt wird. So ist denn Reval nicht nur politisch die Hauptstadt Estlands, sondern auch wirtschaftlich, wobei zu berücksichtigen ist, daß die estnische Handelsflotte (es wurden 1936 insgesamt 103 Dampfer mit 116 000 Bruttoregister t gezählt) ebenfalls dem Außenhandel dienstbar gemacht wird. Berücksichtigt man, daß der Handelsumsatz Estlands unter 0,1 % des Welthandels im Jahre liegt, so wird ersichtlich, wie gering

der estnische Außenhandel ist und wie unbedeutend er innerhalb des deutschen oder englischen Handelsumsatzes sein mag. Der estnische Handel hat am deutschen Gesamthandel einen Anteil von nur 0,3 % der Einfuhr und 4 % der Ausfuhr. Damit ist das Kräfteverhältnis der Partner ein vollkommen ungleiches und es ist eine Frage der Einsicht und Vernunft, die Handelsbeziehungen diesem Kräfteverhältnis entsprechend auszubauen.

Die Gesamtzahl der Handelsbetriebe betrug im Jahr 1934 = 14 000. Es entfielen 1600 Betriebe auf den Großhandel und 12 400 Betriebe auf den Kleinhandel, wobei im Großhandel wiederum 80 % auf verschiedene Reisende entfielen, so daß an sich im Großhandel verhältnismäßig wenig Firmen tätig sind. Der Kleinhandel erfaßt den gesamten Hausierhandel mit, auch die Markt- und Jahrmarkthändler sind mit eingezählt, so daß die Zahl der dauernd ortsansässigen Handeltreibenden um ein beachtliches zu verringern ist, d. h. um etwa 47 %, der am Gesamtimport mehr als 50 %, der Rest entfiel auf industrielle Unternehmungen und diverse Institutionen. Etwa 61 % des Gesamtwertes im Export hatten private Unternehmen, 35 % entfielen auf Genossenschaften, 4 % auf sonstige Institutionen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß unter die privaten Unternehmen eine ganze Reihe halbstaatliche, offiziell private Unternehmen eingerechnet sind, so daß sich die Zahl der staatlichen bzw. genossenschaftlichen Unternehmen am Gesamtexport auf mehr als 50 % belaufen dürfte. Es ist verständlich, daß — dem Charakter des Landes entsprechend — das Gros der Handelsunternehmungen auf Lebensmittel- und Textilwarengeschäfte entfällt, wobei die dichter besiedelten Gegenden, also vor allem die Städte und der agrarisch dicht besiedelte Osten, den größten Anteil an Geschäften haben.

Eine große Schwierigkeit in der wirtschaftlichen Durchdringung des ganzen Landes bieten auch heute noch die mangelhaften Verkehrsverbindungen. Estland hat neben der Haupteisenbahnstrecke Walk—Dorpat—Reval, Reval—Narwa, Dorpat—Petschur—Reval—Fellin—Moiseküll mit Nebenanschluß nach Pärnau—Hapsal keine nennenswerten Bahnen, die das Land genügend erschließen, und obschon die Wegeverhältnisse sich von Jahr zu Jahr gebessert haben, so lassen doch auch sie noch viel zu wün-

schen übrig. Man rechnet in Estland insgesamt 1200 km Breitspur und 880 km Schmalspur, so daß auf 100 qkm Fläche nur 28 km Eisenbahnen entfallen. Ebenso steht es mit den Landstraßen, auf 1000 qkm Fläche entfallen nur 74 km Chausseen und 210 km Kieswege. Diese verkehrstechnische Erschließung genügt selbstverständlich keineswegs den modernen Anforderungen, zumal die Zufahrtwege oft unpassierbar sind, vor allem im Herbst und im Frühjahr. Dabei ist zu beachten, daß in Estland auch heute noch das Pferd als Zugkraft an erster Stelle steht, entfallen doch auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche acht Pferde; an zweiter Stelle steht das Auto, auf 1000 Einwohner kommen 1,8 Personenwagen (vorwiegend in den Städten und für die Güterbeförderung nicht in Frage kommend), 1,3 Lastwagen (auch zum großen Teil in den Städten, infolgedessen nur zum Teil für die Zufuhr vom Lande bestimmt) und 1,1 Motorräder. Demnach ist auch die Motorisierung Estlands heute noch trotz sehr billigen einheimischen Benzins unverhältnismäßig rückständig. Mit einem stärkeren Ausbau des Wegenetzes und einer größeren Motorisierung des Landes dürfte für den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein wesentlicher Beitrag geliefert werden.

Von dem Flußnetz Estlands sind insgesamt 335 km schiffbar, davon entfällt der Hauptteil auf den Narwefluß mit dem Flußsystem des Peipus-Sees, ferner auf den Embach und den Wirzjaerw-See.

Kapitel 4

Finanzwesen

Das estländische Finanzwesen war bis zur Gründung der Republik kein selbständiger Zweig, sondern Teil des gesamtrussischen Finanzwesens; daher war bei Aufbau eines eigenständigen Finanzwesens nach der staatlichen Verselbständigung keine Tradition vorhanden, im Gegenteil, die alten Beziehungen und Bindungen wurden abgebrochen, der russische Rubel konnte in Estland seine Geltung nicht beibehalten, sofern ein eigenes Währungssystem aufgebaut werden sollte. Die Bank- und Spareinlagen waren verloren gegangen, so daß vollständig neu begonnen

werden mußte. In der ersten Zeit wurde sogar ohne einen eigentlichen Staatshaushalt gewirtschaftet, so daß eine genaue Übersicht über Einnahmen und Ausgaben kaum möglich war. Als Grundlage für die Schöpfung der eigenen estnischen Markwährung dienten die im Dorpater Frieden an Estland von der Sowjetunion gezahlten 15 Mill. Goldrubel Kriegsschädigung. Jedoch konnte sich das estnische Währungssystem auf dieser Basis allein zunächst nicht behaupten. Die ungeheure Inanspruchnahme der staatlichen Mittel für die Neuschöpfung von Heer und Wirtschaft, Verwaltung und Kultur wurde nur möglich durch Neuschaffung von Geld. So begann denn bald die inflationistische Wirkung dieser zusätzlichen Geldbeschaffung sich geltend zu machen. Die Eestimark sank fortwährend. Während das englische Pfund noch im Jahre 1919 mit 230 Eestimark notiert wurde, wurde es bereits 1922 mit mehr als 1500 Eestimark notiert. Es war klar, daß zur Gesundung des Wirtschaftslebens eine Stabilisierung der Währung unumgänglich notwendige Voraussetzung war. In der Zeit der Inflationsperiode wurden die Reserven der Nationalbank und der Staatskasse aufgebraucht, wobei allerdings die vom Staat ausgegebenen Kredite zum großen Teil der wirtschaftlichen Investition zugute kamen. Ein Versuch, die Stabilisierung der Währung auf dem Wege der Krediteinschränkung durchzuführen, mißlang, da eine Zurückziehung der Kredite meist nicht möglich war. Man mußte infolgedessen andere Maßnahmen ergreifen, um die Stabilisierung herbeizuführen. Zu diesem Zweck wurde einerseits die Einfuhr erheblich gedrosselt und andererseits das Vermögen, das in den enteigneten Wäldern lag, durch gesteigerte Holzausfuhr nutzbar gemacht. Solcherart strömten dem Lande größere Devisenvorräte zu. Dank diesem Umstande erlangte die Währung eine vorübergehende Stabilität, die günstige Entwicklung der Wirtschaftslage Estlands trug ihrerseits dazu bei. Jedoch konnte damit die Reform nicht abgeschlossen sein. Im Jahre 1927 wurde eine grundlegende Währungsreform durchgeführt, indem statt der Eestimark die Eestikrone (Goldkrone) eingeführt wurde. Sie entspricht gleich der skandinavischen Krone dem Wert von $\frac{100}{248}$ g Feingold; eine Emission von Goldmünzen erfolgte nicht, infolgedessen war die Eestibank verpflichtet, die Krone auf diesem Stande zu halten. Die Krone

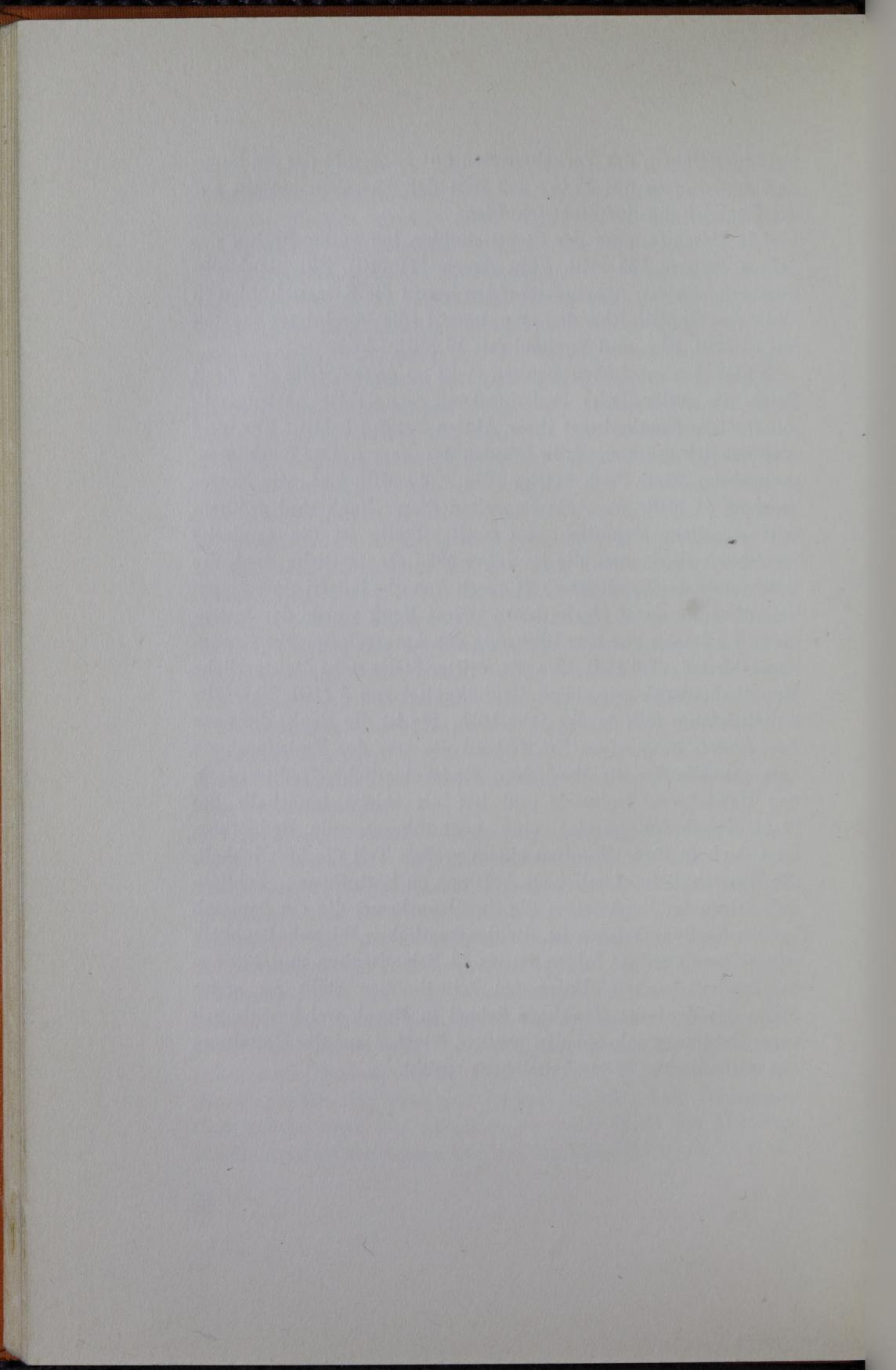
ihrerseits hat 100 sent. Im Zuge dieser Maßnahme wurde auch die Nationalbank reorganisiert. Die von ihr bis dahin ausgegebenen illiquiden Kredite wurden einer neu geschaffenen staatlichen Hypothekenbank übertragen. Selbstverständlich konnte diese Reform nicht ohne größere Anstrengungen der Wirtschaft durchgeführt werden. Eine Auslandsanleihe im Betrage von 1,35 Mill. Pfund diente zur Auffüllung der Notendeckung. Damit war die neue estnische Währung gleich der skandinavischen dem englischen Pfund angeglichen. Erst nach dieser Reform trat eine Stabilisierung der estländischen Wirtschaftsverhältnisse ein. Jedoch wurde sie bereits durch den Einbruch der Weltwirtschaftskrise aufs neue bedroht, besonders, als das englische Pfund und die skandinavische Krone entwertet wurden. Die verschiedenen privaten Kreditinstitute gerieten bald in Schwierigkeiten, da man mit einem Fallen der Eestikrone rechnete und ein Ansturm auf die Bankeinlagen begann. Die privaten Kreditinstitute mußten infolgedessen vom Staat gestützt werden. Daher sah der Staat sich genötigt, bereits im Jahre 1931 die Nationalbank von ihrer Pflicht zur Befriedigung der Devisennachfrage durch Gesetz zu entbinden, gleichzeitig damit räumte er ihr ein Monopol für den An- und Verkauf von Devisen ein. Die gleichzeitige Einführung der Devisenzwangsbewirtschaftung, die Steigerung der Ausfuhr und schließlich die Angleichung der Eestikrone an das englische Pfund im Sommer 1933 dienten dazu, die letzte große Währungs-
krise zu überwinden.

Entsprechend dieser Währungsentwicklung hat sich die estländische Wirtschaft in fortschreitendem Maße mit geringen Rückschlägen erholen können, dementsprechend stiegen auch die Steuerkraft und das Volkseinkommen. Mit dem Anwachsen der Steuerkraft aber stiegen auch die Einnahmen des Staates, denn die Steuereinnahmen allein machen fast die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen aus. Der Staatshaushalt für das Jahr 1936/37 balanciert mit 90 Mill. Ekr., davon betragen die Steuereinnahmen allein mehr als 44 Mill. Ekr., die Einnahmen aus Staatsunternehmen und Staatsbesitz 29 Mill. Ekr. und die Einnahmen aus den Monopolen (Spiritus und Zucker) 16 Mill. Ekr. Demgegenüber stehen unter den Ausgaben an erster Stelle die Ausgaben für die Landesverteidigung und den inneren Schutz mit 22 % der

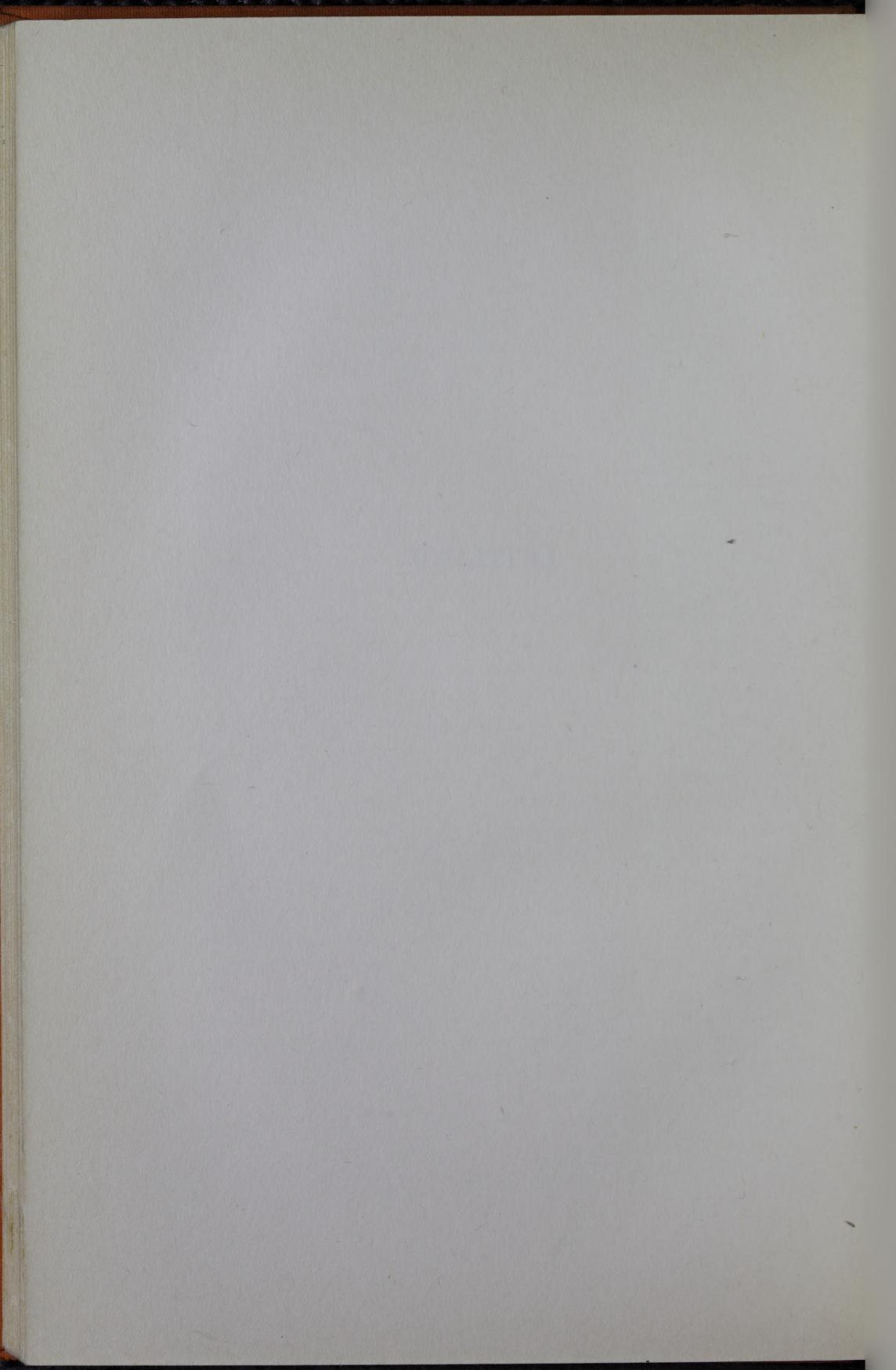
Gesamtausgaben, das Verkehrswesen mit 28 % und das Bildungs- und Sozialwesen mit 17 %; der Rest der Ausgaben entfällt auf die Begleichung der Staatsschulden.

Die Gesamtsumme der Staatsschulden betrug zu Beginn des Jahres 1938 = 123 Mill. Ekr., davon 111 Mill. Ekr. Auslandsschulden. An den Auslandsschulden haben die Kriegsschulden in Höhe von 80 Mill. Ekr. den Hauptanteil (die Vereinigten Staaten mit 61 Mill. Ekr. und England mit 19 Mill. Ekr.).

Unter den estnischen Banken steht an erster Stelle die Eesti Pank, die estländische Emissionsbank ist, sie ist Aktiengesellschaft. Der Nominalwert ihrer Aktien beträgt 5 Mill. Ekr. und befindet sich größtenteils in Händen des Staates. Der Banknotenumlauf der Eesti Pank betrug 1938 = 49 Mill. Ekr., die Notendeckung 51 Mill. Ekr., die Depositen dieser Bank sind größtenteils staatliche Depositen. An zweiter Stelle ist die estnische Agrarbank zu nennen, die im Jahre 1926 als staatliche Bank die Versorgung der Landwirtschaft durch Ausgabe langfristiger Hypothekarkredite zur Aufgabe hatte. Diese Bank wurde das Instrument des Staates zur Durchführung der Agrarreform. Ihr Grundkapital beträgt 2,3 Mill. Ekr. An dritter Stelle steht die staatliche Hypothekenbank mit einem Grundkapital von 5 Mill. Ekr. Ihr Arbeitsbeginn fällt in das Jahr 1928. Sie ist die Bank, die nach der großen Bankreform in Estland die von der Emissionsbank ausgegebenen Kredite übernahm. Sie ist staatliche Kreditzentrale von Handel und Industrie und hat als solche innerhalb des Staatswirtschaftsapparates eine ganz überragende Bedeutung, liegt doch in ihrer Hand zu einem großen Teil die Möglichkeit, die Wirtschaft in staatlichem Auftrage zu beeinflussen. Schließlich folgen im Banksystem die Staatssparkasse, die ein Sammelbecken für Spareinlagen ist, die der staatlichen Wirtschaftspolitik zugute kommen. Es folgen ferner 13 Privatbanken und 173 Genossenschaftsbanken. Unter den Privatbanken steht an erster Stelle das deutsche Bankhaus Scheel in Reval, welches als privates Bankunternehmen den größten Einfluß auf die Gestaltung des estländischen Wirtschaftslebens ausübt.



LETTLAND



1. Teil

DER NATIONALSTAAT

Kapitel 1

Das Werden des Staates

Als im Jahre 1917 in Rußland die Revolution einsetzte und die russische Front zusammenbrach, schienen alle jene Bestrebungen, die teils auf eine staatliche Verselbständigung Lettlands, teils auf eine Autonomie innerhalb des russischen Reiches hinzielten, ihre Verwirklichung finden zu können. Was von zahlreichen lettischen Schriftstellern und Dichtern immer wieder propagiert worden war, was seit einigen Jahrzehnten in der Presse vorbereitet wurde, schien nun Wirklichkeit werden zu wollen. Schon kurz nach dem bolschewistischen Umsturz im Oktober 1917 wurde am 18. November d. J. in Walk der sog. lettische Nationalrat gebildet, denn Riga befand sich damals in Händen der deutschen Besatzungsbehörden. An die Spitze dieses Nationalrates trat Samuels, der in engster Zusammenarbeit mit dem sog. lettischen Flüchtlingskomitee, das von dem späteren ersten Staatspräsidenten Tschakste geleitet wurde, stand. Während sich in Walk der Nationalrat betätigte, entstand gleichzeitig — noch in der Okkupationszeit — der sog. lettische demokratische Block als politische Organisation unter Führung des späteren Ministerpräsidenten und heutigen Staatspräsidenten Karlis Ulmanis. Aus diesem demokratischen Block entstand nach dem Zusammenbruch der deutschen Front der Volksrat, welcher bereits am 18. November 1918 die unabhängige Republik Lettland proklamierte, nachdem der Volksrat bereits eine Woche vorher von der Regierung Großbritanniens als alleiniger Träger der Souveränität in Lettland anerkannt worden war.

Wenn man das rasche Aufeinanderfolgen der verschiedenen Ereignisse in dieser Zeit der Wirren beim Ausgang des Welt-

krieges überschaut, ist es nicht leicht, all die zahlreichen Bestrebungen der verschiedensten interessierten Seiten im baltischen Raum zu kennzeichnen. Eines aber steht fest: Rußland war seit Ausgang des Krieges und Ausbruch der Revolution als politischer Machtfaktor ausgeschaltet und konnte sich nicht mehr ernsthaft gegenüber einer anderen Macht behaupten. Deutschland hatte nach dem Zusammenbruch ebenfalls seinen Einfluß im baltischen Raum verloren und nur die alliierten und assoziierten Hauptmächte, die dem Reich das Versailler Friedensdiktat aufzuzwangen, schienen noch im Ostseeraum eine Bedeutung zu haben. Infolgedessen ist es verständlich, daß auch Lettland wie Estland in enger Zusammenarbeit mit England und Frankreich seine Eigenstaatlichkeit zu erzwingen hoffte. In diesem Sinne sind England und Frankreich oftmals als Paten der baltischen Staaten bezeichnet worden. Vollends die Wilsonschen Punkte bezüglich des Selbstbestimmungsrechtes der Völker haben den Letten einen starken Impuls zur staatlichen Verselbständigung gegeben. So wurden denn, solange die Verhältnisse im Lande ungeklärt waren, die bereits in der russischen Zeit gebildeten lettischen Formationen in dem Kampf um die Selbständigwerdung eingesetzt. Denn auch nach dem Zusammenbruch der Fronten wurden verschiedene Einzelversuche zur Rückeroberung des baltischen Gebietes gemacht. Ende des Jahres 1918 fielen die Bolschewisten erneut ins lettische Gebiet ein, nachdem die deutschen Truppen zum Abzug gezwungen worden waren; erst am 22. Mai 1919 gelang es der deutsch-baltischen Landeswehr, die eine freiwillige Formation der deutschen Söhne Livlands und Kurlands war, im Verein mit reichsdeutschen und lettischen Truppenteilen Riga zu befreien und damit die Bolschewisten aus dem Lande zu vertreiben. Erst dadurch wurde die Grundlage für die lettische Eigenstaatlichkeit gelegt. Allerdings wurde dann — offensichtlich durch ein Mißverständnis — der Vormarsch nach Nordlivland fortgesetzt, wo die deutschen Formationen in der Schlacht bei Wenden den freiwilligen Formationen der Letten und Esten gegenübertraten. Die baltische Landeswehr verlor in diesem Kampf und mußte sich zurückziehen, da die Letten nunmehr, von den bei Riga stationierten englischen Kriegsschiffen unterstützt, den Rückzug sämtlicher deutschen Truppenteile verlangten. Die baltische Landes-

wehr hat dann noch bei der Säuberungsaktion Ost-Lettlands von den Bolschewisten mitgekämpft, um dann im 13. Tuckumschen Infanterie-Regiment des lettischen Heeres ihr Ende zu finden. Die ruhmreiche Befreiung Rigas ist nicht nur Grundlage der lettländischen Eigenstaatlichkeit, sondern gleichzeitig aufs neue die Errichtung eines Bollwerkes gegen den vordringenden Bolschewismus. Auch dieses Mal ist, wie schon so oft in den verfloßenen 700 Jahren baltischer Geschichte, die Grenze Europas gegen Asien erneut festgelegt worden.

Am 15. Juli 1920 wurde mit Deutschland ein Vertrag geschlossen, durch den zwischen beiden Ländern normale Beziehungen aufgenommen wurden. Am 11. August 1920 folgte der Friedensvertrag mit der Sowjetunion. Am 26. Januar 1921 erfolgte die de jure-Anerkennung Lettlands durch verschiedene Großmächte und am 21. September 1921 wurde Lettland in den Völkerbund aufgenommen. So hatte sich ein neuer Staat in Ost-Mitteleuropa gebildet, der sich aus dem südlichen Teil des alten Livland, aus dem alten Kurland (Kurland und Semgallen) und aus Lettgallen zusammensetzte. Die endgültige Festlegung der lettländisch-litauischen Grenze erfolgte im Jahre 1921, die der lettländisch-estländischen Grenze wurde durch den Revaler Vertrag vom November 1923 bestätigt.

Kapitel 2

Die Verfassung

Die erste lettländische Verfassung wurde in der Plenarsitzung der konstituierenden Versammlung am 15. Februar 1922 angenommen, nachdem die Konstituante bereits am 1. Mai 1920 an die Ausarbeitung der Verfassung geschritten war und den Vorsitzenden des Nationalrates und ehemaligen Vertreter der Letten in der ersten russischen Reichsduma Tschakste zu ihrem Präsidenten gemacht hatte. Die Verfassung besagt: „Das Volk Lettlands hat sich in seiner frei gewählten konstituierenden Versammlung folgende Verfassung gegeben . . .“ Damit ist zunächst ausgeführt, daß es eine Verfassung nicht der Letten bzw. des lettischen Volkes, sondern eine Verfassung des Volkes Lettlands, d. h. aller

Volksgruppen mit eingeschlossen, ist. Laut § 1 wurde Lettland unabhängige demokratische Republik nach dem Vorbild der westeuropäischen Demokratien. Die Staatsgewalt sollte dem Volke Lettlands gehören. Die Staatsfahne ist rot-weiß-rot. Träger der Staatsgewalt wurde die Saeima, die aus 100 Volksvertretern bestand. Jeder Bürger über 21 Jahre war zur aktiven wie auch passiven Wahl berechtigt. Die Saeima wurde auf drei Jahre gewählt, sie übte die Gesetzgebung aus und wählte den Staatspräsidenten auf ebenfalls drei Jahre. Dem Staatspräsidenten stand nicht das Recht zu, die Saeima vorzeitig zu entlassen; er war Repräsentant und oberster Befehlshaber des Heeres. Dadurch ergab sich eine gewisse Zwiespältigkeit, die sich im späteren politischen Leben Lettlands ungünstig bemerkbar machen mußte, denn die Vollmachten des Staatspräsidenten waren allzu gering bemessen, während die ausübende Gewalt wie auch die Legislative fast ausschließlich auf die Saeima vereint waren, die ihrerseits in Anbetracht des komplizierten Wahlsystems in unzählige Fraktionen zersplittert war — bis über 40 Parteien beteiligten sich an den Saeima-Wahlen, was für ein Land von knapp zwei Millionen Einwohnern eine ungeheure parteipolitische Zersplitterung bedeutete. Die besonders starke Linksausrichtung der ersten lettländischen Verfassung war ausschließlich dem Umstand zuzuschreiben, daß die Konstituante sich vorwiegend aus sozialdemokratischen Vertretern zusammensetzte, die Sozialdemokraten aber bildeten lange Zeit hindurch die größte Partei Lettlands.

Das Ministerkabinett bestand aus dem Ministerpräsidenten und den von ihm berufenen Ministern. Den Ministerpräsident bestimmte der Staatspräsident. Jedoch bedürfen Ministerpräsident und Minister des Vertrauens der Saeima und sind der Saeima für ihre Tätigkeit verantwortlich.

Vor dem lettischen Gesetz sind alle Bürger gleich. Dieser im § 82 festgelegte Satz hat nachher allerdings durch die praktische Handhabung Einschränkungen erfahren. Während die Staatsbürger sich viele Jahre hindurch in ihrer Muttersprache vor Gericht verteidigen konnten, wurde später von ihnen die Verteidigung in lettischer Sprache verlangt. Auch die Richter werden von der Saeima bestätigt; sie sind nicht absetzbar. Das einzige Organ, das

die Saeima überwacht, ist die Staatskontrolle, die eine „unabhängige kollegiale Behörde“ ist.

Die Schwierigkeiten, die sich aus der lettischen Staatsverfassung in bezug auf die Kompetenzen ergaben, haben dann mit fortschreitender parteilicher Zersplitterung wiederholt Vorschläge zu einer Verfassungsreform zur Folge gehabt. Die Auseinandersetzungen um die Verfassungsänderung haben in immer stärkerem Maße zu inneren Spannungen geführt. Gleichzeitig wirkte sich auch die Weltwirtschaftskrisis in Lettland immer mehr aus. Die Aussicht, einen Ausgleich unter gleichbleibenden Voraussetzungen zu finden, schien aussichtslos. Da entschlossen sich Ulmanis und der Oberbefehlshaber des lettischen Heeres, General Balodis, zum Staatsstreich.

Am 15. Mai 1934 wurden durch reguläre Truppen und den Selbstschutz alle staatlichen Gebäude besetzt, die kommunistischen Abgeordneten im Parlament verhaftet und das Parlament selbst aufgelöst. Über das Land wurde der Kriegszustand verhängt. Mit Hilfe des Kriegszustandes ist Ulmanis dann an einen vollständigen Umbau des gesamten Staatsapparates geschritten. Statt der demokratischen Verfassung wurde eine autoritäre Herrschaft eingeführt. Ulmanis kündigte die Ausarbeitung einer neuen, dem lettischen Staat entsprechenden Verfassung an (die allerdings bis zum heutigen Tage noch nicht veröffentlicht ist). Die Parteien wurden verboten und aufgelöst und eine große Zahl von Vereinen und sonstigen Organisationen liquidiert, deren Vermögen beschlagnahmt wurde. Aus den verschiedenen Reden des gegenwärtigen Staatspräsidenten Ulmanis geht hervor, welch ein Staatsaufbau ihm damals vorschwebte; aus der Gründung von verschiedenen neuen Kammern und sonstigen Institutionen läßt sich bereits heute ein annähernd klares Bild erkennen. Der neue lettische Staat ist auf dem Ständeprinzip aufgebaut, wobei für die verschiedenen Stände entsprechende Kammern geschaffen wurden. Diese unterscheiden sich nach zwei Haupttrichtlinien: Es sind 1. Wirtschaftskammern (Handels- und Industriekammer, Landwirtschafts-, Gewerbe- und Arbeitskammer) und 2. Kulturkammern für die freien Berufe (Künste und Literatur). Diese verschiedenen Kammern finden eine Dachorganisation einerseits im Staatswirtschaftsrat und andererseits im Staatskulturrat, deren

gemeinsame Tagung das Parlament ersetzt. Sehr im Gegensatz zu Estland ist Lettland damit nach dem Staatsumsturz nicht zu einer mehr oder weniger demokratischen Form zurückgekehrt, sondern hat einen berufsständischen Aufbau geschaffen, der vollkommen auf die Persönlichkeit des gegenwärtigen Präsidenten zugeschnitten ist, denn die Vertreter in den Kammern, sowie im Staats-, Wirtschafts- und Kulturrat sind nicht nach einem freien Wahlprinzip gewählte Vertreter der Bevölkerung, sondern durch die Regierung aus der Zahl der gewählten Vertreter ernannte Repräsentanten ihres Standes. Damit hat die Regierung sich ein vollkommen willfähriges Werkzeug geschaffen, das die Beschlüsse der Regierung nur gutzuheißen und den Kontakt von Regierung zur Bevölkerung aufrecht zu erhalten hat.

Diese Neugestaltung der Regierungsform, die so ganz dem gegenwärtigen Staatsoberhaupt angepaßt ist, fand ihre Krönung, als am 19. März 1936 ein neues Gesetz über die Staatspräsidentschaft veröffentlicht wurde. Dieses Gesetz besagt, daß mit Ablauf der Vollmachten des bisherigen Staatspräsidenten bis zur Durchführung der in der Deklaration vom 18. Mai 1934 vorgesehenen Verfassungsreform Ministerpräsident Karlis Ulmanis die Amtsobliegenheiten des Staatspräsidenten Lettlands erfüllt, für den Fall seiner Behinderung wird er durch den Kriegsminister General Balodis vertreten. Damit ist zum erstenmal im Gesetz der Name des Staatspräsidenten und seines Vertreters ausdrücklich genannt. Gleichzeitig damit wurde eine Abwandlung der bisherigen Bestimmung, daß der Staatspräsident durch den Landtagspräsidenten vertreten wird, vorgenommen. Das Gesetz vom 19. März 1936 bindet die Rechte und Pflichten eines Staatspräsidenten nicht schlechthin an das Amt des Ministerpräsidenten, sondern ist ein Gesetz, das diese Befugnisse ausdrücklich in die Hände von Karlis Ulmanis legt. Durch dieses Gesetz ist die gesamte politische Gewalt im Staate sowie die Repräsentation des Staates in einer Person vereinigt. Die legislativen Vollmachten wie die Exekutive und die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten sind damit zusammengefaßt und die Durchführung eines einheitlichen Willens garantiert, zumal der Staatspräsident auch oberster Befehlshaber des lettischen Heeres ist.

Nach Durchprüfung dieser Verfassungsreform, die zwar als

neue Verfassung noch nicht publiziert ist, unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß all die Zwiespältigkeit parteipolitischer und staatsorganisatorischer Art, wie sie bis 1934 in Lettland bestanden hatte, beseitigt worden war. Mit der vollkommenen Machtkonzentrierung liegt auch die absolute Verantwortung ausschließlich bei Ulmanis und seinem Kabinett. So bestehen heute neben den Kammern als den Vertretungen der Wirtschaft und Kultur die Ministerien, denen in enger Zusammenarbeit mit den Kammern die Betreuung der verschiedensten Gebiete des staatlichen Lebens unterliegt. Es sind dieses: Die Ministerien des Äußeren, des Inneren, des Bildungswesens, das Landwirtschafts- und das Finanzministerium sowie das Verkehrsministerium und das Ministerium für öffentliche Angelegenheiten (Propagandaministerium).

Kapitel 3

Die politischen Gruppierungen

Nach Übernahme der parlamentarischen Herrschaftsform nach westeuropäischem Muster blühte auch in Lettland bald das Parteienwesen auf. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts hatten sich zwei wesentliche Richtlinien innerhalb des Lettentums selbst gebildet: Die Sozialdemokratie und der jung erwachende Nationalismus. Beide hatten gemeinsam gegen die fremdvölkische Herrschaft gearbeitet, die einen aus klassenkämpferischen, die anderen aus nationalen Erwägungen. Beide hatten sich in der Revolution von 1905 und 1917 gefunden. Die kurze Epoche der bolschewistischen Herrschaft hatte jegliche Parteienbildung unmöglich gemacht, es existierte damals nur die Kommunistische Partei. Erst nach Vertreibung der Bolschewisten und nach der staatlichen Verselbständigung nahmen die beiden großen politischen Hauptgruppierungen innerhalb des Lettentums ihre Tätigkeit wieder auf; sie zerfielen nun allerdings in zahlreiche Splitterparteien. Von den Sozialdemokraten spalteten sich die sog. Minimalisten als rechtsstehende Sozialisten ab und die Maximalisten oder Bolschewisten als radikaler linker Flügel. Auch die nationalen Bestrebungen innerhalb des Lettentums hatten, nachdem das

Ziel der staatlichen Verselbständigung erreicht war, keinen eigentlichen Inhalt und keine sinnvolle Existenzberechtigung mehr. Denn im gleichen Augenblick, als das Ziel erreicht wurde, entstanden zahlreiche Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Ausbau. Neben all den vielen Parteien, die sich links und rechts bildeten, standen aber die konfessionell gebundenen Schichten der Bevölkerung, die sich zu verschiedenen katholischen, protestantischen und sektiererischen Parteien formten sowie die völkischen Minderheiten, die ihrerseits nicht für jede Volksgruppe eine Partei, sondern für die meisten Volksgruppen mehrere Parteien hatte. So waren die Russen nach Konfessionen und Berufsständen in verschiedene Parteien gegliedert, und selbst die Juden hatten bei der letzten Landtagswahl nicht weniger als fünf verschiedene Parteien. Der deutschen Volksgruppe war es möglich, dank straffster Disziplin mit durchschnittlich einer Liste in den Wahlkampf zu ziehen. Bei der letzten Landtagswahl wurden 103 verschiedene Kandidatenlisten eingereicht, bei der vorhergehenden Landtagswahl im Jahre 1923 waren es 120 und im Jahre 1925 sogar 141. Insgesamt erlangten bei der letzten Landtagswahl 44 verschiedene Parteien Sitz und Stimme im Parlament, wobei insgesamt 100 Abgeordnete ins Parlament gewählt wurden, das sind auf jede Partei nur etwas mehr als zwei Abgeordnete. Im ganzen Lande entfiel auf je 20 000 Einwohner einschließlich der Kinder ein Abgeordneter und auf je 45 000 Einwohner einschließlich der Kinder eine Partei. Diese ungeheure Zersplitterung der Bevölkerung hatte selbstverständlich große Nachteile, denn innerhalb des Parlaments wurde bald ein lebhafter Kuhhandel getrieben, zumal keine von allen Parteien die absolute Mehrheit und Verantwortung hatte.

Im letzten Parlament von 1931 hatten von insgesamt 100 Abgeordneten die Sozialdemokraten 21, sie waren damit die stärkste Partei Lettlands. An zweiter Stelle stand der lettische Bauernbund mit 14 Abgeordneten. Der Bauernbund war die älteste und größte bürgerliche Partei, die im Jahre 1917 gegründet wurde. Aus dem Bauernbund kamen die wichtigsten Persönlichkeiten der lettischen Innen- und Außenpolitik, wie der gegenwärtige Staatspräsident Karlis Ulmanis, der erste Staatspräsident Tschakste und der erste lettische Außenminister Zigfried Meierovics. Indessen

war auch diese Partei wie die meisten Parteien wirtschaftliche Interessengemeinschaft. Ihre Politik beruhte auf der Ansicht, daß die Landwirtschaft Grundpfeiler der gesamten lettischen Volkswirtschaft sei, infolgedessen hatte sie die Förderung des Bauernstandes vor allem im Auge.

Als wichtigste neue Gruppe trat nach der Agrarreform die Partei der Neuwirte neben den Bauernbund. Hierzu gehörten die zahlreichen durch die Agrarreform vom Staat beschenkten Landarbeiter und Kriegsteilnehmer, die sich zu dieser Partei zusammengesgeschlossen hatten, um gegenüber den Bestrebungen des Bauernbundes ihre wirtschaftlichen Sonderinteressen zu vertreten. Schließlich ist das demokratische Zentrum zu nennen, das als Mittelpartei zwischen dem konservativen Bauernbund und die linksgerichteten sozialdemokratischen Parteigruppierungen trat. Das demokratische Zentrum vertrat die Interessen der jungen Intelligenz, der Beamten und Angestellten. Daneben standen all jene zahlreichen Parteigruppierungen, die die Interessen der Hausbesitzer oder der Industrie oder des Großhandels, der evangelischen Kirche, der Baptisten oder der Katholiken vertraten bzw. für die Einführung von Staatsmonopolen oder eine freie Wirtschaftsgestaltung eintraten. Von besonderem Interesse war die Partei der Arbeiter und Bauern, die unter diesem Deckmantel alle linksradikalen kommunistischen Elemente im Lande sammelte. Ihr gehörten auch die sog. linken Gewerkschaften an, die der Moskauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen waren. Die Partei selbst gehörte, wenn auch nicht offiziell, so doch praktisch zur dritten Internationale. So zeigt sich uns ein sehr lebhaftes Bild in der politischen Gruppierung, das zu alledem noch durch die Parteien der Volksgruppe erweitert wurde. Die deutsche Volksgruppe, die wohl als einzige Partei nicht nach den Gesichtspunkten von Sonderinteressen, sondern nach Gesichtspunkten der sachlichen Arbeit ihre Kandidaten für die Landtagswahlen aufgestellt hatte, erhielt bei der letzten Wahl dank geschickter Ausnutzung der Wahlbestimmungen 6 % aller Abgeordneten, obschon sie nur 3,2 % der Bevölkerung ausmacht. Sie schickte drei Vertreter aus dem Handel- und Bankwesen, einen Vertreter der Presse und zwei Rechtsanwälte als Abgeordnete ins Parlament. Es war nun eine Frage der jeweiligen politi-

schen Konstellation, welche von den Fraktionen im parteipolitischen Kampf innerhalb des Parlaments das Zünglein an der Waage spielen konnte. Dadurch wurden auch den kleinen Parteien, wie es z. B. die nationalen Minderheiten waren, manche politischen Zugeständnisse von den großen Parteien gemacht. Längere Zeit hindurch hatten die sog. Minderheiten, Deutsche, Polen, Russen und sogar Juden, einen gemeinsamen Block gebildet (zusammen 14 Abgeordnete), wodurch sie an Gewicht der zweitstärksten Partei im Parlament, dem Bauernbund, gleichkamen. Dieser Zersplitterung wurde durch den Staatsumsturz im Mai 1934, kurz bevor die neuen Landtagswahlen stattfinden sollten, ein plötzliches Ende bereitet. Nach Verhängung des Kriegszustandes über ganz Lettland wurden alle politischen Parteien verboten. Anstatt dessen hat man versucht, eine Front der nationalen Einigung zu schaffen. Selbstverständlich sind damit weder die nationalen noch die konfessionellen Sonderbestrebungen innerhalb der Bevölkerung ausgeschaltet worden, sie sind nur für längere oder kürzere Zeit unterdrückt, denn es ist bei dem Verbot der Parteien zunächst nichts an die Stelle gesetzt worden, was sie ersetzen könnte. Im lettischen Lager allerdings ist auf der einen Seite eine größere nationale Einigung erzielt worden, wenngleich auch unbestreitbar feststeht, daß auch die Opposition sich in immer stärkerem Maße sammelt, nur mit dem Unterschied, daß die Fäden der politischen Gruppierungen heute nicht klar sichtbar sind. Sie finden gelegentlichen Ausdruck in der Presse und in der Neubesetzung verantwortlicher Posten innerhalb des Staatsapparates.

Kapitel 4

Innenpolitik

Die starke parteipolitische Zersplitterung machte auch die Innenpolitik unverhältnismäßig schwierig, hatte doch das Parlament die eigentliche Verantwortung für die politische Gestaltung im Lande. Immer neue Koalitionen brachten immer neue Regierungskrisen und entsprechend der jeweiligen politischen Zusammensetzung mußten auch die Bestrebungen der jeweiligen

Regierung verschieden sein. So kann man denn von einer einheitlich ausgerichteten Innenpolitik in Lettland bis zum Jahr 1934 kaum sprechen. Dennoch zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte innenpolitische Gestaltung mit wenigen Unterbrechungen das Bestreben, die Ziele, die in den Revolutionen von 1905 und 1917 gesteckt waren, weiter auszubauen. Nach der staatlichen Verselbständigung wurde infolgedessen zu allererst die Agrarreform durchgeführt, durch die in Livland, Kurland und Semgallen das lettländische Deutschtum entschädigungslos enteignet und von der Scholle in die Städte abgedrängt wurde, während in Lettgallen größtenteils die polnischen Großgrundbesitzer durch diese Maßnahme betroffen wurden. Freilich hatte diese Agrarreform für den Staat als positive Seite die Sesshaftmachung des landlosen Proletariats zu verzeichnen, das zu einem großen Teil, besonders nach der Bolschewistenherrschaft bolschewistischem Ideengut sehr zugänglich war. Der Aufbau des eigenen Staatswesens bedurfte einer Beruhigung dieser Elemente, die zum Staat erzogen werden mußten. Dazu erhielten die Landlosen mit großen staatlichen Zuschüssen ihren eigenen Hof; aber auch die an den Kämpfen um die staatliche Selbständigkeit beteiligten Soldaten wollten durch Land entlohnt sein.

Nachdem solcherart die Vormachtstellung der deutschen Volksgruppe auf dem Lande gebrochen zu sein schien und die unruhigen lettischen Elemente beruhigt waren, mußte der Aufbau sich ferner der Wiedererrichtung der zerstörten Industrie und des Handels und der Gewinnung neuer Absatzmärkte widmen. Denn Rußland, für das Lettland als Durchgangsland in Handel und Industrie beschäftigt war, war als Absatzmarkt fortgefallen und der Export russischer Waren über die lettischen Häfen hatte aufgehört. So wurde denn zunächst ausländisches Kapital zum Wiederaufbau der Wirtschaft herangezogen. Auch die vom Lande verdrängten Deutschen beteiligten sich mit dem Rest ihres Vermögens an diesem Aufbau, so daß schließlich Industrie und Außenhandel vorwiegend in nichtlettischen Händen lagen. Da begann die Aufmerksamkeit der Letten sich auch auf diese Erwerbszweige zu richten. Der Machtumschwung im Jahre 1934 brachte die Möglichkeit, die Volksgruppen auch wirtschaftlich in immer stärkerem Maße auszuschalten und eine nationallettische

Wirtschaft an die Stelle zu setzen. Dieses Leitmotiv, das sich durch die gesamte lettländische Innenpolitik zieht — Stärkung der lettischen Position und Ausschaltung der nichtlettischen Volksgruppen aus dem politischen wie aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben — wirkt sich heute stärker als zuvor aus.

Noch ein zweites Problem innenpolitischer Art hatten die verschiedenen lettischen Regierungen zu bewältigen — es war die Lettgallenfrage. Dem ersten lettischen Außenminister war es gelungen, Lettgallen dem jungen Staat einzugliedern und zu verhindern, daß es an Rußland fiel. Damit hatte Lettland in sein Staatsgefüge einen Landesteil übernommen, der kulturell und wirtschaftlich dem übrigen Land weit unterlegen war, auch konfessionelle und nationale Unterschiede trennten Lettgallen von dem übrigen Land. Während Lettgallen katholisch und kulturell dem polnischen und russischen Einfluß unterlegen war, ist das übrige Land protestantisch mit deutschem Kultureinfluß. Während Lettgallen eine unverhältnismäßig dichte agrarische Besiedlung hat und meist in Kleinbetrieben wirtschaftet, ist das übrige Land agrarisch weniger dicht besiedelt und zeichnet sich durch größere Einzelhöfe aus. Während in Lettgallen die Industrie vollständig fehlt, ist das übrige Land stark industrialisiert. Alle diese Unterschiede führten zu starken Spannungen und zur Notwendigkeit einer Angleichung beider Landesteile, wenn nicht eine Unterwanderung schließlich den ganzen Staat kulturell und politisch gefährden sollte. Daher mußten für den Aufbau und die Angleichung Lettgallens alle Kräfte angespannt werden. Besonders schwierig gestaltete sich dieses insofern, als in Lettgallen sehr starke Sympathien für die Sowjetunion bestanden.

Kapitel 5

Außenpolitik

Die lettländische Außenpolitik ist gleich nach der staatlichen Verselbständigung durch die Art, wie diese verwirklicht wurde, bestimmt worden. Auf dem Territorium des heutigen Lettland hatten sich während des Weltkrieges Deutschland und Rußland auseinandergesetzt; beide galten infolgedessen zunächst als feind-

liche Mächte, obschon ja letzten Endes erst durch den deutschen Waffensieg die Voraussetzung für die Existenz des lettischen Staates gegeben war. In der Zeit des allgemeinen Zusammenbruches beim Ausgang des Weltkrieges verstanden es England und Frankreich zusammen mit den Vereinigten Staaten sehr gut, sich als Beschützer der kleinen Nationen in Zwischeneuropa hinzustellen. Die Wilsonschen Punkte und das Versailler Diktat wurden als wesentliche Marksteine für die staatliche Verselbständigung betrachtet. Sendungen amerikanischer Lebensmittel, die Stationierung einiger englischer Kriegsschiffe als Schutz für die neu werdenden Staaten haben für lange Zeit auch bei den Letten das Gefühl der Dankbarkeit und der Abhängigkeit von den alliierten Mächten geschaffen. Diese Verbundenheit schien desto ungefährlicher, je weiter die entsprechenden Großmächte von den eigenen Landesgrenzen entfernt waren. So ist es nur eine selbstverständliche und logische Schlußfolgerung, wenn auch Lettland bald nach seiner Verselbständigung dem Völkerbund beitrug und sich zu seinen Prinzipien bekannte. Gleichzeitig erkannte die lettische Außenpolitik aber sehr wohl die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, denn man war zunächst noch davon überzeugt, daß auch ein wirtschaftliches Gedeihen des Landes nur durch Förderung des russischen Transits möglich sei, da man sich vorerst einmal mit dem Gedanken einer völligen Ausschaltung des russischen Marktes, auf den Lettland so lange eingestellt gewesen war, nicht ohne weiteres abfinden konnte. Lediglich Deutschland, das seine Macht durch das Versailler Diktat verloren zu haben schien, war ausschließlich von wirtschaftlichem Interesse, schien aber politisch vollkommen belanglos, während man Rußland gegenüber immer noch das Empfinden auch einer gewissen politischen Abhängigkeit hatte. Indessen hatte man sich in Rußland stark getäuscht. Dieses hat den baltischen Staaten des öfteren zu verstehen gegeben, daß es an seinen Häfen großes Interesse habe und es schien nur noch eine Frage der Zeit, wann die Russen mit entsprechenden Ansprüchen auftreten würden. So war denn das Prinzip der kollektiven Sicherheit in engstem Einvernehmen mit der englisch-französischen Politik auch für Lettland vollkommen ausschlaggebend. Anders

wurde die Lage allerdings in dem Augenblick, als Deutschland erstarkte.

Die Schaffung einer starken deutschen Wehrmacht nach 1933, wodurch Deutschland zur ersten Macht im Ostseeraum und die Ostsee praktisch zu einem Binnenmeer wurde, hat die Gesamtsituation in neuem Licht erscheinen lassen. Seit dieser Zeit hat die Ostsee für die Sowjetunion nicht mehr die Bedeutung eines Fensters nach Westeuropa, weil die Sowjetunion jederzeit abgeschnitten werden kann. Auch das völlige Versagen des Völkerbundes im abessinischen, spanischen und japanisch-chinesischen Konflikt sowie die Neugestaltung der deutschen Ostgrenze haben ebenso wie in Estland eine Neuorientierung der lettischen Außenpolitik zur Folge gehabt. Man versucht nunmehr, in enger Zusammenarbeit mit den beiden anderen baltischen Staaten vollkommene Neutralität zu wahren und hofft, sich solcherart aus jedem Konflikt, der zwischen den Großmächten ausbrechen könnte, herauszuhalten. Die lettische These ist dabei etwa folgende: Das Territorium der baltischen Staaten ist ein geschichtlich heiß umstrittener Raum. Ein dauernder Friede in diesem Gebiet ist nur möglich, wenn dieses Land selbständig ist und alle an ihm interessierten Mächte zugunsten dieser Selbständigkeit auf eine Einverleibung verzichten. Sobald aber eine Großmacht dieses Gebiet besetzt, muß der Kampf um die Vormachtstellung aufs neue entbrennen. Allein schon in Anbetracht der verschiedenen Interessen in diesem Lande wird kein Staat den anderen zu einer absoluten Vormachtsstellung gelangen lassen. Damit haben die baltischen Staaten und darunter in erster Linie Lettland als Zentrum des baltischen Raumes eine wichtige politische Mission zur Befriedung Nordost-Europas, die nur durch Einhaltung einer absoluten Neutralität erfüllt werden kann. In diesem Sinne wird besonders von Lettland die politische Zusammenarbeit der baltischen Staaten untereinander am stärksten gefördert und in diesem Sinne versucht Lettland auch, sich möglichst weitgehend den übrigen „neutralen Staaten“ im Ostseeraum anzupassen, worunter man eine enge Zusammenarbeit mit den skandinavischen Ländern versteht.

2. Teil

LAND UND LEUTE

Kapitel 1

Das Land

Lettland ist insgesamt 65 791 qkm groß. Davon entfallen 55,7 % auf die Landwirtschaft, 25,2 % auf Wälder und 19,1 % auf sonstiges. Seine Gesamtgrenze beträgt 1895 km, wovon 494 km auf die Seegrenze entfallen. Das Land ist an der Ostsee mit dem Rigaschen Meerbusen gelegen, wo es eine Reihe wichtiger Häfen hat (Riga, Libau, Windau). Die Landgrenze beträgt 1401 km; die längste gemeinsame Grenze von insgesamt 570 km hat Lettland mit Litauen, es folgt dann die Grenze mit Estland im Norden, mit Rußland im Osten und mit Polen im Südosten.

Das Klima ist verhältnismäßig günstig. Im Zehnjahresdurchschnitt hatte Lettland 621 mm Niederschläge. Die durchschnittlichen Temperaturen betragen im Januar $-4,1^{\circ}$, im Juli $+17,8^{\circ}$. Dank seiner verhältnismäßig guten Bodenbeschaffenheit (Sand, sandiger Lehm, Lehm und Ton) sind der Landwirtschaft verschiedene Möglichkeiten gegeben. Am wichtigsten ist die Viehzucht, die sich infolge guter Wiesen und günstiger klimatischer Verhältnisse stark entfaltet hat. Im großen und ganzen ist das Land unverhältnismäßig flach, die höchste Erhebung ist der Gaisenberg mit 314 m. Die fruchtbarste Gegend des Landes befindet sich in Kurland und erstreckt sich südlich von Mitau bis nach Litauen hinein. Am wenigsten fruchtbar sind die Küstengebiete, während der Osten des Landes (Lettgallen) zu einem großen Teil recht schwere Böden hat, so daß hier der meiste Flachsbau getrieben werden kann.

Die häufigsten Bodenschätze sind Torf und Lehm sowie vereinzelte Vorkommen von Braunkohle, deren Abbau bisher noch nicht rentabel gewesen ist. In Anbetracht der geringen Boden-

schätze hat sich auf den einheimischen Vorkommen lediglich die Ziegel-, Kalk- und Zementindustrie entfalten können, auch ist für die Gips-, Glas- und Tonwarenerzeugung einiges an Rohstoffen vorhanden.

Neben einer großen Anzahl von Seen — besonders in Lettgallen — sind vor allem die Flüsse zu nennen. Am wichtigsten ist die Düna, die eine Länge von annähernd 1000 km hat, allerdings durchfließt sie Lettland nur in einer Länge von etwa 370 km. Sie ist als Handelsstraße schon in ältester Zeit von großer Bedeutung gewesen. Der zweite wichtige Fluß ist die livländische Aa mit einer Länge von 380 km und der dritte die Windau mit 300 km Länge. Die livländische Aa ist nicht schiffbar, während die Windau von kleineren Fahrzeugen befahren werden kann. Auch die kurländische Aa mit einer Länge von 150 km ist teilweise schiffbar.

An den Flüssen haben sich die wichtigsten Städte des Landes entwickelt. An der Düna sind es: Riga mit 385 000 und Dünaburg mit 45 000 Einwohnern. An der Mündung der Libau liegt die Stadt Libau mit 57 000 Einwohnern und an der Mündung der Windau die Stadt Windau mit 16 000 Einwohnern. An der kurländischen Aa ist die alte Herzogstadt Mitau mit 34 000 Einwohnern gelegen und an der livländischen Aa liegen Wenden und Wolmar mit je 8000 bis 9000 Einwohnern. Insgesamt hat Lettland fünf Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern, wobei Riga einen ausgesprochenen Wasserkopf bildet.

Verwaltungstechnisch zerfällt Lettland in 19 Kreise, die ihrerseits in Gemeinden aufgegliedert sind, andererseits sind die Kreise zu Provinzen zusammengefaßt. Die vier Provinzen Lettlands sind: Livland mit einer Gesamtfläche von 23 000 qkm, Kurland mit 13 000 qkm, Semgallen mit 14 000 qkm und Lettgallen mit 16 000 qkm.

Kapitel 2

Die Bevölkerung

Die Bevölkerung Lettlands ist konfessionell und national sehr verschiedenartig. Nach der letzten Bevölkerungszählung im Jahre 1935 waren 75 % aller Einwohner Letten, 12 % Russen,

5 % Juden, 3,2 % Deutsche und 2,5 % Polen, der Rest entfiel auf sonstige Volksgruppen. Die Letten gehören gemeinsam mit den Litauern der ostbaltischen Rasse an, allerdings mit stark nordischem Einschlag. Sie siedeln vorzugsweise auf dem Lande, und zwar zu etwa 80 %. Ihr Haupterwerb ist die Landwirtschaft. Daneben hat sich seit der staatlichen Verselbständigung das Lettentum in immer stärkerem Maße auch in den Städten seßhaft gemacht, wo es vor allem den Beamtenstand und einen großen Teil der akademischen Berufe hat. Der Beamtenstand setzt sich vorwiegend aus Leuten zusammen, die ursprünglich in die Stadt zogen, um an der lettischen Universität zu studieren, ihr Studium aber vielfach nicht beendeten. Zeitweilig war es eine fast krankhafte Modesache geworden, daß jeder Bauer, der auf sich hielt, einen studierenden Sohn haben mußte, so daß bald eine große Überproduktion an akademisch geschulten und halbgebil-deten Kräften entstand, die nirgends anders mehr Verwendung finden konnten als in den Behörden oder in der Wirtschaft. Auf der anderen Seite entstand aber damit eine Entblößung des Landes von den notwendigsten Arbeitskräften, so daß ein größerer Zuzug von Wanderarbeitern aus Polen und Litauen sowie aus der östlichen Provinz Lettgallen notwendig wurde. Damit entstand für Lettland sehr bald die Gefahr einer kulturellen Unterwanderung, denn diese zugezogenen Wanderarbeiter wurden oft in Livland und Kurland seßhaft oder gingen noch häufiger nach Beendigung der Saisonarbeit in die Städte, vor allem nach Riga, wo sie in der Industrie unterkamen. Auf diese Weise hat sich im Bestande der Bevölkerung Lettlands sehr bald eine sehr starke Verschiebung vollzogen, da die Binnenwanderung recht erhebliche Ausmaße annahm. Diese Verschiebung hat wirtschaftliche wie kulturelle Wandlungen zur Folge gehabt, desgleichen ist auch der konfessionelle Bestand der Bevölkerung verändert worden, denn die Lettgaller sind ebenso wie die Litauer und Polen katholisch und begannen nun, das an sich rein protestantische Land zu überfluten. Seit der politischen und wirtschaftlichen Neugestaltung im Jahre 1934 und dem Vordringen des Lettentums in Handel und Industrie haben sich auch in der sozialen Struktur der Bevölkerung Verschiebungen ergeben. Die Volksgruppen sind immer mehr verarmt, während die Letten an Bestand zugenommen

haben. Andererseits ist durch den Aufstieg im Gesamtwirtschaftsleben des Landes ein großer Arbeitermangel eingetreten, so daß die Regierung mit aller Energie die Rücksiedlung auf das Land propagiert. Dabei stößt sie allerdings auf große Schwierigkeiten, denn wer einmal den Weg in die Stadt gefunden hat, kehrt nicht mehr so leicht auf das Land zurück.

Wenn die offizielle lettische Statistik für das Jahr 1935 75 % Letten angibt, dann muß man sich darüber im klaren sein, daß darunter auch zahlreiche Elemente fallen, die ihrer nationalen Zugehörigkeit nach nicht Letten sind. So hatten die Deutschen beispielsweise noch 1925 und 1930 mehr als 4 % der Gesamtbevölkerung, das waren etwa 73 000 Seelen, während heute in Lettland 63 000 Deutsche gezählt werden. Noch stärker ist der Rückgang bei den Russen und zum Teil auch bei den übrigen Volksgruppen, so daß ohne weiteres angenommen werden darf, daß der Anteil auf Kosten der Volksgruppen zu hoch angegeben worden ist. Das gilt besonders für die des Lesens und Schreibens zum Teil nicht kundigen Russen, die sehr oft die Staats- und Volkszugehörigkeit verwechseln. Es wird aber auch nicht geleugnet werden können, daß die verschiedenen Maßnahmen der Regierung tatsächlich zu einer Lettisierung im Lande geführt haben und daß das Lettentum daher trotz eines natürlichen Rückganges der Geburtenzahl bzw. eines Stagnierens dennoch zugenommen hat. Während die Lettgaller und Russen in der östlichen Provinz des Landes einen jährlichen Geburtenüberschuß von etwa 10 auf 1000 zu verzeichnen haben, besteht im übrigen Lande ein Geburtenunterschluß und nur in einzelnen Teilen ein geringer Überschuß bis 2 auf 1000.

Die Russen im Lande sind vorwiegend Bauern, nur ein ganz geringer Teil von ihnen wohnt in den Städten, wo sie in Handel und Gewerbe beschäftigt sind. Die größte Bedeutung aber kommt den Juden zu. Obschon sie nur knapp 5 % der Bevölkerung ausmachen, beherrschen sie doch Handel, Industrie und Gewerbe sehr weitgehend, ja, einzelne Wirtschaftszweige lagen noch bis vor kurzem fast ausschließlich in ihrer Hand, wie z. B. die Lederproduktion und der Handel mit Leder und Fellen, ein großer Teil der Textilindustrie, der Brauereien, der Süßwaren- und Nahrungsmittelindustrie und der Tabakindustrie. Erst durch die

neuen Wirtschaftsgesetze seit 1934 sind auch die Juden in immer stärkerem Maße aus dem wirtschaftlichen Leben zurückgedrängt worden. Trotzdem aber haben sie keine nennenswerten Opfer bringen müssen, und auch heute noch ist ihre Position in der Wirtschaft weit über den Anteil ihrer Rasse im Lande hinausgehend. — Ganz anders als mit allen übrigen Volksgruppen steht es mit den Deutschen. Die Deutschen sind seit 700 Jahren Kulturträger im Lande gewesen und haben infolgedessen einen gerechten Anspruch auf Anerkennung ihrer Leistungen und auf die Heimat, mit der sie eng verwurzelt sind. Obschon die Deutschen heute nur 3,2 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, sind sie doch kulturwie auch wirtschaftspolitisch am Aufbau ihrer Heimat und des neuen lettischen Staates hervorragend beteiligt. Nach der Verdrängung von ihrer Scholle haben sich die Deutschen in den Städten niedergelassen, wo sie die besten Ärzte und Rechtsanwälte stellen und an Industrie und Handel stark beteiligt sind. Der Verlust ihrer Positionen in den Städten zieht eine wirtschaftliche Verarmung nach sich, mit der auch die kulturpolitische Bedeutung der Volksgruppe immer stärker zurückgehen muß. Die Deutschen haben seit Jahren durch Abwanderung und Geburtenunterschuß in ihrem Bestande Verluste zu verzeichnen.

65 % der Gesamtbevölkerung wohnt auf dem Lande und 35 % in den Städten und Flecken mit mehr als 2000 Einwohnern. Von der Landwirtschaft leben 66,2 % der erwerbstätigen Bevölkerung, 13,5 % sind in der Industrie, 5,25 % im Handel, 3,3 % im Verkehrswesen beschäftigt und 2 % gehen freien Berufen nach, wobei in Lettgallen sogar 87 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, dagegen aber im Handel und Industrie zusammen nur 6 %.

3. Teil

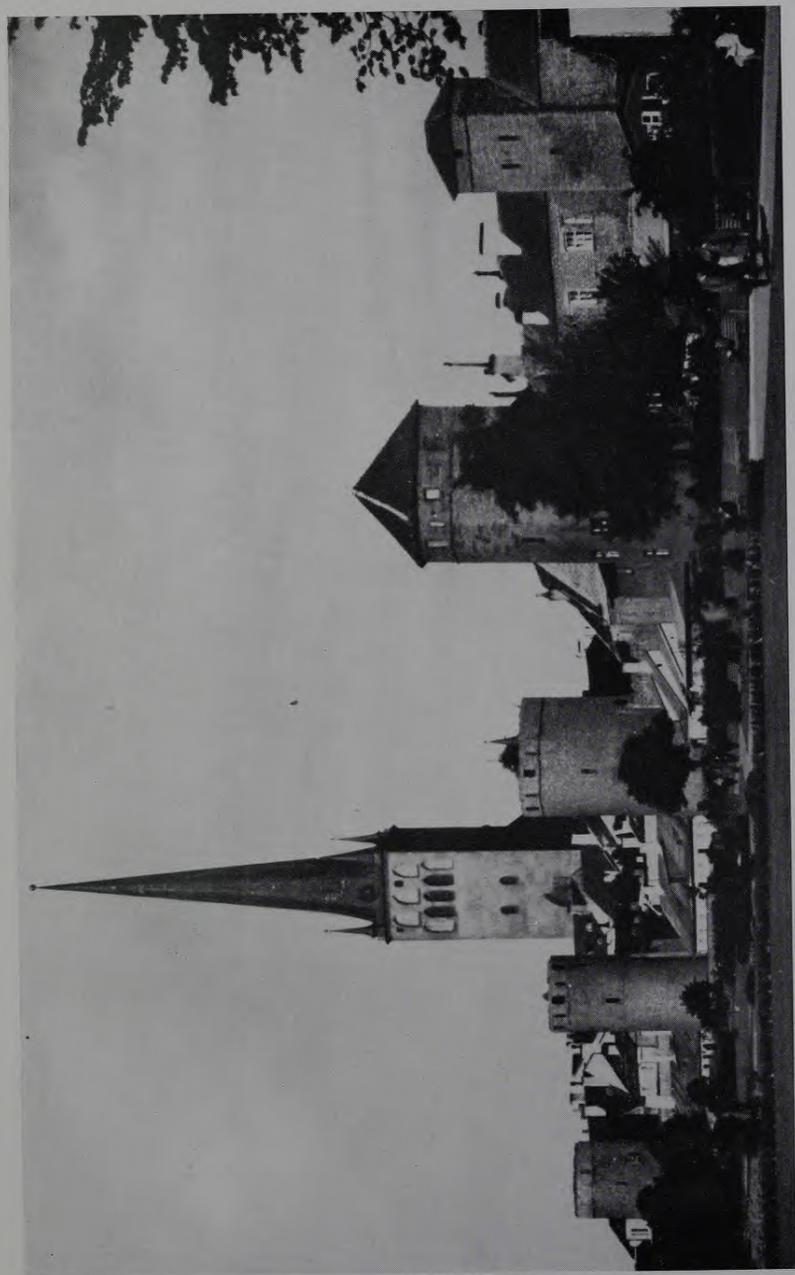
DIE WIRTSCHAFT

Kapitel 1

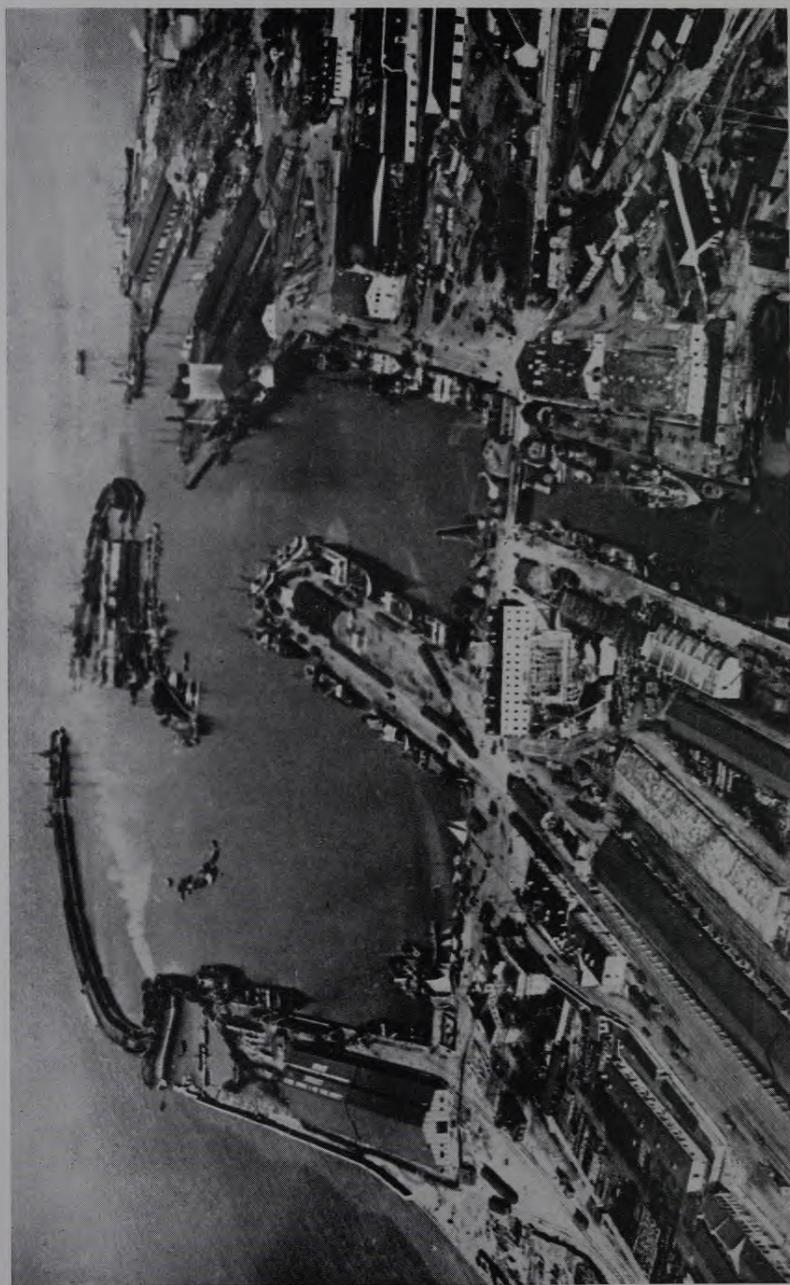
Land- und Forstwirtschaft

Die lettländische Landwirtschaft war bis zum Ausbruch des Weltkrieges vorwiegend durch Großgrundbesitz gekennzeichnet, der zum größten Teil in deutschen Händen lag. Vor allem wurde Getreide und Flachs angebaut, beides wurde exportiert. Die Struktur der Landwirtschaft wandelte sich jedoch durch die Agrarreform grundlegend. Schon die verfassunggebende Versammlung hob durch ein Agrargesetz den Großgrundbesitz auf, wobei den Gutsbesitzern lediglich ein Restbesitz von 50 ha überlassen wurde. Alle Wälder wurden Staatseigentum, nur 15 % blieben in Privathand und 1 % in Kommunalbesitz. Das enteignete Land wurde einem Landfonds überwiesen, dem solcherart eine Fläche von insgesamt 1,7 Mill. ha zur Verfügung stand. Den Gutsbesitzern wurden nur 72 000 ha überlassen und der Kirche 20 000 ha. Aus dem Landfonds wurden insgesamt 72 000 neue Wirtschaftseinheiten geschaffen, die durchschnittlich eine Größe von 10 bis 30 ha hatten, so daß heute in Lettland mit den Altwirtschaften zusammen etwa 220 000 Bauernwirtschaften bestehen. Die Enteignung des Großgrundbesitzes erfolgte entschädigungslos, und die Ansiedlung der Jungwirte wurde mit großen staatlichen Zuschüssen, die meist durch die enteigneten Wälder finanziert wurden, vorgenommen.

Durch diese Aufteilung des Landes ist sowohl die soziale Struktur der ländlichen Bevölkerung vollkommen verändert worden, da die meisten Landlosen und Landarbeiter mit Land versorgt wurden als auch die landwirtschaftliche Betriebsführung gänzlich neu gestaltet. Den internationalen Marktbedürfnissen



Tallinn (Reval, Estland). Die alte Stadtmauer



Tallinn. Der Hafen

entsprechend und den Notwendigkeiten der neuen Betriebe Rechnung tragend, ist Lettland immer mehr vom Getreideanbau auf Vieh- und Milchwirtschaft übergegangen; heute besteht bereits die Ausfuhr Lettlands zu annähernd 60 % aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die kleinsten Betriebsgrößen hat Lettgallen, das gleichzeitig auch die größte agrarische Dichte aufweist. Auf den Quadratkilometer landwirtschaftlicher Nutzfläche entfallen in Lettgallen 53 Landbewohner, während es im übrigen Lande nur etwa 30 bis 33 sind. Trotz der großen Kosten, mit denen die Agrarreform verknüpft war, ist die Verschuldung der Landwirtschaft verhältnismäßig gering, sie beträgt nur 84 Lat je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Eine derartig niedrige Verschuldung war nur möglich, weil der Staat für die Durchführung der Agrarreform in großzügiger Weise zuzahlen konnte.

51,5 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen auf Ackerland, 1,9 % auf Gärten, 23,9 % auf Wiesen und 22,7 % auf Weiden, 16 % sind mit Brotgetreide bestanden, 30 % mit Futtergetreide und 5 % mit Hackfrüchten. Der Viehbestand hat sich in Anbetracht der Umstellung der Landwirtschaft dauernd vergrößert. Auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entfallen 10 Pferde, 26 Stück Rindvieh, 10 Schweine und 24 Schafe.

Die Bearbeitung des Bodens geschieht zur Zeit noch weitgehend mit dem Holzpflug, doch setzt sich auch die Maschine immer mehr durch. Besonders in letzter Zeit hat die Regierung, um Arbeitskräfte zu sparen, den Einsatz von Maschinen durch billige Kredite und Steuerermäßigungen sehr gefördert. Es entfallen auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 12 Pflüge, 0,2 Sämaschinen, 1,3 Mähmaschinen und 0,6 Pferderechen. Desgleichen ist der Kunstdüngerverbrauch noch verhältnismäßig klein, da vorwiegend Naturdünger verwandt wird. Eine besondere Stützung hat die Regierung der Landwirtschaft durch Einführung von Festpreisen zukommen lassen. In der Hand der Regierung liegt der Flachshandel, der Saatenhandel, der Butter- und Fleischexport sowie der Eierexport und der Getreidehandel. Trotz größter Stützungsaktionen hat die Landwirtschaft doch wegen der Unterschiedlichkeit der Preise für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse einen verhältnismäßig schweren Stand. Auch ist der Absatz für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch keines-

wegs groß genug, um ihr gesicherte Arbeitsbedingungen bieten zu können.

25 % der Gesamtfläche Lettlands sind mit Wald bestanden. Die Wälder umfassen 1,8 Mill. ha und bestehen zu 75 bis 80 % aus Nadelwald. Auch die wenigen Wälder, die noch in privater oder kommunaler Hand verblieben sind, sind der staatlichen Aufsicht unterstellt. Der Staatswald ist in 58 Oberforsteien aufgeteilt. Die jährliche Hiebnorm beträgt etwa 14 000 ha, jedoch sind in den verflossenen 20 Jahren wesentlich mehr Wälder ausgeholzt worden, so daß eine starke Überbeanspruchung eingetreten ist. Nunmehr beginnt der Staat durch planmäßige Bewirtschaftung die Wälder zu schonen und aufzuforsten. In den vergangenen Jahren bildeten die Wälder die Haupteinnahmequelle des Staates, man kann sagen, daß diese Einnahmen annähernd den Unkosten der Agrarreform entsprachen, das sind 8—10 Mill. Lat jährlich.

Auch die Fischerei beschäftigt einen großen Teil der lettischen Bevölkerung. Der Ertrag aus der Fischerei beträgt jährlich 2—3 Mill. Lat. Zur Zeit sind etwa 250 Motorboote der Fischer registriert. Durch den genossenschaftlichen Fang und Verkauf der Beute haben die Fischer versucht, ihre sehr schwere Lage zu erleichtern, sind doch die Preise für Fische und Fischerzeugnisse außerordentlich niedrig, da die Nachfrage klein ist. Die Fischerei wird sowohl in der Ostsee, vor allem im Rigaschen Meerbusen, als auch in den Binnengewässern betrieben. Am häufigsten sind Sprotten, Strömlinge, Lachse und Neunaugen sowie Hechte und Dorsche. Trotzdem die Fischerei in der Lage wäre, den einheimischen Fischbedarf vollauf zu decken, da ja auch Fische ausgeführt werden, besteht beträchtliche Nachfrage nach dem billigen Hering, der eines der wichtigsten Volksnahrungsmittel ist. Im Jahre 1928 wurden für rund 7 Mill. Lat Heringe eingeführt.

Kapitel 2

Industrie und Gewerbe

Die lettländische Industrie der Vorkriegszeit war ausschließlich auf den russischen Absatzmarkt abgestellt, hatte sie doch die Möglichkeit, die notwendigen Rohstoffe auf dem billigen Wasser-

wege leicht zu beschaffen und die Fertigwaren auf dem russischen Markt abzusetzen. Durch die neue Grenzziehung nach dem Kriege fiel der russische Markt fort. Die Industrie war größtenteils zerstört. 30 000 Waggonladungen Maschinen waren aus dem Lande ins Innere Rußlands abtransportiert worden, um dem vorrückenden Feinde nicht in die Hände zu fallen. So mußte denn der Wiederaufbau vollkommen von neuem beginnen. In Anbetracht der Armut des lettländischen Staates wurde dem Auslandskapital sowie dem Kapital der Volksgruppen die Möglichkeit zu weitgehenden Investitionen gegeben. Unter einem Wall von Schutzzöllen entwickelte sich solcherart das Gewerbe und die Industrie, wobei statt der Großbetriebe der Vorkriegszeit nunmehr eine Unzahl von Kleinbetrieben ins Leben gerufen wurden. An erster Stelle war es die Industrie, die auf einheimischen Rohstoffen aufbaut, und vor allem die Papier- und Holzindustrie. Die Zahl der Betriebe in der Holzindustrie mit mehr als fünf beschäftigten Personen beträgt über 800, während es in der Papierindustrie und im polygraphischen Gewerbe zusammen gegen 200 Betriebe sind. Allerdings sind in Lettland unter Industrie auch kleinste Betriebe gezählt, soweit sie mehr als fünf Personen beschäftigen oder mit mechanischer Kraft arbeiten. Auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat sich rasch entfalten können. Heute gibt es gegen 2000 Betriebe in diesem Zweige; ihr Produktionswert beläuft sich auf etwa 130 Mill. Lat. An allen industriellen Unternehmungen sind vorwiegend Deutsche, dann Engländer und Schweden und zu einem großen Teil Juden beteiligt. Erst in jüngerer Zeit beginnen die Letten unter starker staatlicher Förderung in die Industrie einzudringen. Die Metall- und Maschinenindustrie ist heute fast ausschließlich in lettischer Hand; auch die chemische Industrie geht in verstärktem Maße aus jüdischer in lettische Hand über. Die Industrie der Häute und Felle, die vorwiegend jüdisch war, ist heute fast ausschließlich lettisch, auch in die Textil- und Holzindustrie haben die Letten immer mehr Eingang gefunden. Nur die Bekleidungsindustrie dürfte auch heute noch überwiegend jüdisch sein, während das Deutschtum nach großen Verlusten in der Metall-, Textil- und Holzindustrie auch heute noch vor allem in der Textil- und Holzindustrie sowie in der Papier- und Nahrungsmittelindustrie beteiligt ist. Die in-

dustrielle Produktion ist bei einem Index von 100 im Konjunkturjahr 1930 bis 1932 auf 64 gesunken, um bis zum heutigen Tage den Stand von 1930 wieder zu überschreiten. Sie betrug damals 445 Mill. Lat. Die häufigste Rechtsform in der Großindustrie ist die Aktiengesellschaft, während die kleineren Betriebe sich meist der Genossenschaft bedienen, soweit sie nicht Privatunternehmen sind. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen ist nach größeren Rückschlägen von Jahr zu Jahr angewachsen, sie dürfte sich heute auf etwa 130 000 belaufen. Ein Vergleich zeigt im Jahre 1910 = 782 Betriebe mit 93 000 Arbeitern, während im Jahre 1928 2900 Betriebe nur 58 000 Arbeiter beschäftigten. Die Atomisierung ist also ganz ungeheuer.

Da Lettland keine eigenen Rohstoffe besitzt, sofern man von den Wäldern und den landwirtschaftlichen Erzeugnissen absieht, sind auch die Entfaltungsmöglichkeiten der auf einheimischen Rohstoffen aufbauenden Industrie sehr gering, während die Rohstoffzufuhr aus dem Ausland die gesamte Produktion stark verteuert. Denn es ist unverhältnismäßig unrentabel, für einen so geringen Absatzmarkt, wie es der lettische Binnenmarkt ist, zu arbeiten, zählt dieser doch insgesamt 2 Mill. Köpfe. Die Exportmöglichkeiten für die lettländische Industrie aber sind sehr gering, zumal auch die Qualität der Erzeugnisse mit ausländischen Qualitäten nur selten konkurrieren kann.

Kapitel 3

Handel und Verkehr

Der lettländische Handel mußte sich nach der staatlichen Ver selbständigung vollkommen umstellen, da der Binnenmarkt viel zu klein war, um das Leistungsvermögen des Binnenhandels auszufüllen, desgleichen hat sich der Außenhandel neue Märkte suchen müssen. Während im Binnenhandel vor allen Dingen die Juden eine sehr starke Position hatten, lag der Außenhandel vorwiegend in deutschen Händen. Die lettländische Handelsbilanz ist in den meisten Jahren bis auf wenige Ausnahmen passiv gewesen, da der Wiederaufbau der Gesamtwirtschaft den Import von Maschinen und verschiedenen Rohstoffen erforderte. Dennoch hat

die Zahlungsbilanz unter größter Kraftanstrengung immer ausgeglichen werden können. Die ersten Handelsverträge wurden im Oktober 1922 mit der Tschechoslowakei, im Juni 1923 mit Großbritannien, sodann mit zahlreichen weniger wichtigen Staaten und schließlich erst im Juni 1926 mit Deutschland abgeschlossen; trotzdem fand zwischen Lettland und Deutschland bereits vor Abschluß des Handelsvertrages ein lebhafter Warenaustausch statt, denn Deutschland war der nächste und damit vorteilhafteste Abnehmer und Lieferant für Lettland. Mehr als 30 % der gesamten lettländischen Ausfuhr gehen alljährlich nach Deutschland und annähernd ebensoviel wird aus Deutschland eingeführt. An zweiter Stelle im Außenhandel steht Großbritannien mit 30 bis 40 % der lettischen Ausfuhr und etwa 20 % der Einfuhr, so daß Deutschland und Großbritannien zusammen ungefähr 50 bis 60 % des Warenumsatzes im lettischen Außenhandel ausmachen. Dagegen hat Lettland im deutschen oder großbritannischen Warenumsatz nur einen Anteil von 1 bis 2 %. Großbritannien kann Lettland gegenüber eine verhältnismäßig großzügige Wirtschaftspolitik verfolgen, da es über freie Devisen verfügt und aus politischen Gründen Lettland gern an seinen Markt gefesselt sieht, während das Deutsche Reich als günstigerer Markt mit den besseren Verkehrsbedingungen und vorteilhafteren Preisen ein Clearingabkommen mit Lettland hat und nicht in entsprechender Weise über freie Devisen verfügt. Eine gewisse Bedeutung haben neben diesen beiden Ländern auch Sowjetrußland und Polen, ob schon beide Staaten nicht Großabnehmer und auch nicht wichtige Lieferanten sind. Der russische Transitverkehr über Lettland ist zeitweilig recht beachtlich gewesen (er betrug in der besten Zeit gegen 600 000 t von insgesamt 800 000 bis 900 000 t), und auch die Flößung russischer und polnischer Hölzer auf der Düna ist für die Rigaer Holzindustrie sowie für den Umschlag im Rigaer Hafen beachtlich.

Wichtigste Ausfuhrartikel sind Lebensmittel, darunter vor allem Butter und Fleisch sowie lebende Tiere, ferner Holz und Flachs. In der Einfuhr stehen an erster Stelle Halbfabrikate und Fertigwaren sowie verschiedene Rohstoffe, vor allem Maschinen, chemische Erzeugnisse, Metallwaren, Gummi und Textilien. Die Einfuhr kommt der Ausfuhr annähernd gleich. Die Handels-

bilanz balanciert mit annähernd 150 Mill. Lat, nachdem sie in den Konjunkturjahren eine Größe von über 350 Mill. Lat erreicht hatte, um in der Zeit der Krisis auf 80 bis 90 Mill. Lat herabzusinken.

Von allen eingelaufenen Schiffen entfielen auf Riga 65 % und auf Libau ungefähr 20 %. Die Schifffahrtslinien gehen im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik in immer stärkerem Maße in lettische Hände über. Desgleichen befinden sich die Eisenbahnen seit Beginn der Eigenstaatlichkeit fast ausschließlich in staatlichen Händen, wobei nach Norden und Osten die russische und nach Süden die deutsche Spurweite führt. In den ehemaligen Phönixwerken, die jetzt vom Staat übernommen worden sind und unter dem Namen Vairogs arbeiten, werden Eisenbahnwagen hergestellt. Die Länge des Eisenbahnnetzes beträgt 3250 km, was 49 km Spurweite auf 1000 qkm ausmacht. Auch das Chausseenetz ist verhältnismäßig wenig dicht, gibt es doch nur 1700 km Chausseen (26 km je 1000 qkm). Dementsprechend ist auch der Kraftwagenverkehr noch wenig entwickelt. Auf 1000 Einwohner entfallen 1,1 Personenwagen, 0,9 Lastkraftwagen und 1 Motorrad. Lettland hat insgesamt 90 Dampfer mit 170 000 BRT.

Kapitel 4

Finanzwesen

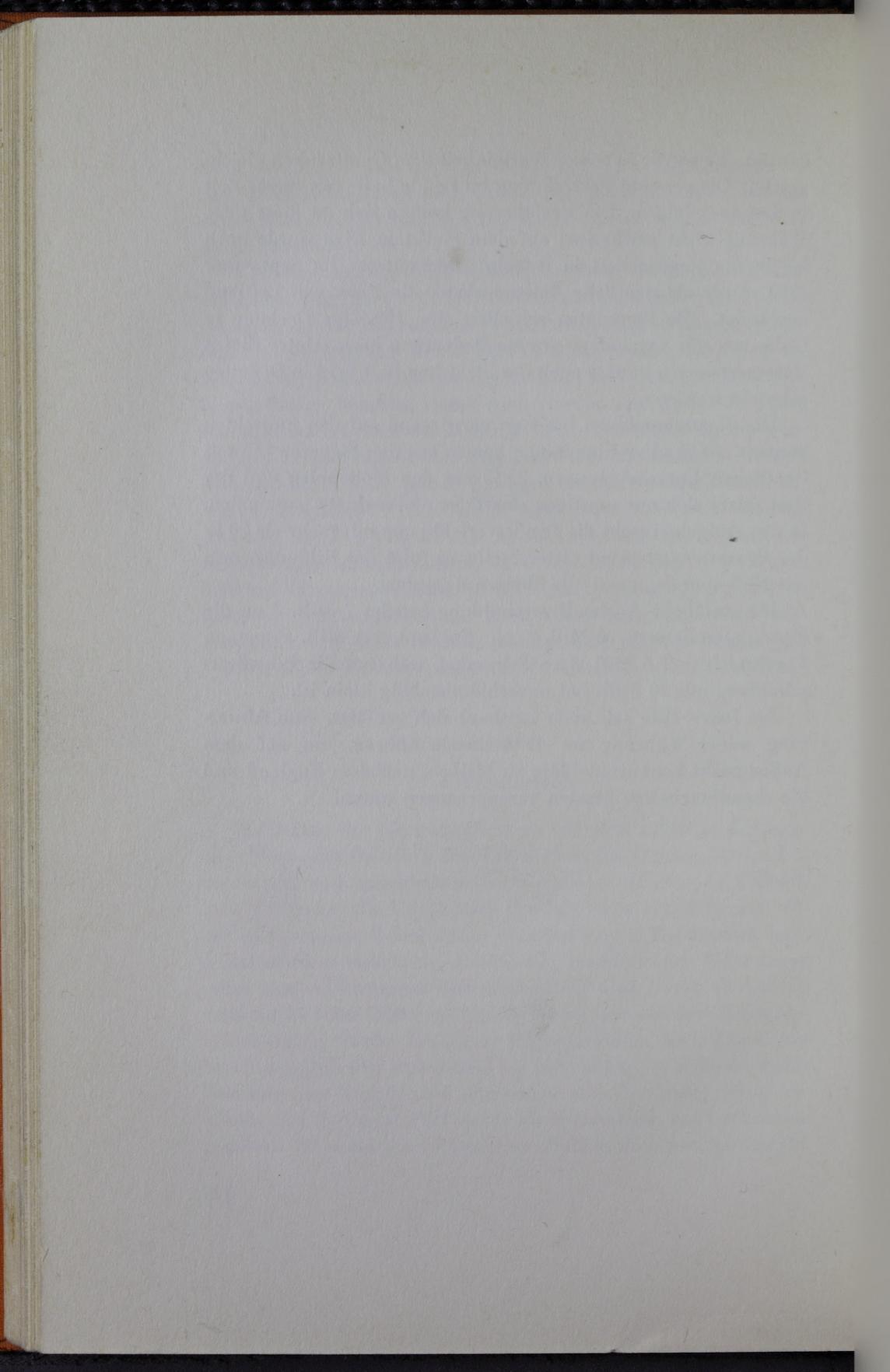
Zu Beginn der Eigenstaatlichkeit waren in Lettland die deutsche Mark, der Ostrubel, der Zarenrubel, das Dumageld, das Kerenkigeld und verschiedene kommunale Gutscheine in Umlauf. Seit 1919 gaben die Letten auch den lettischen Rubel heraus, wobei ein lettischer Rubel einem Ostrubel bzw. 2 Reichsmark bzw. 2 Zarenrubeln entsprach. Die Menge verschiedener Währungen schuf eine vollkommene Unsicherheit auf dem Markt, so daß bereits am 18. März 1920 der lettische Rubel zum einzigen Zahlungsmittel erklärt wurde. Die starke Beanspruchung des Geldmarktes brachte jedoch den Rubel bald ins Schwanken, so daß zur Stabilisierung der Verhältnisse unbedingt eine Neuerung nötig erschien. Am 3. August 1922 wurde als Münzeinheit der Lat herausgegeben. Er entsprach 50 lettischen Rubeln und bestand aus 100

Santim. Er wurde in seiner Wertseinheit dem Goldfranken gleichgesetzt. Die gesamte Verrechnung im Lande hatte seit dieser Zeit in Lat zu erfolgen. Die Bevölkerung konnte sich an diese neue Währung nicht gewöhnen; auf dem Markt in Riga wurde noch bis in die jüngste Zeit in Rubeln gehandelt. — Im September 1922 wurde als staatliche Emissionsbank die Bank von Lettland gegründet. Die Banknoten erhielten eine 100 %ige Deckung in Gold, was nur psychologisch eine Bedeutung hatte. Unter diesen Voraussetzungen konnte auch der Staatshaushalt bald in Ordnung gebracht werden.

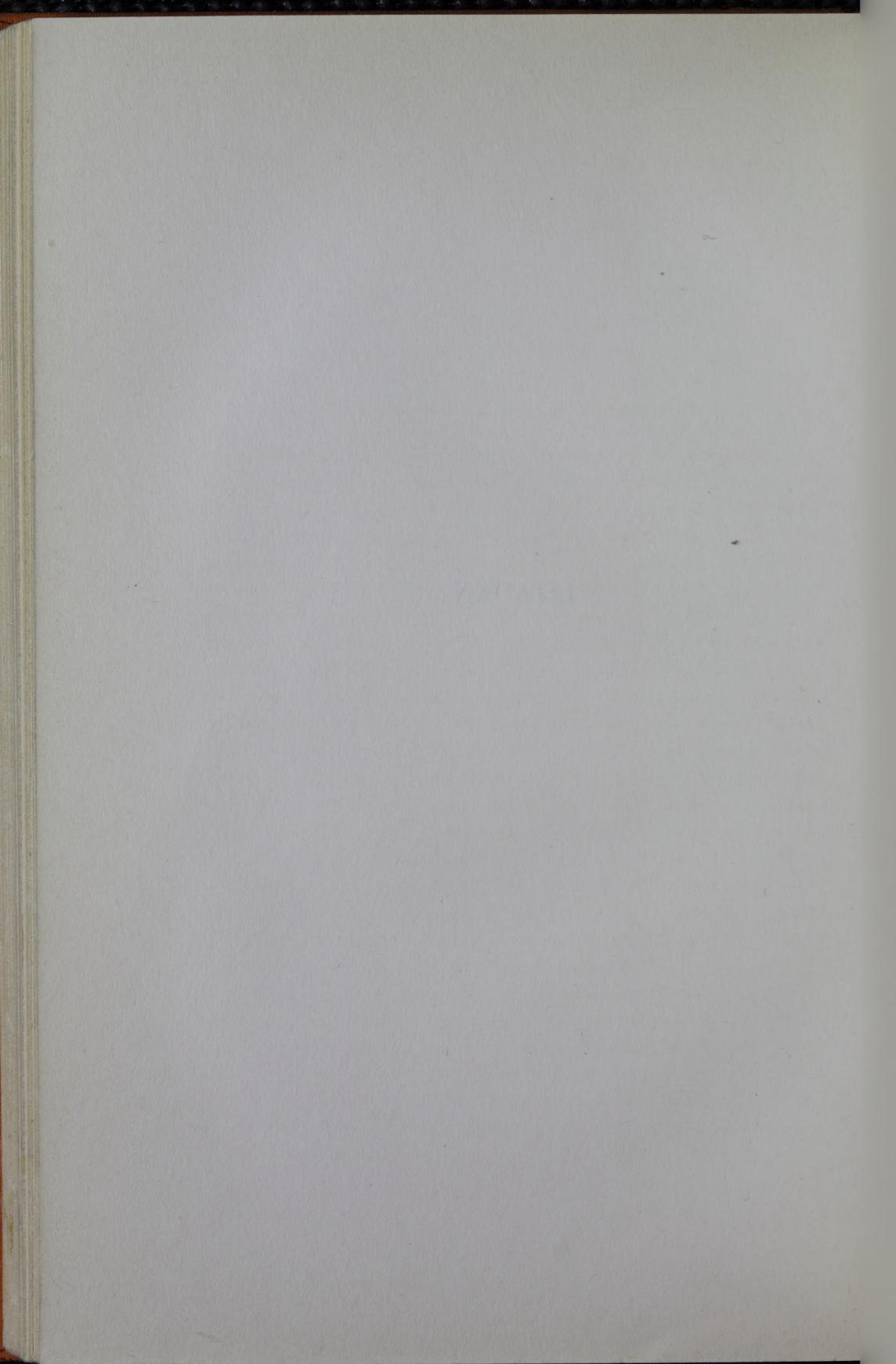
Die Staatseinnahmen basieren vorwiegend auf den indirekten Steuern. 54 % aller Einnahmen kamen aus den Steuern, 4 % aus staatlichen Unternehmungen, 23 % aus den Monopolen und der Rest setzte sich aus sonstigen staatlichen Einnahmen zusammen. In den Ausgaben steht die Landesverteidigung mit mehr als 20 % der Gesamtausgaben an erster Stelle, es folgt das Bildungswesen mit 15 % und dann erst alle übrigen Ausgaben.

Die staatliche Auslandsverschuldung beträgt 7 Mill. \$ an die Vereinigten Staaten, 2 Mill. £ an England, 4½ Mill. Franc an Frankreich und 6 Mill. \$ an Schweden, während die Inlandverschuldung mit 20 Mill. Lat unverhältnismäßig klein ist.

Im Jahre 1936 sah auch Lettland sich genötigt, eine Abwertung seiner Währung um 42 % durchzuführen, um auf dem Auenmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, nachdem England und die skandinavischen Staaten vorangegangen waren.



LITAUEN



1. Teil

GESCHICHTE

Kapitel 1

Die Gründung des alt-litauischen Staates

Über die alten Litauer und ihr Land sind uns wenig geschichtliche Daten überliefert. Die ersten uns bekannten Nachrichten stammen aus dem 9. Jahrhundert. Zu dieser Zeit gab es drei litauische Stämme, die sich zum Teil bis in die heutige Zeit hinein erhalten haben und auch noch heute einige Unterschiedlichkeiten aufweisen. Im Nordosten, dem wichtigsten und größten Teil des heutigen Litauen, wohnten die Szemaiten, im Süden lebten bis zum Bug hinunter die sog. Sudauer oder Jatwinger und im Nordosten waren bis über das Wilnagebiet hinaus die Augstaiten ansässig. Nach und nach wurden die Sudauer von den Slawen aufgerieben, der Rest schob sich nach Norden vor, die Augstaiten wurden nach dem Westen abgedrängt und zum Teil assimiliert, außerhalb der heutigen litauischen Staatsgrenzen gibt es kaum mehr geschlossene litauische Siedlungen. Es sind nur wenige von Litauern bewohnte Gegenden, die heute ins polnische Staatsgebiet hinübergreifen.

Der erste uns überlieferte litauische Staatsvertrag stammt aus dem Jahre 1219, den Litauen mit dem Fürstentum Wolhynien abschloß. Dieser Vertrag wurde von nicht weniger als 21 litauischen Fürsten unterzeichnet, was einen Beweis für die Zersplitterung Litauens liefert. Unter diesen 21 Fürsten tat sich einer besonders hervor — es war Mendowe (Mindaugas). Er beseitigte kurzerhand alle Fürsten einschließlich seiner beiden Brüder und wurde selbst Herrscher Litauens. Bereits im Jahre 1236 steht er in Verhandlungen mit dem Fürsten von Wolhynien, während welcher er als Alleinherrscher ganz Litauens auftritt. Er eroberte von Wolhynien die Gebiete von Grodno, Nowogrudek, Slonim und

Wolkowisk. Zu dieser Zeit wurden die russischen Fürsten gerade von den Tataren ausgeraubt und waren infolgedessen nicht in der Lage, den Litauern nennenswerten Widerstand zu leisten. So gelang es denn Mendowe, auch noch Minsk, Polotsk und vorübergehend sogar Smolensk seinem Staate einzuverleiben.

Die großen Erfolge Mendowes und seine Herrschsucht zogen ihm bald die Feindschaft aller seiner Verwandten zu; diese brachten eine Koalition gegen ihn zustande, an der der Orden, Wolhynien, die Szemaiten und die Jatwinger beteiligt waren. Nur durch das Versprechen, sich und sein Land taufen zu lassen, konnte Mendowe sich der herannahenden Gefahr entziehen, denn durch diese Erklärung gelang es ihm, den Orden freundlich für sich zu stimmen. Der Ordensmeister Andreas von Stirland bot ihm aus diesem Anlaß die günstigsten Friedensbedingungen und half Mendowe im Kampf gegen seine Widersacher. Nun ließ Mendowe sich mit seinen Angehörigen 1251 taufen; 1253 wurde er vom Bischof von Kulm im Auftrage des Papstes zum König von Litauen gekrönt. Als Entgelt für die Hilfeleistung wurde Szemaiten, das Mendowe ohnedies viele Schwierigkeiten bereitete, dem Orden abgetreten. Dadurch gewann der Orden in Livland eine Landverbindung mit dem Deutschen Orden. 1252 wurde zum Schutz dieser Landverbindung gegen die Szemaitenüberfälle die Mummelburg, das jetzige Memel, gegründet, 1259 folgte die Gründung der Jurgensburg an der Memel.

Auch dem Orden bereiteten die Szemaiten wiederholt Schwierigkeiten, und in der Schlacht bei Durben im Jahre 1260 erlitt der Orden eine Niederlage. Mendowe nutzte diese Situation sofort aus, wandte sich vom Christentum ab und stellte sich auf die Seite der aufständischen Szemaiten. Gleichzeitig schloß er einen Vertrag mit Nowgorod, brach in Livland ein und verwüstete weite Gebiete. Während eines Feldzuges, den Mendowe kurze Zeit nachher gegen die Russen unternahm, wurde er und seine ganze Familie von den noch übriggebliebenen litauischen Fürsten, die gegen seine Alleinherrschaft waren, im Jahre 1263 ermordet. Hierbei erwies sich, wie sehr das ganze Staatsgefüge auf die Persönlichkeit Mendowes abgestellt war, denn mit seinem Tode zerfiel der Staat. Neue Zentralisationsbestrebungen, die der Fürst von Kernow, Troiden (1270 bis 1282) unternahm, brachten nur

eine Teilzusammenfassung Litauens; auch dieses Gefüge zerfiel nach seinem Tode.

Erst unter dem Großfürsten Witenis (1295 bis 1316) gelang eine Neugründung des litauischen Staates. Witenis gelang es, in geschickter Weise die Zwistigkeiten in Livland sich zunutze zu machen. Er verbündete sich im Kampf gegen den Orden mit der Stadt Riga und dem Rigaer Erzbischof, womit ihm eine Festigung seiner Grenzen nach Norden gelang. Im Osten hatte er seinem Lande die Grenzen des Staates von Mendowe wiedergegeben, so daß er seinem Bruder Gedemin, der ihm in der Herrschaft folgte, eine beachtliche Erbschaft hinterlassen konnte. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern war Gedemin weniger Soldat als Diplomat, so daß es ihm gelang, seine Macht durch diplomatische Geschicklichkeit zu erweitern. Insbesondere waren ihm die zahlreichen Heiraten seiner Söhne und Töchter dabei von Nutzen. Auch in der Auseinandersetzung mit dem Orden verstand er es, die Gegensätzlichkeiten zwischen weltlicher Macht und Kirche für seine Zwecke auszunutzen, indem er den Papst lange Zeit durch sein Taufversprechen irreführte und daraus mancherlei Vorteile zog. Als er zu guter Letzt die Taufe doch noch verweigerte, verlor er auch den Bischof und die Stadt Riga als Verbündete gegen den Orden. So konnte denn der Orden seine Position im litauischen Lande ausweiten und an der Memel eine Reihe weiterer Burgen errichten, die sich bis zur Mündung der Dubissa hinzogen. 1341 fiel Gedemin im Kampf gegen den Orden bei Bayernburg. Unter der Herrschaft Gedemins erlebte das Land einen großen Aufschwung, denn er rief deutsche Kaufleute und Handwerker aus den Hansastädten nach Litauen, wodurch Handel und Gewerbe aufblühten; zahlreiche Städte wurden in dieser Zeit begründet, dazu gehören Wilna und Troki; auch war es Gedemin gelungen, seine Macht bis weit ins russische Gebiet hinein zu erweitern, Brest und Pinsk, Lutzk und Ostrog gehörten ebenso wie Turow, Orscha und Witebsk zu seinem Staatsgebiet. Allein die Erweiterung des Landes und die Einbeziehung russischer Gebiete in den litauischen Staat vergrößerten auch den Einfluß der Russen im Lande und am Hof. Damals wurde russisch die offizielle Kanzleisprache Litauens. Auch der Einfluß der russischen Kirche wuchs zusehends.

Nach dem Tode Gedemins wurde die Herrschaft Litauens von seinen beiden Söhnen Keistut und Olgierd übernommen. Ersterer erhielt den westlichen Teil des Staates mit Troki, letzterer den größeren östlichen Teil mit Wilna als Hauptstadt. Olgierd führte den Titel eines Großfürsten von Litauen. Inzwischen war der deutsche Orden längs der Memel bis zur Mündung der Willja vorgedrungen und errichtete an Stelle der zerstörten Burg Kauen die Burg Gotteswerder. Da die Litauer dem Vordringen des Ordens nicht standhalten konnten, versuchten sie, ihn durch zahlreiche Kleinkriege mürbe zu machen. In diesen Kleinkriegen zeichnete sich vor allem Keistut aus, der während seiner Regierungszeit (1345 bis 1382) etwa 40 Einfälle ins Ordensland unternahm, ja selbst nach seiner Gefangennahme im Jahre 1361 gelang es ihm, aus der Haft in der Marienburg zu entfliehen. Verständlicherweise übten die reichen Ordensstädte eine besondere Anziehungskraft auf die Litauer aus, die ihre Raubzüge hierher unternahmen. Der Orden seinerseits beantwortete die zahlreichen Litauereinfälle ins Ordensgebiet mit der Zerstörung litauischer Burgen, 1377 drang er sogar bis vor die Tore Wilnas vor, ohne jedoch dort festen Fuß zu fassen. Im großen und ganzen schien der Orden der Überzeugung zu sein, daß durch eine Taufe der Litauer dem Lande endlich Frieden geschenkt werden würde. Dies machten sich die litauischen Fürsten zunutze und versprachen jedesmal, wenn sie sich in Schwierigkeiten befanden, sich taufen zu lassen; wenn aber die Schwierigkeit überwunden war, zogen sie ihr Versprechen zurück. Auch Keistut und Olgierd entsandten an Kaiser Karl IV. nach Nürnberg ein Mitglied ihrer Familie, um ihm die Bereitwilligkeit Litauens, die Taufe anzunehmen, mitzuteilen. Als der Kaiser jedoch den Erzbischof Ernst von Prag an der Spitze einer Delegation nach Litauen schickte, machten die Litauer für die Annahme der Taufe den Einsatz des Ordens gegen die Tataren zur Bedingung, desgleichen sollte das Ordensland bis an den Pregel den Litauern abgetreten werden. Auch erhoben sie Ansprüche auf Kurland und Lettgallen. Da der Orden auf dieses Ansinnen nicht eingehen konnte, blieben die Litauer weiterhin ungetauft.

Wenn die Litauer solcherart im Westen dem Orden gegenüber keine Erfolge aufzuweisen hatten, so hatte Olgierd doch im Süden

und Osten gute Fortschritte erzielen können. Die russischen Fürsten, die zu einem großen Teil immer noch den Tataren tributpflichtig waren, unterwarfen sich ihm gern, denn beide Frauen Olgierds waren Russinnen, und infolgedessen war auch sein Hof vorwiegend russisch. 1362 gelang es Olgierd, die Tataren am Blauen Fluß zu schlagen, worauf er Kiew besetzte. Kurz nachher eroberte er Podolien und erweiterte damit seine Herrschaft bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres. Wie weit sein Einfluß gewachsen war, geht daraus hervor, daß er auch auf Pleskau und Nowgorod maßgebend einwirken konnte und mehrfach vor den Toren Moskaus gestanden hat. Moskau zum Trotz gründete der Patriarch von Konstantinopel in dieser Zeit für das orthodoxe Litauen eine besondere Kirchenprovinz und setzte in Kiew einen Metropoliten ein. Obschon Olgierd und Keistut als Heiden starben, wurden doch unter dem Einfluß der Frauen Olgierds Litauen und insbesondere Wilna zum Zentrum der russischen Kultur. Ein Teil der Kinder sind Russen geworden und nach griechisch-katholischem Ritus getauft worden. Ihre Nachkommen blieben der griechisch-katholischen Kirche auch dann noch treu, als Litauen bereits römisch-katholisch geworden war. Damit war hier dem russischen Einfluß im Gegensatz zum übrigen baltischen Raum weitgehend Vorschub geleistet.

Kapitel 2

Die polnisch-litauische Personalunion

Bei seinem Tode im Jahre 1377 bestimmte Olgierd seinen Sohn Jagiello zu seinem Nachfolger. In dieser Zeit hatte das Land eine große Blüte erreicht und stand in sehr regen Handelsbeziehungen zu den Nachbarländern. Besonders wichtig war der Warenaustausch mit den Hansastädten, der einerseits von Wilna aus auf dem Wege über Dünaburg die Düna stromabwärts nach Riga führte, und andererseits über Kauen die Memel stromabwärts nach Preußen ging. Allerdings hemmten die dauernden Kämpfe zwischen Litauern und dem Orden den Handel und gestalteten ihn unsicher. Jagiello sah die Hoffnungslosigkeit, den Orden aus dem eroberten Gebiet hinauszudrängen, ein und schloß



Jungwirtschaft in Lettland

Bayernburg und zog gemeinsam mit Jagiello gegen die Ordensburg Marienwerder bei Kauen. Die übrigen Ordensburgen an der Memel konnten durch eine rechtzeitige Warnung vor der Zerstörungswut der Litauer bewahrt werden.

Inzwischen starb 1382 in Polen König Ludwig von Ungarn, ohne einen männlichen Nachkommen zu hinterlassen. Nach einem zweijährigen Interregnum wurde seine jüngste Tochter, die 14jährige Hedwig, in Krakau zur Königin von Polen gekrönt, und Jagiello wurde ihr vom polnischen Adel als Gatte ausersehen. Die Polen hofften, durch eine Personalunion mit Litauen eine Stärkung ihres Landes zu erreichen, denn Litauen war damals der größte Staat in Osteuropa. Es kam zum Verträge von Krewo am 14. August 1385, in dem sich Jagiello verpflichtete, als Entgelt für die Hand Hedwigs und die polnische Krone sich und seine ganze Familie taufen zu lassen, die litauischen und russischen Gebiete zeitweilig mit Polen zu vereinigen und an den früheren Verlobten Hedwigs, Wilhelm von Habsburg, eine Abfindung von 200 000 Gulden zu zahlen. Ferner sollte er Polen alle verlorenen Gebiete zurückgeben und die polnischen Kriegsgefangenen freilassen. Dieser Vertrag wurde von Jagiello, seinen Brüdern und Witold unterzeichnet. 1386 begaben sich Jagiello, seine Brüder und Witold nach Krakau, wo sie getauft wurden. Anschließend daran fand die Trauung und Krönung Jagiellos als König von Polen statt. Witold ließ sich hier zum zweiten Male taufen und nahm den Namen Alexander an.

Durch diese einschneidende Maßnahme erhielt die Geschichte Litauens eine plötzliche Wendung. An Stelle des russischen Einflusses trat der polnische. Das Vordringen der griechisch-katholischen Kirche wurde unterbunden. 1387 wurde in Litauen vom polnischen Klerus das römisch-katholische Bekenntnis eingeführt. In Wilna wurde ein Bistum gegründet, im ganzen Lande wurden zahlreiche römisch-katholische Kirchen erbaut und mit reichen Ländereien beschenkt. Da die Geistlichen meistens Polen waren, so nahm gleichzeitig mit dem Einzug des Katholizismus die Polonisierung des Landes ihren Anfang. Als Belohnung für die Annahme des römisch-katholischen Glaubens erhielt der litauische Adel seine ersten weitgehenden verbrieften Privilegien, die in der späteren Zeit erweitert wurden. Die Rechte des rö-

misch-katholischen Adels wurden sehr weitgehend bemessen, so daß seine Privilegien größer waren als die des griechisch-katholischen Adels. Nur Szemaiten behielt sein Heidentum eine kurze Zeit bei, da Jagiello Einfluß hier sehr beschränkt war.

Als König von Polen und Großfürst von Litauen ließ Jagiello sich für dauernd in Krakau nieder, um von hier aus seine Herrschaft auszuüben. Witold wartete nun vergebens auf das ihm versprochene Troki und begann aufs neue, die Unzufriedenen um sich zu sammeln, um Troki und Wilna mit Gewalt an sich zu bringen. Sein Vorhaben wurde Jagiello vorzeitig bekannt und in seiner Verzweiflung unterwarf Witold sich 1389 zum zweiten Male dem Orden. Er begab sich mit seinen Angehörigen und einer Reihe litauischer Edelleute ins Ordensland, wo ihm die Burg Ritterswerder bei Kauen angewiesen wurde. Von hier aus bedrohte er wiederholt Wilna und andere Städte; einige von ihnen, darunter Grodno, öffneten ihm freiwillig ihre Tore. So gelang es Witold, unter dem Schutze des Ordens seine Macht wieder auszubauen. Sie wurde besonders durch die Heirat seiner Tochter Sophie mit dem Fürsten Basil von Moskau gestärkt. In Gemeinschaft mit seinem Schwiegersohn Basil bedrohte Witold nunmehr Jagiello und zwang ihn zu einem erneuten Frieden, in dem Jagiello Witold das gesamte von seinem Vater verwaltete Gebiet überließ, dazu erhielt er das Wilnagebiet mit Wilna als Hauptstadt zum Lehen. Als Gegenleistung erkannte Witold Jagiellos Oberhoheit an. Damit brach Witold wiederum seinen Treueid, den er dem Orden geleistet hatte. Witold zerstörte wieder eine Reihe von Ordensburgen, darunter Ritterswerder, und begab sich nach Grodno, von wo aus er den ganzen russischen Teil des polnisch-russischen Staates unter seine Oberhoheit brachte, ohne von Jagiello dabei gestört zu werden. Um im Osten möglichst freie Hand zu haben, überließ er im Vertrage von Salinwerder (1398) dem Orden Szemaiten bis zur Newiascha, ferner einen Teil des Gebietes am linken Ufer der Memel und erhielt vom kriegsmüden Orden die Zusicherung für einen längeren Frieden. Dank seiner Rührigkeit wuchs seine Macht in Litauen so sehr, daß er während eines Festessens, das vom Ordensmeister veranstaltet wurde, vom litauischen Adel zum König von Litauen ausgerufen wurde. Witold machte jedoch von diesem Angebot

keinen Gebrauch, sondern wandte sich gemeinsam mit dem Orden gegen die Tataren, um sich Rußland endgültig zu sichern. In der Schlacht bei Worskla wurde er aber vollständig geschlagen und kam knapp mit dem Leben davon. Damit fielen alle seine großzügig angelegten Pläne zunächst ins Wasser und seine Position wurde ungeheuer geschwächt. Auf Smolensk mußte er verzichten, auch wurde er zu einem neuen Vertrage mit Polen gezwungen, in dem er sich auf die litauischen Gebiete beschränken mußte. Nach seinem Tode sollte Litauen der polnischen Krone zufallen. Auch auf Szemaiten mußte Witold zugunsten des Ordens verzichten.

Kaum hatte Witold sich von seiner Niederlage erholt, als er sich um die Rückgewinnung Szemaitens bemühte. 1409 brach der Szemaitenaufstand gegen den Orden aus; da Witold die Unterstützung Jagiellos fand, kam es zwischen ihm und dem Orden zu einem Krieg um Szemaiten. Während eines kurzen Waffenstillstandes wandten sich beide Teile an den Kaiser als Schiedsrichter; dieser sprach Szemaiten und die Wildnis linksseits der Memel dem Orden zu — da entbrannte der Krieg von neuem, und am 15. Juli 1410 wurde der Orden in der Schlacht bei Tannenberg vollständig geschlagen. Nach dem Thorner Frieden im Jahre 1411 trat der Orden Szemaiten an Witold ab, nach seinem Tode sollte das Land an den Orden zurückkommen. Dennoch ergaben sich zahlreiche Grenzstreitigkeiten, die schließlich vor das Konzil von Constanz gebracht wurden; da man auch hier keine Lösung finden konnte, wurde der Kaiser nochmals als Schiedsrichter angerufen. Er entschied wiederum zugunsten des Ordens. Wieder erklärten sich die Litauer nicht einverstanden und 1422 kam es erneut zum Krieg. Im darauffolgenden Frieden von Melnosee verzichtete der Orden endgültig auf Szemaiten. Die Grenze zwischen dem Orden und Litauen wurde damals so gezogen, wie sie noch heute besteht. Damit ist auch der hier so kraß hervortretende Unterschied zweier Kulturen diessseits und jenseits der Grenze zu erklären.

Nach der Schlacht bei Tannenberg wurden Litauen und Polen noch stärker aneinander gebunden, indem sie im Horodler Bündnis von 1413 als Einheit erklärt wurden. Dem litauischen Adel wurden weitere Rechte zugebilligt und er erhielt seine Wappen

vom polnischen Adel verliehen. Der litauische Verwaltungsapparat wurde dem polnischen angeglichen.

Trotz des Horodler Vertrages ließ Witold von seinem Plan, sich zum König von Litauen krönen zu lassen, nicht ab. Immer wieder wurde diese Frage trotz heftigsten Widerspruches des polnischen Adels aufgeworfen, denn der polnische Adel erkannte sehr richtig, daß damit eine Teilung des polnisch-litauischen Staates verbunden sein mußte. So mußte denn auch diese Frage durch den Krieg entschieden werden. Da Witold die Unterstützung des Kaisers hatte, der ihm zum Tage seiner Krönung eine Krone sandte, sahen sich die Polen auf die Dauer nicht in der Lage, seinem Wunsche zu widerstehen, sie stellten aber die Bedingung, daß die litauische Königskrone nach dem Tode Witolds einem Sohne Jagiellos übertragen werden sollte. Bevor es jedoch zur Krönung kam, starb Witold im Alter von 80 Jahren.

Witold, der von den Litauern den Beinamen „der Große“ erhielt, war ein Staatsmann, der seine Erfolge durch geschickte aber auch skrupellose Diplomatie erzielte. Auf diese Weise gelang es ihm, den von Olgierd hinterlassenen Staat, der eine Ausdehnung von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gehabt hatte, zu befestigen und zu erweitern. Er fand ein verhältnismäßig dezentralisiertes Staatsgebilde vor, aus dem er einen zentralistischen Staat schuf. Dies Staatsgefüge im Osten Europas hatte aber schon in seinem Keime zahlreiche Zerfallserscheinungen. Dennoch konnte unter der staatlichen Organisation bei der für die damalige Zeit imposanten Ausweitung des Raumes der Wohlstand erheblich wachsen. Es entfaltete sich ein reger Handel mit Königsberg und Danzig. In Kauen und Polotzk wurden Niederlassungen der Hanse gegründet, die Städte Wilna, Grodno, Troki, Brest und Kauen erhielten das Magdeburger Stadtrecht und hatten für damalige Zeiten eine große Blüte. Wachs, Felle, Holz, Kohlen und Teer waren beliebte Ausfuhrartikel, dagegen wurden Waffen, Salz, Eisen und Schmucksachen sowie Wollstoffe importiert.

Auch heute noch feiert ganz Litauen Witold als Nationalhelden. Der 8. September, der Tag, an dem die Krönung Witolds stattfinden sollte, ist in ganz Litauen Staatsfeiertag, höchste Auszeichnung ist der Witoldorden.

Die Entwicklung bis zur Lubliner Realunion

Beim Tode Witolds war der litauische Adel schon so stark, daß der neue Herrscher von ihm eingesetzt wurde. Zum Großfürsten Litauens wählten die Litauer 1430 Swidrigello, den jüngsten Bruder Jagiellos. Der polnische Adel war durch diese Wahl sehr enttäuscht. Er hoffte, nach Witolds Tode, ganz Litauen in seine Hand zu bekommen. Da nun Swidrigello die Politik Witolds, Herr eines selbständigen Staates zu sein, betrieb, kam es bald zum Bruch zwischen Polen und Litauen. Die Polen besetzten Podolien, ein Gebiet, das sie schon längst für sich beansprucht hatten. Kurz entschlossen ließ Swidrigello den in Wilna weilenden Jagiello verhaften und gab ihm nur auf seine Anordnung, Podolien zu räumen, frei. Der polnische Adel aber weigerte sich, dem Befehl Folge zu leisten. Zwischen Litauen und Polen brach nun ein offener Krieg aus. 1431 schloß Swidrigello in Christmemel mit dem Orden einen Vertrag, nach dem der Melnovertrag revidiert wurde und der Orden für eine Hilfeleistung gegen die Polen einen 3-Meilenstreifen an der Ostsee erhielt. Swidrigello begann den Krieg sehr ungeschickt, und schon bald darauf schloß er einen 2jährigen Waffenstillstand. Indessen bereiteten die Polen durch ihren Abgesandten, Zaremba, einen Umsturz vor. Swidrigello stützte sich größtenteils auf den russischen Adel, der weniger selbständig war, und mit dessen Hilfe Swidrigello die Vorherrschaft des privilegierten Standes, des litauischen Adels zu brechen gedachte. Der litauische Adel fühlte sich durch Swidrigello in seinen Freiheiten bedroht und schenkte Zaremba Gehör. Swidrigello wurde überfallen, es gelang ihm aber, in die russischen Gebiete zu entfliehen. An seiner Stelle wurde 1432 der Bruder Witolds, Sigmund, zum Großfürsten Litauens ausgerufen. Dieser hatte nichts eiligeres zu tun, als Polens Lehnshoheit über Litauen anzuerkennen und Litauen nach seinem Tode, Jagello oder seinem Nachfolger zu versprechen. Der Adel bekam für seine Hilfe als Erweiterung seiner Rechte, ein Privilegium, wonach kein Adliger ohne Gerichtsurteil verhaftet werden konnte. Außer den rein litauischen Gebieten haben aber nur Podlachien, Podlessien und Minsk Sigmund anerkannt. Die übr-

gen russischen Gebiete Polotzk, Witebsk, Smolensk, Nowgorod-Sjewersk, Tschernigow und Kiew blieben Swidrigello treu.

Der Staat drohte zu zerfallen, da beide Teile ungefähr gleich stark waren. Die Entscheidung mußten die Waffen bringen. Diese wurde 1435 bei Wilkomir geholt. Swidrigello unterlag und mußte außer Landes gehen.

Mit dem Fall Swidrigellos ist auch Litauen endgültig dem Polnischen Staate zugefallen. Es ist wohl dem Hohn des Schicksals zuzuschreiben, daß gerade unter dem Bruder Witolds, Litauen seine Selbständigkeit endgültig verlor, und gerade der Bruder Jagiellos den letzten verzweifelten Versuch machte, Litauens Selbständigkeit zu bewahren. Zwar machte auch Siegmund schwache Versuche, sich als selbständig zu deklarieren, doch er war der Politik Witolds bei weitem nicht gewachsen. Als er zu erkennen gab, daß er nach seinem Tode den Thron des Großfürsten seinem Sohne Michael überlassen wolle, wurde er vom Adel, der ihn zum Großfürsten machte, erschlagen (1440). Die führende Rolle im Staat übernahm nun endgültig der Adel.

Die Politik des litauischen Adels war einzig und allein von seiner Selbstsucht diktiert. Er wachte mit Argusaugen über seine Privilegien, damit sie ihm von den Herrschern nicht geschmälert würden. Bei jeder Gelegenheit suchte er sie zu erweitern. Außer diesem Kampf mit den Herrschern, führte er einen zweiten Kampf, und zwar gegen den polnischen Adel. Die Litauer wehrten sich mit aller Kraft gegen Übergriffe des polnischen Adels. Die litauischen Ämter sollten auf keinen Fall den Polen zufallen, auch sollten die Polen in Litauen keine Schenkungen erhalten. Andererseits erschien eine vollkommene Trennung Litauens von Polen nicht nur dem polnischen Adel, sondern auch dem litauischen nicht wünschenswert; denn der polnische Adel war mit seinen Privilegien Vorbild für den litauischen Adel. Seine Freiheiten waren groß und erschienen den Litauern immer erstrebens- und nachahmenswert. Diese Ziele des litauischen Adels, einerseits den Gemein Staat mit Polen nicht aufzugeben, andererseits aber doch im polnischen Staat nicht ganz aufzugehen, waren für die weitere Politik Litauens ausschlaggebend. Sie äußerten sich zunächst in der Wahl des Großfürsten. Es wurde zur Regel, daß die Litauer einen nahen Verwandten, den Sohn oder den

Bruder des polnischen Königs wiederum zum Großfürsten wählten, der dann später immer von den Polen zum polnischen König gewählt wurde.

Jagiello hinterließ nach seinem Tode (1434) zwei Söhne, die er von seiner vierten Frau, einer Litauerin, hatte; den 10jährigen Wladislaus und den 7jährigen Kasimir. Die Polen wählten sich Wladislaus zum König, der später nach dem Tode Kaiser Albrechts auch König von Ungarn wurde. Die Litauer wählten 1440 Kasimir zum Großfürsten. Nach dem Tode Wladislaus wurde Kasimir 1447 zum König der Polen gewählt. Der litauische Adel erhielt bei dieser Gelegenheit den Erlaß von vielen Steuern, die Jurisdiktion über seine Bauern und die Bindung der Bauern an die Scholle. Die stufenweise erfolgte Einführung der Leibeigenschaft, die in Polen bereits bestand, fand in Litauen damit ihren Abschluß. Der König verpflichtete sich ferner ausdrücklich, keinem Nichtlitauer in Litauen irgendein Amt zu übertragen oder eine Schenkung zu machen.

Die lange Regierungszeit Kasimirs (1440—1492) war für Litauen friedlich. Am Kriege Polens gegen den Orden, der mit dem Thorner Frieden von 1466 endete, nahm, infolge der Streitigkeiten zwischen dem litauischen und dem polnischen Adel um Podolien, Litauen nicht teil.

Nach dem Tode Kasimirs wählten die Litauer seinen Sohn, Alexander, zum Großfürsten, der die letzten 2 Jahre vor dem Tode des Vaters in Litauen als sein Stellvertreter wirkte. Sie waren mit Kasimir, der sich um Litauen wenig kümmerte, unzufrieden und wollten ihren Herrscher im eigenen Lande haben. Kasimir hatte angeordnet, daß sein Sohn Johann Albrecht die polnische Krone erhalten sollte. Bald versuchte sich Alexander zu verselbständigen; der Krieg mit Moskau zwang ihn aber, die Lehnshoheit Johann Albrechts, der als König von Polen und Großfürst von Litauen gekrönt wurde, anzuerkennen.

Im Krieg mit Moskau, den Iwan III. unter dem Vorwand des Schutzes der Orthodoxen begann, und dem Alexander durch seine Heirat mit der Tochter Iwans III. vergebens auszuweichen suchte, verlor Litauen, Tschernigow, Nowgorod-Sjewersk, Starodub u. a. Gebiete. Die Tataren verwüsteten Kiew, Podolien, Wolhynien und Galizien. Die Wahl Alexanders zum König von Polen

1501 hat seine Lage nicht gebessert. Eine kurze Regierungszeit (er starb 1506) war für Litauen denkbar unheilvoll. Verlorene Gebiete, große Schulden, eine russische Frau, die nicht zur polnischen Königin gekrönt werden konnte, dauernder Krieg, seine russischen Berater, darunter sein Günstling, Glinski, ein aus Moskau geflohener russischer Fürst tatarischer Herkunft, alles wurde ihm zum Verhängnis und bot neuen Konfliktstoff mit dem Adel. Um diesen zu versöhnen, mußte Alexander weitere Zugeständnisse machen. Diesmal waren es Privilegien für den Großadel, dem weitgehende politische Rechte in der Verwaltung eingeräumt wurden. In der Außenpolitik und der Finanzverwaltung hatte der Senat nunmehr ein wichtiges Wort mitzureden.

Einen interessanten Zwischenfall hatte Alexander mit den Juden. Von Witold ins Land gerufen, brachten sie in kurzer Zeit den gesamten Handel in ihre Hände. Als Geldverleiher hatten sie sich bald den Haß des verschuldeten Adels in so hohem Maße zugezogen, daß Alexander, der an sie nicht minder verschuldet war, sie 1495 aus dem Lande wies. Eine Rolle spielte dabei auch seine Frau, die Russin Helene. Sie und ihre russische Gefolgschaft verabscheuten die Juden aufs tiefste. Die Juden zogen nach Polen. Als Alexander auch König von Polen wurde, konnte er sie aber nicht auch aus Polen vertreiben. Dazu reichte seine Macht nicht, denn hier fanden sie im polnischen Adel eine gute Stütze. Andererseits brauchte Alexander Geld, um seine Kriege mit Moskau führen zu können. So ließ er denn die Juden 1503 nach achtjähriger Verbannung wieder nach Litauen zurückkehren.

Johann Albrecht und Alexander starben kinderlos. Alexander hinterließ den Stuhl des litauischen Großfürsten seinem jüngeren Bruder Siegmund, dem sich die litauischen Magnaten fügten und den die Polen gleich darauf zum König wählten.

Fast seine ganze Regierungszeit lang führte Siegmund mit Moskau Krieg. Moskau sah seine Aufgabe in der Vereinigung aller russischen Gebiete in einem Staate. Die ungleiche Behandlung des russischen Adels in Litauen, die Unterdrückung der russischen Kirche, gaben dem Moskauer Großfürsten Basil III. Anlaß, Litauen anzugreifen. Den ersten Krieg (1507—1508) begann Fürst Glinski durch seinen Abfall von Litauen und seine

Unterwerfung unter Moskau. Der Krieg brachte keine Entscheidung. 1512 entbrannte der Krieg von neuem. Die Russen nahmen Smolensk, und trotz einer großen Niederlage bei Orscha, endete der zehnjährige Krieg mit einem großen Sieg Moskaus. Litauen verlor wieder Smolensk, Homel, Tschernigow und Starodub. Nach dem Tode Basils III. folgte in Moskau als Großfürst Iwan IV. (der Schreckliche). Siegmund sah nun die Gelegenheit gekommen, die verlorenen Gebiete zurückzubekommen; denn der Großfürst war jung und die Regenten waren unter sich uneinig. In diesem dritten Kriege (1534—1537) eroberte Litauen nur Homel zurück, mußte aber dafür andere Gebiete an Moskau abtreten. Die letzten Jahre seiner Regierung verbrachte Siegmund in voller Apathie und Tatenlosigkeit. Die Geschäfte führte seine Frau, die Fürstin von Mailand, Bonna Sforza, deren kluge Finanzpolitik sie zur größten Grundbesitzerin in Polen und Litauen machte.

Mit allen Mitteln suchte Bonna Sforza, ihrem Sohne Siegmund August den Thron Polen-Litauens sicherzustellen. Sie wußte genau, daß, wenn er zum Großfürsten von Litauen eingesetzt wird, er auch von den Polen zum König gewählt werden würde. Darum setzte sie durch, daß das erst zweijährige Kind 1522 zum Thronfolger in Litauen öffentlich anerkannt wurde. Das war ihr aber noch nicht genug. Sie brachte es zustande, daß Siegmund August noch zu Lebzeiten seines Vaters 1529 offiziell zum Großfürsten von Litauen ausgerufen und 1530 zum König von Polen gewählt wurde. Auf die Klagen des litauischen Adels, daß Litauen als eine Provinz verwaltet werde und der König nie nach Litauen komme, um hier auf Recht und Ordnung zu sehen, kam Siegmund August 1544 als Großfürst nach Litauen. Sein Vater behielt nur die Verwaltung der Finanzen und die Führung der Außenpolitik. Die übrige Verwaltung wurde auf Siegmund August übertragen. Nach dem Tode Siegmunds II. wurde Siegmund August gleich König von Polen.

Siegmund August hatte in seiner Regierungszeit harte Kämpfe mit Moskau zu bestehen. Die Expansion Moskaus unter Iwan dem Schrecklichen richtete sich nach der Ostsee. Er ließ auch das Ziel seiner Vorfahren, die Vereinigung aller russischen Gebiete, nicht aus den Augen. Zu diesem Zweck nahm er auch den Titel eines russischen Zaren an.

Den Grund zu einer Auseinandersetzung mit Rußland gab diesmal Livland. Als nach der Ermordung des litauischen Gesandten in Riga der Ordensmeister Fürstenberg zum König Siegmund August nach Pasewalk kam und hier vor ihm Abbitte (1557) leistete, begnügte sich Siegmund August mit dem Abschluß eines Angriffs- und Abwehribündnisses mit dem Orden.

Zar Iwan IV. sah aber darin eine Verletzung des im Jahre 1554 zwischen Moskau und dem Orden abgeschlossenen Friedensvertrages und erklärte dem Orden den Krieg. Inzwischen wurde Fürstenberg abgesetzt. An seine Stelle trat Kettler. Er und der Erzbischof von Riga wandten sich um Hilfe an Siegmund August. 1559 wurde in Wilna ein Vertrag unterzeichnet, wonach Livland sich unter den Schutz Litauens stellte. Kurland und Semgallen wurden unter Kettler Lehnsherzogtum. 1566 wurde in Grodno ein neuer Vertrag unterzeichnet, wonach Livland als Fürstentum ein Bestandteil Litauens wurde.

Nach dem Vertrag von 1559 verwickelte sich Litauen in einen Krieg mit Moskau. Zunächst spielte sich der Krieg auf Livländischem Boden ab, und zwar für Litauen ohne Erfolg. Bald brachen die Russen auch in Litauen ein und nahmen Polotzk. Trotz dem Siege über die Russen bei Ula (1564) konnten die Russen weder aus dem östlichen Livland noch aus Dorpat und dem östlichen Litauen vertrieben werden.

Inzwischen trat in Litauen-Polen ein wichtiges Ereignis ein, daß das weitere Schicksal beider Staaten endgültig aneinander schloß. 1569 kam die Lubliner Union zustande.

Siegmund August war der letzte Sproß der Jagellondynastie und war kinderlos. Wenn in Polen der König auch wählbar war, so wurde zum König aus bestimmten Gründen immer ein Jagellone gewählt. In Litauen wurde der Großfürst seit Kasimir (1440) zwar auch gewählt, die Wahl beruhte aber auf dem Erbrecht der von Witenis (1295—1316) gegründeten Dynastie. Dieses Erbrecht war durch die Privilegien an die litauischen Bojaren (den Adel) nur abgeschwächt, aber nie beseitigt. Nun war diese Dynastie zu Ende. Es bestand die Gefahr, daß Litauen und Polen sich nunmehr verschiedene Oberhäupter wählen würden und das Band, das beide Staaten verband, zerrissen werden würde. Inzwischen haben sich aber viele andere Bande gebildet, kultureller, wirt-

schaftlicher, völkischer und politischer Art, die ein weiteres enges Zusammenleben beider Staaten forderten.

Die Polen hatten großes Interesse daran, mit Litauen verbunden zu bleiben; denn für Polen war Litauen ein Hochzeitsgeschenk Jagiellos, und es wäre mit dem Prestige Polens unvereinbar, wenn Litauen sich wieder ganz selbständig gemacht hätte. Das Fortbestehen des Doppelstaates wurde in Polen zur nationalen Sache. Der Großadel Polens hoffte außerdem, endlich in Litauen wirtschaftlich vordringen zu können.

Dem Kleinadel Litauens war ein weiteres Zusammenleben mit Polen ebenfalls erstrebenswert. Er war in seinen Adelsrechten dem Adel Polens noch immer nicht gleichgestellt; für ihn war die polnische Schlachta das Muster eines „wahren“ Adels. Er wollte die selben Rechte haben und dem polnischen Adel gleichgestellt werden. Er wollte weder Steuern zahlen, noch in den Krieg ziehen. Beides mußte er aber, der ständigen Kriege mit Moskaus wegen. In einem gemeinsamen Staate würde aber ein Krieg mit Moskau zu einer gemeinsamen Sache werden, so daß die Lasten des Kriegführens nicht mehr ihn allein drücken würden.

Der Großadel Litauens war gegen die Union, da er um seine Position in Litauen kämpfte. Um den Kleinadel von der Befürwortung einer Union zurückzuhalten, erwirkte er 1566 die Gleichstellung des litauischen Adels mit dem polnischen. Litauen wurde, ähnlich wie Polen, in Wojewodschaften und Kreise eingeteilt. Kreistage des Adels wurden eingeführt, die Gerichtsbarkeit des Großfürsten wurde durch die eigene Gerichtsbarkeit ersetzt. Dennoch drängte der Krieg mit Moskau zum Abschluß einer Union.

Die ersten Verhandlungen über den Abschluß einer Union, die die beiden Staaten für ewige Zeiten vereinen sollte, fanden 1563/64 in Warschau statt. Sie scheiterten an dem Widerstand des litauischen Großadels und wurden nach dem Siege bei Ula von den Litauern abgebrochen. Auf Drängen des Kleinadels wurde endlich in Lublin 1569 ein gemeinsamer litauisch-polnischer Sejm einberufen, in dem die Union angenommen werden sollte. Die litauischen Delegierten, die dem Großadel angehörten, widersetzten sich dem polnischen Vorschlag, beide Staaten einander ganz zu verschmelzen, und brachen die Verhandlungen

wieder ab. Nun griff König Siegmund August ein. Nachdem er schon vorher auf sein Erbrecht in Litauen verzichtet hatte, trennte er in seiner Eigenschaft als Herrscher Litauens, Podlachien, Wolhynien, die Gebiete von Braclaw und Kiew von Litauen, und gliederte sie Polen an. Der litauische Großadel rief zum Kriege, — der Kleinadel leistete diesem Ruf keine Folge. Den litauischen Delegierten blieb nun nichts anders übrig, als nach Lublin zurückzukehren, um das Schlimmste zu verhüten. Am 1. Juli 1569 kam die Unionsakte zustande. Es wurde folgendes vereinbart: der König wird auf einem gemeinsamen Wahlsejm gewählt und nur in Krakau zum König gekrönt. Es sollten nur gemeinsame Sejms, ein gemeinsamer Senat und gemeinsames Geld bestehen. Livland sollte gleichzeitig Litauen und Polen gehören und von Beamten beider Staaten abwechselnd verwaltet werden. Das Verbot für die Polen, in Litauen Besitzungen zu erwerben und Beamtenstellen zu bekleiden, wurde aufgehoben. Litauen behielt aber einen eigenen Verwaltungsapparat und ein eigenes Heer.

Litauen hatte damit endgültig aufgehört, als selbständiger Staat zu existieren. Obwohl Litauen nicht gleich alle Bedingungen der Unionsakte erfüllte, so ging Litauen doch nach und nach gänzlich im polnischen Staate auf.

Kapitel 4

Der litauisch-polnische Staat bis zur 3. Teilung

Die letzten Regierungsjahre des früh gealterten Siegmund August verliefen ruhig. Das wichtigste Ereignis kulturpolitischer Art unter Siegmund August war die Bodenreform von 1557. Bis dahin war der Landbesitz des einzelnen Bauern zerstückelt und weit zerstreut. Durch die Reform aber wurde das Hufensystem und die Dreifelderwirtschaft eingeführt, die in Litauen bis nach dem Weltkriege bestand und erst jetzt beseitigt wird. Die Reform war vor allem eine finanzielle Maßnahme, um die Steuereinnahmen zu erhöhen.

Die erste Wahl des gemeinsamen Königs nach dem Tode Siegmund Augusts war ein Mißgriff. Der zum König gewählte 23-jährige Heinrich Valois floh nach fünfmonatiger Regierungszeit

nach Frankreich, wo er König von Frankreich wurde. Schon bei seiner Wahl zum König von Polen erlangte der polnisch-litauische Adel weitere Rechte, u. a. das Recht der Gehorsamsverweigerung, wenn der König seine Rechte überschritt bzw. die in der Vereinbarung der Thronüberlassung (*pacta conventa*) festgelegten Bedingungen nicht einhält.

Nach seiner Flucht aus Polen wurde mit der Befürwortung des türkischen Sultans ein Vasall des Sultans, der Fürst von Siebenbürgen, Stefan Batory, gewählt. Auch hier siegte der Kleinadel, der die Hoffnung hatte, daß ein dem Sultan befreundeter König im Kampf mit Moskau auf Unterstützung der Türken rechnen könne. Die Hoffnung, den Krieg auf fremde Kosten führen zu können und somit keine Steuern zahlen zu müssen, ist deutlich aus den Bestimmungen der *pacta conventa* zu ersehen.

Der energische Stefan Batory war vielleicht der letzte der polnischen Könige, der imstande wäre, Ordnung im Lande zu schaffen. Seine Regierungszeit war aber zu kurz (1576—1586) dazu.

Die Wahl Batorys zum König verletzte den russischen Zaren. Er griff deshalb zunächst in Livland ein. Nach einem mißlungenen Versuch, mit Moskau in Verhandlungen zu treten, zog Batory 1579 gegen den Zaren, nahm Polotsk und belagerte Pleskau.

Schon bald nachdem die Litauer römisch-katholisch geworden waren, begann die katholische Kirche, sich um die in den russischen Gebieten Litauens lebenden Angehörigen der griechisch-katholischen Kirche zu bemühen und sie für die katholische Kirche zu werben. Sie wählte dazu eine Form, die ihrer Meinung nach den Russen annehmbar wäre. Dazu sollte eine Union zustande kommen, wobei die hohe Geistlichkeit sich dem Papst unterstellen und einige katholische Dogmen anerkennen sollte. Im übrigen aber sollte der morgenländische Ritus beibehalten werden. Rom trug dazwischen sogar die Hoffnung, Moskau diese Union aufzwingen zu können; denn gerade während dieses Krieges trat Zar Iwan IV. in Verhandlungen mit Rom. Er wies darauf hin, daß der Krieg ihn hindere, sich der Konfessionsfrage voll zu widmen. Nun schaltete sich Rom ein und verlangte vom König Einstellung des Krieges. Dabei fand Rom beim kriegsmüden

Kleinadel Unterstützung. Stefan Batory trat darauf mit Moskau in Verhandlungen und der Zar verzichtete auf Livland und Polotsk.

In dieser Zeit trat auch im kirchlichen Leben Litauens ein Umschwung ein. Litauen war in der Regierungszeit Batorys allmählich fast ganz protestantisch geworden. Die Quellen des Protestantismus waren die deutschen Universitäten, in die der litauische Adel seine Jugend schickte. Zum Kampf gegen den Protestantismus rief der Bischof von Wilna 1569 die Jesuiten ins Land. Stefan Batory, selbst Katholik, war den Protestanten gegenüber nach außen hin tolerant, unterstützte aber die Katholiken in ihrem Kampf gegen den Protestantismus. Er nahm sich der Jesuiten sehr an und erteilte 1579 den Jesuiten das Recht, in Wilna eine Akademie zu gründen.

Durch die Gründung der Akademie wurde das Schicksal des Protestantismus in Litauen besiegelt. Der junge litauische Adel besuchte nur noch jesuitische Schulen (sie waren die besten) und kam aus ihnen als Träger des Katholizismus heim.

Stefan Batory starb 1586 in Gardan (Grodno), wo er meistens auch gewohnt hatte.

Nach seinem Tode zerfiel Polen in zwei Lager. Die mit der Regierung Batorys und seines Kanzlers Zamoiski Unzufriedenen wählten Kaiser Maximilian. Die anderen aber wählten den Schwedenprinz Siegmund Wasa, den Neffen der polnischen Königinwitwe. Schließlich wurde Kaiser Maximilian gezwungen, auf den polnischen Thron zu verzichten und Siegmund Wasa wurde König. Litauen erkannte ihn aber erst dann an, als die Polen weitere Zugeständnisse in der Verwaltung Livlands machten und der König einen neuen Gesetzkodex, das 3. litauische Statut, bestätigte.

Diese Wahl verwickelte Polen-Litauen in langwierige Kämpfe mit Schweden um den schwedischen Thron. Am meisten hatte unter diesen Auseinandersetzungen Litauen zu leiden.

Nach dem Tode seines Vaters wurde Siegmund Wasa 1593 König von Schweden. Er ernannte seinen Onkel Karl, den Fürsten von Sudermanland, zu seinem Stellvertreter. Dieser riß die Gewalt bald an sich, und Siegmund zog mit einem Heer nach Schweden, um ihn abzusetzen, wurde aber geschlagen und entthront. Karl besetzte Finnland, Estland und Livland. Der Krieg wegen

des schwedischen Thrones, der sich in den Kampf des Protestantismus gegen den Katholizismus eingliederte, entwickelte sich zu einem Krieg um Livland. Das litauische Heer unter dem Hetman Chodkewitz vertrieb mit Hilfe der Polen die Schweden aus Livland, besetzte Dorpat, schlug 1605 den zurückgekehrten Karl bei Kirchholm vernichtend und brachte Livland für kurze Zeit an Litauen-Polen zurück. Der Kleinadel, der unzufrieden war, daß Sigmund Wasa den Staat in einen Krieg verwickelt hatte, nahm erstmalig vom Recht auf Ungehorsamsverweigerung Gebrauch. Außerdem warf der Kleinadel dem König vor, Estland nicht angeschlossen zu haben und ohne Zustimmung des Senats eine Habsburgerin geheiratet zu haben. Zwei Jahre (1606—08) dauerte der Aufstand. Chodkewitz mußte dem König helfen und dann wiederum gegen Moskau ziehen. Für Livland hatte man keine Zeit mehr.

Nach dem Tode des Zaren Iwan IV., des Schrecklichen, wurde sein Sohn, der schwachsinnige Theodor, zum Zaren gekrönt, während sein Schwager, der energische Bojare Boris Godunow, die Geschäfte übernahm. Dieser wurde selbst Zar, als Theodor 1597 kinderlos starb. Theodors Bruder, Demetrius, wurde ermordet. Diesen Mord schrieb man Godunow zu. Da Godunow viele Feinde hatte und man vielerorts mit seiner energischen Regierung unzufrieden war und zudem in Rußland eine Hungersnot ausbrach, die vom Volke als Strafe Gottes für die Mordtat angesehen wurde, fand ein junger Mann, der sich für den durch ein Wunder geretteten Demetrius ausgab, im Volke, bei den Kosaken und vor allem in Polen Unterstützung für sein Spiel. Sigmund Wasa ließ ein polnisches Heer ausrüsten und nach Moskau marschieren. 1605 zog er in Moskau ein, nachdem das Heer Godunows gemeutert hatte. Doch bald wurde auch der falsche Demetrius ermordet und die Polen aus Moskau vertrieben. Zum Zaren wurde Basil Schuiski ausgerufen. Da fand sich ein zweiter falscher Demetrius. Auch diesen unterstützten die Polen. Schuiski verband sich darauf mit Schweden. 1609 entbrannte mit Polen—Litauen ein neuer Krieg. 1611 fiel Smolensk, Schuiski wurde entthront. Thronfolger wurde Sigmunds Sohn Wladislaus. Das litauisch-polnische Heer zog in Moskau ein und regierte im Namen Wladislaus. Es benahm sich inzwischen derart, daß ein Aufstand gegen die Fremdbläubi-

gen entbrannte und ein neuer Zar gewählt wurde. Theodor Romanow, der Sohn des Metropoliten, wurde Zar und die Polen-Litauer vom Bojaren Poscharski vertrieben. Dies Abenteuer endete 1618 mit dem Frieden von Diwilino und brachte Smolensk wieder an Litauen zurück. Polen erhielt Tschernigow und Nowgorod-Sjewersk.

Inzwischen kam in Schweden, nach dem Tode Karls IX., Gustav Adolf auf den Thron, der 1617 in Livland einbrach. Die Verteidigung führte Litauen allein, war aber dazu zu schwach, da Polen sich gleich nach dem Kriege mit Moskau in einen mit der Türkei verwickelte und selbst die Hilfe litauischer Truppen beanspruchte. 1621 nahm Gustav Adolf Riga, besetzte ganz Livland und zog nach Preußen. Siegmund wollte auch nach dieser Niederlage noch immer keinen Frieden schließen. So schloß denn Litauen 1627 gegen seinen Willen von sich aus mit Gustav Adolf einen Waffenstillstand. Da Gustav Adolf sich inzwischen in den 30jährigen Krieg verwickelt hatte, kam es 1629 zum Frieden von Altmärk, wonach ganz Livland an Schweden fiel.

Nach dem Tode Siegmunds (1632) wurde zum König sein Sohn Wladislaus, der sich im Lande zu Lebzeiten seines Vaters großer Beliebtheit erfreute, sofort gewählt. Er unterhielt gleichgute Beziehungen zu den Katholiken und zu den Protestanten, denen er die Wiedergutmachung aller Unrechte versprach. Das war das einzigmal, daß bei der Königswahl zwischen Polen und Litauen volle Einigkeit herrschte.

Seine Regierung begann mit einem kurzen, aber erfolgreichen Krieg gegen Moskau. Der Moskauer Zar Michael zog sofort, als ihn die Kunde vom Tode Siegmunds erreichte, gegen Smolensk. In seiner Hoffnung, daß es ein langes Interregnum bis zur Neuwahl des Königs geben würde, hatte er sich aber getäuscht. Wladislaus gelang es, Smolensk zu befreien, das russische Heer zu umzingeln und zur Kapitulation zu zwingen. Nun schloß Rußland einen „ewigen Frieden“, verzichtete endgültig auf die im Frieden von Diwilino verlorenen Gebiete und verpflichtete sich zu einer Kontributionszahlung.

Obwohl Wladislaus sich in seinen „pacta conventa“ auch verpflichtet hatte, sich nie mehr um den schwedischen Thron zu bemühen, hatte er auf diesen Thron doch nicht verzichten wollen.

Und als sein Werben um die Hand der schwedischen Königin, Kristine, erfolglos blieb, griff er 1635 die Schweden in Preußen an und schickte die Litauer unter Radziwill nach Livland. Die Polen wollten aber keinen Krieg. Auch Schweden, das in den 30jährigen Krieg verwickelt war, wollte ihn nicht. Gegen den Willen des Königs Wladislaus schlossen die Polen mit den Schweden Frieden. Litauen, das Livland zurückerobern wollte, erkannte diesen Frieden nicht an und führte den Krieg eine Zeitlang auf eigene Faust weiter. Es mußte aber den Krieg abbrechen und die inzwischen eroberten Gebiete (Wenden) an Schweden zurückgeben.

Im Krieg um die Kosaken brachen 1654 die Russen in Litauen und die Kosaken in Polen ein. In Litauen besetzten die Russen fast ohne Widerstand Polotzk, Witebsk, Mohilew, Mosyr und nach viermonatiger Belagerung auch Smolensk. Im nächsten Jahr nahmen die Russen Wilna, Garden und Kauen.

Indessen brachen in Litauen und Polen auch die Schweden ein. Der Nachfolger Kristinens, der junge Karl X., machte den Versuch, den neuen polnischen König Johann Kasimir mit Waffengewalt zum Verzicht auf den schwedischen Thron zu zwingen. Vor seinem Heer, das über Preußen nach Polen vordrang, kapitulierten die Polen ohne Kampf. Die Schweden besetzten fast ganz Polen, Johann Kasimir floh nach Österreich. Dem zweiten schwedischen Heer unter Magnus de la Gardie unterwarfen sich die Litauer angesichts des Vormarsches der Russen auf Wilna freiwillig. Unter der Führung des litauischen Hetmans Janusch Radziwill unterzeichnete der litauische Adel in Keidann einen Vertrag mit Schweden, nach dem die Union Litauens mit Polen aufgehoben wurde und Litauen in ein Unionsverhältnis zu Schweden trat. Laut diesem Vertrag wurde Karl X. zum Großfürsten von Litauen ausgerufen. Die Schweden verpflichteten sich, die von Moskau besetzten Gebiete zurückzugewinnen. Der Vertrag wurde vom Großadel, den hohen geistlichen Würdenträgern und von über 1000 Angehörigen des Adelstandes unterzeichnet.

Karl X. kümmerte sich aber sehr wenig um die Auswertung seiner kriegerischen Erfolge. Er führte den Krieg um des Ruhmes willen. Dieser Unionsakt wurde von ihm wohl deshalb weder bestätigt noch abgelehnt. Die Schweden hausten inzwischen

in Litauen nicht wie in einem Lande des Verbündeten oder einer mit ihnen unierten Nation, sondern wie in Feindesland, jedenfalls nicht milder als in Polen selbst. Dort entbrannte gegen die Schweden ein Volksaufstand, der den Schweden große Verluste brachte und sich bald auch in Litauen ausbreitete. Der entbrannte Kleinkrieg gegen die Schweden dauerte bis zum Tode Karls X. Erst 1660 kam der Frieden von Oliva zustande, der diesem Kriege ein Ende machte. Danach bekam Polen-Litauen einen Teil Livlands, nämlich Lettgallen zurück. Johann Kasimir verzichtete endgültig auf den schwedischen Thron.

Die Russen drangen von Wilna aus nicht weiter vor. Als Litauen sich nach dem Frieden von Oliva wieder etwas sicherer fühlte, konnten 1661 Gardon, Mohilew und Wilna zurückgenommen werden. Da den Russen seitens der Türken Gefahr drohte, kam es 1667 zum Frieden von Andruschowo. Rußland gab Litauen Polotzk und Witebsk zurück, behielt aber Smolensk und bekam die Ukraine mit Kiew. In diesem Vertrag wurde dem Zaren das Zugeständnis gemacht, daß in Polen-Litauen die Russen in ihrer Religionsausübung nicht behindert werden sollten, und so wurde der Grund für spätere Eingriffe Rußlands in die Angelegenheiten Polen-Litauens gegeben.

Unter dem unfähigen Johann Kasimir kam Polen-Litauen durch die immer häufigere Anwendung des „liberum veto“ der Auflösung um einen Schritt näher. Die Beschlüsse des Sejm bedurften nunmehr der einstimmigen Annahme. Viele Sejms mußten sich daher, ohne irgendwelche Beschlüsse gefaßt zu haben, vertagen. Das Land und die Städte waren verwüstet, der Adel rebellisch. Angesichts dieser Lage dankte Johann Kasimir 1668 ab.

Nach seiner Abdankung wurde Michael Wißniawetzki (1669 bis 1679) König. Er war Pole aus dem mittleren Adelsstande und wurde gegen den Willen des Großadels gewählt. Der Großadel hielt ihn nicht für ebenbürtig und behandelte den König von oben herab. Damals hatte Litauen Christoph Pac zum Kanzler. Dieser benahm sich Polen gegenüber ganz selbständig. Während eines schweren Krieges mit den Türken, der wieder wegen der Kosaken geführt wurde, setzten die Litauer z. B. durch, daß trotz der Bestimmung der Lubliner Union jeder dritte Sejm unter dem Vorsitz eines litauischen Marschalls in Litauen zu tagen hatte.

Schon während des Türkenkrieges wurde der polnische Hetman Jan Sobieski in Polen populär. Er wurde nach dem plötzlichen Tode Wiśniawetzkis zum König (1679—1696) gewählt.

Die nächste Königswahl war schon keine Königswahl mehr, sondern ein Thronkauf, der mit Bestechungsgeldern geführt wurde. Den Thron erhielt der Kurfürst von Sachsen, August der Starke. In Litauen wurde zu der Zeit eine blutige Fehde der Sapjehas gegen ihre Feinde geführt, die mit einer Niederlage der Sapjehas 1700 bei Walkininki und dem Morde des gefangengenommenen Michael Sapjeha, dem Sohn des Hetmans, endete.

August der Starke und der energische Rußlandzar Peter I. schlossen miteinander ein Bündnis, um die Schweden aus dem Baltikum zu vertreiben. Peter I. erkannte als erster die Bedeutung der Ostsee für Rußland und wollte hier unbedingt festen Fuß fassen. Die von Peter I. eingesetzte Europäisierung Rußlands brauchte einen unmittelbaren Zugang nach dem Westen, und das konnte nur die Ostseeküste sein. Dieser Koalition schloß sich Dänemark und Brandenburg an. Der kaum 18jährige Karl XII. zeigte sich aber als ein genialer Heerführer. Durch einen Streich zwang Karl XII. Dänemark zum Frieden, wandte sich blitzschnell gegen den Zaren und schlug ihn bei Narwa vernichtend. Nun wandte er sich zum Entsatz Rigas. Das Heer Augusts wurde aus Livland vertrieben und Karl XII. knüpfte nun Beziehungen zu Sapjeha an. Er schickte zunächst ein Heer nach Litauen, um angeblich die vom Adel geplünderten zahlreichen Besitzungen Sapjehas in Schutz zu nehmen. Karl XII. besetzte darauf Kauen, Wilna, zog weiter nach Polen und schlug August den Starcken, der nach Sachsen fliehen mußte. 1704 ließ Karl XII. einen Wahlsejm einberufen, auf dem der Posener Wojewode, Stanislaus Leszczinski, zum König gewählt wurde. Karl XII. folgte August dem Starcken nach Sachsen, wo er ihn 1706 im Frieden von Alttrandstadt auf den polnisch-litauischen Thron zu verzichten zwang. Er hatte keine weiteren Ansprüche an Polen-Litauen gestellt und bestätigte den Frieden von Oliva. Er wandte sich nun gegen die Russen. Bei Poltawa wurde er aber von Peter I. 1709 geschlagen und mußte in die Türkei fliehen.

Die Russen besetzten wieder fast ganz Litauen und einen Teil Polens. König Leszczinski floh. August der Starke kehrte nun

nach Polen-Litauen zurück. Mit Hilfe des russischen und seines sächsischen Heeres regierte er ohne irgendeine Rücksicht auf den Adel zu nehmen. Es kam aber zu einer Konföderation (so wurden die Aufstandsbündnisse des Adels genannt), der August nicht gewachsen war. Die Konföderation konnte erst von den Russen unterdrückt werden, und die Russen diktierten dem Adel auf dem „Stummen“ Sejm im Jahre 1717 die Friedensbedingungen. Nach diesen Bedingungen durfte Litauen ein Heer von nur 6000 Mann und Polen eins von 18 000 Mann halten. Das russische Heer blieb in Litauen stehen. Der Staat war nicht mehr selbständig.

Zum Nachfolger August des Starken wurde sein Sohn, Friedrich August III. gewählt (1733—1763).

Von sich aus konnte sich der Staat aber nicht mehr helfen. Alle Sejmsberatungen endeten ergebnislos. Das „liberum veto“ ließ keine neuen Steuern zu, und die Kasse war leer. Der Zustand, ohne Heer zu sein, gefiel dem Kleinadel gut; denn der Verzicht auf ein Heer bedeutete Steuerfreiheit. Allgemein hieß es — „der Staat verdankt seine Existenz der Unordnung“.

Der Großadel lebte von Subsidien fremder Staaten, deren Politik er im Lande trieb. Diese Subsidien galten nicht für Bestechungsgelder, was sie nach unseren Begriffen waren, ihre Größe war ein Gradmesser des Einflusses dieser oder jener Familie im Staate. Je größer diese Subsidien waren, um so größer war das Ansehen dieser Familie, die daraus keinen Hehl machte und sich dessen rühmte. Der Kleinadel war verarmt, wirtschaftlich vom Großadel abhängig und sein gehorsames Werkzeug. So wurde das „Niepozwalam“ — ich erlaube nicht —, wodurch eine Sejmsitzung abgebrochen wurde, nie von einem Magnaten, sondern stets von einem Angehörigen des Lumpenadels ausgesprochen; denn die Abbrechung des Sejms war immerhin eine schandhafte Tat, die dem Ansehen des Magnaten schaden könnte. Der Protestierende wurde gewöhnlich von der andern Partei angegriffen, um durch seine Entfernung die Annahme des Antrags zu ermöglichen. Ihm zur Hilfe kamen dann gewöhnlich die Anhänger desjenigen Magnaten, auf dessen Veranlassung das „Niepozwalam“ ausgesprochen wurde. Der darauf folgende Zusammenstoß artete meist in eine Schlägerei aus, und der Sejm mußte nun erst recht abgebrochen werden.

So zeigt sich die Geschichte Litauen-Polens nicht als kulturpolitische Auseinandersetzung, sondern als Geschichte zahlreicher Ränkespinnereien, Intriguen und kleinlicher politischer und persönlicher Auseinandersetzungen. Daneben aber ist sie die Geschichte konfessioneller Auseinandersetzungen in einem Raum, der seiner geographischen Lage nach berufen wäre, ähnlich dem Gebiete Est- und Lettlands, Bollwerk der Kultur und Brücke für die Wirtschaft zu sein. Gleichzeitig ist es aber auch eine Geschichte zahlreicher außenpolitischer Verwicklungen und innerer Unruhen.

Um ihre egoistischen Ziele zu erreichen und russische Subsidien zu erhalten, auch um die Gunst des prunkhaften russischen Hofes zu finden, schickten die inzwischen zur Macht gelangten Czartoriskis ein Mitglied ihrer Familie (unter dem Namen „die Familie“ gingen die Czartoriskis in die Geschichte ein) Stanislaus August Poniatowski nach Petersburg. Hier erwarb er sich die Gunst der Kaiserin Katharina.

Nach dem Tode Friedrich August III. vereinbarte die Zarin Katharina mit Friedrich dem Großen von Preußen, daß einerseits der russische Adel im Osten Polen-Litauens und andererseits die Protestanten in den Städten rechtlich den Katholiken gleichgestellt werden sollten. Die Städte spielten in der Geschichte des Staates keine wesentliche Rolle; denn die Bürger der Städte und der russische Adel waren im Sejm nicht vertreten. Um dieses zu erwirken, sollte Poniatowski mit russischer und preußischer Unterstützung auf den Thron kommen. Dies gelang auch. Durch seine Wahl kam die „Familie“ zur Macht. Diese wollte ihre Macht auch für die Zukunft ausbauen und setzte es durch, daß das „liberum veto“ in Sachen der Finanzverwaltung eingeschränkt wurde. Das konnte dem Kleinadel nicht gefallen. 1787 kam es zu einer Konföderation, an deren Spitze sich der Wilnaer Wojewode Karl Radziwill stellte. Mit Unterstützung des russischen Gesandten Rjepnin, der ein russisches Heer zu seiner Verfügung im Lande hatte, nahm der „Sejm der Konföderation“ eine Verfassung an, die das „liberum veto“ wieder in alter Form einführte, die Rechte der Dissidenten (der Nichtkatholiken) denen der Katholiken an gleich u. a. m. Zum Garanten dieser Verfassung wurde Rußland

gebeten. Somit wurde Polen-Litauen auch rechtlich zu einem Protektoratsgebiet Rußlands.

Das Wirken des russischen Regenten, offiziell Gesandten, Rjepnin, wie die Verbannung namhafter Polen nach Rußland, Einquartierungen des russischen Heeres u. a. löste im Lande eine Reaktion aus. Es kam 1768 zu einer Adelserhebung, die unter dem Namen „Konföderation von Bar“ bekannt ist. Zunächst wurden die Konföderierten von den verbündeten Russen und dem Heere des Königs geschlagen. Die Konföderierten beruhigten sich nicht und führten weiter einen Guerillakrieg. Sie erklärten Poniatowski für entthront und ließen ihn von einer Partisanengruppe gefangennehmen. Diese Majestätsbeleidigung rief an sämtlichen Höfen des absolutistischen Europa tiefe Empörung hervor. Selbst Frankreich, das mit den Konföderierten anfangs sympathisierte, wandte sich nun von ihnen ab. Katharina, Maria Theresia und Friedrich der Große vereinbarten einzugreifen. Am 5. August 1772 wurde ein Vertrag unterzeichnet, laut dem die Russen Lettgallen, Teile von Polotzk und Witebsk bis zum Dnjepr und bis zur Düna, Österreich einen Teil Kleinpolens und Westgaliziens und Preußen Ermland und Pommerellen besetzten. Die Konföderierten leisteten keinen Widerstand, die Konföderation fiel auseinander. 1773 wurde ein Sejm einberufen, der die besetzten Gebiete an diese Länder abtrat, wichtige Reformen durchführte und die Garantie über die Verfassung allen drei Staaten, Rußland, Preußen und Österreich übertrug. Das Heer wurde vergrößert, und es wurde ein ständiges für beide Teile des litauisch-polnischen Staates gemeinsames Verwaltungsorgan gegründet, das die Tätigkeit der Behörden beider Staatsteile beaufsichtigte. Litauen verlor dadurch einen wesentlichen Teil seiner autonomen Rechte.

Diese Reformen befreiten den Staat vom Einfluß des Auslandes nicht im geringsten. Im Gegenteil. Der russische Einfluß war noch größer geworden. Die Notwendigkeit, im Lande Ordnung zu schaffen, um es vom russischen Joch zu befreien (das russische Heer war die ganze Zeit im Lande), wurde immer dringender. Doch solange die Russen da waren, war alles vergeblich. Bald bot sich dazu aber eine Gelegenheit. Rußland verwickelte sich in einen Krieg mit der Türkei und bat die Polen um Beistand. Das russi-

sche Heer mußte das Land räumen. Sofort wurde 1788 ein Sejm einberufen, der mit Unterstützung Preußens eine Reihe von wichtigen Reformen durchführte. Es wurde der Beschluß gefaßt, ein Heer von 100 000 Mann zu bilden, ferner wurde ein Ministerrat gebildet, der den Parallelismus der litauischen und polnischen Behörden beseitigte und somit ein voller Zusammenschluß beider Staatsteile durchgeführt. Der Thron wurde für erblich erklärt, das „liberum veto“ abgeschafft und der „Lumpenadel“ wurde von der Teilnahme am Sejm ausgeschlossen, dagegen wurden aber wählbare Vertreter der Städter in den Sejm aufgenommen. All diese Reformen wurden in einem Akt niedergeschrieben, der den Namen der „Verfassung des 3. Mai“ (1791) erhielt. Durch diese Reformen waren alle Voraussetzungen für die Gesundung des Staates gegeben. Doch nicht der ganze Adel war mit diesen Neuerungen einverstanden, vor allem nicht die Litauer, die sich in ihren Rechten verletzt fühlten. Sie baten Rußland um Hilfe, das ja die alte Verfassung garantiert hatte, und schlossen sich in Targowitz 1792 zu einer neuen Konföderation zusammen. Ganz Litauen schloß sich dieser Konföderation an. Rußland brach mit seinem Heere wieder ein. Das junge polnische Heer war den Russen nicht gewachsen. In Litauen sind die Russen überhaupt keinem Widerstand begegnet. Die Macht erhielten nun die Konföderierten, die die Verfassung vom 3. Mai sofort widerriefen. Rußland nahm die eigenmächtige Beseitigung der von ihm garantierten Verfassung zum Anlaß, um sich weitere polnisch-litauische Gebiete anzueignen. Die Zustimmung des zweiten Garantens, Preußen, erhielt es durch Überlassung Danzigs, Thorn und Posens an Preußen. Auf Österreich brauchte man keine Rücksicht zu nehmen, da es im Kriege mit Frankreich war. Der in Gardn (Grodno) einberufene Sejm mußte diese Teilung bestätigen. Rußland bekam den restlichen Teil der Ukraine, Minsk und das restliche Gebiet Litauens.

Diese Teilung löste wieder eine Reaktion aus. Diesmal war es keine Konföderation des Adels mehr, sondern eine Volkserhebung, in der das Nationalbewußtsein unter dem Einfluß der französischen Revolution, mit sozialen Forderungen verknüpft, erwachte. Die Führung dieser Bewegung übernahm der General der amerikanischen Freiheitskriege Tadeusz Kosciuszko. Die aufständischen

Truppen warfen die Russen aus Warschau, Krakau, Wilna und fast aus ganz Litauen. Kosciuszko befreite die Bauern. Zusammen mit den Russen wurden auch namhafte Polen, die als Russenfreunde galten, niedergemetzelt. Diese Maßnahmen und Vorfälle stießen einen großen Teil des Adels von Kosciuszko ab, um so mehr, als die Bewegung auch gegen den König und Adel gerichtet war. Von den russischen und preußischen Truppen geschlagen, wurde Kosciuszko gefangengesetzt. Damit war das Schicksal Polens besiegelt. Da die Truppen der verbündeten Staaten bereits im Lande waren (Österreich hat sich an der Niederwerfung des Aufstandes ebenfalls beteiligt), beschlossen Rußland, Preußen und Österreich, den Reststaat endgültig aufzuteilen. Rußland erhielt Litauen bis zur Memel, Preußen — Neu-Ostpreußen, Österreich den Rest Galiziens. König Poniatowski dankte ab.

Litauen fiel durch diese Teilung an zwei Staaten. Das links des Memelstroms liegende Gebiet fiel an Preußen, das andere — an Rußland. Durch diese Teilung erhielten dann beide Teile eine verschiedenartige kulturelle Entwicklung. Die Bauern wurden in Neu-Ostpreußen frei, die Landwirtschaft durch Prämien gefördert, Handel und Gewerbe geordnet, das Land kolonisiert, die Städte ausgebaut. Die Tätigkeit konnte aber nur beschränkte Erfolge bringen; denn schon 1807 mußte Preußen im Tilsiter Frieden wieder auf dieses Gebiet verzichten. Das Rußland zugefallene Gebiet Litauens wurde später in drei Gouvernements, Wilna, Kauen (Kowno) und Garden (Grodno) eingeteilt. Das gesamte litauische Gebiet erhielt den Namen „Nordwestliches Gebiet“ und wurde in seiner Verwaltung bald dem übrigen Rußland angeglichen.

Nach dem Tilsiter Frieden bildete Neu-Ostpreußen und somit auch der litauische Teil dieses Gebietes einen Teil des unter Schutz Napoleons gebildeten Herzogtums Warschau mit König Friedrich August von Sachsen als Herzog. In dieser Zeit wurde auch hier die Bauernbefreiung endgültig durchgeführt und das Napoleonische Recht eingeführt, das in diesem Landesteil auch noch heute gültig ist.

Während des Napoleonischen Feldzuges nach Rußland hoffte der litauische Adel noch einmal, einen neuen litauischen Staat begründen zu können. Napoleon gestattete auch die Bildung eines

litauischen Heeres. Unter großem Freudentaumel wurde am 14. Juli 1812 in Wilna die Union mit Polen feierlich erneut. Mit der Niederlage Napoleons ging aber auch diese Hoffnung bald verloren. Die litauische Regierung flüchtete zunächst nach Dresden, löste sich aber bald darauf auf.

Nach dem Wiener Kongreß wurde Neu-Ostpreußen Bestandteil des Königreichs Polen, dessen Krone dem Zaren Alexander I. zugesprochen wurde.

Kapitel 5

Litauen unter russischer Herrschaft

Die ersten Jahre unter russischer Herrschaft waren verhältnismäßig leicht. Rußland bemühte sich, alles beim alten zu lassen. Der Adel und die Städte erhielten weitgehende Selbstverwaltung. In Wilna wurde die frühere Jesuitenakademie, die spätere Wilnaer Hauptschule, 1803 als Universität mit weitgehender Selbstverwaltung eröffnet. Viele höhere Ämter wurden mit Polen besetzt.

Der litauische Adel war gänzlich polonisiert. Er bediente sich der polnischen Sprache, ließ aber keinen Zweifel daran, daß er litauisch und nicht polnisch sei. Es entwickelte sich eine fast krankhafte Verehrung alles Litauischen. In polnisch-litauischer Gemeinschaft — von einer Trennung war nie die Rede — bildete sich die politisch-mystische Theorie, daß Polen-Litauen ein Märtyrer der europäischen Völker wäre. Als auserwähltes Volk hätten beide die Sendung, die geknechteten Völker zu erlösen. Darum aber müßten sie selbst die Knechtung tragen. Diese, an Größenwahn grenzende Theorie führte zur Bildung der sogenannten Jagellonischen Idee, die besagte, daß ein Zukunftsstaat entstehen solle, in dem unter Führung der Polen alle slawischen Völker, sowie die Litauer und Ungarn, vereint werden sollten.

Die Ereignisse des Jahres 1830 und insbesondere die von Frankreich und England den Belgiern gewährte Hilfe gab auch den Polen neue Hoffnungen. In Polen wie in Litauen entstand bald ein Aufstand. In Litauen begann der Aufstand mit einer Erhebung der leibeigenen Bauernschaft unter Führung eines Teils

des Adels, dem sich dann der gesamte Adel anschloß. Zunächst gelang es, die Russen aus dem ganzen Gebiet des gegenwärtigen Litauen zu vertreiben. Nur Kauen und Wilna blieben in den Händen der Russen. Die erhoffte Hilfe der Engländer kam aber nicht. Die Leibeigenen sahen bald, daß der Adel gar nicht daran denke, sie zu befreien und begannen, die Reihen der Aufständischen in Scharen zu verlassen. Ein Hilfskorps der Polen brachte Litauen nur wenig Hilfe, dafür aber einen Streit um die Führung. Die Russen erholten sich sehr schnell, ein Teil der Aufständischen wurde geschlagen, der größte Teil flüchtete nach Preußen, und nur eine kleine Gruppe schlug sich bis Warschau durch, wo der Aufstand noch längere Zeit andauerte.

Nach der Niederwerfung des Aufstandes wurde auch die Autonomie des polnischen Königreiches aufgehoben, und Polen blieb nur noch Verwaltungseinheit innerhalb des russischen Reiches; aus Litauen wurden ganze Dörfer nach Sibirien verbannt und an ihrer Stelle Russen angesiedelt. Viele Klöster und Kirchen, die am Aufstand beteiligt waren, wurden geschlossen oder zu russischen Kirchen und Klöstern umgewandelt. Das Eigentum der am Aufstand Beteiligten wurde beschlagnahmt und unter Russen verteilt. Zahlreiche Schulen wurden in russische Schulen verwandelt. Die Wilnaer Universität wurde geschlossen. Die kirchliche Union zwischen der römisch-katholischen und der griechisch-katholischen Kirche wurde für aufgehoben erklärt und die Uniierten zwangsweise zu orthodoxen Gemeindegliedern gemacht. Schließlich wurde das litauische Recht aufgehoben und in Litauen das russische Recht eingeführt.

Die Bauern in Litauen (mit Ausnahme des links der Memel gelegenen Gebietsstreifens) waren immer noch nicht befreit. Es fehlte zwar nicht an Fällen, wo einzelne Großgrundbesitzer ihre Leibeigenen unter dem Einfluß der liberalistischen Ideen, teils ohne Land, in einzelnen Fällen aber sogar mit Land befreiten. Die liberalistische Weltwirtschaft war aber inzwischen so weit fortgeschritten und die Lage der Landbevölkerung derart schwer, daß schließlich auch Rußland an eine Reform denken mußte. Nach langen Beratungen und nach Befürwortung durch die Gutsbesitzer (den Adel) wurde am 19. Februar 1861 in ganz Rußland die Bauernbefreiung verkündet. Das ihnen zugesprochene Land

durften die Bauern in 49 Jahren auskaufen. Bei der Durchführung der Reform aber suchten die Gutsbesitzer für sich das bessere Land zurückzubehalten oder gar das ganze Land zu behalten, so daß die Bauern oft ganz landlos wurden. Auch in dem Teil Litauens, in dem die Bauern bereits frei waren, sollten sie Land unter denselben Bedingungen erhalten, aber auch hier wollten die Gutsbesitzer das Land, das die Bauern in Pacht hatten, nicht hergeben. Zur Durchführung der Reform riefen die Gutsbesitzer das Militär auf die Güter, so daß sich bei der Landbevölkerung eine panikartige Stimmung verbreitete. Unter solchen Bedingungen erschien den Bauern die Freiheit wenig verlockend, und die alte Leibeigenschaft war für viele, die nun landlos werden sollten, vorteilhafter. Diese Stimmung wurde von den revolutionären Elementen geschickt ausgenutzt. Unter der Losung, Freiheit und Land den Bauern, brach 1863 ein neuer Aufstand aus, der gegen die Russenherrschaft gerichtet war. Das Revolutionskomitee verbreitete in litauischer und polnischer Sprache Aufrufe an die Landbevölkerung, in der alle Standesunterschiede zwischen Bauern und Adel für aufgehoben und der im Besitz der Bauern befindliche Boden als ihr Eigentum erklärt wurde. Während diese Aufrufe in Polen und in Polnisch-Litauen so gut wie wirkungslos blieben, da die Bauern dort bereits die persönliche Freiheit besaßen, entflamte in Russisch-Litauen ein wahrer Bauernaufstand, an dem auch der Adel und die katholische Geistlichkeit teilnahmen. Bewaffnet mit Jagdflinten, Sensen, Beilen und Spießen sammelten sich die Aufständischen in den Wäldern und führten gegen die Russen einen Guerillakrieg. Den Russen offen entgegenzutreten, konnten sie aber nicht wagen.

Die russische Regierung schickte General Murawjow nach Litauen, der zum Generalgouverneur von Wilna ernannt wurde. Murawjow erkannte, daß die litauischen Bauern vom polonisierten Adel und der polnischen Geistlichkeit verführt waren und wandte sich mit voller Schärfe gegen diese. Die Kosakenabteilungen, die im ganzen Lande verteilt wurden, haben das Land von den Aufständischen bald gesäubert, wobei die Bauern selbst dabei nicht zu unterschätzende Hilfe geleistet haben, denn Murawjow trat ihnen gegenüber als ihr Beschützer vor den Gutsbesitzern auf. Was den Adel betrifft, so wurde er mit einer 10proz.

Kontribution vom Werte seines Besitzes bestraft; den aktiven Teilnehmern aber wurde ihr ganzer Besitz enteignet und viele wurden erhängt, zu Zwangsarbeiten verurteilt und nach Sibirien verbannt.

Auch in seiner weiteren Tätigkeit nach der Niederwerfung des Aufstandes zeigte Murawjow viel staatsmännische Klugheit. Die Gutsbesitzer mußten das den Bauern vorenthaltene Land herausgeben. Für vorenthaltene Nutzungsrechte der Gutswälder und Seen mußten die Bauern in anderer Weise entschädigt werden. Der Kleinbesitz der Bauern wurde auf Kosten der Güter vergrößert. Die Gutsarbeiter und Knechte, die von der Bodenreform unberücksichtigt blieben, bekamen ebenfalls kleine Landparzellen als Eigentum. Der Ankaufspreis für das den Bauern überlassene Land wurde erheblich gesenkt. Vergeblich bemühte sich der Adel, diese „revolutionäre“ Tätigkeit Murawjows beim Hofe zu untergraben. In der Tat, Murawjow gab der Landbevölkerung alles das, was ihr von den Aufständischen versprochen wurde. In Polnisch-Litauen bekamen die Bauern das in ihrem Besitz befindliche Land unentgeltlich zu eigen.

Murawjow regierte nur zwei Jahre. Seinem Nachfolger fehlte es an staatsmännischer Einsicht, und manches seiner Beginnen, das dem Wohle der litauischen Bauernbevölkerung dienen sollte, brachte nicht den Erfolg, den Murawjow hätte erwarten dürfen.

Die weitere Herrschaft Rußlands in Litauen verlief im Zeichen der Reaktion und der Unterdrückung des erwachenden national-litauischen Volksbewußtseins.

2. Teil

DER NATIONALSTAAT

Kapitel 1

Das Erwachen des litauischen Nationalbewußtseins

Die Voraussetzungen für das Entstehen einer nationallitauischen Führerschicht schuf, so unwahrscheinlich es auch klingen mag, niemand anders als Murawjow, der von den Polen den Beinamen „der Henker“ erhielt. Zwar fehlte es früher nicht an einzelnen nationaldenkenden Litauern, die hauptsächlich dem Adel entstammten und unter dem Einfluß der Romantik in der Mitte des vorigen Jahrhunderts den Weg zu ihrem eigenen Volke fanden. Aber die Masse der Bevölkerung konnte von ihnen nicht erfaßt werden; denn diese hatte nur ihre wirtschaftliche Not vor Augen. Erst die Reformen Murawjows und sein Wirken für das Wohl der Bauernbevölkerung gab ihnen die Grundlage, ihre geistigen Fähigkeiten zu entwickeln. Die Bauernbevölkerung Polnisch-Litauens (des Suwalkigebiets) gelangte bald zu einem im Vergleich mit den Ostgebieten erheblichem Wohlstand. Ihnen folgten dann auch die anderen Gebiete Litauens, besonders in dem an Kurland grenzenden Landstreifen. Eine wesentliche Rolle spielte bei den ersten die Nähe Deutschlands. Nach Deutschland zogen die Litauer als Arbeiter, kamen mit neuen Erfahrungen zurück und wandten die gelernten Wirtschaftsmethoden auf eigener Scholle an. Die eingewanderten Deutschen brachten ihre Wirtschaft bald auf einen Stand, der als vorbildlich galt. Ähnlich lagen die Verhältnisse im Norden in bezug auf das kulturell viel höher stehende Kurland. Der Wohlstand ermöglichte es, dem streng katholischen litauischen Bauern seinem Ehrgeiz zu entsprechen und einen seiner Söhne Pfarrer werden zu lassen. Außer dem Ehrgeiz, einem Sohne „als Pfarrer die Hand küssen zu dür-

fen“, sprachen da auch wirtschaftliche Erwägungen mit. Als Pfarrer einer reichen Gemeinde (die katholische Bevölkerung war der Kirche gegenüber sehr opferwillig) versorgte der Bruder oft die Geschwister mit einer Aussteuer und eine unverheiratet gebliebene Schwester konnte immer damit rechnen, bei dem Bruder als Wirtschaftlerin auf der Pfarre unterkommen zu können. Nicht immer hielt aber solch ein Pfarramtskandidat im Priesterseminar aus. Es fanden sich hier immer solche, die bald eine weltliche Laufbahn einschlugen. Oft kam es in solchen Fällen zum Bruch mit der Familie, die unbedingt einen Sohn als Pfarrer, nicht aber als Apotheker, Arzt oder Rechtsanwalt haben wollte. Diese hatten dann einen harten Kampf zu führen, ehe sie ihren Willen durchzusetzen vermochten. Sie hungerten sich oft durch und kamen auf den Universitäten durchweg in enge Berührung mit den sozialrevolutionären Ideen. So entstanden allmählich in Litauen zwei Führungsschichten: die litauische Geistlichkeit und die sozialistisch gesinnte weltliche Intelligenz. Diese Unterscheidung ist noch in den heutigen politischen Gruppierungen Litauens erkennbar. In nationalen Fragen waren beide Gruppen ziemlich einig. Wo aber soziale und weltanschauliche Fragen ins Gewicht fielen, gerieten beide Gruppen gewöhnlich aneinander. So wurde z. B. der Kampf um das litauische Schrifttum von den litauischen Geistlichen aufgenommen und dann gemeinsam weiter geführt. Dieser Kampf, der das nationale Bewußtsein der Litauer erheblich stärkte, steht in der Geschichte der Völker wohl einzigartig da.

Vor Mitte des 18. Jahrhunderts hatten die Litauer weder eine allgemeine Schriftsprache, noch eine Literatur. Das ganze Schrifttum bestand aus einigen Büchern geistlichen Inhalts. Das erste Buch in litauischer Sprache, ein Katechismus, erschien erst 1547 in Preußen. In Litauen selbst erschien das erste litauische Buch, ebenfalls ein Katechismus, 1595. Murawjow hatte 1864 einen Litauer beauftragt, eine litauische Grammatik in russischer Sprache zu schreiben, um den russischen Beamten die Erlernung der litauischen Sprache zu ermöglichen. Da der russische Text in russischer Schrift, der litauische Text in lateinischer in Anlehnung an die polnische Sprache verfaßt war (in Preußen wurden die litauischen Bücher in gotischer Schrift gedruckt), fand der Kurator

des Wilnaer Lehrbezirks Kornilow, daß die Erlernung von andern Schriftzeichen einem Russen unnötige Schwierigkeiten bereiten und erkundigte sich, ob es nicht möglich wäre, den litauischen Text mit russischen Schriftzeichen zu versehen. Es wurde eine Kommission gebildet, der auch ein namhafter Kenner der litauischen Sprache und Pionier des litauischen Schrifttums, der Herausgeber der ersten Kalender in litauischer Sprache, Iwinski, angehörte. Diese Kommission fand dieses möglich, da die russische Schrift Schriftzeichen hat, die viele litauische Laute genau wiedergeben, während man bei der Benutzung der lateinischen Schriftzeichen sie nur mit Doppelbuchstaben wiedergeben konnte. Bald erschienen auch die ersten Bücher in russischer Schrift, die auch von der litauischen Bevölkerung ohne weiteres akzeptiert wurden.

Die russische Geistlichkeit, die zur Betreuung des zahlreichen russischen Militärs und der russischen Kolonisten ins Land kam, konnte der Versuchung nicht widerstehen, die katholische Bevölkerung irgendwie im russischen Sinne zu beeinflussen. Sie kam auf den unklugen und unseligen Gedanken, die in russischer Schrift erscheinenden katholischen Gebetbücher zu fälschen, indem sie bei den Neuauflagen der bereits vom katholischen Bischof genehmigten Bücher, russische Dogmen und Gebete hineinschmuggelte. Sie glaubte, auf diese Weise die Bevölkerung auf eine Union vorbereiten zu können, die dann mit dem Übergang zur griechisch-katholischen Kirche enden sollte. Die Fälschung wurde aber entdeckt. Die katholische Geistlichkeit verkündete es von der Kanzel der Bevölkerung. Und die strenggläubige Bevölkerung, da sie um ihr Seelenheil besorgt war, wollte keine Bücher mit russischen Schriftzeichen mehr auch nur in die Hand nehmen. Die darauf folgende unentgeltliche Verteilung dieser Bücher erhöhte nur das Mißtrauen. Der Nachfolger Murawjows machte nun eine weitere Dummheit, indem er 1865 das Verbot erließ, litauische Bücher in lateinischer Schrift aufzulegen und zu verbreiten. Der katholischen Geistlichkeit blieb nichts übrig als den Druck der Bücher ins Ausland, und zwar nach Preußen zu verlegen, und dann die Bücher über die Grenze zu schmuggeln. Die weltliche Intelligenz sah in ihrer übertriebenen Abneigung gegen alles Russische, in der Einführung der russischen Schrift,

ein Mittel der Russifizierungsbestrebungen der Regierung, was unter den Nachfolgern Murawjows auch wirklich der Fall war.

Zunächst wurden nur Bücher religiösen Inhalts in Preußen gedruckt und ins Land geschmuggelt, später kamen auch ABC-Bücher und kleine, teils belletristische, teils propagandistische Werke, halb religiösen, halb weltlichen Charakters ins Land.

Der politische Kampf um das Schrifttum begann erst, als 1833 in Ragnit die erste litauische politisch-geschichtliche Zeitschrift „Aušra“ (Morgenröte) vom Arzt Basanavičius herausgegeben wurde. Mit dieser Zeitschrift begann eine systematische Beeinflussung der litauischen Bauern im nationallitauischen Sinne. Ihr folgte die katholische „Šviesa“ (Das Licht) und dann mit besonders großer Verbreitung die von Dr. Kudirka herausgegebene Zeitschrift „Varpas“ (Die Glocke), die sich mit nationalen und sozialen Fragen befaßte. Mit ihr erscheint auch eine für die Landbevölkerung bestimmte Zeitschrift. Die Geistlichkeit gab inzwischen ihre eigene Zeitschrift heraus. So erschienen vor der Aufhebung dieses unsinnigen russischen Verbotes in Preußen vier Zeitschriften in litauischer Sprache, die hauptsächlich von Berufsschmugglern über die Grenze gebracht wurden. 1904 wurde das Verbot, Bücher in litauischer Schrift zu drucken, aufgehoben.

Der Kampf um die Schrift hatte für die Gestaltung des Nationalbewußtseins der Litauer eine gute und eine schlechte Seite gehabt. Das gute war, daß der Kampfgeist der Jugend gegen das Russentum geschürt wurde und die Widerstandskraft wuchs. Andererseits hat sich dieser 40jährige Kampf auf die Entwicklung des litauischen Schrifttums sehr hemmend ausgewirkt.

Unter dem Einfluß dieser Schmugglerpresse stand und wuchs die junge litauische Generation heran. In Gymnasien und Seminaren bildeten sich Zirkel von litauisch gesinnten Schülern, die den Kampf um ihr Volkstum führten. Seit 1870 begann sich die litauische Sprache auch in den Kirchen einzubürgern, wobei es zu zahlreichen Konflikten mit der polnisch sprechenden Bevölkerung kam. Die Abneigung der Bauernbevölkerung gegen die freien Berufe (zur höheren Beamtenlaufbahn war für die katholischen Litauer der Weg versperrt) schwand allmählich. Zu Beginn der russischen Revolution war schon eine ansehnliche Füh-



Der Brautlauf – Lettische Hochzeitssitte



Der Trödelmarkt in Riga

erschicht herangebildet worden, denn zum ersten nationallitauischen Seim (Dezember 1905) versammelten sich bereits über 1800 Litauer verschiedener politischer Strömungen. Der Seim stellte die Forderung auf eine weitgehende Autonomie für das ethnographische Litauen. Da der Seim aber gleichzeitig eine Reihe gegen Rußland aufrührerischer Aufrufe erließ, obwohl der Generalgouverneur von Wilna die Erfüllung einer Reihe von Forderungen zugesagt hatte, kam es im Lande zu Russenverfolgungen, Plünderungen der staatlichen Spiritusverkaufsstellen, Vertreibungen und Morden an den russischen Behördenangestellten. Erst das herbeigerufene Militär konnte wieder Ordnung schaffen. Von irgendwelchen Zugeständnissen russischerseits konnte unter diesen Umständen natürlich keine Rede sein.

Nach der Erlangung der Schriftfreiheit im Jahre 1904 konnte die litauische Presse sich rasch entwickeln. Es erschienen verschiedene Zeitschriften, eine nach der anderen. 1905 erschien die erste Zeitung „Lietuvos Žinios“ (Litauische Nachrichten). Eine Reihe von Vereinen und Verbänden konnte ins Leben gerufen werden. Nunmehr konnten mit Unterstützung dieser Vereine auch litauische Privatschulen gegründet werden. Litauische Genossenschaften machten den Versuch, die Litauer wirtschaftlich zusammenzuschließen. Die Pioniere des litauischen Genossenschaftswesens hatten nach der Verselbständigung des Staates schon eine Schule hinter sich und konnten sich dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes widmen.

Zur Stärkung des Nationalbewußtseins der Litauer trugen auch die Wahlen in das russische Parlament viel bei. Nach dem russischen Wahlsystem wurde von jeder Bevölkerungsgruppe (Kurie) den Bauern, den Stadtbürgern, den Juden, dem Adel und dem Beamtentum eine bestimmte Zahl von Abgeordneten gewählt. Die Litauer versuchten sich zunächst mit dem polnischen Adel zu verbinden. Dieser stand den nationallitauischen Bestrebungen feindlich gegenüber und antwortete mit einem „Niemals“. Die Litauer verbanden sich darauf mit den Juden. Zum Teil ist es diesem Umstand zu verdanken, daß die litauischen Abgeordneten in der „Duma“ (im russischen Parlament) sich immer dem oppositionellen linken Flügel anschlossen, der die Litauer in ihren nationalen Forderungen unterstützte. In der ersten und zweiten

„Duma“ hatten die Litauer je sieben, in der dritten und vierten „Duma“ je vier Abgeordnete.

In den zehn Jahren (1904—1914) der freien Entwicklung des litauischen Volkes wurden weiter große Fortschritte gemacht. Zu Beginn des Krieges war schon eine derart ansehnliche Führerschicht vorhanden, die durchweg dem Bauernstande entstammte, daß mit dem Aufbau eines eigenen Staates begonnen werden konnte.

Kapitel 2

Das Werden des Staates

Beim Vormarsch der deutschen Truppen ins Innere Litauens im Jahre 1914/15 mußte ein Teil der Bevölkerung wegen der militärischen Operationen, unter russischem Zwang, die Heimat verlassen und nach Rußland abwandern. Um den Obdachlosen zu helfen, wurde bereits 1914 in Wilna ein „Komitee zur Unterstützung der Kriegsflüchtlinge“ gebildet, das mit Geldmitteln von der russischen Regierung ausgestattet war. Aus diesem Komitee bildete sich der spätere Nationalrat, die vorläufige litauische Regierung. Diesem Komitee gehörte u. a. auch A. Smetona, der erste und gegenwärtige Staatspräsident Litauens, an.

Als im September 1915 Wilna fiel, zog ein Teil des Komitees nach Rußland und betreute dort die litauischen Flüchtlinge. Ein anderer Teil blieb in Wilna, um hier die litauischen Belange zu vertreten.

Die Litauer konnten in Rußland bis zur russischen Revolution keine lebhaftere Tätigkeit entfalten. Die litauischen Abgeordneten stellten zwar zu Beginn des Krieges in der Duma den Antrag, daß aus dem nördlichen Teil Ostpreußens und aus Russisch-Litauen zusammen ein autonomes Gebiet innerhalb des russischen Reiches geschaffen werden sollte. Dieser Antrag blieb aber nur ein platonischer Wunsch. Ein Teil der Litauer aus den neutralen Staaten versammelte sich im Oktober 1915 in Stockholm zu einer Konferenz, konnte aber zu keinem Ergebnis kommen, da die Gesamtlage noch zu unübersichtlich war. So begann denn das Wilnaer Komitee sich zunächst mit der nationalen Aufbauarbeit zu

befassen. Mit Hilfe der Besatzungsbehörden wurden zahlreiche Schulen gegründet, Lehrerkurse veranstaltet. Die Besatzungsbehörden gaben auch eine Zeitung in litauischer Sprache „Dabartis“ (Die Gegenwart) heraus.

Im März 1916 wurde in Bern eine zweite Konferenz der Litauer aus den neutralen Staaten einberufen. Angesichts der polnischen Ansprüche auf Litauen wurde hier zum erstenmal offen erklärt, daß, falls ein unabhängiges Polen geschaffen werden sollte, Litauen in keinem Falle Polen einverleibt zu werden wünsche, sondern ebenfalls selbständig werden wolle. Diese Konferenz erhoffte die Selbständigmachung mit Hilfe der Mittelmächte.

Das Wilnaer Komitee wandte sich nun im Mai gemeinsam mit Vertretern anderer Völker Rußlands an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson mit der Bitte um Unterstützung in seinen Bestrebungen, sich vom russischen Joch zu befreien. Präsident Wilson redete schon damals viel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, hatte dabei aber gar nicht diese Völker im Sinne. Rußland aufzuteilen, lag nicht in seinem Interesse. Um den Forderungen größeres Gewicht zu verleihen, fand Ende Juni 1916 in Lausanne eine dritte Konferenz statt, an der auch drei Delegierte des Wilnaer Komitees teilnahmen. Diese Konferenz unterstützte den von der vorigen Konferenz gefaßten Beschluß, eine Verselbständigung Litauens zu erstreben.

Als nun die Mittelmächte am 5. November 1916 die Wiederherstellung des polnischen Königreichs proklamierten, und die Polen tatsächlich ihren Anspruch auf Litauen geltend machten, wandte sich das Wilnaer Komitee mit einem Memorandum an die deutsche Regierung und forderte ein selbständiges Litauen. Von der Existenz einer litauischen Nation wußte man aber damals in Deutschland nicht viel. Dieses Memorandum hatte zunächst den Erfolg, daß die deutschen Besatzungsbehörden im Juli 1917 den Litauern gestatteten, mit der Organisation eines eigenen Staates innerhalb des Deutschen Reiches zu beginnen. Es wurde ein Organisationskomitee gebildet, dessen Arbeitsausschuß eine Abgeordnetenkonferenz aus ganz Litauen einberief. Diese Konferenz mit Vertretern aus allen Teilen Litauens (insgesamt über 200 Abgeordnete) versammelte sich im September 1917 in Wilna und beschloß die Grundlinien der Verfassung des zukünftigen un-

abhängigen Staates auszuarbeiten. Die Konferenz beauftragte mit der Durchführung dieses Beschlusses einen aus 20 Personen bestehenden gewählten litauischen Nationalrat. Gleich darauf versammelte sich in Stockholm eine vierte Konferenz der Litauer der neutralen Staaten, an der auch Litauer aus Rußland teilnahmen. Diese Konferenz stimmte den Beschlüssen der Wilnaer Konferenz zu und erkannte den Nationalrat in Wilna als eine Vertretung des gesamten litauischen Volkes an. Eine fünfte Konferenz in Bern nahm dieselben Beschlüsse nochmals an. Die Errichtung eines selbständigen Staates unter Anlehnung an das Deutsche Reich wurde somit von allen Litauern begrüßt und anerkannt. Es blieb nur noch übrig, die näheren Beziehungen zu Deutschland vertraglich festzulegen.

Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Nationalrat die Errichtung eines unabhängigen Staates, stellte sich unter den Schutz des Deutschen Reiches und erklärte die „ewige“ Verbundenheit mit dem Reiche. Diese Verbundenheit sollte durch eine Militär- und Verkehrskonvention, eine Zollunion und eine einheitliche Währung ihren Ausdruck finden. Nach dieser Unabhängigkeitserklärung erfolgte plötzlich am 16. Februar 1918 eine zweite Proklamation, die den ersten Teil der vorherigen Erklärung wiederholte, im zweiten Teil aber, statt von Beziehungen zu Deutschland, von einer verfassungsgebenden Versammlung die Rede war, die die Grundlagen des Staates und die Beziehungen zu den anderen Ländern festlegen sollte. Der deutschen Regierung wurde aber bei der Überreichung dieser Erklärung zugleich mitgeteilt, daß die Bindung mit Deutschland, wie sie in der ersten Erklärung vom 11. Dezember 1917 festgelegt war, bestehen bleibe. Am 23. März 1918 wurde die Unabhängigkeit Litauens vom Deutschen Reiche anerkannt. Zum König von Litauen wählte der Nationalrat den Fürsten von Urach, einen Verwandten des Königs von Württemberg, der (nach dem Namen des ersten litauischen Königs Mendowe) als Mindaugas II. gekrönt werden sollte. Am 5. November 1918 wurde das erste litauische Ministerkabinett mit A. Woldemaras an der Spitze gebildet. Die Ereignisse vom November 1918 gaben den Dingen aber rasch einen anderen Lauf.

Die deutschen Truppen mußten das Land verlassen. Ihnen folgten überall die Bolschewisten. Die litauische Regierung mußte

aus Wilna fliehen und nach Kauen übersiedeln. Langsam bildete sich ein freiwilliges litauisches Heer, das mit deutscher Unterstützung organisiert und mit deutschen Waffen ausgerüstet wurde. Als die deutschen Behörden sahen, daß das junge litauische Bauernheer sich mit Waffen gegen die Bolschewisten wehrte, halfen sie ihm weiter, und mit Hilfe deutscher Truppen wurden die Bolschewisten, die schon drei Viertel des Landes besetzt hatten, vertrieben. Ende August 1919 war Litauen von den Bolschewisten befreit, den Südosten Litauens hielten aber die Polen besetzt. Am 12. Juli 1920 wurde mit Moskau ein Friedensvertrag unterzeichnet, wonach Rußland die Unabhängigkeit Litauens anerkannte. Die vereinbarte Grenze lief weiter im Osten als die gegenwärtig litauisch-polnische Grenze verläuft. Der Vertrag war für Litauen sehr günstig, die Russen übernahmen Litauen gegenüber viele Verpflichtungen, u. a. eine Kriegsentschädigung von 100 000 ha Wald, die Litauen jedoch nie erhalten hat.

Schon nach den ersten Erfolgen gegen die Russen, noch ehe die Bolschewisten endgültig das Land verlassen hatten, erkannten die Litauer, daß es verhältnismäßig leicht sein werde, mit den Bolschewisten fertig zu werden. Was sollte aber geschehen, wenn die Bolschewisten völlig geschlagen und Rußland wieder weiß würde? Die weißen Truppen kämpften ja für das „unteilbare“ Rußland.

Als die Letten nach der Niederlage Judenitschs die gegen die Bolschewisten kämpfenden Truppen angriffen, glaubten auch die Litauer, daß die Zeit gekommen sei, die in Litauen befindlichen Teile dieser Truppen, die Armee Bermond-Awalows und einen Teil der Armee von der Goltz anzugreifen. Bei Radziwillischken kam es zu Kämpfen, die auf Einmischung des Vorsitzenden der Alliierten Kommission General Nissell deutscherseits abgebrochen werden mußten. General Nissell hielt diese Truppen für einen Teil des Deutschen Heeres und befürchtete, daß bei etwaiger Zunahme der Kämpfe Hilfstruppen aus Deutschland herangezogen werden könnten. Seine Aufgabe bestand aber darin, den von den alliierten Mächten erzwungenen Rückzug der Deutschen aus dem Baltikum zu kontrollieren. Am 15. Dezember 1919 verließen die letzten Truppenteile des gegen die Bolschewisten eingesetzten Heeres Litauen in Richtung

Deutschland. Die Gefahr, daß durch ein neues zaristisches Rußland die Unabhängigkeit der Randstaaten gefährdet werden konnte, war beseitigt.

Gleich nach der Vertreibung der Bolschewisten begannen die Polen in Litauen einzudringen; denn den litauischen Großgrundbesitzern, die meist Polen waren, war ein selbständiger litauischer Staat nicht willkommen. Dauernd riefen sie deshalb Polen um Hilfe gegen die „Bauernregierung“ an. Trotz der von den Alliierten mehrmals festgesetzten Demarkationslinien zwischen Litauen und Polen, drangen die Polen immer weiter nach Litauen vor. Die Versuche litauischerseits, in direkte Verhandlungen mit Warschau zu treten, scheiterten. Polen ignorierte die Litauer und den litauischen Staat. Die Aushebung der von der polnischen Militärorganisation (Polksa Organizacja Wójskowa) in Kauen gegründeten geheimen Zweigstelle, die Beziehungen zum polnischen Generalstab unterhielt und dem Einmarsch polnischer Truppen durch einen inszenierten Aufstand den Anlaß geben sollte, hatte die Polen noch mehr verärgert.

Als die Bolschewisten im Juli 1920 von Norden her in Polen einbrachen, um ihren Marsch nach Warschau zu beginnen, besetzten sie Wilna und das zwischen Litauen und Polen strittige Gebiet. Der Friedensvertrag zwischen Litauen und Sowjetrußland war aber schon unterzeichnet, so daß Sowjetrußland das besetzte Gebiet Litauen überließ und die litauische Regierung in Wilna einzog. In diesem Krieg zwischen Polen und den Sowjets blieb Litauen offiziell neutral. Die Sympathien Litauens standen aber auf der Seite der Sowjets, was angesichts der Haltung Polens verständlich war. Auch kleinerer Vergehen gegen die Neutralität zugunsten der Sowjets machte sich Litauen schuldig. Nach der Niederlage an der Weichsel fluteten die Russen zurück. Die Polen folgten ihnen auf dem Fuß. Ohne einen Unterschied zwischen den Litauern und Russen zu machen, drangen sie nach Litauen vor. Die litauischen Truppen wurden geschlagen, die Polen konnten nicht mehr aufgehalten werden. Litauen sandte einen Hilferuf nach dem andern an die alliierten Mächte. Unter deren Druck erklärten sich die Polen bereit, mit Litauen in Verhandlungen zu treten. Die Verhandlungen fanden Anfang Oktober 1920 unter Teilnahme einer Kontrollkommission des Völkerbundes in Su-

walki statt und endeten mit der Unterzeichnung des sogenannten Suwalkivertrages vom 7. Oktober 1920, wonach ein Waffenstillstand und eine Demarkationslinie zwischen den polnischen und litauischen Truppen vereinbart wurde. Die Frage, ob Wilna an Litauen oder an Polen fallen sollte, wurde auf der Konferenz nicht entschieden. Schon während dieser Verhandlungen hatte Pilsudski die bekannte schlaflose Nacht gehabt, in der er den Entschluß faßte, Litauen trotz allem zu besetzen. Sein Waffenkamerad Gen. Zeligowski machte sich auf Befehl Pilsudskis selbständig und zog mit seinen litauischen und weißrussischen Divisionen, die aus dem Wilnagebiet komplettiert waren, unter denen sich aber auch viele Polen aus dem unabhängigen Litauen befanden, gegen Wilna, das er am 9. Oktober, also zwei Tage nach der Unterzeichnung des Suwalkivertrages, besetzte. Polen erklärte, daß Zeligowski ein Aufständischer wäre, sein Vorgehen sei gegen den Willen und ohne Zustimmung der polnischen Regierung geschehen, und Polen könne für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden.

Die Polen Zeligowskis begnügten sich mit Wilna nicht, zogen weiter, wurden aber von den Litauern bei Schirwindt und Gedroizy (19.—21. November 1920) aufgehalten. Durch Vermittlung einer Völkerbundkommission wurde ein Waffenstillstand geschlossen und eine neutrale Zone geschaffen. Das Wilnagebiet wurde zu einem selbständigen Staate „Mittel-Litauen“ erklärt. Hier wurde ein verfassungsgebender Landtag gewählt, der am 20. Februar 1922 die Vereinigung Mittel-Litauens mit Polen proklamierte.

Kapitel 3—5

Die Verfassung

Die politischen Gruppierungen

Innenpolitik

Während der deutschen Besatzungszeit führte eine Gruppe von Litauern, die sich um Smetona scharten, die litauische Aufbauarbeit. Diese Gruppe nannte sich Fortschrittspartei. Mit ihr arbeiteten auch andere Gruppen, wie die geistlichen und die

linksorientierten Litauer; diese gerieten aber mit den ersteren dauernd in Konflikte. Am 2. November 1918 wurde vom Nationalrat eine vorläufige Verfassung angenommen, wonach der Nationalrat in einen Staatsrat umgewandelt wurde und ein kollegiales Organ ins Leben gerufen wurde, dem das Ministerkabinett verantwortlich sein sollte. Die künftige Staatsordnung sollte von einem nach demokratischen Gesichtspunkten gewählten Seim (Landtag) festgelegt werden. Am 4. April 1919 wurde auch die Staatspräsidentenschaft eingeführt. Zum ersten Präsidenten wählte der Staatsrat A. Semtona, der sich um die Schaffung des Staates verdient gemacht hatte.

Die nationale Fortschrittspartei entsprach in ihrem Programm nicht dem Geist der Zeit, denn das revolutionäre Europa hatte andere Ideale, die natürlich auch in Litauen galten. Sogar die katholische Geistlichkeit fügte dem Namen ihrer Partei „Christlich“ noch den Namen „Demokratisch“ bei, um nicht zu zeigen, daß sie im Grunde reaktionär war. Diese Partei verstand es, durch die Geistlichen auf die Bevölkerung einen großen Einfluß zu gewinnen, so daß bei den Wahlen in den verfassunggebenden Seim, der am 15. Mai 1920 zusammentrat, von 112 Abgeordneten 59 der christlich-demokratischen Fraktion angehörten. Sie bestand aus der eigentlichen christlich-demokratischen Partei, dem christlichen Bauernbund und der christlichen Arbeitsföderation, so daß die christlich-demokratische Partei die absolute Mehrheit erhielt. Der sozialistische Bauernbund und die Volkssozialisten bekamen 28 Sitze, die Sozialdemokraten 12. Die Juden erhielten 7 Sitze, die Polen 3, die parteilosen Litauer 2 und die Deutschen einen Sitz. Die Fortschrittler erhielten keinen einzigen Sitz, Smetona und seine Gruppe wurden von der politischen Führung verdrängt. Das Regime führten die Christlich-Demokraten. Der Seim übertrug dem Vorsitzenden des Seims, dem Vertreter des christlichen Bauernbundes, A. Stulginskis, das Amt des Präsidenten bis zur Wahl eines von der Verfassung vorgesehenen Präsidenten, der vom ordentlichen Seim auf 3 Jahre gewählt werden sollte. Am 1. August 1922 wurde vom Seim gegen die Stimmen aller Parteien, außer den christlichen Demokraten, eine Verfassung angenommen, die den christlichen Demokraten ihre Herrschaft sichern sollte. Wichtigste Maßnahme dieses Seims war das Gesetz

über die Bodenreform, das allen Besitz über 80 ha enteignete und aufteilte. Die am 10. und 11. Oktober 1922 erfolgten Wahlen in den ersten ordentlichen Seim brachten wieder den christlichen Demokraten eine Mehrheit, und Präsident wurde wiederum A. Stulginskis. Diese Mehrheit war aber nicht absolut, denn von 78 Stimmen erhielten sie nur 38 Sitze. Es begann der dem demokratisch-parlamentarischen Regime eigene Kuhhandel, um eine Koalition zustande zu bringen. Noch vor Ablauf seiner Kadenz mußte dieser Seim aufgelöst werden. Die neuen Wahlen gaben den christlichen Demokraten wieder die absolute Mehrheit, denn sie erhielten nun von den 78 Sitzen 40. Die lange Regierungszeit der christlich-demokratischen Partei (1920—1926), die die ganze Zeit mit Hilfe des Kriegszustandes regierte, brachte viel Stoff zur Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die Opposition links und rechts verstand es sehr geschickt, die Fehler der Regierung propagandistisch auszunützen, so daß bei den Wahlen in den III. Seim die christlichen Demokraten von 85 Sitzen nur 30 erhielten. Der Jubel im Lande war unbeschreiblich. Da aber keine einzige Partei die absolute Mehrheit erhielt, mußte eine Koalition geschaffen werden, die von den Volkssozialisten, den Sozialdemokraten und den Juden gebildet wurde. Diese Zusammensetzung versprach schon von vornherein nichts Gutes. Zum Staatspräsidenten wurde der im Volke sehr populäre Volkssozialist, Dr. K. Grinius, gewählt. Ministerpräsident wurde M. Šleževičius, ein Volkssozialist, der als erstes nach Moskau reiste und mit den Sowjets am 28. September 1936 einen Nichtangriffspakt abschloß. Der Kriegszustand wurde aufgehoben, in den Städten blühten die Gewerkschaften auf, in denen die Sozialdemokraten die Führung bald den Kommunisten abtreten mußten. Bald kam es so weit, daß die Regierung die Straße kaum mehr beherrschen konnte. Dennoch schritt der sozialdemokratische Innenminister nicht ein. Am 17. Dezember 1926 wurde von einer Gruppe von Offizieren mit Unterstützung der christlich-demokratischen Partei und den Nationalisten, die mit Smetona und Woldemaras in diesem Sejm 4 Vertreter hatten, das Militär eingesetzt. Den Soldaten wurde erklärt, es sei ein kommunistischer Umsturzplan entdeckt, und der Umsturz müsse verhindert werden. Der Seim wurde auseinandergejagt, alle Behörden wurden besetzt, die führenden

Persönlichkeiten verhaftet, andere Truppenteile, die der Regierung treu geblieben waren, umzingelt. Es drohte ein Bürgerkrieg auszubrechen. Um das zu verhüten, denn man konnte erwarten, daß die Polen sich zur Wiederherstellung der Ordnung einmischen werden, wurde kein Widerstand geleistet. Das Ministerkabinettt trat zurück. Eine neue Regierung unter Woldemaras wurde gebildet, an der außer den Nationalisten auch die christlichen Demokraten beteiligt waren. Präsident Grinius dankte ab. An seiner Stelle wurde zum Staatspräsidenten A. Smetona gewählt. Bald aber entstand zwischen den Nationalisten und den christlichen Demokraten ein Konflikt. Sie beriefen ihre Vertreter von der Regierung ab. Der Seim wurde daraufhin aufgelöst, aber keine Neuwahlen ausgeschrieben. Die Regierung Woldemaras kündete, gestützt auf das Militär, eine neue Verfassung an, die ein autoritäres Regime in Litauen einführte. Die energische Regierung Woldemaras löste bald Unzufriedenheit unter den Liberalen aus. 1927 kam es zu einem Aufstand, der an mehreren Stellen gleichzeitig ausbrach. Er mißlang, nur in Tauroggen konnten die Aufständischen die Gewalt an sich reißen, wurde aber auch hier unterdrückt. Viele Beteiligte mußten ins Ausland fliehen, versammelten sich in Polen und wurden von den Polen gegen Litauen ausgespielt. Am 6. Mai 1928 wurde auf Woldemaras ein Attentat verübt, ohne ihn zu verletzen. Nun setzte als Reaktion ein blutiger Terror ein. Seine diktatorischen Maßnahmen brachten Woldemaras in Konflikt mit seiner Partei, und als er im September 1929 von einer Völkerbundstagung zurückkehrte, wurde er abgesetzt. Seine Organisation „Eiserner Wolf“ wurde aufgelöst, ihr Führer verhaftet. An seiner Stelle wurde der Schwager des Staatspräsidenten, I. Tubelis, Ministerpräsident. Bald darauf wurde Woldemaras verhaftet und verbannt.

In Litauen setzte eine Familienwirtschaft ein. Man ließ besonders in außenpolitischen Fragen den Dingen ihren Lauf, ohne eigene Initiative zu zeigen. Die Heraufbeschwörung eines Konfliktes mit Deutschland, und die Mißerfolge in der Politik mit Polen, begünstigten den von den Anhängern Woldemaras' am 6. Juni 1934 begonnenen Putschversuch. General Kubiliunas besetzte die Behörden, verhaftete die Minister und stellte dem Staatspräsidenten die Bedingung, Woldemaras zum Ministerpräsi-

dentem zu ernennen. Der Präsident weigerte sich, diese Forderung zu erfüllen, solange in der Stadt das Militär herrschte. Kubiliunas ging darauf ein, das Militär wurde auf die Kasernen verteilt. Darauf aber verhafteten die regierungstreuen Offiziere Kubiliunas und Woldemaras. Kubiliunas wurde vom Feldgericht zum Tode, Woldemaras zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Beide wurden später begnadigt.

Während des Wirtschaftskrieges mit Deutschland, der infolge der litauischen Gewaltmaßnahmen im Memelgebiet verursacht wurde, kam es in Litauen zu Bauernaufständen. Diese wurden blutig unterdrückt. Die Vorfälle nahm die litauische Regierung zum Anlaß, um die noch nominell bestehenden Parteien, die christlich-demokratische und die volksozialistische zu schließen. Die sozialdemokratische Partei war schon früher geschlossen worden. Die kommunistische Partei hat in Litauen nie legal bestanden. Es blieb nur noch als einzige Partei der Nationalisten-Verband (Tautininku Sajunga), die ehemaligen Fortschrittler. Sie bestand hauptsächlich aus der wankenden Intelligenz, und blieb trotz allem die schwächste politische Gruppe. Ihre Stütze war das Militär. Die Landbevölkerung und Arbeiterschaft hielten es nach wie vor mit den christlichen Demokraten und Volkssozialisten. Erstere hatten das eigene Organ „XX Amžius“ (20. Jahrhundert), das nach dem Verbot des „Rytas“ (Der Morgen) erschien, die letztere die „Lietuvos Žinios“ (Litauische Nachrichten). Das Sprachrohr der Tautininkai und zugleich der Regierung ist die „Lietuvos Aidas“ (Litauisches Echo), das nach der Machtübernahme im Jahre 1927 durch die Zusammenlegung der amtlichen „Lietuva“ (Litauen) mit dem Organ der Tautininkai „Lietuvis“ (Der Litauer) gebildet wurde.

Die Regierung Tubelis bestand unter unwesentlichen Änderungen bis 1938. Nach der Annahme des polnischen Ultimatums war die Stimmung der Bevölkerung derart gegen sie, daß Tubelis gehen mußte. An seine Stelle trat Pfarrer Mironas, ein alter Freund und Mitkämpfer Smetonas. Nach der Rückgabe des ehemaligen Memelgebietes mußte auch er gehen. Mit ihm endete auch das Regime der Tautininkai-Partei, denn das Heer erkannte ihre Unfähigkeit, die Geschicke des Landes zu leiten. Die neue Regierung wurde von Brigadegeneral Černius gebildet. In die Re-

gierung wurden 2 Volkssozialisten und 2 christliche Demokraten aufgenommen. Damit kehrte Litauen wieder zu einer Koalitionsregierung zurück.

Kapitel 6

Außenpolitik

Deutschland hatte durch den Sieg der deutschen Truppen die Voraussetzung zur Errichtung eines unabhängigen litauischen Staates geschaffen. Die Anerkennung des litauischen Staates durch Deutschland gab die rechtliche Grundlage. Materielle und technische Hilfe der Deutschen halfen den Litauern, den Verwaltungsapparat aufzubauen und ein Heer aufzustellen. Eine deutsche 100-Mill.-Mark-Anleihe gab der litauischen Regierung die Möglichkeit, die Wirtschaft zu beleben und die notwendigsten Anschaffungen zu machen. Die Bemühungen Litauens, Hilfe bei den Alliierten zu finden, stießen auf vollkommene Verständnislosigkeit. Im Westen wußte man von Litauen gar nichts, und was dank der polnischen Propaganda über Litauen bekannt wurde, bedeutete für Litauen nichts Gutes.

Es ist verständlich, daß Litauen zu Deutschland, dem einzigen Staat, der ihm half, und bei dem es auf Verständnis für seine Belange stieß, auch gutnachbarliche Beziehungen unterhielt.

Dieses aber erregte die Mißgunst der alliierten Mächte um so mehr, als die polnische Propaganda Litauen als einen Vasallenstaat Deutschlands darstellte. Das sollte Litauen bei den alliierten und assoziierten Mächten schaden. Die erste „Strafe“ hierfür war, daß man Litauen in Versailles hinter der Tür stehen ließ. Von der „Beuteverteilung“, zu der sich Litauen allerdings doch auch einfand — (die Skrupellosigkeit Litauens zeigte sich schon während der Tätigkeit des berühmten Generals Nissell in Litauen) —, wurde Litauen ausgeschlossen. Man bevorzugte es zwar bei der Forderung auf den nördlichen Teil Ostpreußens, trennte dieses Gebiet auch von Deutschland ab, unternahm es aber zunächst nicht, dieses Gebiet Litauen zu überlassen, da es nicht ausgeschlossen schien, daß ganz Litauen doch von Polen besetzt

würde. Eine voreilige Stärkung Litauens war aber unerwünscht. Ferner bestand nach Ansicht der Alliierten die Gefahr, Deutschland könne durch die Memeldeutschen — sage und schreibe — Litauen deutsch machen.

Eine zweite „Strafe“ für Litauen bestand darin, daß Litauens Anspruch auf Wilna und das Wilna-Gebiet zu Polens Gunsten entschieden wurde. Zunächst wurde die Klage Litauens im Völkerbunde behandelt. Der Völkerbund schlug eine Abstimmung vor. Als Polen sich bereit erklärte, die Abstimmung nur unter dem Schutz seiner Truppen durchzuführen, kam es zu direkten Verhandlungen. Der Vorsitzende dieser Verhandlungen, der Belgier Hymans, schlug eine Union Litauens mit Polen vor, nach der Wilna zwar zu Litauen kam, Litauen sich aber u. a. verpflichten mußte, mit Polen eine Militärkonvention abzuschließen, seine Außenpolitik mit der von Polen zu koordinieren, Polen die freie Benutzung seiner Häfen (Litauen sollte unter diesen Bedingungen Memel erhalten) zu überlassen u. a. Es wurde nichts anderes erstrebt, als Polens Stellung im Osten zu stärken. Das Projekt stieß auf einen hartnäckigen Widerstand der Litauer, dem die Forderung Polens, Wilna-Vertreter zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, den Anlaß gab, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Das zweite Unionsprojekt von Hymans war für Litauen günstiger, obwohl auch dieses die Koordinierung der Außenpolitik und die Militärkonvention enthielt. Es wurde in seinen Grundzügen von der litauischen Regierung zunächst auch angenommen. Dies entfesselte unter der litauischen Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung. Nach einem Attentat auf den litauischen Ministerpräsidenten, E. Galvanauskas, in Kauen, wurde dieses Projekt von Litauen verworfen. Dasselbe machten die Polen, denen der Preis für den Verzicht auf Wilna in Form einer immerhin sehr losen Union zu gering erschien. Der Völkerbund verzichtete nunmehr auf die Beilegung des Konfliktes. Wilna blieb bei Polen.

Die alliierten Mächte gaben Litauen ganz deutlich zu verstehen, daß Litauen die Gunst dieser Staaten nur dann erwarten könne, wenn es seine Politik Deutschland gegenüber revidierte. Solange Litauen seinen Willen dafür nicht zeigte, wollten sie die de jure Anerkennung des litauischen Staates nicht vollziehen, ob-

wohl Lettland und Estland längst von ihnen anerkannt waren. In den Völkerbund wurde Litauen am 22. September 1921 auch nur mit großen Schwierigkeiten aufgenommen.

Nachdem das Hymans-Projekt abgelehnt wurde, blieb das Schicksal des Memelgebietes, das nach diesem Projekt an Litauen fallen sollte, weiter unentschieden. Memel stand noch immer unter französischer Verwaltung. Als England, Frankreich, Italien und Japan an Litauen die Forderung stellten, den Memelstrom zu internationalisieren und sich dafür bereit erklärten, Litauen de jure anzuerkennen, was am 20. Dezember 1922 auch geschah, entstand bei den Litauern der Verdacht, daß das Memelgebiet unter polnische Verwaltung gestellt werden könnte. Litauen entschloß sich, dies unter allen Umständen zu verhindern. Es wählte denselben Weg, den die Polen Litauen gegenüber angewandt hatten. Es wurde eine „Aufständische Truppe“ organisiert, und zwar aus Mitgliedern des Schützenverbandes (einer militärischen Organisation Litauens unter Führung litauischer Offiziere) und Freiwilligen des Heeres. Der Aufstand sollte noch im Dezember 1922 beginnen. Die Spannung zwischen Deutschland und den Alliierten vor der Besetzung des Ruhrgebietes veranlaßte Litauen abzuwarten, um zu sehen, welche Wendung der Konflikt nehmen würde. Als aber der Einfall in das Ruhrgebiet erfolgte, sah Litauen den günstigsten Augenblick für gekommen und brachte am 10. Januar 1923 die „Aufständischen“ nach Tauroggen, wo sie über die Grenze schritten, um zunächst bis an die Memel bei Tilsit, ohne auf irgendwelchen Widerstand zu stoßen, vorzudringen, um sich dann nach Memel zu wenden. Einen Tag später kamen ähnliche „Aufständische“ über die Grenze bei Krottingen. Die französische Besatzung versuchte sich kaum zu wehren sondern streckte am 15. Januar 1923 die Waffen. Die litauische Regierung erklärte, die Memel-Litauer hätten sich gegen das Direktorium empört, das gegen den Willen der Bevölkerung in Memel einen Freistaat errichten wollte. Ein von den Litauern organisiertes aufständisches Komitee erklärte den Anschluß Memels an Litauen für vollzogen.

Die alliierten Mächte glaubten zunächst, daß der Aufstand auf Veranlassung Deutschlands von Litauen inszeniert wäre und beorderten einige Kriegsschiffe nach Memel. Eine Kommission

der Alliierten stellte jedoch fest, daß dieses nicht der Fall war. Nun war offensichtlich, daß Litauen seine Politik Deutschland gegenüber zu ändern bereit war, und die Botschafterkonferenz entschädigte Litauen für den Verlust Wilnas durch die Zuerkennung Memels (16. Februar 1923). Daß es eine Entschädigung war, beweist der Beschluß derselben Botschafterkonferenz vom 15. März 1923, wonach Wilna Polen zugesprochen und die litauisch-polnische Grenze für endgültig erklärt wurde.

Daß die Gefahr, daß Memel an Polen fallen könnte, ernst war, beweist die Tatsache, daß die Botschafterkonferenz durchaus um eine Sicherstellung der Interessen Polens im Memeler Hafen auch unter litauischer Herrschaft bemüht war. Die Botschafterkonferenz überreichte der litauischen Regierung die ultimative Forderung, daß in der Konvention die Bestimmung des freien Durchgangsverkehrs nach Polen sogar für Kriegsmaterial festgelegt werden sollte. Ein polnischer Vertreter sollte in der Memeler Hafenverwaltung einen Sitz haben und Polen sollte in Memel eine Freihafenzone eingeräumt werden. Diese Forderungen wurden von Litauen abgelehnt.

In der Folge änderte sich das deutsch-litauische Verhältnis gewaltig. Den Grund dazu gaben die litauischen Gewaltmaßnahmen gegenüber den Deutschen im ehemaligen Memelgebiet. Einen Versuch, das alte Verhältnis wieder herzustellen, machte im Jahre 1928 Ministerpräsident Woldemaras. Mit seinem Sturz verschlechterten sich die Beziehungen aber zusehends. Am schlimmsten wurde es, als 1934/35 Litauen, von England unterstützt, in Memel mit einem Terrorregime begann. Unter dem Eindruck des gewaltigen Aufstiegs Großdeutschlands änderte Litauen aber allmählich wieder seine Politik im Memelgebiet und trat dieses Gebiet am 24. März 1939 seinem Mutterlande freiwillig wieder ab. Damit wurden die deutsch-litauischen Beziehungen auf die Basis der alten „Gutnachbarlichkeit“ gebracht. Zu Polen unterhielt Litauen bis zum Jahre 1938 absolut keine Beziehungen. Ein Versuch Woldemaras', die Beziehungen 1927 durch direkte Verhandlungen zu regeln, scheiterte, und die Zusammenkunft Woldemaras-Pilsudski in Genf änderte diese Lage nicht. Ein Versuch Polens, die Eröffnung des Eisenbahnverkehrs auf der Strecke Wilna—Libau zu erzwingen, mißlang. Litauen hielt die litauisch-polnische

Grenze für jeglichen Verkehr fast 20 Jahre lang gesperrt. Am 19. März 1938 stellte Polen an Litauen ein Ultimatum mit Androhung von Gewaltmaßnahmen und forderte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und des Verkehrs. Litauen mußte der Forderung nachgeben. Seitdem entwickelten sich auch zwischen Litauen und Polen immer enger werdende Beziehungen. Auch Litauen sucht heute wie die anderen baltischen Staaten durch Einhaltung einer Neutralität und eines guten Verhältnisses zu allen Nachbarn seine Unabhängigkeit um jeden Preis zu wahren und sich in keinerlei Konflikte einzumischen. Litauen hat aus der eigenen Geschichte wie auch aus dem politischen Werdegang der verflossenen 20 Jahre die Machtlosigkeit des Völkerbundes kennengelernt und weiß, daß weder der Völkerbund noch internationale Garantien ihm dienlich sein können, sondern daß auch sein Schicksal vor allem von der eigenen Haltung abhängt.

Am 10. Oktober 1939 fiel durch Vertrag mit der UdSSR. Wilna und das Gebiet um Wilna an Litauen zurück. Litauen gewährt dafür der Sowjetunion das Recht zur Errichtung einer Reihe von Militärstützpunkten auf seinem Gebiet.

Damit beginnt für Litauen wie für die baltischen Staaten ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte.



Tartu (Dorpat, Estland). Die Universität



Zementfabrik Aseri (Estland)

3. Teil

LAND UND LEUTE

Kapitel 1

Das Land

Das gegenwärtige Litauen umfaßt ein Gebiet von 52 822 qkm und ist somit fast anderthalb mal so groß wie Ostpreußen. Es entstand aus den Gebieten des ehemaligen Gouvernements Kauen, aus Teilen des Gouvernements Wilna und aus dem größten Teil des Gouvernements Suwalki. Laut Schiedsspruch des englischen Professors Simpson erhielt Litauen 1922 den früher zu Kurland gehörenden Küstenstreifen bei Polangen und einige Ortschaften an der lettisch-litauischen Grenze. Im Norden hat Litauen eine 570 km lange Grenze mit Lettland, im Süden und Osten eine 525 km lange Verwaltungslinie mit Polen (eine endgültige Grenze ist immer noch nicht festgesetzt). Die litauisch-deutsche Grenze ist 310 km lang. An der Ostsee hat Litauen einen 18 km langen Küstenstreifen, an dem der Badeort Polangen mit einem wunderbaren Strand und das Fischerdorf Swenta an der Mündung der Heiligen Aa gelegen sind. Letzteres soll zu einem Fischereihafen ausgebaut werden.

Litauen ist eine flache Moränenlandschaft. Es hat keine bedeutenden Bodenerhebungen, hügelig ist die Landschaft nur im Südwesten, im östlichen Grenzgebiet und im Zentralgebiet von Schemaiten. Die höchste Bodenerhebung von 284 m liegt im Südwesten unweit der deutschen Grenze bei Wischititen. Vom Flußnetzgebiet Lettlands und dem Norden Litauens erstreckt sich nach Süden über das ganze Land ein breiter Niederungsstreifen, der allmählich nach Westen abbiegt und in das ostpreußische Niederungsgebiet übergeht. Das Höhengebiet Schemaitens geht in südwestlicher Richtung in die Memelniederung über.

Das Land ist reich an Flüssen und Seen. Die meisten Seen befinden sich im Nordosten. Dieser Teil zählt zu der landwirtschaftlich reizvollsten Gegend Litauens. Die beiden größten Seen Litauens, der Dusia- und Meteln-See (2334 und 1277 ha) liegen im Süden im Kreise Olita. Der größte Fluß Litauens ist die Memel, die eine Gesamtlänge von 889 km hat, und deren Bassin ein Gebiet von 92 000 qkm umfaßt. Die Memel entspringt in Rußland, durchfließt einen Teil Polens, um dann in nordwestlicher Richtung den südlichen Teil Litauens zu durchströmen. Sie teilt sich westlich von Tilsit vor ihrer Mündung in das Kurische Haß in die Gilge und den Ruß. Unterhalb Kauens ist die Memel schiffbar. An größeren Nebenflüssen der Memel sind nur die Willja (Neris) in einer Länge von 39 km bis Janow und die Newiascha in einer Länge von 23 km bis Bobty schiffbar. Die anderen Wasserstraßen sind nur für die Flößerei brauchbar. Kanäle besitzt Litauen nicht.

Das Klima Litauens entspricht ungefähr dem ostpreußischen, es kann als mitteleuropäisches Übergangsklima bezeichnet werden. Die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt 5,5°, die jährliche Niederschlagsmenge beträgt 550 bis 700 mm.

Kapitel 2

Die Bevölkerung

Der größte Teil der Litauer gehört zur ostbaltischen Rasse (Nordenstreng), die eine Mischung der alpinen Rasse mit der nordischen Rasse ist, obwohl man auch viele rein nordische Typen findet. Neben den Litauern gibt es viele Polen im Lande, die allerdings zu einem großen Teil polinisierte Litauer sind; nur wenige sind direkt aus Polen zugewandert. Ferner wohnen in Litauen zahlreiche Deutsche und Russen, besonders groß ist die Zahl der Juden, nur vereinzelt kommen Letten und Tataren vor. Die wenigen Zigeuner sind im Lande immer noch nicht sesshaft geworden.

Die Bevölkerungszahl wird zur Zeit auf etwa 2,4 Millionen geschätzt. Die geringe Einwohnerzahl ist darauf zurückzuführen, daß das Land reines Bauernland ohne nennenswerte Städte ist.

Die Hauptstadt Kauen hat schätzungswise 150 000 Einwohner. Die nächstgrößte Stadt Schaulen hat dagegen nur 40 000 Einwohner, Ponewesch etwa 30 000 und Mariampol etwa 16 000. Genaue Zahlen über die Einwohner existieren nicht, da auf die erste Volkszählung im Jahre 1923 aus politischen Gründen keine weiteren folgten. Im Jahre 1923 wurden im Lande 2 028 971 Einwohner oder 38,3 Einwohner auf den qkm gezählt; die gegenwärtige Bevölkerungsdichte wird mit 46 Einwohnern auf den qkm angegeben. Am dichtesten ist das Land im Südwesten besiedelt, wo 57 Einwohner auf den qkm entfallen, dagegen entfallen in Schemaiten nur 30 Einwohner auf den qkm.

Der größte Teil der erwerbstätigen Bevölkerung, und zwar 79 %, ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Heute dürfte ihr Anteil zugunsten der Industrie und des Handels (6 bzw. 2 %) gesunken sein. Die Zählung vom Jahre 1923 stellte 83,9 % Litauer, 7,6 % Juden, 3,2 % Polen, 2,5 % Russen und 1,4 % Deutsche fest.

Die Litauer wohnen hauptsächlich auf dem Lande, und zwar zu 91 %. Erst nach der Verselbständigung begann der Zuzug in die Städte. Er nahm bald so große Ausmaße an, daß das Land an Arbeitermangel zu leiden begann. Die Litauer gehören zu 98 % der katholischen Kirche an. Die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen von über 10 Jahren beträgt 32 %, in manchen Kreisen sogar 55 %.

Die Juden (etwa 170 000) wohnen hauptsächlich in den Städten. Die Zählung von 1923 stellte in der Stadt Janow 66 %, in Schaken 62 % und in Kupischken 54 % Juden fest. Kauen hatte damals nur 27 % Juden. Durch die Verlitauerung der Städte ist der relative Anteil der Juden an der Stadtbevölkerung stark gesunken, absolut haben sie aber zugenommen. Im Durchschnitt ist auch heute etwa ein Drittel der Stadtbevölkerung jüdisch. Von je 100 im Handel beschäftigten Personen sind 77 Juden. Die Vormachtstellung der Juden in der Wirtschaft ist so groß, daß man auch heute am Sonnabend, an dem alle jüdischen Geschäfte geschlossen sind, in ganz Litauen nichts kaufen kann, auch findet am Sonnabend kein Markttag statt. Nur im Exporthandel ist es gelungen, den jüdischen Anteil zurückzudrängen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Industrie. Das gesamte Angestelltenpersonal jüdischer Unternehmungen ist ebenfalls jüdisch, wobei nir-

gends jüdische Arbeiter zu finden sind. Auch im Verkehr und im Handwerk herrscht der Jude. Die meisten Schneider, Schuster, Friseure, Glaser und Uhrmacher sind ebenfalls Juden, während man selten jüdische Tischler und Klempner und nie jüdische Schmiede findet, desgleichen gibt es unter den Hausangestellten keine Juden, wohl aber bevorzugen die Juden arisches Dienstpersonal. Der Anteil der Juden an den freien Berufen ist ebenfalls sehr groß. Auch gibt es zahlreiche jüdische Zeitungen, Volksschulen und Gymnasien (in Kauen allein sechs).

Die Polen wohnen hauptsächlich im südöstlichen an Polen grenzenden Gebiet und in Zentrallitauen, auch findet man in den Städten viele polnische Arbeiter. 1923 wurden 66 000 Polen ermittelt, jedoch dürfte die tatsächliche Zahl noch beträchtlich größer sein, da ein großer Teil der polnischen Bevölkerung sich teils der litauischen, teils der polnischen Sprache bedient und keine klare Vorstellung über die nationale Zugehörigkeit hat, oft nennen sie sich kurz „tuteiszi“ (Hiesige). Nach der Agrarreform ist der Einfluß der polnischen Gutsbesitzer auf die Landbevölkerung geschwunden, da sie zahlenmäßig stark zurückgegangen sind. Der Wilnakonflikt hat die Lage der Polen weiterhin verschlechtert. Viele polnische Volksschulen wurden geschlossen und der polnische Unterricht zu Hause verboten. Zur Zeit gibt es nur zwei polnische Gymnasien, je eins in Kauen und Ponewesch. Die Polen haben ein eigenes Kreditinstitut und zahlreiche eigene Volksbibliotheken. Als Organ des Polentums erscheint in Kauen der „Dzień Polski“.

Unter den Russen bilden die Altrussen eine besondere Gruppe, die nach der Durchführung der Kirchenreform unter Peter I. vor den Religionsverfolgungen in Rußland nach Litauen flohen und hier seßhaft wurden. Als später Litauen an Rußland fiel, unterlagen sie auch hier vorübergehenden Verfolgungen. Nach dem ersten polnischen Aufstand im Jahre 1830 wurden weitere Russen in Litauen angesiedelt, denen verschiedene Privilegien gewährt wurden. In der darauffolgenden Zeit schenkte man den angesiedelten Russen wenig Beachtung und erst, als Murawjow nach dem Aufstand von 1863 neue Pläne zur Kolonisierung Litauens entwickelte, erinnerte man sich auch der alten Kolonisten. Mit Staunen stellte man fest, daß bis auf die Altrussen sämtliche

Kolonisten verlitauert oder polonisiert waren. Die Altrussen hatten ihr Volkstum erhalten, weil ihr Ritus ihnen keine zu nahe Berührung mit Andersgläubigen gestattete. Murawjow glaubte nun, daß die Altrussen sich besonders gut zur Kolonisation eignen würden und siedelte sie massenweise an; die Regierung baute für sie eigene Gebetshäuser, obschon ihre Gebetshäuser in Rußland zwangsmäßig geschlossen worden waren. Da die Altrussen sich weigerten, im Lande zerstreut zu wohnen, wurden sie geschlossen angesiedelt. Diese Siedlungen waren sehr planmäßig angelegt, da man das litauische Gebiet durch einen russisch besiedelten Streifen, der vom Nordosten Litauens in südwestlicher Richtung verlief, teilen wollte. Dieser Streifen ist auf der Bevölkerungskarte Litauens auch heute noch klar zu erkennen.

Der größte Teil der russischen Bevölkerung lebt auf dem Lande; in den Städten leben nur die Nachkommen der ehemaligen russischen Beamtschaft. Die Volksgruppe zählt etwa 65 000 Seelen und ist außerordentlich arm, denn die Altrussen haben wegen ihrer Zurückgezogenheit auch die neuen Wirtschaftsmethoden nicht angenommen, so daß sie am allgemeinen Fortschritt keinen Anteil hatten. Die Russen haben keine eigenen kulturellen oder wirtschaftlichen Organisationen. Das russische Gymnasium in Kauen wurde wegen Mittelknappheit in litauische Hände übergeführt.

Die deutsche Volksgruppe zählt etwa 45 000 Seelen. Bereits seit Gründung des Hansakontors entwickelte sich in Kauen ein deutsches Bürgertum, deutsche Vögte und Bürgermeister waren damals eine Selbstverständlichkeit. Auch auf dem Lande und in den kleinen Städten wurden vom litauischen Adel mit Vorliebe Deutsche angesiedelt. Ein Teil der heute in Litauen lebenden Deutschen sind Nachkommen jener Siedler. In der Zeit des Bestehens von Neu-Ostpreußen kamen weitere deutsche Einwanderer ins Land, der größte Zustrom setzte Anfang des 19. Jahrhunderts ein. Während um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Einwanderung von Bauern aufhörte, zogen zahlreiche deutsche Facharbeiter und Handwerker in die litauischen Städte zu.

Die Deutschen wohnen vorwiegend in der Nähe der deutschen Grenze in Streusiedlungen. Die litauische Bevölkerungszählung stellte im Kreise Wilkawischken 12,46 % Deutsche fest, das ist

demnach der mit Deutschen am dichtesten besiedelte Kreis. Es folgt der Kreis Schaken mit 4,24 %, die Stadt Kauen mit 3,54 % und der Kreis Mariampol mit 3,42 %. Der Kreis Tauroggen hatte 3,36 % und der Kreis Rasseinen 1,88 %. In allen übrigen Landesteilen machte das Deutschtum weniger als 1 % aus. Da bei der offiziellen Zählung viele Deutsche als Litauer gezählt sind, bedarf sie einer gründlichen Korrektur. Von allen Amtsbezirken Litauens ist Wischtiten mit 37,3 % deutscher Bevölkerung führend.

Vor dem Kriege war der deutsche Bauer dank seiner Tüchtigkeit Vorbild für den Litauer. Von der litauischen Regierung werden die deutschen Bauern aber auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vernachlässigt. Die Förderung durch staatliche und halbstaatliche Organisationen genießen sie lange nicht in dem Maße wie die litauischen Bauern. Alle Selbsthilfemaßnahmen durch Gründung deutscher Genossenschaften scheiterten am Mangel geschulter Kräfte. Der Konkurs der deutschen Genossenschaftsbank im Jahre 1933 raubte vielen Deutschen ihre Existenz und zerstörte das Vertrauen in das Genossenschaftswesen.

Das deutsche Schulwesen hat unter dem Druck der Litauisierungsmaßnahmen sehr zu leiden. Viele deutsche Schulen sind nur dem Namen nach deutsch, da hier nur noch der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird. Die meisten Gesuche um Genehmigung zur Eröffnung privater deutscher Schulen wurden abgelehnt, desgleichen ist auch der Besuch deutscher Schulen sehr erschwert, da in Litauen ein Gesetz besteht, wonach Minderheitenschulen nur von den Angehörigen der entsprechenden Minderheit besucht werden dürfen. Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit wird aber nicht durch das freie Bekenntnis, sondern durch eine oft falsche Paßeintragung bestimmt. Die falschen Eintragungen waren meist durch die Unklarheit über den Begriff „Nation“ verursacht, wurde doch einerseits die Volkszugehörigkeit und andererseits die Staatszugehörigkeit darunter verstanden. Auf diese Art sind zahlreiche Deutsche, Russen, Polen und sogar Juden als Litauer bezeichnet. Solcherart als Litauer gekennzeichnete Personen dürfen ihre Kinder nur in litauische Schulen schicken. Alle Anträge auf Änderung der Paßeintragung bezüglich der Volkszugehörigkeit sind bisher abgelehnt worden.

In Kauen besteht ein deutsches Gymnasium, das bisher einige hundert Abiturienten entlassen hat; an der Universität studieren jeweilig nur 20 bis 30 Deutsche. Als einzige deutsche Studentenverbindung gab es von 1928 bis 1934 die „Arminia“. Sie wurde jedoch wegen ihrer nationalen Betätigung verboten.

In der Zeit des Parlamentarismus gab es in Litauen die Partei der Deutschen als einzige politische Organisation der Volksgruppe. Nach dem Staatsumsturz löste sich die Partei auf. Seitdem ist das Deutschtum ausschließlich im Kulturverband der Deutschen Litauens organisiert. Aber auch die Gründung neuer Ortsgruppen ist trotz wiederholter Zusagen der Regierung bisher nicht gestattet worden. Organ des Kulturverbandes und einzige Zeitung der Volksgruppe sind die wöchentlich erscheinenden „Deutschen Nachrichten für Litauen“.

4. Teil

DIE WIRTSCHAFT

Kapitel 1

Land- und Forstwirtschaft

Der Boden Litauens ist für den Ackerbau fast durchweg günstig, er ist im Norden und Südwesten meist lehmig, im Osten und in Schemaiten dagegen herrschen sandige Böden vor. Am fruchtbarsten ist der Boden im Kreise Birsen, zum Teil auch in Schaulen und Ponewesch. Jedoch sind die Böden durchweg zu naß und daher zumeist übersäuert. Die landwirtschaftliche Nutzfläche von 4,4 Mill. ha verteilt sich zu 60 % auf Ackerland, zu 16 % auf Wiesen und zu 10 % auf Weiden, der Rest entfällt auf sonstiges. Am häufigsten sind Betriebe in den Größen von 8 bis 30 ha, die in Litauen als mittelgroß gelten.

Nachdem die russische Revolution und die Bolschewistenherrschaft die Agrarreform geistig vorbereitet hatten, wurden gleich nach der staatlichen Verselbständigung die ersten Maßnahmen zu ihrer Durchführung getroffen. Den Landlosen und den Freiwilligen aus den Kämpfen gegen die Bolschewisten wurden nach Befreiung des Landes Landparzellen versprochen; das aufzuteilende Land wurde dem meist polnischen Großgrundbesitz enteignet. Es wurden seit 1919 auf den Landfonds insgesamt 750 000 ha übertragen, aus dem 24 000 Bauernstellen mit je mehr als 8 ha und 14 000 Kleinparzellen geschaffen wurden. Ferner wurden 26 000 Landzulagen gemacht. Nachdem die Norm für Restgüter ursprünglich mit 80 ha festgesetzt war, wurde sie nachher auf 150 ha erhöht, um solcherart die kleineren, meistens in litauischem Besitz befindlichen Güter nicht auch aufzuteilen. So ist denn durch diese Reform der polnische Besitz fast vollkommen zerschlagen worden, während der rationallitauische Be-

sitz eine Stärkung erfahren hat. Vom sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt war die Agrarreform durchaus gerechtfertigt, da der Großgrundbesitz sehr extensiv wirtschaftete und stark verschuldet war, dazu hatte er im Kriege mehr gelitten als der einzelne Bauernhof, so daß er ohne größeren Mitteleinsatz nicht hätte restauriert werden können. Allerdings ließen die Erfolge der Reform noch viel zu wünschen übrig, da der Staat zu arm war, um den Neusiedlern beim Aufbau in hinreichendem Maße behilflich zu sein. Mit der Zuteilung von Bauholz und kleineren geldlichen Unterstützungen war es nicht gemacht. Auch gab es unter den Neusiedlern zahlreiche untüchtige Elemente, zumal die sog. „Freiheitskämpfer“ nur zum Teil landwirtschaftlich interessiert waren.

Die wichtigsten Anbaukulturen sind Roggen mit 19 % des Ackerlandes, Weizen mit 8 %, Hafer mit 13 %, Gerste mit 8 %, Kartoffeln mit 7 % und Flachs mit 3 %. Bei der einsetzenden Intensivierung der Landwirtschaft nach der Agrarreform wurde aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus besonderes Gewicht auf die Hebung der Viehzucht gelegt. Da Litauen die meisten Industrieerzeugnisse aus dem Ausland beziehen mußte und sie nur mit dem Export seiner landwirtschaftlichen Produkte bezahlen konnte, war die Förderung der Viehzucht besonders wichtig, da sich für den Getreideexport bald größere Schwierigkeiten einstellten, und die Konkurrenz der Hauptgetreideausfuhrländer zu bestehen war. Aus diesem Grunde begann man, das Getreide im Lande zu verfüttern und statt dessen Fleisch und Butter auszuführen. Um die Umstellung der Landwirtschaft planmäßig durchzuführen, wurden zunächst zahlreiche Molkereigenossenschaften begründet, die in einer Zentrale (Pienocentras) zusammengefaßt wurden. Die Butterausfuhr, die noch im Jahre 1924 nur 500 t im Werte von 4,1 Mill. Lit ausmachte, stieg bis zum Jahre 1931 auf 8700 t für 47,2 Mill. Lit und erreichte im Jahre 1938 17 400 t im Werte von 48,5 Mill. Lit. Der starke Preisrückgang war auf die allgemeinen Voraussetzungen auf dem Weltbuttermarkt zurückzuführen.

Neben der Butterausfuhr wurde vor allem die Ausfuhr von Schweinen und Bacon intensiviert. Schon früher waren lebende Schweine ein wichtiger Ausfuhrartikel Litauens gewesen, sie

waren jedoch schlecht transportabel und ihre Ausfuhr kam infolgedessen meist nur für die nächst gelegenen Märkte in Frage. Um auch den weiter gelegenen englischen Markt bedienen zu können, begann man sich nunmehr auf die Zucht des Baconschweines umzustellen. Aus diesem Grunde wurde die Viehverwertungs-Aktiengesellschaft Maistas gegründet, die ein geeignetes Schlachthaus in Kauen übernahm und mit dem Baconexport nach England begann. Das Geschäft war ausgezeichnet. Die Ausfuhr stieg von 100 t im Jahre 1927 auf 18 200 t für 52,6 Mill. Lit im Jahre 1931. In Anbetracht dieser günstigen Entwicklung wurden bald weitere Schlachthäuser in Memel, Ponewesch, Taurogen und Schaulen erbaut. Dann kam aber ein plötzlicher Rückschlag. Die Wirtschaftskonferenz des Empire in Ottawa mit den darauffolgenden Autarkiebestrebungen brachte eine Einschränkung der Baconeinfuhr nach England, sie wurde durch Kontingente begrenzt. Das litauische Kontingent lag aber weit unter seiner Leistungsfähigkeit. In den folgenden Jahren ist dann die litauische Baconausfuhr ständig gesunken und betrug 1938 nur noch 9800 t für 24,1 Mill. Lit. Infolgedessen mußte Litauen sich wieder von der Zucht des Baconschweines auf die des Fetteschweines umstellen und neue Märkte für die Ausfuhr lebender Schweine suchen.

Als weiterer wichtiger Erwerbszweig in der litauischen Landwirtschaft ist der Flachsbaum zu nennen, der schon vor dem Kriege beachtenswert war. Allerdings hatte Litauen keine eigenen Flachsmarken, da die Verarbeitung sehr primitiv war und das Sortieren im benachbarten Kurland vorgenommen wurde. Nach der staatlichen Verselbständigung führte Litauen ein Flachsmonopol ein, das an eine englische Firma verpachtet wurde; der erhoffte Erfolg blieb jedoch aus. Dennoch brachte die Ausfuhr von Flachsfaser und Leinsamen der Landwirtschaft nennenswerte Einnahmen. Nunmehr ist man bemüht, auch den Flachshandel neu zu organisieren und beabsichtigt, für ihn eine Zentrale zu schaffen, die der Maistas oder Pienocentras entsprechen soll.

Eines der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen im landwirtschaftlichen Sektor ist die Zentrale der litauischen Landwirtschaftsgenossenschaften „Lietukis“. Sie versorgt das Land mit Saaten, künstlichen Düngemitteln sowie mit landwirtschaftlichen

Maschinen und Geräten, sie ist Abnehmer und Exporteur des gesamten Getreideüberschusses und zur Zeit auch des Flachses. „Lietukis“ besitzt die größten Speicher im Lande, hat in den meisten Orten Filialen, besitzt Mühlen und auch eine Menge anderer wirtschaftlicher Unternehmungen. Neben der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer ist es vor allem der Genossenschaftszentrale zu verdanken, daß die landwirtschaftliche Produktion beachtlich gesteigert werden konnte und die Ernteerträge sich gehoben haben.

Eines der wichtigsten Probleme, das der Lösung noch nicht nähergebracht ist, ist die Frage der ländlichen Bauten. Die Bauernhöfe sind außerordentlich primitiv und bestehen gewöhnlich aus ungeschickt zu einem Baugebilde zusammengetragenen Balken mit einem Strohdach darüber. Sie halten nicht länger als 20 bis 30 Jahre, nachher ist in ihnen ein menschenwürdiges Unterkommen nicht mehr möglich. Noch schlimmer steht es mit den Wirtschaftsgebäuden. Für Steinbauten fehlt es am nötigen Geld, denn trotz einiger Erfolge ist die Landwirtschaft auch heute noch unrentabel. Es ist ausschließlich den sehr niedrigen Ansprüchen der Landbevölkerung zu verdanken, daß der litauische Bauer sich immer noch schlecht oder recht durchschlägt. Man kann mit Sicherheit behaupten, daß die wenigen besser ausgestatteten Gehöfte sog. Zuschußwirtschaften sind und entweder einem pensionierten Beamten, einem demissionierten Offizier oder irgendeinem Städter gehören, der hier nur seine Sommerfrische verbringt und im übrigen für den landwirtschaftlichen Betrieb dauernd zuzuzahlen in der Lage ist. Jedoch zwingt die trostlose Lage der Forstwirtschaft zu einer möglichst baldigen Umstellung auf Steinbauten. Einst war Litauen sehr waldreich, heute zählt es mit seinen nur 909 000 ha zu den waldärmsten Ländern Europas. Am Walde wurde schon vor dem Kriege von den Russen und den stark verschuldeten Gutsbesitzern Raubbau getrieben; der Krieg hat ein weiteres zur Ausnutzung beigetragen und schließlich hat auch die litauische Regierung die Wälder übermäßig in Anspruch genommen. Denn neben der starken Nachfrage nach Bauholz zum Wiederaufbau des Landes und nach Brennholz (da es keine anderen Brennmaterialien gab) waren die Waldverkäufe einziges Mittel, um die Lücken im Staatshaushalt auszufüllen (736 190 ha sind staatliche und 172 666 ha sind Privatforsten).

Der Einschlag wurde nicht mit Rücksicht auf den Waldbestand, sondern ausschließlich zur Deckung des Defizits im Etat gemacht; die Hiebnorm dürfte für acht bis zehn Jahre im voraus in Anspruch genommen sein.

Litauen ist ziemlich gleichmäßig mit Wäldern bestanden. Die größten Wälder befinden sich bei Kazlu-Ruda westlich von Kauen, sie sind ein Rest der ehemaligen Wildnis. Waldarm sind die Kreise Willkawischken im Südwesten und Utena sowie Neu-Alexandrowsk im Nordosten des Landes. 70 % sind Nadelwälder, und zwar ungefähr zur Hälfte Kiefern und zur anderen Hälfte Fichten, der Rest verteilt sich zu 12 % auf Birken, 8 % Ellern (meist Schwarzellern) und 10 % anderes Laubholz. Die Altersgruppen des Waldbestandes verschieben sich infolge der planlosen Bewirtschaftung; die älteren Bäume nehmen zugunsten der jüngeren ab.

Kapitel 2

Industrie und Gewerbe

Vor dem Kriege wurde Litauen mit russischen Industrieerzeugnissen versorgt. Für eine bodenständige Industrie fehlten jegliche Voraussetzungen, nur wenige Zweige konnten sich entwickeln, z. B. die Nahrungsmittelindustrie (Brauereien, Spiritusbrennereien, Mühlen, Süßwarenfabriken), ferner Sägewerke, Streichholz- und Tabakfabriken. Die Wirtschaftspolitik des russischen Finanzministers Witte ermöglichte den Bezug billiger ausländischer Rohstoffe und schützte die aufblühende russische Industrie durch hohe Schutzzölle, so daß sie seit dieser Zeit einen Aufstieg erlebte. Obwohl Litauen geographisch und verkehrstechnisch lange nicht so günstig gelegen ist wie die anderen baltischen Länder, so konnte sich doch auch hier nach dem Bau der Eisenbahnlinie Berlin—Petersburg eine Industrie in bescheidenem Rahmen entfalten. In Kauen entstanden drei größere Eisenwarenfabriken, die mehrere tausend Arbeiter beschäftigten. Sie produzierten einige Massenartikel, die in großen Mengen auf den russischen Markt geworfen wurden. Die Schmidtschen Schlösser waren in ganz Rußland bekannt, desgleichen die Erzeugnisse der Leder-

fabrik in Schaulen. Nach dem Weltkriege konnten sich diese Unternehmen nicht mehr erholen, da ihre Maschinen nach Rußland verschleppt waren und ihnen der russische Markt verlorengegangen war. Zwar versuchte die Schmidtsche Fabrik, sich auf die Produktion verschiedener Eisenwarenartikel in kleinen Mengen umzustellen, das konnte sie aber nicht retten. Der kleine litauische Markt war bald übersättigt, die Fabrik mußte verkauft werden, und ihre Räume wurden zu verschiedenen anderen Zwecken verpachtet. U. a. entstand hier die Aktiengesellschaft Metalas, die sich ausschließlich auf die Produktion von Nägeln, Hufeisen, Ketten, Eimern u. a. beschränkt. Eine Reihe ganz kleiner Eisenwarenfabriken wie Neris und Liviela halten sich besser, da sie u. a. Aufträge für den Heeresbedarf haben. Auch die Lederindustrie in Schaulen ist seit dem Weltkrieg nicht mehr aus Zahlungsschwierigkeiten herausgekommen.

In der Zeit der litauischen Autarkiebestrebungen entstanden eine Reihe neuer bisher unbekannter Unternehmungen. Besonders gut hat sich die Textilindustrie entwickelt, und die von Amerika-Litauern gegründete Tuchfabrik Drobe ist heute eines der größten Unternehmungen Litauens. Außer dieser Fabrik besteht im Kreise Rakischken die Tuchfabrik Nemunas, desgleichen wurde in Kauen jüngst eine jüdische und in Mariampol eine neue litauische Tuchfabrik eröffnet. Die Baumwollfabrikation, die sich früher zum größten Teil im Memelgebiet befand, soll jetzt nach Litauen verlegt werden, und die litauische Seidenwarenpromuktion deckt die Bedürfnisse des eigenen Landes vollauf. Das größte Unternehmen dieser Art ist die A.-G. Kauno Audiniai, eine Zweigniederlassung des lettischen Rigas Audums.

Dank hoher Schutzzölle ist auch die Gummiwarenindustrie (Inkaras und Guma) in Kauen aufgeblüht. Die Seiden- und Gummiwarenindustrie hatten im Memelgebiet einen besonders guten Absatz und sind nun nach Rückgliederung des Memelgebietes an das Deutsche Reich gezwungen, ihre Produktion erheblich einzuschränken. Neben solchen Industriezweigen, die sich unter einem Wall von Schutzzöllen entwickeln, hat auch die bodenständige Industrie einen Aufschwung genommen; dazu gehören die Leinenwebereien, die im Flachsenbaugebiet entstanden sind (die Fabrik der A.-G. Kučinskis-Pabedinskai in Plungen, Kreis Tel-

schen, und die A.-G. Siūlas in Birsen sowie die Fabrik Mastis in Telschen). Mit der Flachsbearbeitung befassen sich einige Betriebe in Schaulen, Ponewesch und Mascheiken. Außerdem wurde in diesem Jahre eine ganz moderne Flachsbearbeitungsfabrik in Panemunėlis erbaut.

Außer den Schlachthäusern ist die Nahrungsmittelindustrie um zwei von den Skodawerken ausgerüstete Zuckerrübenbau in Litauen noch unbekannt; die Einführung dieser Kultur hat aber für die litauische Wirtschaft eine große Bedeutung, denn diese beiden Fabriken decken den Zuckerbedarf des Landes zu etwa 75 %. Nunmehr besteht der Plan, noch eine dritte Fabrik in der Gegend Keidann—Ponewesch—Oniksten zu errichten.

Als Litauen gegen eine 60-Millionen-Lit-Anleihe dem Schwedentrust das Zündholzmonopol abtrat, verpflichtete sich dieser, die kleinen Zündholzfabriken Litauens auszukaufen und eine große Fabrik in Kauen zu errichten. Außerdem aber mußte sich der Trust verpflichten, eine moderne Papierfabrik zu bauen, die imstande sein sollte, das ganze Land mit dem nötigen Papier zu versorgen. Das war für Litauen sehr wichtig, denn die Rohstoffe für die Papierfabrik sind größtenteils vorhanden und damit wurde eine Unabhängigkeit vom Außenmarkt erreicht.

Trotzdem alle Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung der holzverarbeitenden Industrie gegeben sind, ist diese noch unverhältnismäßig wenig entwickelt. Die Sägereien sind klein und veraltet, nennenswerte Möbelfabriken gibt es nicht. Möbel werden nur in kleinen handwerklichen Betrieben hergestellt, die sich in Janow befinden. Eine Zellulosefabrik, eine Furnierfabrik und größere Sägewerke bestanden nur im Memelgebiet.

Zahlreich sind die Versuche, eine Glasindustrie in Litauen zu schaffen. Zwar gibt es im Lande den für die Glasfabrikation nötigen Sand reichlich, aber das Absatzgebiet für Glaswaren ist allzu klein, auch fehlt es den meisten Unternehmungen am nötigen Kapital, so daß alle bisherigen Versuche mit einer Pleite endeten. Ganz besonders unangenehm macht sich das Fehlen einer Zementfabrik bemerkbar, denn der Zementbedarf Litauens ist nicht klein, im Jahre 1938 wurden beispielsweise 125 000 t Zement eingeführt. Auch die verschiedenen Gipsablagerungen im Kreise

Birsen sind zur Zeit noch unausgenutzt. Die Zahl der Ziegeleien wächst dauernd, jedoch sind diese immer noch nicht in der Lage, den vorhandenen Bedarf an Ziegeln zu decken, so daß selbst in den Städten noch 60 bis 70 % aller Bauten in Holz ausgeführt werden; auf dem Lande wird überhaupt noch nicht in Stein gebaut. Die größte Ziegelei ist die A.-G. Palemonas, die der Ukio-Bankas gehört. Außerdem haben die Kommunalverwaltungen in jüngster Zeit eine Reihe eigener Ziegeleien errichtet, so vor allem die Städte Kauen und Plungen.

Für den Bau von Wasserkraftwerken sind die Voraussetzungen günstig, fast alle Flüsse Litauens durchfließen Täler mit hohen Ufern, die den Bau von Talsperren ermöglichen. Am günstigsten für den Bau eines Kraftwerkes ist die große Memelschleife bei Nemaniunai zwischen Kauen und Olita. Diese Schleife, die einen Umweg von nahezu 50 km macht (statt des geraden Weges von 4 km), würde beim Durchstich einen Wasserfall von 12 m ergeben, der durch den Bau einer Talsperre um mehr als das Doppelte erhöht werden könnte. Mit dem Bau eines Wasserkraftwerkes an dieser Stelle, das ganz Litauen mit Strom zu versorgen in der Lage wäre, hat sich schon vor dem Kriege die russische Regierung befaßt, dann haben die deutschen Besatzungsbehörden diesen Plan wieder aufgenommen und auch von der litauischen Regierung wurde er vielfach erörtert; jedoch ist diese Frage aus dem Stadium des Projektierens nicht herausgekommen, denn es fehlt an technischen Kräften, die ein annehmbares Projekt ausarbeiten und vertreten könnten. Das nötige Kapital könnte bei gutem Willen sogar im Lande selbst aufgebracht werden, obwohl es auch an ausländischen Angeboten nicht fehlen würde. Allerdings könnte dieses Projekt nur von einer ausländischen Firma ausgeführt werden.

Vor dem Kriege hatte Litauen außer in Kauen fast überhaupt keine Elektrizitätswerke, die meisten Werke in den Provinzstädten sind erst von den deutschen Besatzungstruppen erbaut worden, nach deren Abzug sie meist von den Kommunalverwaltungen übernommen wurden.

Im Jahre 1924 bestanden in Litauen ohne das Memelgebiet 587 gewerbliche Betriebe, in denen 6900 Arbeiter beschäftigt waren, im Jahre 1938 gab es aber schon 1250 Betriebe mit 30 489

Beschäftigten. Der Produktionswert der litauischen Industrie betrug mehr als 300 Mill. Lit. Nach der Rückgliederung des Memelgebietes an das Deutsche Reich ergab sich die Notwendigkeit, die litauische Industrie umzuorganisieren, denn auf der einen Seite befanden sich einige Industriezweige ausschließlich in Memel (Zellulose, Kunstdünger, Sperrholz), die zum Teil guten Absatz in Litauen hatten (Baumwolle, Seifen, Rauchwaren), auf der anderen Seite aber hatten zahlreiche litauische Industriezweige einen guten Absatz im Memelgebiet, der ihnen durch die Rückgliederung verlorengegangen ist (Seidenstoffe, Gummiwaren, Leder).

Kapitel 3

Handel und Verkehr

Nach dem Weltkriege konnten die Handelsbeziehungen, die Kaufleute in Litauen mit anderen Teilen des russischen Reiches gepflegt hatten, nicht wieder aufgenommen werden. Anstatt dessen entwickelte sich ein sehr reger Warenaustausch mit Deutschland, was ganz natürlich erschien, da das industrielle Deutschland und das agrare Litauen sich gut ergänzten. Litauen fand im Deutschen Reich für alle seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen guten Absatzmarkt und konnte seine sämtlichen Bedürfnisse an Industrieerzeugnissen in Deutschland decken. Die günstige Lage der beiden Länder zueinander und der kurze Weg beeinflussten die Preisgestaltung vorteilhaft, dabei zahlte Deutschland stets die besten Preise. Unter diesen Voraussetzungen betrug der Anteil Deutschlands am litauischen Außenhandel in den ersten Jahren der staatlichen Selbständigkeit 60 bis 80 %. Trotz alledem versuchte Litauen, auch in anderen Ländern Absatzgebiete zu finden, um seine steigende Produktion zu sichern. Der nächstbeste Markt war der englische, hier konnten Holz, Flachs, Leinsamen, Eier, Butter, Bacon und Zellulose abgesetzt werden. Als wegen des Memelgebietes die ersten Konflikte zwischen Deutschland und Litauen ausbrachen, glaubte man, in den sehr engen deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen eine Gefahr für Litauen erblicken zu müssen und die Litauer versuchten nun,

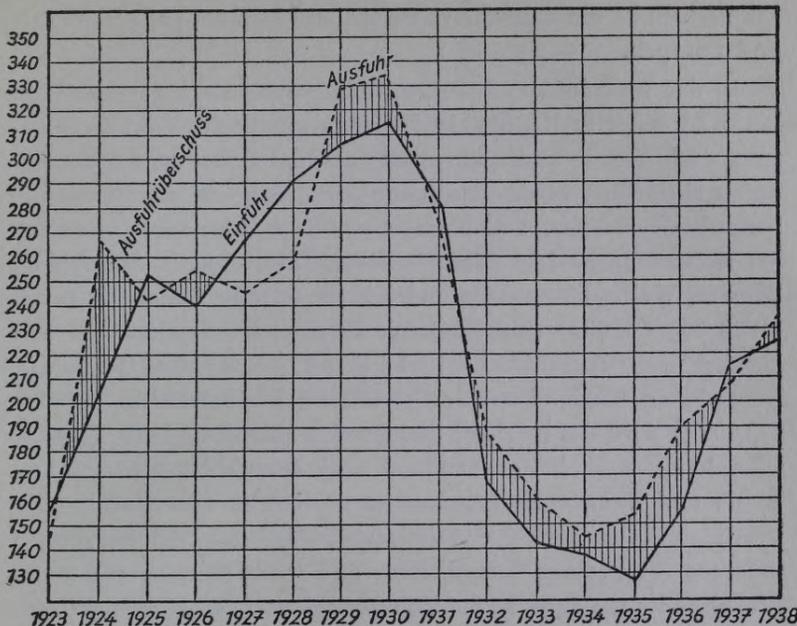
sich statt des einen großen Absatzmarktes möglichst viele kleine zu schaffen.

Während der Regierungszeit Woldemaras' wurde im Jahre 1929 ein Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich abgeschlossen, in dessen Folge der Warenaustausch seine höchste Blüte erreichte. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1928 148 Mill. Lit (58 % der litauischen Gesamtausfuhr) und stieg im Jahre 1930 auf 200 Mill. Lit (60 % der litauischen Gesamtausfuhr). Die litauische Einfuhr konnte mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Noch im Jahre 1923 führte Litauen 81 % aller Waren aus Deutschland ein, 1924 waren es nur noch 63 %, 1928 50 % und 1930 49 %. Während der Handel mit Deutschland bis zum Jahre 1928 für Litauen passiv war, brachten die Jahre 1929 und 1930 Litauen ein Aktivsaldo von rund 95 Mill. Lit. Litauen verstand die Vorteile dieses Vertrages nicht recht zu würdigen. Die Kritik am Verträge, durch den Litauen angeblich in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland geraten sein sollte, der Sturz der Regierung Woldemaras und die neu entstandenen Streitigkeiten um das Memelgebiet brachten einen immer weiteren Rückgang der Handelsbeziehungen. Auch die Weltwirtschaftskrisis, die in Litauen erst im Jahre 1931 einsetzte, drosselte den Außenhandel um ein weiteres. Im Jahre 1932 betrug die litauische Ausfuhr nach Deutschland nur noch 74 Mill. Lit (39 %) und 1933 52 Mill. Lit (33 %). Als der litauische Terror gegen die Memeldeutschen immer größer wurde, brach 1934 der deutsch-litauische Handelskrieg aus. Zunächst sperrte Deutschland die Einfuhr litauischer Butter, darauf wurde jegliche Einfuhr aus Litauen verboten. Im Jahre 1935 betrug die Ausfuhr ins Reich nur noch 5,4 Mill. Lit (3,6 %). Im litauisch-englischen Außenhandel bestand alljährlich ein Aktivsaldo zugunsten Litauens. Im Jahre 1931 allein betrug dieser Saldo 71 Mill. Lit, für die Jahre 1923 bis 1938 ergab sich ein Mehr von insgesamt 640 Mill. Lit. Allerdings hat England seine Handelspolitik nach der Konferenz von Ottawa geändert. Bereits 1933 mußte Litauen sich verpflichten, fast den gesamten Kohlenbedarf in England zu decken und bestimmte Prozentsätze seiner Einfuhr an Koks, ferner Heringen, Wollstoffen und Salz aus England zu beziehen. Schließlich sollte es auch Maßnahmen zur Steigerung der Gesamteinfuhr aus England ergreifen:

Litauen erhielt dafür ein Kontingent für die Lieferung von Bacon zugebilligt, das von Jahr zu Jahr verringert wird. Im Enderfolg wurde die litauische Ausfuhr nach England alljährlich immer geringer, obwohl der prozentuale Anteil Großbritanniens an der litauischen Ausfuhr infolge Ausfallens des deutschen Marktes stark zunahm (1930 = 19,5 %, 1933 bereits 45 %). Dagegen nahm die litauische Einfuhr aus England ständig zu. Noch im Jahre 1932 führte Litauen aus England für nur 18 Mill. Lit Waren ein, im Jahre 1938 betrug die Einfuhr schon 69,2 Mill. Lit.

Nach der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland im August 1936 begann die inzwischen gestiegene Ausfuhr nach England wieder zu sinken. Seit dem Jahre 1939 ist Deutschland wieder Hauptlieferant. Die Handelsbeziehungen zu den anderen Ländern sind von geringer Bedeutung. Nur der litauisch-sowjetrussische Außenhandel nahm seit Beginn des deutsch-litauischen Handelskrieges einen Aufschwung, denn die Sowjetunion fühlte sich verpflichtet, Litauen zu helfen und einige seiner Waren, wie vor allem lebende Schweine und Schweinefleisch abzunehmen; allerdings zahlte es nie dagewesene schlechte Preise. Die Ausfuhr stieg sprunghaft von 2,7 Mill. Lit im Jahre 1933 auf 13,1 Mill. Lit im Jahre 1935. Trotz alledem ist der Handel mit der Sowjetunion für Litauen stets passiv gewesen.

Die Entwicklung des litauischen Außenhandels ist aus nebenstehendem Diagramm zu ersehen. Da Litauen über keinerlei Kapitalien verfügt, kann es seine Einfuhr nur mit eigenen Waren bezahlen. Es ist infolgedessen Aufgabe der litauischen Handelspolitik, Einfuhr und Ausfuhr auszugleichen. Das ist, wie nebenstehendes Diagramm zeigt, in den meisten Jahren gelungen. Die Struktur des litauischen Außenhandels ist die eines typischen Agrarstaates. An erster Stelle steht die Ausfuhr von Lebensmitteln, es folgen land- und forstwirtschaftliche Rohstoffe, dann lebende Tiere und zuletzt Fertigwaren. In der Einfuhr dagegen stehen Fertigwaren an erster Stelle, es folgen industrielle Rohstoffe und zuletzt Nahrungsmittel. Lebende Tiere werden nur in ganz geringen Mengen ausschließlich zur Aufzucht eingeführt. Wichtigster Ausfuhrartikel ist die Butter. Im Jahre 1938 wurden insgesamt 17 500 t Butter für 48,5 Mill. Lit hauptsächlich nach Deutschland und England ausgeführt. An zweiter Stelle steht die Ausfuhr von



Schweinen. Im Jahre 1938 wurden 153 000 lebende Schweine für 21,3 Mill. Lit und 9800 t Bacon für 24,1 Mill. Lit ausgeführt. Die lebenden Tiere werden größtenteils nach der Sowjetunion und nach Deutschland verkauft. Sowohl für Butter als auch für Schweine zahlt Deutschland die besten Preise. Die Getreideausfuhr hat keine ständigen Absatzmärkte, während Eier meist nach Deutschland und England verkauft werden.

Außer Holz, das in verarbeitetem und unverarbeitetem Zustande in großen Mengen nach Deutschland und England ausgeführt wird, spielt auch die Ausfuhr von Flachs und Werg eine große Rolle. Seit 1920 hat Litauen für etwa 700 Mill. Lit Flachs und Werg ausgeführt. Mit seiner Flachsausfuhr steht Litauen auf dem Weltmarkt hinter der Sowjetunion und Polen an dritter Stelle. Da Sowjetrußland sich vom Weltmarkt immer stärker zurückzieht, konkurriert Litauen heute mit Polen um den Vorrang. Die Qualität des litauischen Flachses ist aber viel geringer als die anderer Länder. Abnehmer für Flachs sind: England, Deutschland (einschl. des Protektorates), Schweden und Belgien. Weni-

ger wichtig ist die Ausfuhr von Klee und Leinsamen, Tierhäuten und Lumpen.

In der Einfuhr von Lebensmitteln stehen Heringe (aus England) an erster Stelle, die ein Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung sind. Ferner Südfrüchte und Salz, das meist aus der Sowjetunion eingeführt wird. Man kann sagen, daß Litauen in der Lebensmittelversorgung vollständig unabhängig ist. — An industriellen Rohstoffen bezieht Litauen Eisen, Kunstdünger, Steinkohle, Zement, Wolle, Baumwolle und Erdöle. Bezugsländer für Eisen (1938/39 = 1200 t) sind England, Belgien, die Sowjetunion und Deutschland. Kunstdüngemittel (1938 = 118 000 t) liefern Deutschland, England und Sowjetrußland. Die Steinkohle (1938 = 288 000 t) wird aus England und Sowjetrußland bezogen, Zement wird hauptsächlich aus England und Deutschland eingeführt, Wolle und Baumwolle kommen von Übersee. Die Einfuhr von Fertigfabrikaten ist sehr mannigfaltig. Deutschland ist Hauptlieferant für Farben, Chemikalien und Medikamente, auf deren Einfuhr Litauen sogar in den Jahren während des Handelskrieges nicht verzichten konnte. Ferner liefert Deutschland Eisenwaren, Elektrowaren, Automobile, Fahrräder, Instrumente und Apparate. England liefert Garne, Woll- und Baumwollstoffe sowie Motoren. Nach der Rückgliederung des Memelgebietes an das Deutsche Reich ist eine Veränderung der Struktur der litauischen Ein- und Ausfuhr zu erwarten. Es ist anzunehmen, daß die Einfuhr von industriellen Rohstoffen zugunsten der Einfuhr von Fertigwaren sinken wird. Auch dürfte die Einfuhr von Woll- und Baumwollgarnen zurückgehen und anstatt dessen die Einfuhr fertiger Stoffe steigen.

Das Verkehrsnetz Litauens ist nur mangelhaft ausgebaut. Es gibt nur 1526 km Eisenbahnlinien, ferner 1481 km befestigte Straßen und 31 154 km Landstraßen. Das Eisenbahnnetz ist den Verhältnissen des Landes nur wenig angepaßt. Die von den Russen erbauten Strecken Wilna—Wirballen (als ein Teil der Bahnlinie Petersburg—Pleskau—Dünaburg—Wilna—Wirballen—Königsberg—Berlin) und Wilna—Schaulen—Libau (als Zufuhrbahn aus der Ukraine nach dem Libauer Hafen) waren den Verkehrsbedürfnissen des russischen Reiches, nicht aber denen

Litauens angepaßt. Außer diesen beiden Eisenbahnlinien bestand noch die Strecke Radziwillischken—Dünaburg über Ponewesch und die private Schmalspurbahn Ponewesch—Swenziany. Das ganze Gebiet Schemaitens von der deutschen Grenze bis zur Eisenbahnstrecke Schaulen—Libau in einer Größe von etwa 16 000 qkm hatte nicht eine einzige Eisenbahn! Nach der Besetzung Litauens durch die deutschen Truppen während des Weltkrieges wurde sofort eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und der Front vor Riga geschaffen. Zunächst wurde die Strecke Memel—Krottingen—Bajohren bis zur Eisenbahnlinie Schaulen—Libau gebaut, außerdem wurde die Linie Tilsit—Laugszargen in Richtung Schaulen und weiter bis Mitau gebaut. Die russischen Bahnen wurden von der russischen auf die Normalspurweite umgestellt und so den Bedürfnissen der deutschen Eisenbahnen angepaßt. Um eine direkte Verbindung zwischen Kauen und Schaulen herzustellen, wurde die Strecke nach Janow erbaut; ferner schufen die deutschen Truppen 600 mm breite Schmalspurbahnen, von denen die längste Strecke Schaulen—Birsen von den Litauern beendet wurde. Sämtliche Schmalspurbahnen Litauens mit Ausnahme der Strecke Ponewesch—Swenziany sind von den deutschen Besatzungstruppen gebaut worden. Einige dieser Linien wurden nach Rückzug der deutschen Truppen von der Bevölkerung auseinandergerissen, das Material wurde gestohlen.

Nach Festlegung der litauischen Grenzen hatte Litauen zwei Eisenbahnstrecken, die vom Gesamtnetz getrennt waren: die Strecke Krottingen—Schoden im Nordwesten des Landes konnte nur über lettisches Gebiet, die Strecke Schestoken—Olita—Orany aber nur über das von Polen besetzte Gebiet befahren werden. Solange die Eisenbahn Riga—Libau über litauisches Gebiet führte, konnte Litauen sich mit Lettland leicht verständigen. Litauen erhielt freie Durchfahrt über Prökuls nach Krottingen und Memel, Lettland dagegen erhielt freie Durchfahrt über Moscheiki nach Libau. Anders lagen die Verhältnisse in bezug auf Polen. Litauen unterhielt mit Polen keine Beziehungen. Auf der abgeschnittenen Strecke Schestoken—Olita befand sich nach den litauischen Operationen im Frontabschnitt Seiny ein großer Teil des litauischen rollenden Materials, darunter viele von Deutsch-

land gepachtete Wagen und Lokomotiven. Die Verhandlungen der Deutschen Reichsbahn mit Polen, dieses Material über Suwalki nach Deutschland fortschaffen zu können, führten zu keinem Ergebnis. Es blieb den Litauern nun nichts anderes übrig, als von Kazlu-Ruda über Mariampol eine 58 km lange neue Eisenbahnstrecke zu bauen, um das Material nach dem inzwischen abgelaufenen Pachtvertrag an Deutschland abzuliefern. Auch die Verkehrsverbindung nach Memel ließ viel zu wünschen übrig. Während die Luftlinie zwischen Kauen und Memel etwa 200 km beträgt, mußten mit der Eisenbahn über 300 km zurückgelegt werden, dazu mußte über lettisches Territorium gefahren werden. Der Vorschlag des Memeldirektoriums, den Verkehr über deutsches Staatsgebiet auf die kürzere Strecke Kauen—Wirballen—Ebenrode—Tilsit—Memel zu verlegen, fand bei der litauischen Regierung keine Zustimmung. Man schritt zum Bau einer Eisenbahnlinie Schaulen—Memel, brachte sie aber bis zum Jahre 1925 nur von Schaulen bis Telschen und erst, als die Letten eine direkte Eisenbahnverbindung von Mitau nach Libau erbaut hatten und dem litauischen Durchgangsverkehr über lettändisches Territorium Schwierigkeiten zu bereiten begannen, wurde der Bau der Eisenbahnstrecke von Telschen bis Krottingen im Jahre 1932 beendet. Damit war die Verbindung zwischen Kauen und Memel fertiggestellt.

Um das Eisenbahnnetz Litauens auszubauen, plant die Regierung, die Schmalspurbahnen miteinander zu verbinden. Wie weit dieser Plan aber verwirklicht werden wird, ist sehr fraglich, denn man kann sich weder verkehrstechnisch noch volkswirtschaftlich oder finanziell einen wesentlichen Vorteil davon versprechen. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs besitzen die litauischen Eisenbahnen 205 Lokomotiven, 313 Personenwagen und 4351 Güterwagen. Im Jahre 1938 beförderten die Bahnen 4,2 Mill. Personen und 2,4 Mill. t Güter. Der Eisenbahnverkehr hat in letzter Zeit die allernotwendigsten Neuerungen erfahren. Die Zuggeschwindigkeit ist gesteigert worden und es sind mehrere neue Triebwagen in den Verkehr eingestellt. Direkte Zugverbindungen bestehen von Berlin über Königsberg—Kauen nach Riga und über Tilsit—Dünaburg nach Moskau. Eine Verbindung gibt es auch auf der Strecke Tilsit—Schaulen—Riga und Berlin—Memel

bis Libau. Neuerdings wurde auch der direkte Verkehr Kauen—Warschau eröffnet.

Wenn Litauen in den 20 Jahren seiner Unabhängigkeit für den Ausbau des sehr dürftigen Eisenbahnnetzes schon nicht viel tat, so hat es für den Ausbau seines noch dürftigeren Straßennetzes erst recht wenig getan. Bis zum Jahre 1929 wurden nur 6 km neuer befestigter Straßen gebaut und in der Zeit von 1929 bis 1935 nur 67 km. Dabei hatte Litauen nur im südlichsten Teil des Staates ein einigermaßen hinreichendes Netz von befestigten Straßen. Vier Fünftel des gesamten Staatsgebietes sind nur von zwei Straßen durchzogen: Die Chaussee Kauen—Dünaburg und Tilsit—Schaulen—Riga. Noch heute gibt es ganze Kreise, in denen überhaupt keine Kunststraßen vorhanden sind. Erst im vorigen Jahre wurde die Chaussee Kauen—Memel über Rasseinen erbaut. Die Chaussee Kauen—Keidann—Ponewesch—Birsen ist noch nicht fertiggestellt. Diese Kunststraßen sind ungeteerte Schotterstraßen, während die sog. Landstraßen meist Kiesstraßen, zum Teil aber nur Naturwege sind. Im Frühling und Herbst sind sie oft völlig unpassierbar. Deshalb ist auch der Kraftwagenverkehr sehr gering. Im Jahre 1938 verkehrten in Litauen nur 1765 Personenwagen, 298 Autobusse, 619 Lastkraftwagen und 35 Spezialkraftwagen.

Als einzige Stadt Litauens hat Kauen Anschluß an den internationalen Luftverkehr, die deutsche Lufthansa befliegt die Strecke Königsberg—Kauen—Riga—Reval und die polnische Lot verkehrt auf der Strecke Warschau—Wilna—Kauen—Riga. In den Sommermonaten wird der Luftverkehr von Kauen nach dem litauischen Badeort Polangen aufrechterhalten.

Kapitel 4

Finanzwesen

Die deutsche Besatzungsbehörde führte in Litauen 1916 das sogenannte „Ostgeld“ ein, mit dessen Emission die an der Ostbank für Handel und Gewerbe gegründete und später selbständig gewordene „Darlehnskasse Ost“ beauftragt wurde. Die Tätigkeit dieser Kasse stand unter der Aufsicht der Reichsbank. Nach der

Verselbständigung des Staates schloß die litauische Regierung im Jahre 1918 mit dieser Kasse einen Vertrag, wonach auf Wunsch der litauischen Regierung die Darlehnskasse Ost bis zur Gründung einer litauischen Notenbank bestehen blieb und ihr Geld in Litauen zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt wurde. Eine litauische Notenbank wurde erst 1922 als halbstaatliche A.-G. mit einem Aktienkapital von 12 Mill. Lit gegründet, also zur Zeit, als die Inflation schon beachtenswerte Fortschritte gemacht hatte. Am 1. Oktober wurde die neue litauische Goldkernwährung, der Litas, auf der Basis 1 G\$ = 10 Lit, eingeführt. Den Grundstock für die Golddeckung des Litas bildeten die als Kriegsschädigung von den Sowjets gezahlten 3 Mill. Goldrubel, etwa 15 Mill. Lit. Eine der wichtigsten Aufgaben seit der Einführung der eigenen Währung war, die Stabilität des Litas zu erhalten. Das ist bisher auch gelungen. Selbst als nach der Abwertung des Dollar und des Pfundes alle Währungen zu schwanken begannen, blieb die litauische Währung unerschüttert. Die Deckung des Litas durch Gold betrug immer über 50 %, die durch Gold und Devisen zusammen sogar über 100 %. Nur 1935 sank die Deckung durch Gold infolge des starken Goldabflusses während des Handelskrieges mit Deutschland bis auf etwa 30 %. In diesem Jahr ist die Golddeckung infolge der durch die politischen Erschütterungen der letzten Jahre verursachten Erhöhung der Notenemission wiederum auf 34 % (Stand z. 1. Mai 1939) gesunken. Der Notenumlauf ist von 96,2 Mill. Lit am 1. Januar 1933, auf 116,6 Mill. Lit am 1. Januar 1938, auf 141,7 Mill. Lit am 1. Januar 1939 und auf 181,7 am 1. Mai 1939 gestiegen.

Als die Nachbarn Litauens die Devisenbewirtschaftung schon eingeführt hatten, war die litauische Währung eine Zeitlang immer noch frei. Der wirtschaftliche Zusammenbruch im Jahre 1935 zwang aber auch Litauen, die Devisenkontrolle einzuführen.

Die Scheidemünzen, Kupfer-Aluminium, und die Silbermünzen werden vom Staate selbst geprägt und durch Vermittlung der Notenbank in Verkehr gebracht.

Neben der halbstaatlichen Notenbank (Lietuvos Bankas), die Zweigstellen in allen Kreisstädten Litauens besitzt, besteht in Litauen eine zweite halbstaatliche Bank, die Bodenkreditbank (Žemės Bankas) mit einem Aktienkapital von 50 Mill. Lit. Diese Bank

befaßt sich mit der Gewährung von hypothekarischen Krediten für die Landwirtschaft, und zwar durch Emission von Obligationen. Außer diesen Banken besteht in Kauen noch die litauische Wirtschaftsbank (Ukio Bankas) mit einem Aktienkapital von 15 Mill. Lit. Diese Bank unternimmt selbst große Investitionen in Industrieunternehmungen, kreditiert den litauischen Handel und die Industrie und auch die Landwirtschaft, jedoch nur durch kurzfristige Kredite. Die Ukio Bankas hat ein großes Netz von Zweigniederlassungen im Lande. Eine größere Rolle im Wirtschaftsleben spielen ferner die halbjüdische Litauische Kommerzbank (Lietuvos Komercijos Bankas), die halbstaatliche Genossenschaftsbank (Koopercijos Bankas), die jüdische Genossenschaftsbank (Centralinis Žydu Bankas), die sich mit der Kreditierung des Handels, letztere auch mit der Kreditierung der Genossenschaften befassen. Schließlich bestehen in Litauen 14 Kreditvereine und 322 Kreditgenossenschaften, davon 219 auf dem Lande.

Die litauische Regierung war stets bemüht, den Staatshaushalt ohne irgendwelche Anleihen zu realisieren. Nur die ersten Jahre konnte sie nicht ohne Hilfe auskommen. Diese wurde ihr von Deutschland durch eine 100-Mill.-Mark-Anleihe gewährt. Die Sachlieferungen aus den Heeresrestbeständen an der Westfront, die von den Vereinigten Staaten von Amerika auf Kredit geleistet wurden, haben Litauen eine große Auslandsschuld aufgebürdet, die jetzt 44,2 Mill. Lit beträgt. Diese Lieferungen bestanden aber aus Sachen, die für Litauen entweder überhaupt nicht zu brauchen oder überflüssig waren, wie z. B. Speck, kondensierte Milch u. a. m. Während der Kriege mit Polen wurde eine Innenanleihe und eine Außenanleihe bei den Amerika-Litauern aufgenommen.

Nach der Befriedung und besonders in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Jahren 1927 bis 1930 brachte der Staatshaushalt beachtliche Überschüsse (63 Mill. Lit), die dann in den Krisen Jahren 1931 bis 1935 das Defizit ausgleichen mußten. 1935 und 1936 nahm Litauen wiederum zwei Innenanleihen von insgesamt 33 Mill. Lit auf, um die außerordentlichen Ausgaben zu finanzieren.

Das Steuersystem Litauens ist dem Vorkriegsrußland nachgebildet. Die Haupteinnahmequellen bilden die indirekten

Steuern (1938: 24 % aller Einnahmen). In erster Linie sind es die Zölle (1938: 58,1 Mill. Lit), dann die Akziseeinnahme von Zucker, Tabak, Bier, Zündhölzern, Spirituosen, Tee, Hefe u. a. Eine große Rolle spielen die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol (1938: 39,4 Mill. Lit = 10,6 % aller Einnahmen). Die direkten Steuern betragen 14 % aller Einnahmen, davon entfallen auf die Bodensteuer 5 %. Der Rest verteilt sich auf die Gewerbesteuer, die städtische Immobiliensteuer, die Arbeitsertragsteuer u. a. Eine allgemeine Einkommensteuer gibt es nicht.

Die Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Ministerien wie folgt (1938 in Mill. Lit):

1. Landesschutzministerium	85,2	23 %
2. Verkehrsministerium	72,5	19 %
3. Bildungsministerium	58,7	16 %
4. Landwirtschaftsministerium	50,8	14 %
5. Finanzministerium	41,4	11 %
6. Innenministerium	31,9	9 %
7. Justizministerium	12,4	3 %

Die staatlichen Einnahmen und Ausgaben befanden sich bis 1931 in ständigem Steigen. In diesem Jahr erreichten die Einnahmen 315 Mill. Lit, die Ausgaben 335,3 Mill. Lit. Mit dem Einbruch der Krisis sanken auch die Einnahmen, die 1933 ihren niedrigsten Stand erreichten. Im Jahre 1934 begann wieder ein Aufstieg, und 1938 betragen die Einnahmen 371,0 Mill. Lit, die Ausgaben 366,5 Mill. Lit. Die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1939 mußten infolge der Rückgliederung des Memelgebiets wiederum zurückgehen.

LITERATURVERZEICHNIS

Allgemein

- Arbusow, L.*, Grundriß d. Geschichte Est-, Liv- und Kurlands, Riga 1890
Bauer, A., Die Kämpfe d. baltischen Landeswehr (Handwörterbuch d. Grenz- u. Auslandsdeutschums, Bd. II), Breslau 1936
Bischoff, J., Die letzte Front, Berlin 1935
— Deutschbalten und baltische Lande (Handwörterbuch d. Grenz- u. Auslandsdeutschums, Bd. II), Breslau 1936
Kupffer, K., Baltische Landeskunde, Riga 1905
Pirang, H., Das baltische Herrenhaus, Riga 1926/1930, 3 Bände
Rohrbach, P., Das Baltenbuch, Dachau o. J.
Schroeder, H., Rußland und die Ostsee, Riga 1927
Seraphim, E., Livländische Geschichte Bd. I, Reval 1897, Bd. II u. Bd. III, Reval 1904
Tobien, A., Die livländische Ritterschaft, Riga 1925
Walter, E., Das Baltikum in Zahlen, Königsberg/Pr. 1937
Wittram, R., Geschichte d. baltischen Deutschums, Stuttgart 1939

Estland

- Blosfeld, P.*, Geschichte d. deutschen Schulwesens in Estland 1919 bis 1935, Reval 1935
Bogdanoff, G., Die estnische Agrarreform, ein Mittel zur Unterdrückung der nationalen Minorität, Berlin 1922
Hartge, O., Über die Entwicklung des baltischen Deutschums in Estland, Reval 1934
Kant, E., Bevölkerung und Lebensraum Estlands, Dorpat 1935
Maddison, E., Die nationalen Minderheiten Estlands und ihre Rechte, Reval 1930
Meyer-Willuda, E., Wirtschaftsgeographie von Estland, Berlin 1938
Mickwitz, A., Die Landwirtschaft Estlands (Baltische Monatsschrift), Riga 1930
Oertzen, F., Baltenland, München 1939
Pulleritz, A., Estland, Volk, Kultur, Wirtschaft, Reval 1931
Schulmann, H., Der Stand der Brennschieferindustrie in Estland, Ostwirtschaft 1933, Heft 11

Lettland

- Bihlman, A.*, Latvijas Werdegang, Riga 1930
Dobkewitsch, H., Die Entwicklung d. lettländischen Staatsgedankens bis 1918, Berlin 1936

- Grosberg, O.*, u. *Riedel, R.*, Die Presse Lettlands, Riga 1927
Ligotnu, J., Latvijas valsts dibinašana (Die Gründung d. Staates Lettland),
 Riga 1925
 — Latvijas Zeme, Daba, Tauta (Lettlands Land, Natur u. Volk), 3 Bände,
 Riga 1936/37
Rudolph, W., Die Landwirtschaft Lettlands, Mitau 1929
S-kujenieks, M., Latvija Zeme un iedzivotaji (Lettland, Land und Einwohner),
 Riga 1922
Schwabe, A., Grundriß der Agrargeschichte Lettlands, Riga 1929
Taube, E., Lettlands Export u. Exportfirmen, Riga 1929
Wollert, H., Die Industrie Lettlands, Breslau 1927
Zalts, A., Die politischen Parteien Lettlands, Riga 1926

L i t a u e n

- Aschmies, M.*, Land und Leute in Litauen, Breslau 1918
Essen, W., Die ländlichen Siedlungen in Litauen mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bevölkerungsverhältnisse, Leipzig 1930
Heberle, R., Die Deutschen in Litauen, Stuttgart 1927
Kerstein, E., Die Entwicklung d. deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen im 1. Jahrzehnt seit Bestehen d. litauischen Staates unter besonderer Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Struktur, Düren 1934
Kiebler, A., Die wirtschaftliche Lage Litauens vor und nach dem Weltkriege, Geldhausen 1934
Linksch, E., Litauen und die Litauer, Stuttgart 1917
Losch, O., Litauen, eine wirtschaftsgeographische Darstellung, Königsberg/Pr. 1932
Meyer, P., Ostland Litauen, ein Beitrag zur deutschen Diasporakunde, Riga 1926
Mortensen, H., Litauen, Grundzüge einer Landeskunde, Hamburg 1926
Oberländer, Th., Die landwirtschaftlichen Grundlagen des Landes Litauen, Berlin 1930
Sagel, W., Der Deutsche in Litauen, Berlin 1936
Skalweit, B., Die Landwirtschaft in den litauischen Gouvernements, Jena 1918
Stöhr, F., Die Wirtschaft der Republik Litauen im 1. Jahrzehnt ihres Bestehens — 10 Jahre litauische Wirtschaft, Kauen 1938

Zeitung en und Zeitschriften:

- Baltische Monatsschrift, Riga 1925-31; Baltische Monatshefte, Riga 1932-39;
 Staatsanzeiger für Estland, für Lettland, für Litauen; Rigasche Rundschau; Rigasche Post; Revalsche Zeitung; Deutsche Nachrichten für Litauen; Preußische Zeitung; Berliner Börsenzeitung; Völkischer Beobachter; Uus Eesti; Päwaleht; Jaunakas Zinas; Briva Zeme; Latvijas Kareivis; Rits; Ekonomists; Vakarai; XX Amžius; Lietuvos Aidas; Tautos Ukis.

Offizielle Statistiken

ÜBERSICHTSKARTE DER BALTISCHEN STAATEN



GROSS- MITTEL- KLEINSTADTE

EISENBAHNEN

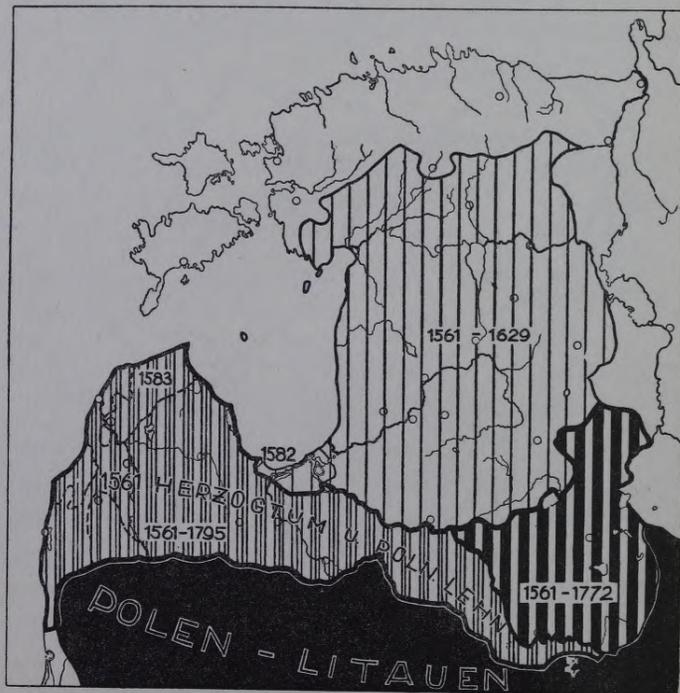
HÖHENSCHICHTLINIEN JE 100 MTR

REITZEL

DER BALTISCHE
ORDENSSTAAT



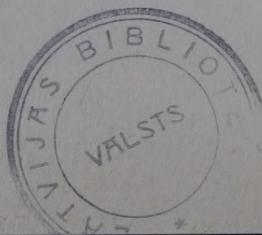
DAS BALTIKUM
UNTER POLNISCHER
HERRSCHAFT

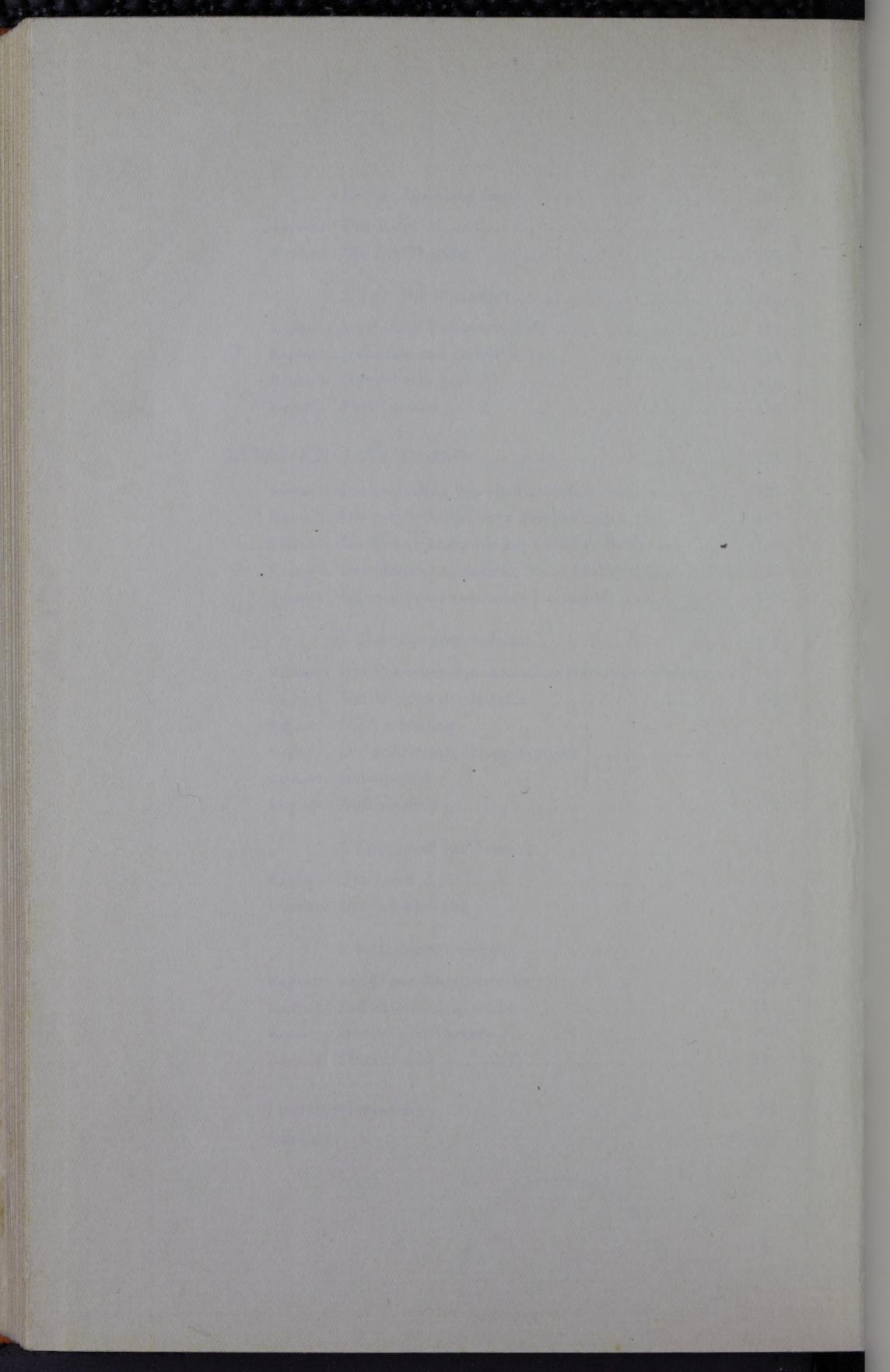


INHALT

	<i>Seite</i>
<i>Vorwort</i>	5
<i>Gegenwart und Zukunft</i>	7
 GESCHICHTE ESTLANDS, LIVLANDS,	
KURLANDS	9
Kapitel 1: Die Aufseglung und Begründung der Herrschaft ...	11
Kapitel 2: Der Streit um die Macht	16
Kapitel 3: Der Zusammenbruch	22
Kapitel 4: Die polnische und schwedische Herrschaft	26
Kapitel 5: Das Herzogtum Kurland	30
Kapitel 6: Die Russenherrschaft	34
 ESTLAND	
<i>1. Teil: Der Nationalstaat</i>	45
Kapitel 1: Das Werden des Staates	45
Kapitel 2: Die Verfassung	48
Kapitel 3: Die politischen Gruppierungen	54
Kapitel 4: Innenpolitik	60
Kapitel 5: Außenpolitik	63
<i>2. Teil: Land und Leute</i>	66
Kapitel 1: Das Land	66
Kapitel 2: Die Bevölkerung	68
<i>3. Teil: Die Wirtschaft</i>	72
Kapitel 1: Land- und Forstwirtschaft	72
Kapitel 2: Industrie und Gewerbe	77
Kapitel 3: Handel und Verkehr	80
Kapitel 4: Finanzwesen	86
 LETTLAND	
<i>1. Teil: Der Nationalstaat</i>	93
Kapitel 1: Das Werden des Staates	93
Kapitel 2: Die Verfassung	95
Kapitel 3: Die politischen Gruppierungen	99
Kapitel 4: Innenpolitik	102
Kapitel 5: Außenpolitik	104

	Seite
<i>2. Teil: Land und Leute</i>	107
Kapitel 1: Das Land	107
Kapitel 2: Die Bevölkerung	108
<i>3. Teil: Die Wirtschaft</i>	112
Kapitel 1: Land- und Forstwirtschaft	112
Kapitel 2: Industrie und Gewerbe	114
Kapitel 3: Handel und Verkehr	116
Kapitel 4: Finanzwesen	118
LITAUEN <i>1. Teil: Geschichte</i>	123
Kapitel 1: Die Gründung des alt-litauischen Staates	123
Kapitel 2: Die polnisch-litauische Personalunion	127
Kapitel 3: Die Entwicklung bis zur Lubliner Realunion	133
Kapitel 4: Der litauisch-polnische Staat bis zur dritten Teilung	140
Kapitel 5: Litauen unter russischer Herrschaft	153
<i>2. Teil: Der Nationalstaat</i>	157
Kapitel 1: Das Erwachen des litauischen Nationalbewußtseins ..	157
Kapitel 2: Das Werden des Staates	162
Kapitel 3: Die Verfassung	
Kapitel 4: Die politischen Gruppierungen }	167
Kapitel 5: Innenpolitik	
Kapitel 6: Außenpolitik	172
<i>3. Teil: Land und Leute</i>	177
Kapitel 1: Das Land	177
Kapitel 2: Die Bevölkerung	178
<i>4. Teil: Die Wirtschaft</i>	184
Kapitel 1: Land- und Forstwirtschaft	184
Kapitel 2: Industrie und Gewerbe	183
Kapitel 3: Handel und Verkehr	192
Kapitel 4: Finanzwesen	199
Literaturverzeichnis	203
Karten	205/206





kh. 6.80 9
2.11-

B/238 (0,40)

LATVIJAS NACIONĀLĀ BIBLIOTĒKA



0309081507

fol